



# Landtag von Baden-Württemberg

48. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 13. Dezember 2017 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Mittagspause: 14:17 bis 15:31 Uhr

Schluss: 20:57 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin . . . . .	2745	b) <b>Einzelplan 03: Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration</b> – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3203 . . . . .	2793
Umbesetzungen bei den Schriftführerinnen/Schriftführern und in verschiedenen Ausschüssen . . . . .	2745, 2849	Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE . . . . .	2793
Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums . . . . .	2745, 2850	Abg. Thomas Blenke CDU . . . . .	2795
Nachwahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds der Kommission nach Artikel 10 GG . . . . .	2745, 2851	Abg. Lars Patrick Berg AfD . . . . .	2797
Wahl eines ehrenamtlichen Mitglieds und eines stellvertretenden ehrenamtlichen Mitglieds des Vorstands der Landesanstalt für Kommunikation . . . . .	2745, 2852	Abg. Sascha Binder SPD . . . . .	2798
Begrüßung des neuen Generalkonsuls der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Herrn Ernst Steinmann . . . . .	2746	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP . . . . .	2800
1. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19 (Staatshaushaltsgesetz 2018/19 – StHG 2018/19)</b> – Drucksache 16/3000		Abg. Klaus Dürr AfD . . . . .	2802
a) <b>Einzelplan 02: Staatsministerium</b> – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3202 . . . . .	2746	Minister Thomas Strobl . . . . .	2803
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE . . . . .	2746, 2779	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) . . . . .	2807
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU . . . . .	2749, 2784	Beschluss . . . . .	2808
Abg. Bernd Gögel AfD . . . . .	2752, 2769	c) <b>Einzelplan 05: Ministerium der Justiz und für Europa</b> – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3205 . . . . .	2811
Abg. Andreas Stoch SPD . . . . .	2754, 2773	Abg. Jürgen Filius GRÜNE . . . . .	2811
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . .	2758, 2777	Abg. Josef Frey GRÜNE . . . . .	2813
Ministerpräsident Winfried Kretschmann . . . . .	2761, 2789	Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU . . . . .	2814
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) . . . . .	2791	Abg. Joachim Kößler CDU . . . . .	2815
Beschluss . . . . .	2791	Abg. Dr. Heiner Merz AfD . . . . .	2816, 2828
		Abg. Sascha Binder SPD . . . . .	2817
		Abg. Peter Hofelich SPD . . . . .	2818
		Abg. Nico Weinmann FDP/DVP . . . . .	2820
		Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP . . . . .	2821
		Minister Guido Wolf . . . . .	2823
		Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) . . . . .	2829
		Beschluss . . . . .	2829
		Abg. Nicole Razavi CDU (zur Geschäftsordnung) . . . . .	2831

d) <b>Einzelplan 07: Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau</b> – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3207 . . . . .	2831	3. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 10. November 2017 – <b>Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Vorschriften über die vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen</b> – Drucksachen 16/2999, 16/3126. . . . .	2848
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE . . . . .	2831	Beschluss . . . . .	2848
Abg. Claus Paal CDU . . . . .	2833	Nächste Sitzung . . . . .	2848
Abg. Carola Wolle AfD . . . . .	2835	Anlage 1	
Abg. Dr. Boris Weirauch SPD . . . . .	2836	Vorschlag der Fraktion der AfD – Umbesetzungen bei den Schriftführerinnen/Schriftführern und in verschiedenen Ausschüssen . . . . .	2849
Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP . . . . .	2838	Anlage 2	
Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut . . . . .	2840	Wahlvorschlag der Fraktion der AfD – Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums . . . . .	2850
Abg. Fabian Gramling CDU . . . . .	2845	Anlage 3	
Beschluss . . . . .	2845	Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Nachwahl eines Mitglieds der Kommission nach Artikel 10 GG	
e) <b>Einzelplan 16: Verfassungsgerichtshof</b> – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3216 . . . . .	2848	Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds der Kommission nach Artikel 10 GG . . . . .	2851
Beschluss . . . . .	2848	Anlage 4	
f) <b>Einzelplan 11: Rechnungshof</b> – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3211 . . . . .	2848	Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Wahl eines ehrenamtlichen Mitglieds und eines stellvertretenden ehrenamtlichen Mitglieds des Vorstands der Landesanstalt für Kommunikation . . . . .	2852
Beschluss . . . . .	2848		
2. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 25. Oktober 2017 – <b>Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Harmonisierung und Vereinfachung bestimmter Regelungen des Mehrwertsteuersystems und Einführung des endgültigen Systems der Besteuerung des Handels zwischen Mitgliedsstaaten</b> – Drucksachen 16/2922, 16/3125. . . . .	2848		
Beschluss . . . . .	2848		

## Protokoll

über die 48. Sitzung vom 13. Dezember 2017

Beginn: 10:02 Uhr

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen und die Gespräche möglichst einzustellen. – Vielen Dank.

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 48. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Deuschle, Herr Abg. Dörflinger, Herr Abg. Drexler, Herr Abg. Dr. Grimmmer, Herr Abg. Halder, Herr Abg. Kopp sowie Herr Abg. Dr. Meuthen.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich ab 13 Uhr Frau Ministerin Dr. Eisenmann.

Im **E i n g a n g** befinden sich die Mitteilungen des Rechnungshofs vom 27. Oktober 2017 und 15. November 2017 – Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Südwestrundfunks (SWR) und seiner Beteiligungsgesellschaft SWR Media Services GmbH (SMS), insbesondere der kommerziellen Tätigkeiten, in den Jahren 2010 bis 2014 durch den Rechnungshof Rheinland-Pfalz; hier: Unterrichtung über die Prüfungsergebnisse nach § 35 Absatz 3 SWR-Staatsvertrag –, Drucksachen 16/3095 und 16/3096. Ich schlage Ihnen vor, die Mitteilungen an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

Auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der AfD für Umbesetzungen bei den Schriftführern und in verschiedenen Ausschüssen (*Anlage 1*). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, haben wir heute noch verschiedene Nachwahlen in parlamentarische Gremien vorzunehmen.

Zunächst verweise ich auf den Ihnen vorliegenden Wahlvorschlag (*Anlage 2*), der das Parlamentarische Kontrollgremium betrifft.

Der Landtag hat am 9. Juni 2016 die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt. Durch das Ausscheiden des stellvertretenden Mitglieds Herrn Abg. Dr. Fiechtner aus der AfD-Fraktion ist nach § 15 a Absatz 2 des Landesverfassungsschutzgesetzes eine Nachwahl erforderlich geworden. Die Fraktion der AfD schlägt Ihnen als neues stellvertretendes Mitglied Herrn Abg. Klaus Dürr vor.

Sind Sie damit einverstanden, diese Nachwahl entsprechend unserer üblichen Praxis offen durchzuführen? – Dies ist der Fall. Vielen Dank.

Wer der Wahl von Herrn Abg. Klaus Dürr zum stellvertretenden Mitglied im Parlamentarischen Kontrollgremium zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Nachwahl von Herrn Abg. Klaus Dürr zum stellvertretenden Mitglied im Parlamentarischen Kontrollgremium ist damit mehrheitlich zugestimmt. Danke schön.

Nun komme ich zu dem Wahlvorschlag der Fraktion der CDU zur Kommission nach Artikel 10 des Grundgesetzes, der Ihnen für die Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds der Kommission nach Artikel 10 des Grundgesetzes vorliegt (*Anlage 3*).

Der Landtag hat am 29. Juni 2016 die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 des Grundgesetzes für die Dauer der Wahlperiode gewählt. Die CDU-Fraktion hat mitgeteilt, dass Herr Alexander Throm als Mitglied aus der Kommission ausscheidet und als neues Mitglied Herr Ulrich Lusche vorgeschlagen wird. Herr Lusche war bisher stellvertretendes Mitglied.

Sind Sie damit einverstanden, auch hier eine offene Wahl durchzuführen? – Das ist der Fall. Vielen Dank.

Wer diesem Wahlvorschlag zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dem Wahlvorschlag einstimmig zugestimmt. Somit ist Herr Ulrich Lusche als Mitglied in die Kommission nach Artikel 10 des Grundgesetzes gewählt.

Wir kommen zur Wahl des stellvertretenden Mitglieds der Kommission. Auch hier gehe ich davon aus, dass Sie mit der Durchführung einer offenen Wahl einverstanden sind. – Das ist der Fall.

Als neues stellvertretendes Mitglied hat die CDU-Fraktion Herrn Helmut Walter Rüeck vorgeschlagen. Wer diesem Wahlvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Wahlvorschlag mehrheitlich zugestimmt. Somit ist Herr Helmut Walter Rüeck als stellvertretendes Mitglied in die Kommission nach Artikel 10 des Grundgesetzes gewählt.

Nun kommen wir noch zur Nachwahl in ein außerparlamentarisches Gremium. Wie bereits vorab mit den Fraktionen abgestimmt, steht heute eine Nachwahl beim Vorstand der Landesanstalt für Kommunikation an. Hintergrund für diese Nachwahl ist das Schreiben des Präsidenten der Landesanstalt für Kommunikation, Herrn Dr. Wolfgang Kreißig, vom 27. September 2017, mit dem er mitgeteilt hat, dass das ehrenamtliche Vorstandsmitglied Frau Anneke Graner zum 1. Oktober 2017 aus dem Vorstand der LfK ausgeschieden ist.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Für die Wahl des Nachfolgers oder der Nachfolgerin von Frau Anneke Graner liegt ein Wahlvorschlag der Fraktionen GRÜNE, CDU, SPD und FDP/DVP vor (*Anlage 4*). Nach diesem Wahlvorschlag soll neues ehrenamtliches Vorstandsmitglied die bisherige Stellvertreterin von Frau Anneke Graner, Frau Sabrina Hartmann, werden. Als neues stellvertretendes ehrenamtliches Vorstandsmitglied soll anstelle von Frau Sabrina Hartmann Frau Rosa Grünstein nachrücken.

§ 36 Absatz 1 des Landesmediengesetzes bestimmt, dass Vorstandsmitglieder und ihre Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter vom Landtag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder gewählt werden. Das bedeutet, dass der Wahlvorschlag mindestens 96 Stimmen erhalten muss.

Sind Sie damit einverstanden, diese Wahl offen durchzuführen? – Das ist der Fall. Vielen Dank.

Ich komme somit zur Abstimmung über den Wahlvorschlag. Wer dem Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Vielen Dank. Dem Wahlvorschlag ist damit mit Zweidrittelmehrheit zugestimmt.

Meine Damen und Herren, ich sehe gerade, dass der Generalkonsul der Schweizerischen Eidgenossenschaft auf der Besuchertribüne Platz genommen hat.

Sehr geehrter Herr Generalkonsul Steinmann, ich begrüße Sie im Namen der Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich im Landtag von Baden-Württemberg.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Sehr geehrter Herr Steinmann, für Ihr neues, anspruchsvolles Amt als Generalkonsul hier in Stuttgart wünsche ich Ihnen im Namen aller Kolleginnen und Kollegen viel Erfolg und alles Gute.

Nun treten wir in die Tagesordnung ein. Meine Damen und Herren, wir beraten heute und in den kommenden zwei Tagen den Haushalt 2018/2019. Damit stellen wir auch die Weichen für die kommenden Jahre. Das ist eine große Verantwortung; sie erfordert unsere ganze Aufmerksamkeit. Machen wir uns also an die Arbeit.

(Heiterkeit des Abg. Winfried Mack CDU)

– Genau.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19 (Staatshaushaltsgesetz 2018/19 – StHG 2018/19) – Drucksache 16/3000**

Zunächst **Buchstabe a:**

**Einzelplan 02: Staatsministerium**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3202**

**Berichterstatter: Abg. Claus Paal**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 02 – Staatsministerium – eine Redezeit von insgesamt 15 Minuten je Fraktion festgelegt. Innerhalb der Redezeit – das gilt für die Beratungen aller Einzelpläne – sind sowohl die allgemeinen Ausführungen zu den Einzelplänen, zu den Kapiteln und Titeln zu machen als auch die Änderungs- bzw. gegebenenfalls die Entschließungsanträge zu begründen und zu beraten.

Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die Fraktion GRÜNE Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz das Wort.

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Bauplan für das Haus Baden-Württemberg haben wir in den letzten Wochen noch einmal genau angeschaut, abgemessen und kalkuliert. Wir können feststellen: Das Haus wird noch sicherer, noch schöner, noch stabiler. Wir haben den Bauplan dort geändert, wo es uns besonders wichtig erscheint. Der Bauplan für das Haus für die Jahre 2018 und 2019 ist nun fertiggestellt. Der Hausbau kann beginnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schönes Bild!)

Wichtig ist uns dabei: Wir machen keine neuen Schulden, wir verzichten auf Steuererhöhungen, wir zahlen eine halbe Milliarde Euro Schulden zurück, wir bauen den Sanierungsstau ab, wir investieren kräftig in die Infrastruktur, wir stocken den Versorgungsfonds auf, wir konsolidieren den Haushalt insgesamt. Wir handeln also so, wie eine verantwortungsvolle Familie es tun würde, die ihren Kindern ein Haus übergibt.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

All dies nennen wir eine nachhaltige Finanzpolitik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Politik muss Schwerpunkte setzen. Deswegen schicken wir mehr Lehrerinnen und Lehrer in den Unterricht,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Stimmt doch gar nicht!)

mehr Polizistinnen und Polizisten auf die Straße und tun noch mehr für den Erhalt unserer Natur und Umwelt. Wir investieren in die Zukunft unseres Landes, indem wir bei der Digitalisierung einen richtigen Schwerpunkt setzen – vom Breitbandausbau über Start-up-Förderung bis hin zur digitalen Transformation im Verkehr. Das ist alles richtig und wichtig.

Aber das kostet nun mal auch Geld. Aber dass wir 600 Millionen € einsparen, das darf man dabei nicht vergessen. 600 Millionen € einzusparen ist ein Kraftakt für alle Ressorts. Es ist ein großer Schritt, den jedes Ministerium hier gehen muss. Wir sind damit aber auf dem richtigen Weg, die Schuldenbremse souverän und verlässlich einzuhalten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Zum Wohl des Landes, zum Wohl der Menschen, die hier leben, werden wir insbesondere drei Bereiche personell stärken.



(Andreas Schwarz)

Wir schaffen zusätzliche Stellen bei der Polizei. Bei der Gefährdungslage hier ist das wichtig. Wir stellen mehr Lehrerinnen und Lehrer ein, weil die Schülerzahlen hier im Land höher sind als erwartet. Inzwischen kommen in Baden-Württemberg immer mehr Kinder auf die Welt. Deswegen haben wir sofort gehandelt und schaffen 200 zusätzliche Studienplätze für angehende Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Gerade die Qualität ist ein Schwerpunkt unserer Bildungsoffensive. Wir investieren dort, wo wir den Bedarf sehen: beim Ausbau der Ganztagschule, im Mathematik- und Deutschunterricht an den Grundschulen, durch den Aufbaukurs Informatik, bei der Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe, bei der Einrichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen, beim Ausbau des Fachs Ethik und beim Ausbau des islamischen Religionsunterrichts.

Wir stärken die Umweltverwaltung. Eine leistungsfähige Umweltverwaltung ist das Rückgrat für einen funktionierenden Umwelt- und Naturschutz. Eine leistungsfähige Umweltverwaltung ist ein wichtiger Partner für die Wirtschaft in unserem Land, die auf effektive Planungs- und Genehmigungsverfahren angewiesen ist. Von der Windkraftanlage bis zur Erweiterung von Produktionsstätten – ohne das Know-how in den Verwaltungen werden wichtige Zukunftsprojekte blockiert. Dafür muss die Umweltverwaltung über fachlich qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen. Mit mehr Personal können Umweltbelange schneller umgesetzt und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Viele Wirtschafts-, Industrie- und Handwerksverbände haben sich für eine effektive und gut ausgestattete Umweltverwaltung ausgesprochen. Die Forderungen des Industrieverbands Steine und Erden, des Baden-Württembergischen Handwerks, der Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft sowie der Chemischen Industrie nach einer Stellenaufstockung in der Umweltverwaltung sind gerechtfertigt. Wir nehmen ihre Forderungen auf und setzen sie um. Dagegen ist das, was wir uns von der FDP an Kritik anhören mussten, nahezu grotesk.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein, nein!)

Die FDP beklagt einen vermeintlich unnötigen Stellenaufwuchs. Aber es war doch die FDP, die maßgeblich die Umweltverwaltung abgebaut und ihr die Handlungsfähigkeit abgeschnürt hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Abg. Anton Baron AfD: Unverantwortlich!)

Die FDP fordert einen schlanken Staat,

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

aber Kollege Rülke als Entfesselungskünstler kann ich mir jetzt wirklich nicht vorstellen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warte mal ab!)

Wir dagegen knöpfen das Korsett der gestrichenen Stellen wieder auf, damit die Umweltverwaltung durchatmen kann. Wer sich dem verweigert, der handelt wirtschafts- und mittelstandsfeindlich.

(Beifall bei den Grünen)

Siehe da, die FDP verabschiedet sich von ihren Werten. Es ist aus Ihren Änderungsanträgen deutlich geworden: Die FDP ist inzwischen eine wirtschafts- und mittelstandsfeindliche Partei geworden.

(Beifall bei den Grünen – Lachen bei und Oh-Rufe von Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir dagegen investieren in die Zukunft der Kinder, in die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, in den Schutz unserer Natur, der Umwelt und des Klimas und in unsere Wirtschaftskraft. So machen wir das Haus Baden-Württemberg wetterfest für den bevorstehenden Winter.

Wir stärken die Kommunen für gute Bildung, Mobilität und gutes Leben. So, wie wir das Haus planen, so denken wir auch an die Nachbarschaft und die Umgebung.

(Zuruf: Wir machen alles!)

Die Kommunen, die Landkreise, Städte und Gemeinden, erhalten fast 3 Milliarden € mehr als im Jahr 2011. Darüber hinaus werden die Kommunen bis 2019 mehr als 400 Millionen € aus einem kommunalen Sanierungsfonds erhalten. Damit unterstützen wir die Kommunen aktiv bei der Modernisierung von Schulen, bei der Modernisierung des Straßennetzes. Marode Schulgebäude, marode Polizeireviere, marode Hochschulen sollen der Vergangenheit angehören, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Zusätzlich fließen bis 2019 noch einmal 60 Millionen € in die Modernisierung der kommunalen Schienenfahrzeuge.

Das heißt, neben den sehr guten Steuereinnahmen gehen nahezu eine halbe Milliarde Euro an Landesmitteln zusätzlich an die Kommunen. Das kann sich sehen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Diese Projekte sind für uns ganz wichtige Schritte, aber ich sage ganz offen: Weitere Schritte werden in den nächsten Jahren folgen. Ich sage zu, dass wir mit allen Beteiligten auf Augenhöhe einen Pakt für gute Bildung und Betreuung abschließen werden. Für uns stehen dabei die Qualität der Angebote für Familien und tragfähige Lösungen im Vordergrund.

Im Einzelnen wird dieser Pakt Folgendes umfassen: Erstens geht es um die Verbesserung der Qualität in der frühkindlichen Bildung. Zweitens geht es um den Ausbau und eine Intensivierung der Sprachförderung im frühkindlichen Bereich. Drittens geht es um eine bessere Unterstützung der Leiterinnen und Leiter von Kindertageseinrichtungen. Viertens geht es um die weitere Umsetzung des Orientierungsplans. Fünftens werden wir mit den Kommunen eine Einigung in den Finanzierungsfragen herbeiführen. Letztendlich werden wir

(Andreas Schwarz)

auch die Kindertagespflege auf eine solide Finanzierungsgrundlage stellen; sie ist das zweite wichtige Standbein für eine hochwertige Kinderbetreuung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich habe mir noch einmal die Zahlen angeschaut: 2011 wurden vonseiten des Landes 150 Millionen € in die Kleinkindbetreuung gegeben. 2019 sind es über 1 Milliarde €, die für die Förderung der Kleinkindbetreuung bereitgestellt werden. 800 Millionen € mehr in acht Jahren, das ist unsere Politik für starke Familien. Wir fördern die Familien von Anfang an und ermöglichen ihnen, sich für Familie und Beruf entscheiden zu können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Verhandlungen mit den Kommunen werden wir an zwei weiteren Punkten fortführen. Der erste Punkt ist die Digitalisierung und Multimediaausstattung der Schulen. Wir sind bereit, unseren Anteil zu erbringen. Klar ist aber auch: Die Bundesregierung muss zügig klären, wie die von Frau Ministerin Wanka zugesagten Milliarden nach Baden-Württemberg kommen. Erst wenn diese Zusage hier mit Geld hinterlegt ist, können wir klären, was das Land leisten wird. Aber ganz klar ist: Wir lassen die Schulen bei der Digitalisierung nicht im Stich. Da leisten wir unseren Beitrag, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Zum Zweiten haben wir entschieden, das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz mit über 165 Millionen € fortzuführen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Toll!)

Das ist ein guter Aufschlag. – Ja, Herr Kollege, das ist ein guter Aufschlag, weil das für eine moderne Verkehrsinfrastruktur und für eine gesunde Luft in unseren Städten wichtig ist. Die Kommunen bekommen weitere Mittel für den Straßenbau, für den Radverkehr und für den öffentlichen Nahverkehr.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Für mich ist es vollkommen klar, Kollege Rivoir, dass wir uns hier finanziell engagieren werden. Aber der Ausbau der kommunalen Verkehrsinfrastruktur ist keine Aufgabe, die in erster Linie vom Land zu leisten ist. Deswegen müssen Land und Kommunen hier eng beieinanderstehen. Deswegen werden wir unseren Anteil erbringen, und auch die kommunale Seite muss ihren Anteil erbringen. Wenn sich beide Seiten engagieren, dann wird daraus ein guter Deal für mehr kommunale Infrastruktur, für mehr umweltorientierte Mobilität in den Kommunen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

In diesem Haushalt haben wir es mit Zahlen unterlegt: Wir stehen für eine nachhaltige Mobilität und für moderne Arbeitsplätze. Eine große Verantwortung, der wir uns bewusst sind, ist der Umbruch in der Automobilindustrie. Wir verstehen die Transformation als riesige Chance für Baden-Württemberg, um Wertschöpfung und Wohlstand in unserem Land zu sichern. Das schadstofffreie Auto, eine neue, intelligente und vernetzte Mobilität sind die Zukunft. Es ist unsere Aufgabe,

den Mobilitätswandel mit den dafür notwendigen Strukturen und Ressourcen auszustatten. Mit der exzellenten Hochschul- und Forschungslandschaft, den starken Mittelständlern sowie der aufstrebenden Gründerszene in unserem Land haben wir dafür die idealen Voraussetzungen. Wir stellen jetzt die Weichen, damit das Elektroauto der Zukunft hier bei uns geplant, erforscht und letztendlich gebaut werden kann.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir werden alles dafür tun, dass die Arbeitsplätze bei uns in Baden-Württemberg bleiben. Die Unternehmen in unserem Land haben die Konzepte fertiggestellt, und sie sind zur Umsetzung bereit. Daher ist der Strategiedialog der Landesregierung genau der richtige Ansatz. Mit 20 Millionen € schaffen wir im Doppelhaushalt die dafür notwendigen Strukturen. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft müssen hier in einer strategischen Partnerschaft vorangehen. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft müssen gemeinsam dafür sorgen, dass das Elektroauto der Zukunft aus Untertürkheim oder aus Neckarsulm kommt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir wollen, dass die Menschen in unseren Städten ohne gesundheitliche Gefährdung durch Stickoxide oder andere giftige Emissionen leben können. Die Bundesregierung hat bereits im Sommer den Kommunen 1 Milliarde € für saubere Luft zugesagt. Nun müssen diesen Worten Taten folgen. Die Gelder der Bundesregierung müssen den Kommunen möglichst schnell zur Verfügung gestellt werden. Die Kommunen benötigen hier Planungssicherheit.

Wir dagegen gehen in Vorleistung. Wir unterstützen unsere Kommunen. Wir haben im Haushalt eine Anschubfinanzierung für die Luftreinhaltung in Höhe von 20 Millionen € eingearbeitet. Damit unterstützen wir eine intelligente und zukunftsfähige Infrastruktur. Wir wollen schnellstmöglich in saubere Busse, Expressbuslinien, eine weitere Elektrifizierung der Fahrzeugflotte und eine Nachrüstung der Nahverkehrsbusse einsteigen. Deshalb ist der Landesfonds für Luftreinhaltung hier gut angelegt. Hier tickt die Uhr: saubere Fahrzeuge, ein komfortabler Umstieg auf Bus und Bahn und Fahrrad – am besten heute statt morgen.

Ich fordere die Bundesregierung auf, möglichst schnell klarzustellen, wie viel Baden-Württemberg von diesen zugesagten 1 Milliarde € bekommt.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Raimund Haser CDU)

Mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 haben wir den Sockel unseres Hauses Baden-Württemberg fest zementiert. Mit den Änderungsanträgen der Koalition haben wir nochmals ein Stockwerk aufgetragen. Als Bauherr tragen wir die Verantwortung, dass es sich in diesem Haus gut leben lässt. Dieser Haushalt legt das Fundament dafür, dass es den Menschen in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren besser gehen wird, damit wir den sozialen Zusammenhalt stärken und die ökologische Modernisierung voranbringen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart das Wort.

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Doppelhaushalt zeigt: Wir gestalten unser Land. Wir mehren sein Vermögen. Wir sorgen für kommende Risiken vor. Wir tilgen alte Schulden, und wir investieren zugleich in neue Chancen. Wir stärken unsere Heimat im Wind des Wandels, und wir bewahren Baden-Württemberg als intakte, als innovative und auch als investive Gesellschaft.

Unsere Botschaft heißt: Baden-Württemberg geht es gut. Es hat eine gute Zukunft; und es wird gut regiert.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Reinhart, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Rottmann zu?

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Am Ende.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Am Ende.

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Wir beraten diesen Doppelhaushalt für die Jahre 2018/2019 in politisch spannenden Zeiten. Wenn Deutschland im Herbst wählt, hat es zu Weihnachten eine neue Bundesregierung – darauf war in 70 Jahren Bundesrepublik Verlass. Dieses Mal gilt diese Formel nicht. Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist keine Staatskrise, und das ist auch nicht, wie manches Magazin getitelt hat, die Stunde null. Auch wenn die Bundespolitik vorübergehend mit einer geschäftsführenden Regierung unterwegs ist und in die Weihnachtszeit geht – wir haben 16 funktionsfähige Länder, und die Länder sind ein Stabilitätsanker. Die dezentrale Ordnung der Macht ist eine große Stärke unserer Verfassung. Deshalb ist unser Föderalismus gerade in diesen Zeiten ein Segen für Deutschland.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD – Zurufe von der FDP/DVP, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke: Wir brauchen gar keine Bundesregierung!)

– Ja, die FDP wollte ja nicht die Erweiterung und Veredelung von Schwarz-Grün auf Schwarz-Grün-Gelb.

(Abg. Andreas Stoch SPD: „Verelendung“ wollten Sie sagen, Herr Kollege!)

Wer sich vom Acker macht, hat Einwände verwirkt. Es gibt das Institut der Verwirkung.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Oh-Rufe – Zuruf: Sehr gut!)

Aber trotz mancher Unsicherheiten ist die Lage insgesamt besser als die Stimmung. Die Wirtschaft brummt, Löhne und Renten steigen, die Preise sind stabil. Die OECD rechnet mit einem weiteren Wachstum. Es gibt selbst für Deutschland Prognosen von deutlich über 2 % Wachstum auch im kommenden Jahr.

Auch der Boom in Baden-Württemberg hält an. Hinzu kommt: Unser Land ist und bleibt Innovationsland Nummer 1 in Eu-

ropa. Baden-Württemberg ist Spitzenreiter in Forschung und Entwicklung, das Land ist Exportchampion und Wachstumsmotor. Und wir sorgen dafür, dass es auch im nächsten Jahrzehnt dabei bleibt.

Gerade dieser Haushalt ist unsere Roadmap der Zukunftssicherung für Baden-Württemberg – eine gute Roadmap für dieses Land.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Das Parlament hat diesen Doppelhaushalt in den vergangenen Wochen intensiv beraten. Die Regierungsfractionen haben 129 Änderungsanträge eingebracht und durchgesetzt.

(Abg. Anton Baron AfD: Wie viele von der Opposition haben Sie angenommen?)

Das Budgetrecht ist das Königsrecht von uns Parlamentariern. Dieses Recht nehmen wir aktiv und selbstbewusst wahr,

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

wie sich das für ein selbstbewusstes Parlament gehört, Herr Kollege Stickelberger.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Bei was denn? Bei welchen Punkten denn?)

– Bei was? Ich werde es Ihnen sagen, Herr Kollege Gall. Das fängt bei der Sicherheit an. Sie haben gehört, was die Polizeigewerkschaft kritisiert hat. Sie hat gesagt: Jetzt erst ist eine vernünftige Einstellungspolitik bei der Polizei eingeleitet worden, die vorher gefehlt hat.

(Beifall bei der CDU – Zuruf: Sehr gut! – Abg. Andreas Stoch SPD: Sie haben doch vor zehn Jahren abgebaut! Sie haben doch abgebaut! Die CDU hat vor zehn Jahren abgebaut! – Gegenruf: Das sagen die Richtigen!)

Es heißt ja zu Recht, Herr Kollege Stoch: Haushalt – das wissen Sie am besten – ist Politik in Zahlen. Und mit diesem Haushalt und mit dieser Politik sichern wir auch die starke Substanz des Landes. Wir setzen klare strategische Schwerpunkte. Sicherheit, Bildungspolitik, Innovation, Zukunft des Automobils, ländlicher Raum, Digitalisierung, Infrastruktur bis hin zu Europa – bei all diesen Themen gehen wir für die Zukunft voran. Gerade für die innere Sicherheit, für den Schutz der Bürger vor Terror, Kriminalität und Gewalt gehen wir in die Offensive. Mit dem Antiterrorpaket hat dieser Landtag die besten, modernsten und effektivsten Sicherheitsgesetze überhaupt in der Republik verabschiedet.

Auch der massive Stellenaufbau – darum geht es, Herr Kollege Gall – gerade bei der Polizei, aber auch bei der Justiz, beim Verfassungsschutz, ist in vollem Gang. Ich sage dazu inhaltlich – und zwar deutlich –: Für rechtsfreie Räume ist in Baden-Württemberg kein Platz.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf: Hört, hört! – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Der Rechtsstaat darf sich nicht auf der Nase herumtanzen lassen; das wurde vom Innenminister deutlich gemacht. Ich fü-



(Dr. Wolfgang Reinhart)

ge hinzu: auch nicht von einer Handvoll jugendlicher Flüchtlinge wie in Mannheim. Auch hier sind nicht nur Herz, sondern Härte und Klarheit gefragt. Auch das will ich hinzufügen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Carola Wolle AfD: Und wo sind die?)

Sicherheit und Ordnung müssen überall im Land herrschen. Dafür müssen und dafür werden wir mit dieser Regierung und diesem Innenminister sorgen. Bei uns hat Sicherheit oberste Priorität.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Alexander Schoch GRÜNE)

Wir stehen auch für einen starken Staat. Ein starker Staat braucht vor allem fähige, motivierte Beamte. Wir müssen talentierten jungen Leuten etwas bieten, um sie auch in Zukunft für den Staatsdienst zu gewinnen. Es herrscht Fachkräftemangel; wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit Langem. Deshalb schaffen wir die motivationsfeindlichen Gehaltsabschläge für junge Beamtinnen und Beamte ab. Wir haben hier das Versprechen gehalten, die Reduzierung der Eingangsbeholdung rückgängig zu machen, sodass wir junge Beamte wieder motivieren können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ein weiteres Kernthema ist bei uns natürlich Schule und Bildung. Diese Koalition steht für eine Qualitätswende in der Bildungspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Begeisterter Applaus bei den Grünen! – Vereinzelt Heiterkeit)

Wir lassen – das wissen Sie als Bildungspolitiker am besten – die Strukturdiskussionen von gestern hinter uns. Wir konzentrieren uns auf das, Herr Kollege Kern, was wirklich zählt. Wir wollen auch keine Bevorzugungen einzelner Schularten,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sehr gut!)

sondern es ist Zeit, dass wir ohne Ideologie vorankommen, dass nach dem Schock der IQB-Ergebnisse das Ziel heißt: guter Unterricht und messbarer Erfolg. Da setzen wir an, und dafür setzen wir uns auch ein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

In der Tat, alle Mitglieder dieser Regierungsfractionen haben es unterstützt, dass im Haushalt 1 400 Lehrerstellen, die wir im Vergleich zu früheren Plänen zusätzlich in den Unterricht bringen, der Bildung zugutekommen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Aber selbst baut ihr ab! Wir haben deutlichen Unterrichtsausfall!)

Ich will Ihnen nur sagen: Wir haben den Pfad – das weiß der Kollege Stoch am allerbesten – umgekehrt.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ihr verzichtet auf Streichungen, bei denen von vornherein klar war, dass sie nicht kommen dürfen! Da gab es lange die Zusage vom Ministerpräsidenten! – Weitere Zurufe)

– Ja, sehen Sie. Ich weiß, das ist natürlich schmerzhaft, wenn man sieht: „Wir haben früher Fehler gemacht, und das korrigieren die jetzt.“

(Abg. Winfried Mack CDU zur SPD: Wer hat denn die mittelfristige Finanzplanung gemacht?)

Das ist klar; das ist der Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben eine konzeptionelle Stärkung der Realschule. Uns ist übrigens auch hierbei wichtig, dass Ruhe einkehrt.

Deshalb kann ich nur sagen: Bei der Bildung muss es uns allen darauf ankommen, dass wir die Qualität verbessern, die Leistung verbessern und weg von jedwedem Streit und jeder Ideologie Ruhe an die Bildungsfront in diesem Land bringen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Da brauchen wir mehr Lehrerstellen!)

– Die haben wir jetzt mit einem ersten Schritt geschaffen.

Ganz wichtig: Es wurden zu Recht die Kommunen angesprochen. Unseren Städten und Gemeinden stellen wir für die Jahre 2017 bis 2019 zusätzlich rund 340 Millionen € allein für die Sanierung der Schulen zur Verfügung. Das ist ein starker Ausdruck für eine gute Partnerschaft mit den Kommunen. Jetzt kommen die 251 Millionen € vom Bund und dann noch die erhöhten KIF-Mittel – Kommunalen Investitionsfonds – mit 260 Millionen € hinzu. Wenn Sie das addieren, sind für den Schulhausbau nahezu eine knappe Milliarde Euro im Topf. Auch dieses Geld wird konkret vor Ort für bessere Bildungsbedingungen investiert, und es wird damit an den Schulen für bessere Bedingungen sorgen. Auch das ist uns in diesem Zusammenhang wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Bis 2019 wird außerdem, Herr Kollege Fulst-Blei, der Bildungsetat gegenüber 2016 um rund 10 % von 10,2 Milliarden € auf 11,4 Milliarden € erhöht. Sie wissen es: Das ist eine Rekordsteigerung; mittlerweile kommt mehr als jeder fünfte Euro in diesem Haushalt der Bildung zugute. Ich glaube, deshalb ist es schon wichtig, dass wir das auch unterstreichen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Es sind weniger!)

– Nein, wir geben in der Etatisierung 10 % mehr für die Bildung aus. Das ist doch etwas; das sollten Sie doch beklatschen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Natürlich beginnt Bildung nicht erst beim Geld. Bildung beginnt auch nicht in der Schule, sondern so, wie für moderne Männer die Realität heute nicht erst am Schreibtisch, sondern am Wickeltisch beginnt – Vereinbarkeit von Familie und Beruf –,

(Lachen bei der FDP/DVP)

so beginnt auch Erziehung im Kinderzimmer und nicht erst im Klassenzimmer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der AfD)



(Dr. Wolfgang Reinhart)

Aber wir müssen hier alle gemeinsam sehen, dass dies wichtig ist, dass das die Zukunftsinvestition ist.

Deshalb: Mehr Bildung fürs Geld – darüber müssen wir reden, und zwar ohne falsche Tabus und ohne Scheuklappen.

Große Aufschläge machen wir auch bei weiteren Zukunftsthemen. Ich nenne die Zukunftssicherung für das Autoland Baden-Württemberg mit Millionenprogrammen – es wurde angesprochen – für die Elektromobilität, mit unserem Strategiedialog Automobilwirtschaft. Das ist die zentrale Standortfrage. Wir geben der Gründerszene mit innovativen und passgenauen Förderprogrammen zusätzlichen Schub. Wir bauen neue Forschungsleuchttürme. Beispielsweise investieren wir bis 2024 146 Millionen € in die Höchstleistungscomputingstrategie des Landes, und mit Investitionen von rund 1 Milliarde € allein im nächsten Jahr machen wir Tempo im Bereich der Digitalisierung.

Jetzt vermitteln Sie, die Kollegen von FDP/DVP und SPD, Ihren Neid,

(Oh-Rufe von der SPD – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

indem Sie sagen: „Diese Regierung und der Minister überreichen Förderbescheide für die Breitbandförderung, und das Geld wird da über das ganze Land verteilt.“

(Abg. Carola Wolle AfD: Viel zu wenig! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Da kann ich nur sagen: Bitte kein falscher Neid. Wir packen das jetzt an.

(Abg. Anton Baron AfD: Die Gemeinden müssen mitfinanzieren! Das ist doch ein Witz!)

Wir bringen Straßen, Brücken, Hochschulbauten, Uniklinika, Gerichtsgebäude, Polizeireviere flächendeckend auf Vordermann.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Mit 1,65 Milliarden € starten wir ein echtes Fitnessprogramm für unsere Infrastruktur. Diese Investitionen in großem Stil sind eine Generationenleistung. Wir erhalten damit das öffentliche Vermögen und finanzieren das Wachstum von morgen. Unser Baden-Württemberg wird damit noch stärker, noch attraktiver

(Abg. Carola Wolle AfD: Wir rennen hinterher!)

und noch lebenswerter. – Frau Kollegin, darum geht es uns, und deshalb investieren wir dort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Zurufe von der AfD)

Ich sehe, Frau Kollegin Baum freut sich darüber.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Wolle!)

Vor allem geht es darum, dass wir auch Schulden zurückzahlen. Wir zahlen zum ersten Mal eine halbe Milliarde Euro an Schulden zurück. Das ist in der Tat eine historische Trendwende. Damit sorgen wir dafür, dass ein Meilenstein beim Ab-

baupfad gesetzt wird. Sie müssen überhaupt einmal sehen: Abbau impliziter Schulden von 1,9 Milliarden €, direkte Schuldentilgung in Höhe von einer halben Milliarde Euro, Bereinigung der alten Kreditemächtigungen,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

dazu strukturelle Einsparungen in den Ressorts von 600 Millionen €.

Sparen, Tilgen und Investieren, das ist haushaltspolitische Nachhaltigkeit. So viel Zukunftssicherung war selten, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Das ist auch unser Haushaltsansatz, das ist die Haushaltspolitik dieser Koalition. Das macht das Land fit. – Auch unser Regierungschef ist fit, wie wir heute Morgen gelesen haben:

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, ja! Liegestütze!)

40 Liegestütze am Morgen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die möchte ich sehen! Karten auf den Tisch!)

Insoweit kann ich feststellen: Wir sind fit unterwegs, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Unruhe)

Die Zukunft Baden-Württembergs entscheidet sich in wichtigen Punkten auch an der Zukunft Europas. Wie unmittelbar uns hier im Land die europäischen Entwicklungen betreffen, zeigt eine Zahl: Die Exporte nach Großbritannien sind um 10 % eingebrochen. Baden-Württemberg ist das Exportland Nummer 1. Jeder dritte Arbeitsplatz in unserem Land hängt vom Export in die EU ab.

Deshalb sollten wir uns mit zu kühnen Vorschlägen für Europa nicht übertreffen. Wir wollen ein Europa der Regionen und der Subsidiarität. Wir brauchen nicht einfach irgendwie immer mehr Europa,

(Zurufe von der AfD: Ah!)

sondern wir brauchen das richtige Europa, das sich um die großen Fragen kümmert. Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Deshalb war es gut, dass der Europaminister und der Ministerpräsident gestern bekannt gegeben haben, dass der Europadialog erfolgreich begonnen hat. Da geht es um wichtige Zukunftsfragen, die neben Fragen der sozialen Sicherung auch die Sicherheit insgesamt betreffen. Das ist eine vitale Frage auch für unser Land.

Ich komme zum Schluss. Am Ende des Jahres 2017 stehen wir vor einer in vieler Hinsicht offenen Zukunft. Manche Gewissheit steht auf dem Prüfstand. Sie alle kennen den Satz von Victor Hugo:

(Dr. Wolfgang Reinhart)

*Die Zukunft hat viele Namen. ... Für die Furchtsamen ist sie das Unbekannte. Für die Tapferen ist sie die Chance.*

„Nur wer Mut hat, macht Mut.“ Ich bin sicher, Baden-Württemberg steht auf der Seite der Mutigen. Wir setzen auf die Chancen. Das ist unser Weg, und den gehen wir gemeinsam mit dieser Regierung entschlossen weiter.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel.

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Schwarz, Herr Reinhart, Weihnachten ist zwar erst in elf Tagen, aber Sie haben jetzt heute Morgen schon die erste Weihnachtsgeschichte erzählt. Wir freuen uns, dass es Ihnen gut geht und dass Sie in einem Land leben, wo Sie gut und gern unterwegs sind, wo Sie gut und gern leben. Das möchten wir auch, und das möchten die Bürger draußen im Land sicher auch.

Sie haben kurz angerissen, dass wir im Moment keine neue Bundesregierung haben. Aber was wir haben, sind Parlamentarier aus Ihrer Partei, aus anderen Parteien – auch hier im Land –, die sich in Berlin vorab schon einmal eine Diätenerhöhung genehmigen, noch bevor sie in der Lage sind, eine Koalition zu bilden oder zu finden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] – Zurufe)

– Ja, das ist eine der ersten Amtshandlungen, die gestern oder vorgestern in Berlin durchgeführt wurden.

Das Zweite: Sie wollen den Islamunterricht an den Schulen ausbauen, ausweiten. Vielleicht sollten Sie einmal mit Herrn Erdogan sprechen, welche Absichten er in Deutschland hat. Wenn Sie heute Morgen die Presse verfolgen, dann kommen Sie zu ganz anderen Schlüssen. Wir haben nicht umsonst beantragt, im Haushalt sehr viele Mittel zu streichen oder umzuwidmen in Remigration.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Denn wenn Sie die Presse heute verfolgen, sehen Sie, dass das sicherlich ein großes, wichtiges Thema der Zukunft auch in Baden-Württemberg sein wird.

Doch nun zu Ihrem Haushalt: Mit 49,8 Milliarden € für das Jahr 2018 stellt der vorliegende Haushaltsentwurf einen neuen Ausgabenrekord auf – eine Premiere, auf welche die Regierung sicherlich stolz ist. Wie locker das Steuergeld der Bürger von der Regierung ausgegeben wird, sieht man daran, dass in den bisherigen Beratungen der Haushaltsansatz nicht etwa gekürzt, sondern um 700 Millionen € ausgeweitet wurde. Nun also 50,5 Milliarden €, was einer Steigerung gegenüber dem Haushaltsplan 2017 von 5,7 % entspricht – doppelt so hoch wie der Anstieg der Wirtschaftsleistung in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr. Nun, der Bürger hätte sicherlich auch gern 5,7 % mehr Geld in seinem Portemonnaie.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Dem Bürger verweigern Sie aber jede noch so kleine Steuerreduzierung. Frau Sitzmann hat bei ihrer Vorstellung des

Haushalts Begriffe benutzt wie Sparsamkeit, Nachhaltigkeit, Verantwortung gegenüber den Bürgern des Landes Baden-Württemberg und vor allem gegenüber den künftigen Generationen. Das sind die Attribute, welche die grün-schwarze Regierung ihrem Haushaltsentwurf stolz zuschreibt.

Des Weiteren: ein Haushalt der Premierinnen mit dem Einstieg in die Tilgung von Kapitalmarktschulden, nunmehr fünf Jahre ohne neue Schuldenaufnahme. Da könnte die Regierung mit allem Recht stolz auf ihre Leistung sein –

(Zuruf von den Grünen: Sind wir auch!)

wenn sie an dieser Leistung denn einen gestaltenden Anteil hätte.

(Beifall bei der AfD)

Das Gegenteil ist der Fall, und das werde ich Ihnen in einigen Punkten belegen.

Schuldentilgung: Fangen wir mit der Tilgung von Kapitalmarktschulden an. In der ursprünglichen Version des Haushalts stand nichts, aber auch wirklich gar nichts von einer Schuldentilgung.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Erst im Finanzausschuss haben die Regierungsfractionen auf Druck der Opposition beantragt, rund 500 Millionen € an Kapitalmarktschulden zu tilgen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das stimmt doch nicht! Da hat man Ihnen etwas Falsches aufgeschrieben!)

Hier ist es noch am offensichtlichsten, dass nicht gespart werden soll, sondern dass den Bürgern Sand in die Augen gestreut wird.

500 Millionen € will die Landesregierung also an Schulden tilgen, Hosianna, Herr Ministerpräsident! Wir tilgen Schulden! Schon in etwa 200 Jahren, also nach fünf bis sechs Generationen, wird das Land keine Schulden mehr haben.

(Beifall bei der AfD)

Das wird die kommenden Generationen sehr freuen. Sie wollen mit einem Placebo den Bürgern Sand in die Augen streuen, anstatt ihnen Medizin zu reichen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Interessantes Bild!)

Halten Sie die Bürger für so dumm? Wohl nicht; sonst würden Sie nicht versuchen, den Bürgern über die Hilfskonstruktion der sogenannten impliziten Schulden zu suggerieren, dass die Landesregierung sehr wohl Zukunftsvorsorge betreibt.

Ich habe Herrn Mack bewusst gefragt, ob er in seinem Unternehmen schon mal etwas von impliziten Schulden gehört hat. Sicherlich hat er es gehört.

(Abg. Nicole Razavi CDU zu Abg. Winfried Mack CDU: Hast du ein Unternehmen? – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Ich bin in der Landesstiftung tätig!)

(Bernd Gögel)

Aber ich glaube, dass er dort andere Begriffe dafür verwenden wird.

(Heiterkeit bei der AfD)

Dafür haben Sie extra die Landeshaushaltsordnung geändert; sonst hätten Sie angesichts der höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten Milliarden in die Schuldentilgung stecken müssen.

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Der Landesrechnungshof, unser höchster Wächter über die Finanzen des Landes, hat Ihnen in der Beratung des Finanzausschusses attestiert, dass Sie einen vom Landesrechnungshof mitgetragenen Rahmen für den Begriff der impliziten Schulden bei Weitem überdehnen. Das öffnet der Regierungswillkür Tür und Tor und untergräbt die Rechte des Parlaments. Dass die FDP/DVP sogar verfassungsrechtliche Bedenken äußerte, ist Ihnen völlig egal. Der Gesetzentwurf der SPD, der Ihrem Willkürbegriff der impliziten Schulden eine genaue Definition verordnen wollte, wurde dann selbstverständlich auch abgelehnt – Hauptsache, Sie können das Geld der Steuerzahler nach eigenem Gusto unkontrolliert verwenden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Fünf Jahre ohne erneute Aufnahme von Schulden, meine Damen und Herren – und was haben Sie, die Regierung, dafür getan? Richtig, Sie haben aktiv auf die nächste Steuerschätzung gewartet.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Die letzte Steuerschätzung fiel dann auch nur geringfügig höher aus als die Steuerschätzung, auf welcher der Haushalt beruht; es waren gerade mal 1,1 Milliarden € mehr, und dies auch nur für das ablaufende Jahr 2017 – nicht der Rede wert. Dieses Geld können Sie überhaupt nicht mehr ausgeben. Der Rechnungsabschluss für den Haushalt 2016 betrug im Gesamtergebnis noch 3,781 Milliarden €, der Abschluss für das Jahr 2017 wird deutlich darüber liegen, und die genannten 1,1 Milliarden € kommen noch obendrauf.

Rund 5 Milliarden € rechnungsmäßiges Gesamtergebnis wird der Jahresabschluss 2017 ausweisen. Dass die Steuerschätzung für die Jahre 2018 und 2019 dann nochmals über den Haushaltsansatz hinausgehende Steuereinnahmen in Höhe von 1,4 Milliarden € ausweist, fällt dabei schon kaum noch ins Gewicht. Das Land schwimmt im Steuergeld, und die Regierung stellt sich hin und verkauft es als große Leistung, keine neuen Schulden aufzunehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Jedem, wirklich jedem ist zwischenzeitlich klar, dass der Landeshaushalt kein strukturelles Defizit hat, sondern strukturelle Überschüsse aufweist. – Das ist wieder so eine schöne Verklammerung, die man dem Bürger erst übersetzen muss: „Strukturelle Überschüsse“, das heißt einfach, dass der Staat viel zu viel Steuern einbehält und dafür keine Leistung erbringt.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wie hoch sind denn diese Überschüsse, Herr Kollege? Können Sie das mal mit Maß und Zahl beziffern?)

– Sie werden bei den Einzelhaushalten dann sicherlich mit Zahlen konfrontiert werden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist kein Einzelhaushalt, der Staatshaushalt!)

Damit kommen wir zu einem weiteren Attribut, das die Regierung und die Regierungsfractionen diesem Haushalt andichten wollen: Sparsamkeit. Gibt es auch nur ein Ressort, das einen niedrigeren Budgetansatz plant? Die Antwort darauf können Sie sich sicherlich selbst geben. Nein, Sparsamkeit heißt bei Ihnen, überall mehr Geld auszugeben.

Natürlich macht auch das Staatsministerium hier keine Ausnahme und steigert seinen Haushaltsplan um 10,1 %. Diese Steigerung ist damit in der Relation fast doppelt so hoch, wie der gesamte Landeshaushalt anwächst. Herr Ministerpräsident, dieses Beispiel vor Augen, gibt es natürlich auch für andere Ressorts nun wirklich keinen Anreiz mehr, mit dem Geld der Bürger sparsam zu wirtschaften. Einen Anreiz hat man im Staatsministerium gestern Abend um 19 Uhr nur für einen Beamten geschaffen: Man hat diese Stelle von B 3 auf B 4 aufgewertet. Warum das abends vor der Sitzung um 19 Uhr noch passieren muss, ist mir schleierhaft. Aber Sie können sicherlich Auskunft geben, warum das notwendig war.

(Zuruf von der AfD: Parteibuch! – Abg. Anton Baron AfD: Da sind sie großzügig! – Weitere Zurufe)

Das Schaffen von Anreizen für Beamte halte ich in den unteren Besoldungsgruppen für richtig. Dazu gehört der Aufwuchs von B 3 nach B 4 aber sicher nicht.

Spitzenreiter an unverfrorener Verschwendung ist aber das Umweltministerium.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Gleich 225 zusätzliche Beamtenstellen genehmigt sich das wichtigste Ministerium des Landes. Herzlichen Glückwunsch, Herr Untersteller!

(Abg. Anton Baron AfD: Unverantwortlich!)

So sparsam ist keiner Ihrer Ministerkollegen. Der wirkliche Bedarf liegt nämlich angeblich bei 300 zusätzlichen Beamtenstellen, wie Ihnen ein grüner Parteifreund in einem Gefälligkeitsgutachten attestiert hat.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] – Lachen des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Da ist es nur zu verständlich, dass Sie im Plan der Allgemeinen Finanzverwaltung weitere 31 Beamtenstellen für die Umweltbehörde verstecken mussten. Nur zu schade, dass sie aufgefliegen sind. Die zusätzlichen – jetzt also 256 – Beamtenstellen werden den Haushalt in den kommenden Generationen über die Jahre mit Kosten in Höhe von über einer halben Milliarde Euro belasten. Das nenne ich und nennen wir, die AfD-Fraktion, wirklich sparsam.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

Das ist nur ein Beispiel. Es gibt sehr viele weitere, die ich hier aus Zeitgründen nicht alle vortragen kann.



(Bernd Gögel)

Ein ganz besonderes Beispiel möchte ich hier aber schon noch zum Besten geben – das wollen wir den Menschen im Land nicht vorenthalten –: Nicht einen, auch nicht zwei, sondern ganze sechs Waldsozialpädagogen planen Sie für den Naturpark Schwarzwald einzustellen. Der Auftrag: die Erforschung der Mensch-Wald-Beziehung – für mehrere 100 000 €. Das ist genau das, was der Bürger draußen dringend braucht und womit er sich täglich beschäftigt:

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

die Erforschung der Mensch-Wald-Beziehung – eine dringliche und wichtige Fragestellung. Wir sind überzeugt: Die Ergebnisse können ein Exportschlager für Baden-Württemberg werden.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Meine Damen und Herren von der Regierung, wenn das kein Beispiel für Steuerverschwendung und grünen Filz ist! Ich brauche nicht viel Fantasie, mir auszudenken, was Ihnen noch einfallen könnte, um das Geld der Bürger zu verschwenden.

Was Sie hier vorlegen, ist wirklich ein Verschwendungshaushalt. Sie setzen die falschen Schwerpunkte im Haushalt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die Schwerpunkte müssten auf Familien mit Kindern liegen,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Jawohl!)

auf der Verbesserung der inneren Sicherheit, der Ertüchtigung des Bildungssystems,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

der Sanierung der zum Teil maroden Verkehrsinfrastruktur,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

auf breiter Verfügbarkeit digitaler Dienste,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

auf Remigration illegaler Einwanderer und krimineller Einwanderer,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

und aufgrund neuester Erkenntnisse müsste man auch überprüfen, ob einige türkische Communitys nicht besser in die Türkei zurückmüssten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wenn die Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes auf 5 % in einer engen Haushaltslage richtig war, wieso ist es dann seine Reduzierung bei überbordenden Staatseinnahmen nicht?

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Ja, genau! Warum nicht?)

Die AfD-Fraktion hat all diesen Punkten in ca. 100 Änderungsanträgen Rechnung getragen. Natürlich – man braucht es eigentlich nicht zu erwähnen – wurde kein einziger Antrag positiv entschieden.

Dieser Haushalt ist nicht sparsam. Er ist auch nicht verantwortungsvoll gegenüber den Bürgern.

(Beifall bei der AfD)

Selbst bei den höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten betreibt die Regierung keine wesentliche Schuldentilgung, sondern begnügt sich mit einem Placebo. Glauben Sie denn wirklich, die Steuerquellen werden Sie alle Zeit mit Geld überfluten? Glauben Sie denn wirklich, es wird keine Konjunkturzyklen mehr geben? Dann leben Sie in einem Wunderland, in Ihrem eigenen Wunderland.

(Beifall bei der AfD)

Dieser vorgelegte Haushalt ist nicht nachhaltig. Dies ist ein Verschwendungshaushalt ohnegleichen. Den zukünftigen Generationen werden weitere Milliardenverpflichtungen durch Pensionen und Landesbürgschaften auferlegt.

Ihre schönen Züge, die Sie beschrieben haben und mit denen Sie am Wochenende nach Sulz gefahren sind, bezahlt der baden-württembergische Steuerzahler.

(Zuruf von der CDU: Wohin? Nach Sulz? – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Von welchem Sulz sprechen Sie?)

Diese wunderbaren, in den drei baden-württembergischen Landesfarben bemalten Züge werden mit Krediten zwischen 1,5 Milliarden und 2 Milliarden € von EU-Banken finanziert. Das Risiko trägt der baden-württembergische Steuerzahler. Bei der Beratung über den Haushalt des Verkehrsministeriums werde ich auf dieses Thema noch explizit zurückkommen. Bitte keine solchen Showveranstaltungen, ohne den Bürgern reinen Wein einzuschenken

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

und zu sagen, dass sie für die DB haften und jetzt auch für die Verkehrsgesellschaft in Baden-Württemberg. Das ist mehr als bedenklich.

Es wird Sie nicht wundern, dass wir von der AfD Ihren Gesamthaushalt im Ganzen ablehnen werden.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Totale Überraschung!)

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

**Abg. Andreas Stoch** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Aussprache zum Einzelplan 02 – Staatsministerium – wird traditionell dazu genutzt, eine Generaldebatte über die Politik der Regierung zu führen. Ich möchte im Folgenden unter Verweis auf verschiedene The-



(Andreas Stoch)

menbereiche und Politikfelder darauf eingehen, welche Erfahrungen das Land, vor allem die Menschen in diesem Land, mit dieser Regierung aus Grünen und CDU, mit Ihrer Regierung, Herr Ministerpräsident, gemacht haben.

Ich möchte eines vorwegschicken: Bei all den Problemen, die wir hier im Haus und auch in unserer Gesellschaft diskutieren, geht es unserem Land, geht es den meisten Menschen, die hier leben, zumindest auf den ersten Blick gut. Wir haben eine historisch niedrige Arbeitslosigkeit mit einer Quote von nahezu 3 %, wir haben eine Jugendarbeitslosigkeit, die im weltweiten Vergleich sehr niedrig ist. Wir haben ein Wirtschaftswachstum und Exportquoten, die auf hohem Niveau stabil sind. In der Folge sind natürlich auch die Einnahmen aus Steuern und Abgaben so hoch wie noch nie in der Geschichte unseres Landes.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, dies ist ganz sicher nicht das Verdienst dieser Landesregierung. Das ist das Verdienst der vielen Menschen in diesem Land, die diesen Wohlstand mit ihrer Hände Arbeit hart erarbeitet haben.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Meine Herren Kollegen aus den Regierungsfractionen, ich glaube, es ist dann doch ein wenig verwegen, zu glauben, die Handlungsspielräume, die diese Landesregierung nun hat – vor allem auf der Ausgabenseite –, seien durch eigene Leistungen zustande gekommen. Wenn wir uns mal einen genaueren Blick in den Haushaltsplan gönnen, dann merken wir, was es mit den von Ihnen beschworenen Einsparungen so auf sich hat. Wenn man von reduzierten Zinsaufwendungen profitiert, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann ist dies kein Ausdruck höchster Regierungskunst. Auch höhere Ansätze im Haushalt wie z. B. im Haushalt des Innenministeriums für höhere Einnahmen aus Bußgeldern sind nicht wirklich Zeichen von Regierungskunst.

(Heiterkeit der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Und wo Sie sparen, sparen Sie dann auch noch an den falschen Stellen. Denn Sparbeiträge werden z. B. bei den Krankenhäusern, nämlich bei der Krankenhausinvestitionsförderung, oder durch die Erhebung von Studiengebühren erbracht. Wir haben erst dieser Tage gehört, was dies bedeutet: In Baden-Württemberg, einem Land, das weltoffen und vielfältig ist und dies auch in Zukunft sein wird, ist durch die Studiengebühren für ausländische Studierende die Zahl der Studierenden aus Nicht-EU-Ländern um über ein Fünftel gesunken.

(Abg. Anton Baron AfD: Und jetzt?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer dem Land Baden-Württemberg Schaden zufügt, der regiert genau so, wie es Grüne und CDU hier im Land tun.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Und doch spüren wir, dass die Menschen in diesem Land Sorgen umtreiben – Sorgen, wie ihre Zukunft und die Zukunft ihrer Kinder aussehen soll, Sorgen, ob der Arbeitsplatz sicher sein wird, die Wohnung bezahlbar bleibt und ob das Leben in unserer weltoffenen und vielfältigen Gesellschaft auch in Zukunft noch sicher ist.

Was aber tut diese Landesregierung, Ihre Regierung, Herr Ministerpräsident, um auf diese Sorgen der Menschen einzugehen? Was sind denn die politischen Konzepte, mit denen Sie den Menschen die Zuversicht geben, auch diesen Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein?

Ich sage es an dieser Stelle ganz deutlich: Trotz voller Kassen, trotz bester Einnahmen geben Sie in diesem Doppelhaushalt auf die Fragen der Menschen keine Antworten. Es ist kein politischer Plan für die Gestaltung der Zukunft in Baden-Württemberg erkennbar.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist auch ganz einfach erklärbar. Zwischen Grünen und CDU gibt es in viel zu vielen Politikfeldern keine Schnittmengen, die einen wirklichen politischen Gestaltungsanspruch zuließen. Es gibt nämlich keinen Plan, weder bei Ihnen, Herr Ministerpräsident, noch – dort gab es ihn wohl noch nie – bei Ihrem Stellvertreter von der CDU.

Es gibt deswegen auch keinen gemeinsamen Plan für das Land, keine Idee, wohin Sie das Land steuern wollen.

Deswegen müssen wir eigentlich auch alle froh sein, dass dieses erbarmungswürdige Theater auf diesem zugigen Balkon in Berlin irgendwann endete, und zwar ohne die Bildung einer Regierung. Denn dieser gemeinsame Plan, den Sie haben müssen, der notwendig ist, wenn Sie ein Land gestalten wollen, war bei diesen Partnern überhaupt nicht vorhanden. Die wirklich wichtigen Themen für dieses Land, nämlich Fragen zum Zusammenhalt der Gesellschaft, soziale Fragen, wären von dieser Regierung, die sich Jamaika genannt hätte, nie beantwortet worden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Winfried Mack CDU:  
Dann haben Sie ja jetzt Gelegenheit, sich einzubringen, Herr Kollege!)

Herr Ministerpräsident, es ist schlicht und einfach anmaßend, wenn Sie beim Landesparteitag der Grünen die Aussage machen, dass Jamaika – Sie tun diesem Land, im Übrigen ein sehr schönes Land, sehr unrecht – besser gewesen wäre als alles andere, was jetzt noch kommen kann.

Zum einen wissen wir aus den Verhandlungen, dass angeblich noch mehrere Hundert Punkte nicht geklärt waren. Woher wollen Sie also wissen, was am Ende einer Regierungsbildung gestanden hätte? Und zweitens: Woher wollen Sie denn wissen, was in einer Regierung der Zukunft in Deutschland geregelt wird?

Ich glaube, die Menschen haben mehr verdient als das, von dem Sie glauben, mit einem Unfehlbarkeitsdogma wie dem der katholischen Kirche durchs Land ziehen zu können. Wir brauchen eine Regierung, die handelt, nicht eine Regierung, die vor Selbstgefälligkeit nicht mehr laufen kann, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD –  
Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Ich konstatiere deswegen, dass Ihr Wunschmodell einer ökonomischen Regierung nicht zustande kam. Sie und Ihr Stellvertreter sind als Verlierer aus Berlin heimgekehrt.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

(Andreas Stoch)

Auch eine weitere Anmaßung können Sie uns zukünftig ersparen. Sie sprachen bezüglich dieser Balkonlaison von einem „Bündnis der bürgerlichen Mitte“.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Sagenhaft!)

Sind denn alle anderen Menschen, die sich zu keiner dieser Parteien hingezogen fühlen, nicht bürgerlich? Die Bürgerrechte, Herr Ministerpräsident, sind nicht davon abhängig, ob Ihnen die politische Gesinnung der Menschen gefällt oder nicht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Aber kommen wir noch einmal zu Ihrem Zitat, Jamaika wäre besser gewesen als alles andere, was jetzt noch kommen kann. Besser? Für wen denn besser? Besser für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben – ein Arbeitsplatz, der möglicherweise bisher in der Automobilindustrie ist, oder ein Arbeitsplatz, bei dem aufgrund der technologischen Entwicklung nicht sicher ist, ob er in einigen Jahren noch existiert? Was tut diese Landesregierung denn konkret für Fortbildung und Weiterbildung, sodass diese Menschen unterstützt werden können, um diesem Wandel auch standhalten zu können?

Ich war am Montag gemeinsam mit dem Kollegen Stefan Fulst-Blei in Mannheim bei General Electrics. Dort ist in einer Firma, die von GE übernommen wurde – vor etwas mehr als einem Jahr gab es dort noch 1 800 Arbeitsplätze –, ein Abbau von 1 100 Arbeitsplätzen schon vor einem Jahr erfolgt. Und jetzt, wenige Tage vor Weihnachten, sagt man den Menschen in Mannheim, an einem traditionsreichen Standort: Dieser Standort wird in den nächsten Monaten plattgemacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Menschen, die davon betroffen sind, brauchen Antworten, wie es für sie weitergeht. Das kann nur gelingen, wenn wir den Menschen die Zuversicht geben – die sie durch Fort- und Weiterbildung bekommen –, dass sie nicht dauerhaft vom Arbeitsmarkt verdrängt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wäre Jamaika besser gewesen für Menschen, die für sich und ihre Familien bezahlbaren Wohnraum benötigen, diesen aber nicht finden? Ich rede hier nicht allein vom sozialen Wohnungsbau, ich rede auch davon, dass sich heute Menschen mit normalen Einkommen in Ballungsräumen wie Stuttgart oder Karlsruhe keine Wohnung mehr leisten können.

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

Was tut die Regierung denn dafür, außer wohlfeile Sonntagsreden zu halten, eine Wohnraum-Allianz ins Leben zu rufen, sich dann aber, wenn es um die Umsetzung der Empfehlungen geht, im politischen Fingerhakeln zu verlieren?

(Abg. Anton Baron AfD: Richtig!)

Ich verweise auf den Streit über die Reform der Landesbauordnung, auf ideologische Unterschiede, wenn es um die Frage von Bauland geht.

(Abg. Anton Baron AfD: Richtig!)

Die Grünen schließen die Entwicklung neuer Baugebiete kategorisch aus, da sie aufseiten derjenigen stehen, die ihre Schäfchen im wahrsten Sinn schon im Trockenen haben,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Stimmt überhaupt nicht!)

während die CDU immer noch glaubt, der Markt werde alles richten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Herr Ministerpräsident, dieses Thema ist zu ernst, als dass man hier weiterhin nichts tun dürfte. Es geht hier um Daseinsvorsorge. Es geht darum, ob Menschen das Gefühl haben, in dieser Gesellschaft noch einen Platz zu finden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wäre Jamaika besser gewesen für Kinder, die aus einkommensschwachen Familien stammen, Kinder, die im von der CDU über Jahrzehnte geprägten Bildungssystem seit jeher schlechtere Chancen haben?

Gerade jetzt, gerade bei dieser sich verändernden Gesellschaft wären Investitionen insbesondere in die frühkindliche Bildung dringend notwendig, um herkunftsbedingte Benachteiligungen zurückzudrängen. Auch Investitionen in die Grundschulen, in Sprachförderung und vor allem der weitere Ausbau der Ganztagschulen wären jetzt geeignete Mittel, um in den Studien wieder bessere Ergebnisse zu erzielen.

Aber was tut diese Landesregierung, was tun insbesondere auch die Grünen? Sie lassen es zu, dass die CDU und das CDU-geführte Kultusministerium die gerade begonnenen Reformmaßnahmen zurückdrehen, und glauben, mit ihren Rezepten aus den Sechzigerjahren den Problemen der heutigen Zeit begegnen zu können.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was soll denn da zurückgedreht werden?)

Herr Ministerpräsident, ich werfe Ihnen auch persönlich vor, dass Sie die Deutungshoheit, was diese Studienergebnisse angeht, der CDU überlassen. Denn die Ursachen für diese Testergebnisse, gerade auch was den Bereich der Grundschulen angeht, liegen garantiert nicht in den letzten fünf Jahren begründet. Das wissen Sie sehr gut.

Wir brauchen in Deutschland, um herkunftsbedingte Benachteiligungen von Kindern auszuschließen, ein Bildungssystem, das vom ersten Tag an greift. Wir brauchen frühkindliche Bildung in hoher Qualität, wir brauchen eine Unterstützung der Grundschulen, und wir brauchen in der Tat keinen ideologischen Streit. Vielmehr brauchen wir jetzt Maßnahmen, die Bildung besser und vor allem auch gerechter machen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Tobias Wald CDU: Das sagt gerade der Richtige!)

Oder wäre Jamaika gar besser für die Kommunen gewesen? Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, in Ihrer ersten Regierungserklärung aus dem Jahr 2011 haben Sie diesem Parlament und somit den Bürgerinnen und Bürgern dieses Bundes-

(Andreas Stoch)

lands versprochen, den Kommunen ein verlässlicher Partner zu sein. Wenn „verlässlich“ von „verlassen“ kommt, dann dürften Sie recht gehabt haben.

Von einer solchen Partnerschaft ist nun wirklich nichts mehr übrig. Das mag damit zusammenhängen, dass es vor allem wir von der SPD waren, die in der letzten Landesregierung intensiv einen kommunalfreundlichen Kurs verfolgt haben. Was heute zu beobachten ist, ist doch nichts anderes, als dass Sie den Kommunen, was Ausgaben angeht, die goldenen Zügel anlegen wollen.

Das, was heute in der „Südwest Presse“ als Kommentar steht, trifft das wohl sehr gut. Sie selbst beklagen immer gegenüber dem Bund, dass, was die Finanzbeziehungen angeht, dem Land der goldene Zügel angelegt werden solle, gerade wenn es um Ausgaben für Bildung geht. Wir stellen aber fest, dass Sie durch die Erhöhung des Vorwegabzugs gegenüber den Kommunen gerade dies tun. Sie nehmen den Kommunen Geld weg, das sie zur freien Verfügung haben, und geben es über Programme wieder zurück, um sich dann im Einzelfall für die Übergabe von Fördermitteln feiern zu lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer so arbeitet, wer gegenüber dem Bund den goldenen Zügel beklagt, aber diesen gegenüber den Kommunen selbst pflegt, der agiert doppelzünftig, der ist nicht ehrlich zu den Menschen und nicht ehrlich zu den Kommunen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Rainer Podewas AfD)

Deswegen werden wir, die SPD-Fraktion, auch bei diesen Haushaltsberatungen einen Schwerpunkt auf die Förderung der Kommunen legen. Denn die Kommunen sind heute mit Problemen konfrontiert, die für das Leben der Menschen von unmittelbarer Bedeutung sind.

Aber was machen Sie, anstatt nun endlich auf die Kommunen zuzugehen? Sie degradieren sie weiterhin zu Bittstellern. Die letzte Hoffnung der Kommunen – so stand es in der „Stuttgarter Zeitung“ – ist ein Nachtragshaushalt.

Es ist aus unserer Sicht unverantwortlich, dass Sie sich mit den kommunalen Landesverbänden immer noch nicht einigen konnten und so die Finanzierung der wesentlichen Zukunftsaufgaben – z. B. Schulbaumodernisierung, Digitalisierung der Schulgebäude, Investitionen in die frühkindliche Bildung – bisher nicht auf den Weg gebracht haben. Das ist vergeudete Zeit, und das ist das Verschulden Ihrer Landesregierung, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Wenn diese Landesregierung dann der Auffassung ist, die Gemeinden könnten den Hals nicht voll genug bekommen, zeigt das doch umso deutlicher die Fehlannahme und die Fehleinschätzung der aktuellen Lage der Kommunen.

Im Gegensatz zu Ihnen fordern wir daher weiterhin, ein Investitionspaket für die Kommunen in Höhe von 1 Milliarde € aufzulegen. Dies ist finanzierbar, denn die Rücklagen und die Überschüsse aus dem laufenden Haushalt lassen dies zu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind der Auffassung, wenn das Land so hohe Einnahmen hat, dann ist es auch dazu angehalten, in die Zukunft zu investieren und daher die Investitionstätigkeit der Kommunen zu unterstützen. Ja, es ist richtig: Die Städte und Gemeinden haben heute im Durchschnitt hohe Einnahmen; sie haben aber auch gewaltige Aufgaben vor der Brust. So besteht gerade in den Ballungsräumen ein Riesendefizit an bezahlbaren Mietwohnungen. Die Menschen erwarten zu Recht, dass hier mehr getan wird. Das kostet Geld, und das bedeutet auch, dass eine Landesregierung endlich Pläne und Konzepte entwickeln muss und sich nicht weiterhin auf ihren Lorbeeren ausruhen darf.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Deswegen müssen wir feststellen: Diese Landesregierung hat keinen gemeinsamen Plan für die wirklich großen Aufgaben, die vor uns stehen. Diese Landesregierung verhakt sich dann aber regelmäßig im politischen Tagesgeschäft, so z. B. wenn es um die Frage der Polizeistrukturreform geht, wenn es um den Abschuss von Wölfen geht, wenn es um Fahrverbote in Stuttgart geht oder wenn es um ein Tempolimit auf der A 81 geht, auf das man sich nicht einigen kann.

Sehr oft, meine sehr geehrten Damen und Herren, lässt sich gerade an diesen vermeintlichen Kleinigkeiten das große Problem dieser Regierung erkennen. Nehmen Sie die Fahrverbote in Stuttgart. Die Grünen haben ein bestimmtes Bild von Mobilität der Zukunft – das sei ihnen unbenommen –, aber in diesem Bild von Mobilität

(Abg. Anton Baron AfD: Fliegen!)

kommt der Individualverkehr, kommt der Pkw und kommt insbesondere der Verbrennungsmotor schlicht nicht mehr vor.

(Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Demgegenüber hat die CDU ein Bild, das letztlich darauf beruht, dass alles so bleiben kann, wie es ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dies kulminiert dann in einer simplen Frage wie der, ob man gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart ein Rechtsmittel einlegt und ob dieses Rechtsmittel die Berufung oder die Revision sein soll.

An diesen Fragen wird deutlich: Diese beiden Regierungspartner haben keine Gemeinsamkeiten; diese beiden Partner haben auch keinen gemeinsamen Plan für das Land Baden-Württemberg. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben eine stabile Mehrheit, Sie schwimmen im Geld, und trotzdem fehlt es an einem Plan, der politisches Gestalten zuließe.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben dieser Tage erwähnt, Sie würden sich, was das Regieren angeht, noch in der „Genussphase“ befinden.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Unruhe bei Abgeordneten der CDU)



(Andreas Stoch)

Wie wäre es denn mit Regieren? Herr Ministerpräsident, es reicht nicht aus, sich in diesem reichen Land Baden-Württemberg auf den Lorbeeren auszuruhen, die andere verdient haben. Die Menschen in diesem Land erwarten von dieser Landesregierung, dass Sie sich bemühen, ihnen Zuversicht in eine gute Zukunft zu geben, und dem müssen Sie sich stellen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die FDP/DVP-Fraktion erlaube ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst, Herr Kollege Stoch, nur ein Wort zu Ihnen: Vieles von dem, was Sie gesagt haben, kann ich unterschreiben.

(Zuruf: Gut!)

Ich habe mich nur darüber gewundert, dass Jamaika für Sie so ein Albtraum ist. Wenn das so ein Albtraum ist, warum weigert sich dann die SPD so beharrlich, die Große Koalition fortzusetzen?

(Zurufe der Abg. Andreas Stoch und Rainer Stickelberger SPD)

Das ist eine nicht ganz einfach zu verstehende Frage.

Aber wenden wir uns der Landesregierung zu. Es geht ja, Herr Ministerpräsident, um Ihren Haushalt, es geht um den Gesamthaushalt, es geht um Ihren Regierungsgenuss. Kollege Stoch hat Sie ja zitiert; Sie haben offensichtlich Spaß am Regieren. Aber wer war das noch mal, der irgendwann gesagt haben soll, Regieren solle nicht Spaß machen, sondern Sinn geben?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der SPD)

Irgendwie passt das nicht so ganz.

Aber, Herr Kollege Stoch, im Unterschied zu Ihnen erkenne ich schon einen großen Plan dieser Landesregierung. Dieser große Plan heißt Geldausgeben. Das ist in diesem Haushalt erkennbar. Man könnte, wenn man sich die Steuereinnahmen anschaut, die, wie Sie zu Recht gesagt haben, nicht das Verdienst dieser Regierung, sondern das Verdienst der Menschen, das Verdienst der Unternehmen sind,

(Zuruf von der AfD: So ist es!)

auch sagen: Diese Steuereinnahmen weht es Ihnen ins Haus. Wir hatten bereits bei der Diskussion zur Haushaltsrede der Finanzministerin den Vergleich zu Dagobert Duck. Allerdings hält Dagobert Duck sein Geld zusammen, Frau Sitzmann. Der badet darin. Sie hingegen geben es einfach aus.

Man könnte auch sagen: Der Schluck aus der Pulle, das ist das Prinzip dieser Landesregierung. Herr Ministerpräsident, Sie haben bereits im Laufe des Jahres in einem anderen Zusammenhang darauf hingewiesen, dass Sie dem Schluck aus der Pulle durchaus nicht abgeneigt sind. Ich darf die „Badischen Neuesten Nachrichten“ vom 1. Juli 2017 zitieren:

*Kretschmann ... trinkt nach eigenem Bekunden gern Bier.*

Und weiter:

*„Mein Rekord waren 18 Liter Bier an einem Fastnachtsdienstag.“*

– Respekt, Herr Ministerpräsident.

(Heiterkeit)

Damit sind Sie wahrscheinlich diesbezüglich auf der Regierungsbank der Ambitionierteste

(Zuruf: Ha, ha, ha!)

– Moment! – trotz starker Konkurrenz. Der Kollege Strobl hat ja bei der Eröffnung des Heilbronner Weindorfs 2016 darauf hingewiesen, er habe auf dem Heilbronner Weindorf wohl schon rund 1 000 Flaschen Wein getrunken. Herr Strobl, ich glaube, es war nicht an einem Tag. Es war über mehrere Jahre, so wie bei den 40 Liegestützen des Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Und der Oberbürgermeister habe geholfen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Bei den Liegestützen?)

– Ich weiß nicht, ob bei den Liegestützen. Aber bei den Flaschen Wein.

Meine Damen und Herren, beim Sparen sind Sie nicht ganz so ambitioniert, wohl aber beim Geldausgeben. Denn diese Regierung ist beim Geldausgeben von einem Ehrgeiz, der in der Landesgeschichte einmalig ist. Herr Ministerpräsident, seit Ihrem Amtsantritt – Regierung Kretschmann I zusammen mit der SPD und dann anschließend, jetzt, Regierung Kretschmann II zusammen mit der CDU – haben Sie es geschafft, das Haushaltsvolumen innerhalb von acht Jahren – wenn man bis 2019 rechnet – von 35 Milliarden € auf rund 52 Milliarden € zu steigern. Das ist ein Anschwellen des Haushaltsvolumens um rund 50 %. Wenn Sie einmal in die Geschichte schauen – schwarz-gelbe Koalition –, stellen Sie fest: Zwischen 1996 und 2011, in der doppelten Zeit, ist das Haushaltsvolumen nur um rund 10 % gewachsen. Das macht deutlich, wie verschwenderisch Sie Haushaltspolitik betreiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Und da behaupten Sie ernsthaft, Sie würden eine nachhaltige Haushaltspolitik betreiben. Nein, die „Stuttgarter Nachrichten“ haben recht, wenn sie am 26. September dieses Jahres geschrieben haben:

*So viel Geld gab es ... nie zuvor.*

Ja, so viel Geld gab es nie zuvor. In diesem Doppelhaushalt gibt es ungefähr zweieinhalbtausend neue Personalstellen, und in Ihrem eigenen Haushalt, im Haushalt des Staatsministeriums, Herr Ministerpräsident, sind Sie genauso ambitioniert dabei, einen Schluck aus der Pulle zu nehmen: 23 zusätzliche Stellen im Dritten Nachtrag 2016, jetzt schon wieder zehn zu-



(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

sätzliche Stellen. Ein permanentes Aufrüsten. Wenn Sie es einmal vergleichen, sehen Sie: Demnächst haben Sie es geschafft, rund 50 % mehr Personalstellen zu haben als der viel gescholtene Stefan Mappus. So bauen Sie Ihre Regierungszentrale auf, Herr Ministerpräsident – mal ganz abgesehen von der Staatssekretärsinflation in der Villa Reitzenstein. Da ist ja mittlerweile fast jeder, der nicht bei drei auf den Bäumen ist, Staatssekretär.

(Heiterkeit bei der AfD)

Herrn Murawski haben Sie ja mittlerweile zum Staatsminister getauft, damit die ganzen Staatssekretäre wissen, wer da der Chef ist. So machen Sie Haushaltspolitik in Ihrem Staatsministerium.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Aber, Herr Ministerpräsident, ich will nicht nur schelten, sondern auch loben.

(Oh-Rufe)

– Ja, doch, doch. – Zunächst sind wir dankbar, dass Sie überhaupt da sind,

(Zuruf: Jetzt wird es gefährlich!)

im Unterschied zur Haushaltsdebatte im November. Im November waren Sie ja

(Zuruf: Auf Jamaika!)

in Berlin, um Jamaika zu verhandeln. Der Erfolg ist bekannt. Es endete im Fluch der Karibik.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Richtig viel ist nicht dabei herausgekommen. Aber eines muss ich Ihnen und Herrn Strobl lassen: Sie hatten sozusagen das Gefühl für den Augenblick, Herr Kretschmann, den Kairos, um es griechisch zu benennen. Sie wussten: Wo ist der entscheidende historische Ort? Und Sie hatten das Gespür, den letzten Akt von Jamaika dann in die baden-württembergische Landesvertretung zu holen. Sie haben sich natürlich vorgestellt, die Landesvertretung werde für Jamaika zum Kreißaal, aber am Ende wurde die Landesvertretung dann zur Aussegnungshalle für Jamaika.

(Heiterkeit bei der AfD und Abgeordneten der FDP/DVP)

„Bad luck!“, kann man da nur sagen. So kann es in der Politik manchmal passieren, wenn man sich verkalkuliert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn Sie jetzt darüber jammern, dass Jamaika nicht zustande gekommen ist, kann man feststellen: Sie hätten sich vielleicht an der einen oder anderen Stelle etwas kooperationsbereiter zeigen sollen, beispielsweise bei der Diskussion um das Kooperationsverbot. Als nämlich über das Kooperationsverbot diskutiert wurde, haben Sie sofort presseöffentlich alle

Schotten dicht gemacht und sinngemäß erklärt: „Nur über meine Leiche.“

(Abg. Winfried Mack CDU: Zu Recht!)

– Nicht „zu Recht“, Herr Kollege Mack. – Auch ich bin nicht dafür, das Kooperationsverbot in dem Sinn abzuschaffen, dass man nun erklärt: Wir opfern die Hoheit der Länder, schaffen sozusagen einen Bundesschulminister, der dann der Vorgesetzte von einer Million Lehrerinnen und Lehrern ist. Das soll mit Sicherheit nicht geschehen; das hat auch niemand verlangt. Vielmehr muss man darüber diskutieren, ob man beispielsweise das Kooperationsverbot lockert und sagt: Wir nehmen das Geld des Bundes – wir brauchen es auch – und verwenden es für die Modernisierung der Schulen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wenn man sich die bauliche Substanz vieler Schulen im Land anschaut, sieht man: Wir brauchen dieses Geld, im Übrigen auch für die digitale Entwicklung unseres Bildungswesens.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Man könnte beispielsweise dem Bund anbieten, darüber zu reden, gemeinsame Standards zu vereinbaren. Man könnte gemeinsam darüber nachdenken: Was soll ein junger Mensch können, wenn er das Abitur ablegt?

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr gut!)

Was soll ein junger Mensch können, wenn er einen mittleren Bildungsabschluss macht? Darüber kann man doch diskutieren. Aber man kann mit dem Bund im Gegenzug auch darüber diskutieren, dass die Entscheidungen über den Weg dahin weiterhin in die Kompetenz der Länder fallen.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Genau!)

Ja, okay, der Weg kann auch über die Gemeinschaftsschule führen; auch das soll möglich sein, wenn die Landespolitik das entscheidet. Aber es müssen genauso die Werkrealschule und die bayerische Hauptschule möglich sein. Über so etwas muss man doch diskutieren können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wenn man jedoch von vornherein den Rollläden herunterlässt und sagt: „Über so etwas diskutieren wir erst gar nicht“, sich dann kräftig aufmandelt und über die Presse erklärt: „Nur über meine Leiche“, dann darf man sich auch nicht wundern, Herr Ministerpräsident, dass das Projekt Jamaika scheitert und in unserer Landesvertretung zu Grabe getragen wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Wolfgang Reinhardt CDU: Das ist Fundamentalopposition!)

– Das war Fundamentalopposition des Ministerpräsidenten. Da haben Sie völlig recht, Kollege Reinhart. Ich bedanke mich für den Zwischenruf.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Ein Wort noch, Herr Kollege Stoch, zum Thema Testergebnisse. Sie wissen, wir sind da unterschiedlicher Meinung. Klar ist: Wäre ich in der letzten Legislaturperiode Kultusminister gewesen, würde auch ich behaupten: „Mit meiner Politik haben die Testergebnisse überhaupt nichts zu tun.“

(Abg. Andreas Stoch SPD: Da müssen Sie mit Wissenschaftlern reden!)

– Die Wissenschaftler, Herr Stoch, sind sich in einem völlig einig, nämlich darin, dass Sie zusammen mit Ihrer Vorgängerin – ich gebe auch zu: Ihre Vorgängerin mehr als Sie – Unruhe an den baden-württembergischen Schulen geschaffen haben,

(Zuruf von der FDP/DVP: Ja! – Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

die nicht zuletzt für diese Testergebnisse ursächlich ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Das müssen wir schon konstatieren.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wie hieß sie nochmal?)

Ich darf Sie zitieren: „Wir brauchen ... keinen ideologischen Streit.“ Da haben Sie völlig recht. Aber ich glaube, meine Damen und Herren, darüber, wer den ideologischen Streit in der Bildungspolitik angefangen hat, kann man trefflich nachdenken und kommt wahrscheinlich zu zutreffenden Ergebnissen.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Herr Ministerpräsident, wir sind auch dankbar – Sie werden ja anschließend, wie ich annehme, die fehlende Liegestütze von heute Morgen nachholen –, dass Sie zunächst das Parlament haben reden lassen und nicht den Versuch unternommen haben, diesen unsäglichen Haushalt durch eine einführende Regierungserklärung auch noch zu rechtfertigen. Sonst hätte man mit dem Aphoristiker Werner Mitsch sagen müssen: „In alten Märchen steckt oft mehr Wahrheit als in neuen Regierungserklärungen.“ Aber das werden wir wahrscheinlich anschließend im zweiten Anlauf feststellen.

Unseriös ist dieser Haushalt insgesamt. Unseriös ist auch der Haushalt des Ministerpräsidenten. Die Landeshaushaltsordnung in der ursprünglichen Fassung hätte vorgesehen, dass Sie rund 4,2 Milliarden € Schulden tilgen und nicht diese homöopathische Dosis von 500 Millionen €. Mit 4,2 Milliarden €, meine Damen und Herren, hätten wir rund 10 % der Altschulden tilgen können,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

und das hätte die in Kraft befindliche Landeshaushaltsordnung auch so vorgesehen.

Derselbe Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat übrigens in seiner Zeit als Oppositionspolitiker immer nahegelegt, diese Haushaltssolidität, die er als Oppositionspolitiker eingefordert hat, müsse Verfassungsrang bekommen, weil sonst die Gefahr bestünde, dass irgendwann unsolide Regierungen ins Amt kommen und mit einfacher Mehrheit das ändern, was

zu Haushaltssolidität führt. Das war damals das Petikum des Oppositionspolitikers Winfried Kretschmann.

Ich kann Ihnen sagen, Herr Ministerpräsident: Ihre Befürchtungen waren berechtigt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Sie wurden selbst Ministerpräsident und haben prompt die Landeshaushaltsordnung so geändert, dass Sie eben nicht die Altschulden so tilgen müssen, wie es geboten wäre, sondern nur in homöopathischer Dosis, sodass diese grün-schwarze Koalition weiter kräftige Schlucke aus der Pulle nehmen kann. Diese 250 Millionen € pro Jahr als Erfolg zu bezeichnen ist ein schlechter Witz, meine Damen und Herren.

Es ist auch ein schlechter Witz, mit niedrigen Zinsen zu argumentieren, zu sagen: „Die Zinsen sind ja so niedrig, und deshalb brauchen wir nicht zu tilgen.“ Wer sagt Ihnen denn, wie lange diese Zinsen so niedrig bleiben, meine Damen und Herren? Wer sagt Ihnen, dass die Konjunktur Ihnen weiter so in die Hände spielt wie im Moment?

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Nebenher machen Sie eine Haushaltspolitik, die alles andere als nachhaltig ist. Mit Ihrem Stellenaufwuchs in den Ministerien, in der Umweltverwaltung, in allen Bereichen schaffen Sie Verpflichtungen über Jahrzehnte, einschließlich Pensionslasten; kurzfristige Einsparungen sind da nicht möglich.

Irgendwann könnten sich die negativen Entwicklungen jedoch einmal kreuzen: ein gewaltig aufgeblähter Haushalt, ein Konjunktüreintritt, steigende Zinsen. An dieser Stelle nur der Hinweis – Frau Sitzmann, ich nehme an, man hat es Ihnen auch schon vorgerechnet –: Ein Prozentpunkt Zins mehr bedeuten 460 Millionen € pro Jahr zusätzliche Zinslast für das Land. Wie die Diskussionen in diesem Haus laufen, wenn das alles zusammenkommt, kann ich mir schon vorstellen. Da wird es dann heißen: „Jetzt sollte die Regierung eigentlich sparen.“ Dann wird sich die Finanzministerin hier hinstellen und sagen: „Ja, wo soll ich denn sparen?“

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: „Das konnte ja keiner wissen!“)

Mein Haushalt beinhaltet doch im Wesentlichen Personalausgaben. Ich kann nicht sparen.“

Umso verwerflicher ist es, meine Damen und Herren, in Zeiten wie diesen einen Haushalt so aufzublähen, den Personalkörper so aufzublähen und Altschulden eben nicht zu tilgen oder nur in homöopathischem Maß zu tilgen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Auch jenseits der Personalausgaben sieht man, wenn man in Ihren Haushalt blickt – Herr Ministerpräsident, Sie werden dann wahrscheinlich hinterher wieder sagen: „Das sind doch überschaubare Haushaltsposten“ –: 300 000 € für einen Medienkongress zum Thema Mediennutzung – ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

An anderer Stelle ist in einem anderen Zusammenhang zu lesen, zum bevorstehenden 70. Geburtstag des Ministerpräsidenten sei ein Buch zum Thema „Demokratische Öffentlichkeit“ angedacht. Aha! Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Offensichtlich geht es darum, die Geburtstagsfeierlichkeiten, die Selbstbeweihräucherung dann mit Steuermitteln zu finanzieren. Solange ein Buch dabei herauskommt, geht es ja noch. Ich hoffe nicht, dass es dann irgendwann in die Richtung abgleitet, die Theodor Mommsen vor gut 100 Jahren im Zusammenhang mit dem alten Rom beschrieben hat. Ich darf zitieren – das Zitat bezieht sich auf die Geburtstage der Kaiser; nur schlechten Kaisern sei es versagt –:

*Man sollte mit Lorbeeren bekränzt und unter Freudensbezeugungen den Geburtstag feiern oder verflucht der Rache des Jupiter und Cäsar verfallen sein.*

Das war die Ansage an das Volk. Wir hoffen, dass wir von so etwas noch ein bisschen verschont bleiben. Aber, meine Damen und Herren, es ist auch nicht in Ordnung, mit Steuermitteln dann diese Geburtstagsfeierlichkeiten in die Wege zu leiten.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Rülke, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Ein weiteres Beispiel: Für den Strategiedialog Automobilwirtschaft BW sind 20 Millionen € im Staatshaushalt hinterlegt, meine Damen und Herren. Ich frage mich, wozu. Zum Autogipfel sind Sie nicht hingegangen. Geht es wieder darum, dass der Kollege Hermann die individuelle Mobilität unterbindet, oder um die Innovationspeitsche, um Fahrverbote, die blaue Plakette oder die Ansage: „Weniger Autos sind besser als mehr“?

(Abg. Anton Baron AfD: Peinlich!)

Jedenfalls geht es vermutlich um einen grünen Reptilienfonds für ideologische Kampagnen.

Der Gipfel der Unredlichkeit dieser Landesregierung ist, dann in dieser Koalition noch zu behaupten, Sie hätten im Jahr 2019 800 Personalstellen weniger. Wir haben dies beim Finanzministerium einmal hinterfragt, und da wurde uns dann gesagt: „Wir haben die Bediensteten aus den Landesbetrieben nicht mitgerechnet, und die Anwärter haben wir auch nicht mitgerechnet.“ Die werden sich freuen, dass sie nicht mitgerechnet sind. Aber das Tollste an der Geschichte ist –

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Rülke, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Jawohl. – Das Tollste an der Geschichte ist, dass Minister Strobl bei den Polizisten die Anwärter mitrechnet. Sie behaupten dann, schon zur Mitte der Legislaturperiode hätten Sie die 1 500 geliefert, aber in der Realität haben Sie 2 021 Polizisten weniger auf der Straße.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Zuruf)

– Ja, aber die Anwärter rechnen Sie mit.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Rülke, schauen Sie einmal auf das Display. Dann sehen Sie Ihre Redezeit.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Das Tolle an dieser Geschichte, meine Damen und Herren, ist: Wenn es darum geht, den Haushalt schönzurechnen, dann werden die Anwärter herausgerechnet.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Rülke –

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Wenn es hingegen darum geht, Sicherheit vorzugaukeln, dann rechnen Sie die Anwärter mit. Das ist der Gipfel der Unredlichkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Ministerpräsident Kretschmann.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg jedenfalls geht es heute so gut wie selten zuvor.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Baden-Württemberg ist ein starkes Land, die Wirtschaft floriert, die Auftragsbücher sind voll, die Arbeitslosigkeit ist so gering wie seit über einem Vierteljahrhundert nicht mehr. Baden-Württemberg ist das sicherste Land der Republik.

(Abg. Carola Wolle AfD: Wie bitte?)

Aber klar ist auch: Wir leben natürlich nicht auf einer Insel der Seligen und schon gar nicht in einer Festung. Es gibt fundamentale Umbrüche, große Chancen und Herausforderungen. Es gibt natürlich bei uns auch Menschen, die verunsichert sind und Angst haben.

(Abg. Anton Baron AfD: „Bodensatz“ gibt es auch!)

Wir brauchen deswegen Mut und Durchblick, wir brauchen Zuversicht im Wandel, um die Zukunft zu gestalten.

Das erkläre ich auch gern den Menschen draußen, wenn sie sagen, wo sie der Schuh drückt, etwa dem Arbeiter, der sich wegen der Zeitenwende beim Automobil Sorgen macht, oder Menschen, die der Zuzug der Flüchtlinge beunruhigt, oder denen, die Angst vor einem Terroranschlag oder den Folgen der Klimakrise haben. Unsere Politik hat ein großes Ziel: Wir wollen, dass den Menschen die Zukunft nicht abhandenkommt, dass sie Zuversicht haben und keine Angst; denn das wäre Gift für den Zusammenhalt.

Der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt hat einmal gesagt:

*Das Einzige, was wir zu fürchten haben, ist die Furcht selbst – die namenlose, blinde, sinnlose Angst, die die ... Anstrengung ... lähmt, ...*

Roosevelt hat recht, und darum setzen wir der Angstmachelei der Populisten eine Politik des Mutes und der Zuversicht entgegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])



(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Wir sagen aber auch, dass es in einer Welt des Wandels eben nicht genügt, einfach den Status quo zu verteidigen. Wir wollen nicht nur unbeschadet über die Runden kommen angesichts der vielen Umbrüche und Veränderungen, die wir in Wirtschaft und Gesellschaft haben, angesichts von Globalisierung, Digitalisierung und weltweiter Migration. Eine bloße Statussicherung ist kein Konzept für die Zukunft.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir wollen das, was anders wird, auch als Chance und nicht nur als Bedrohung betrachten und den Wandel aktiv mitgestalten. Wir haben allen Grund für Zuversicht, meine Damen und Herren; denn das Land hat hervorragende Ausgangsbedingungen. Wir in Baden-Württemberg sind stark, wir sind kreativ und fleißig, wir haben eine lebendige Bürgergesellschaft und ein wohlgeordnetes Gemeinwesen, und meine Landesregierung hat einen klaren Kurs.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Deswegen gehen wir diese Aufgaben mit Entschlossenheit an. Unsere Antwort findet sich im Dreiklang, der unsere Politik leitet: Zusammenhalt der Gesellschaft, Innovation und nachhaltiges Leben und Wirtschaften.

Der Haushaltsansatz, der Ihnen vorliegt, dekliniert diesen Ansatz durch. Er steht eben für mutiges Gestalten sowie für Verlässlichkeit, Ordnung und Orientierung in unruhiger Zeit. Er ist damit ein gutes Fundament für das Land und seine Menschen.

Meine Damen und Herren, die Fliehkräfte haben an Wucht gewonnen – trotz der guten wirtschaftlichen Lage –, der Ton der öffentlichen Debatte ist rauer geworden, die Sehnsucht nach Halt, Orientierung und Sicherheit wächst. Dem schauen wir eben nicht tatenlos zu.

(Abg. Anton Baron AfD: Na ja!)

Im Gegenteil: Wir haben es selbst in der Hand, das Zusammenleben so zu gestalten, dass alle Menschen teilhaben können, dass alle wahrgenommen und gehört werden und dass alle den Respekt erfahren, den jeder und jede verdient. Diesen Fliehkräften setzen wir die Kräfte des Zusammenhalts entgegen. Wir stärken das Miteinander und Füreinander in der offenen Gesellschaft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir wollen die Menschen befähigen, mit den Umbrüchen dieser Zeit umzugehen. Dafür braucht es zweierlei: Es braucht konkrete Programme und Maßnahmen – aber auch das Wie ist wichtig, der Politikstil, den wir pflegen, die Haltung, mit der wir an die Probleme herangehen, und die Art, wie wir gesellschaftliche Konflikte austragen. Deshalb machen wir die Politik des Gehörtwerdens. Wir gehen neue Wege bei der Bürgerbeteiligung, beziehen die Menschen auf Augenhöhe mit in die politischen Entscheidungen ein.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wir bauen Brücken zu den Menschen, die sich unverstanden und vernachlässigt fühlen. Auch für sie haben wir das Format

der Nachbarschaftsgespräche gestartet. Damit gehen wir auf Menschen zu und hören ihnen zu. Wir schaffen ihnen einen Raum, in dem zufällig ausgewählte Bürger – das ist ganz wichtig – einbringen können, was sie bewegt. Ich selbst habe an solchen Nachbarschaftsgesprächen in Pforzheim teilgenommen und gesehen, dass sich da auch Menschen äußern, die sich ansonsten eher nicht zu Wort melden. Das ist, glaube ich, ein tolles Format, das den Zusammenhalt stärkt und das Vertrauen in die Demokratie fördert.

Ganz entscheidend dafür ist auch die Integration der Flüchtlinge, die zu uns gekommen sind und die bei uns bleiben. Das bereitet vielen Menschen Sorge. Deshalb ist es eine der wichtigsten politischen Aufgaben der kommenden Jahre, die Neuankömmlinge gut zu integrieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Zurufe der Abg. Anton Baron AfD und Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Meine Landesregierung setzt auf Fördern und Fordern.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, ja!)

Wir unterstützen die Neuankömmlinge nach Kräften bei der Integration. Kein anderes Bundesland tut hier so viel wie wir. Aber wir verlangen auch Anstrengungen und Integrationswillen. Die Werte und Normen unserer Verfassung gelten für alle, die hier leben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Dabei arbeiten wir über Ressortgrenzen hinweg gut zusammen. Denn es geht um die Integration in Sprache und Bildung, in Arbeit und Wohnen, in unsere politische Kultur und in unser Rechtssystem.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Ministerpräsident Kretschmann, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Räßle zu?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Nein. Jetzt rede ich erst mal ein Stück. – Diese Mammutaufgabe gehen wir im Team an. Mit unserem Pakt für Integration unterstützen wir die Kommunen in diesem und im kommenden Jahr mit 320 Millionen €. Der Fokus liegt auf individueller Betreuung und Begleitung der Flüchtlinge. Denn jeder Mensch ist anders, hat eigene Fähigkeiten und Perspektiven. Wir finanzieren rund 1 000 Integrationsmanager in den Kommunen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Kein Mensch weiß, was die Manager sollen!)

So sorgen wir dafür, dass jeder Neuankömmling bald auf eigenen Beinen stehen kann. Da liegt natürlich noch viel Arbeit vor uns, aber wir kommen voran. So hatten bereits Ende letzten Jahres rund 25 000 Flüchtlinge im Land einen Arbeitsplatz.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Lassen Sie uns also dabei dranbleiben und gemeinsam handeln, damit die Integration gelingt.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)



(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Von Bill Clinton stammt der Spruch: „It’s the economy, stupid!“ Damit hat er recht. Aber ebenso gilt: „It’s the education, stupid!“; denn Bildung ist nicht nur die beste Wirtschaftsförderung, sondern auch der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben. Bildung ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage unserer Zeit. Unsere Bildungspolitik soll faire Chancen und Aufstiegsmöglichkeiten geben. Das treibt mich als ehemaligen Lehrer natürlich besonders um, aber ebenso alle anderen Mitglieder der Landesregierung.

Deshalb kann ich klipp und klar sagen, dass wir mit dem Abschneiden bei den Schulvergleichen wirklich nicht zufrieden sind.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Mittelmaß oder gar darunter geht nicht und ist für unser Land nicht akzeptabel. Wir wollen nichts schönreden, aber manches besser machen, und alle Schulen in unserem Land müssen Spitzenleistungen erreichen. Das ist jedenfalls unser Anspruch.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Abg. Anton Baron AfD: Sie tragen die Verantwortung dafür!)

Deshalb haben wir etwas ganz Entscheidendes gemacht. Wir haben nämlich nach den Ursachen gesucht, und zwar sehr intensiv

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

und ohne irgendwelche ideologischen Scheuklappen.

(Abg. Anton Baron AfD: Seit sieben Jahren suchen Sie die Ursachen!)

Wir haben mit Experten gesprochen, wir haben aber auch Praktiker gehört. Wir haben geschaut, was andere Bundesländer machen, und darauf aufbauend hat meine Kultusministerin im Sommer ihr neues Qualitätskonzept auf den Weg gebracht. Das neue Institut für Bildungsanalysen sorgt für ein konsequentes Bildungsmonitoring.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Und wann wird das wirken?)

Es unterstützt Schulen dabei, Probleme zu erkennen und zu beheben.

(Zuruf von der FDP/DVP: Noch macht das gar nichts!)

Das neue Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung sorgt dafür, dass Lehrerausbildung, -fortbildung und -beratung in einer Hand liegen. So verknüpfen wir wissenschaftliche Erkenntnisse, bildungspolitische Entscheidungen und die konkrete Praxis in der Schule.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

Weitere Maßnahmen werden folgen, die sich genau aus dieser Analyse ergeben haben, etwa die Stärkung der Schulleiter. Außerdem werden wir für passgenaue Förderangebote für

schwächere und für stärkere Schüler sorgen; denn die Vielfalt der Schülerinnen und Schüler nimmt immer mehr zu.

Auch in unserem Doppelhaushalt setzen wir konsequent auf Qualität. Wir bringen die frühkindliche Bildung voran und investieren 900 Millionen € pro Jahr allein in die Kleinkindbetreuung, und das mit Erfolg. Wir haben im Land den besten Betreuungsschlüssel der Republik.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Aber doch nicht wegen dieser Landesregierung!)

An den Grundschulen haben wir vier Unterrichtsstunden mehr für Lesen, Schreiben und Rechnen eingeführt. Zudem schieben wir vier weitere Wochenstunden zur Förderung dieser Grundfähigkeiten um. Den Ausbau der Ganztagschulen, Herr Kollege Stoch, treiben wir weiter entschlossen voran. Dafür gibt es 100 zusätzliche Lehrerstellen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die verhindert Ihre Ministerin!)

Im kommenden Schuljahr richten wir die ersten Oberstufen an Gemeinschaftsschulen ein. Wir reformieren die Oberstufe an unseren Gymnasien. So sorgen wir für mehr Wahlmöglichkeiten und mehr Förderung von Spitzenleistungen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Hinzu kommen 260 Deputate mehr für eine bessere individuelle Förderung in Realschulen und 318 zusätzliche für die Inklusion.

Manchmal sind es aber auch Probleme auf dem Schulhof, die die Schüler ausbremsen. Deshalb erhöhen wir die Mittel für die Schulsozialarbeit.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Auch hier kommen wir gut voran. Wir haben gut doppelt so viele Schulsozialarbeiter wie noch zu Beginn des Jahrzehnts. Man sieht: Wir haben die richtigen Schritte für mehr Qualität, mehr Leistung und mehr Bildungsgerechtigkeit eingeleitet.

(Abg. Anton Baron AfD: Ach!)

Noch nie hat eine Landesregierung mehr in Bildung investiert.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Herr Kollege Stoch, Sie haben das Wohnproblem angesprochen. In der Tat ist das Problem, in Ballungsgebieten bezahlbaren Wohnraum zu finden, eine der größten sozialen Herausforderungen, die wir haben. Das nimmt diese Landesregierung sehr, sehr ernst. Denn es gehört zu einem guten Leben, guten und bezahlbaren Wohnraum zu haben. Auch bei uns im Land haben viele Menschen mit geringem Einkommen Probleme, in Ballungsgebieten bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wir tun deswegen alles dafür, dass Jüngere und Ältere, Familien und Singles, Einheimische und Neuankömmlinge bei uns ein Zuhause finden, das sie sich leisten können. So investieren wir in den kommenden beiden Jahren erneut jeweils eine

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Viertelmilliarde Euro in die Wohnraumförderung. Das ist fünf Mal mehr als zu Beginn des Jahrzehnts.

(Abg. Anton Baron AfD: Mit Geld allein ist es nicht getan!)

Damit können wir 20 000 Wohnungen fördern.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Die ganze Zeit nur Geld reinpumpen!)

Das, was Sie gesagt haben – die Grünen würden verhindern, dass neue Wohngebiete ausgewiesen werden –, ist reine Polemik.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist die Wahrheit! Fragen Sie mal bei den Bürgermeistern nach, die können es Ihnen sagen! Natürlich!)

Meine Damen und Herren, ohne Sicherheit gibt es keinen Zusammenhalt.

(Abg. Anton Baron AfD: Eijejei!)

Nur da, wo Menschen sich sicher fühlen, fühlen sie sich auch zu Hause. Ja, Baden-Württemberg ist eine der sichersten Regionen der Welt. Wahr ist aber auch: Der internationale islamistische Terrorismus ist näher an uns herangerückt.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Ich kann Ihnen versichern: Meine Landesregierung tut alles, um die Bürgerinnen und Bürger bestmöglich zu schützen. Wir verteidigen unsere freie Gesellschaft und unsere offene Lebensweise mit allen Mitteln des Rechtsstaats.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Entscheidend ist dabei eine leistungsfähige und bürgernahe Polizei. Hier geben wir richtig Gas und schaffen die geplanten 1 500 zusätzlichen Stellen bei der Polizei nun schon früher. Deshalb bilden wir in den nächsten zwei Jahren so viele Polizisten aus wie nie zuvor. Das ist die größte Einstellungsoffensive in der Geschichte der baden-württembergischen Polizei.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Wir haben das Polizeigesetz geändert, wir haben die Überwachungsmöglichkeiten der Sicherheitsbehörden gestärkt, um noch besser gegen Gefährder vorgehen zu können. Wir machen das gezielt und anlassbezogen, anstatt alle Bürger ins Visier zu nehmen. Denn wir nehmen unsere Verantwortung für die Sicherheit der fast elf Millionen Menschen in unserem Land sehr ernst. Wir achten dabei darauf, dass die Balance von Sicherheit und Freiheit immer gewahrt bleibt.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Auch die Justiz stärken wir. Die Gerichte und Staatsanwaltschaften erhalten über 120 neue Stellen, dazu kommen 150 zusätzliche Stellen im Strafvollzug. Diese Schritte sind richtig und wichtig.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Und warum? – Gegenruf der Abg. Sabine Kurtz CDU: Geht es ein bisschen leiser?)

Denn ein starker Rechtsstaat ist die Grundlage für eine freie Gesellschaft.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ja, meine Damen und Herren, ich bleibe dabei: Ich halte das Jamaika-Aus – dieser Begriff hat es ja sogar zum „Wort des Jahres“ gebracht – immer noch für fatal. Die jetzige Hängepartie ist ein Problem für Deutschland und Europa. Ich bin der Meinung, dass eine Einigung möglich gewesen wäre, wenn alle gewollt hätten.

(Zurufe, u. a.: Das ist Ideologie!)

Was den Kooperationsföderalismus betrifft, war ich jetzt etwas erstaunt über Ihre Ausführungen. Das sind Töne, wie ich sie bisher aus der FDP/DVP-Landtagsfraktion nicht gehört habe.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Dann haben Sie nicht zugehört!)

Ich will Ihnen jedenfalls sagen: Wir haben keinesfalls Fundamentalopposition gemacht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie haben Ihr ganzes Kabinett aufgemandelt!)

Alles unterhalb einer Verfassungsänderung wäre möglich gewesen. Aber dass die FDP nun glaubt, sie könnte die anderen Partner zu der Auffassung bringen – und das auch noch in einer so elementaren Frage, bei der es um den Kernbestand des Föderalismus geht –, die Verfassung ändern zu müssen, geht dann doch ein bisschen zu weit.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann wird es halt nichts! – Gegenruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist zu billig! – Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Ich will Ihnen das noch einmal am Beispiel dieser 5 Milliarden €, der sogenannten Wanka-Milliarden, darstellen. Es wurde versprochen, dass 5 Milliarden € für die Digitalisierung von Schulen in die Länder und in die Gemeinden fließen. Man stellt das ins Schaufenster, und dann passiert aber nichts. Alle warten. Dann kommt es zu einem Regierungswechsel, und darüber wird nun gar nicht mehr geredet. So verstreicht wahrscheinlich ein ganzes Jahr, und alle warten, weil sie denken: „Wenn ich jetzt etwas tue, ist dies förderschädlich, darum mache ich jetzt lieber nichts.“ Das ist einfach nicht der richtige Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau! Deshalb muss man das ändern!)

Diesen Weg, den Sie gehen wollen, gab es schon einmal, nämlich von 1969 bis 2006. Wenn man das einmal analysiert, sieht man: Dieser Weg war nicht erfolgreich. Deswegen hat die Föderalismuskommission völlig richtig gehandelt.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Ich sage Ihnen noch einmal: Den richtigen Weg sieht unsere Verfassung vor; in Artikel 106 des Grundgesetzes steht, dass Bund und Länder ihre Deckungsbedürfnisse gemeinsam aushandeln. Da der Bund etwa für die Ausstattung der Digitalisierung in den Schulen 5 Milliarden € einstellen will, gibt er doch zu, dass wir Deckungsbedürfnisse haben, die wir allein nicht erfüllen können.

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Also ist es doch der richtige Weg, den Ländern die entsprechenden Umsatzsteuerpunkte zu geben.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Dann machen wir das selbst. Oder glauben Sie, dass der Bund die Digitalisierung besser macht als die Länder? Das ist doch sicher nicht Ihr Ernst.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir wollen das Geld haben! – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, wir waren nach der Landtagswahl in einer ähnlichen Situation, wie sie nun im Bund besteht. Auch uns haben die Wählerinnen und Wähler eine schwierige Aufgabe mitgegeben. Auch bei uns war keine der Wunschkoalitionen möglich. Wir, Grüne und CDU, haben uns aber damals nicht weggedrückt,

(Zuruf von der CDU: Genau!)

sondern die demokratische Reife gezeigt, die man in solch einer Situation braucht, nämlich Verantwortung zu übernehmen. Darauf kommt es wirklich an.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Die legen sich in die Furche! – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Ministerpräsident – –

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Sie, werter Kollege Stoch, müssen schon die weniger wichtigen Dinge sehr weit nach vorn stellen,

(Zuruf von der SPD: „Weniger wichtig“!)

um darstellen zu können, dass die Koalition angeblich zerstritten sei.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Weniger wichtige Dinge?  
– Abg. Martin Rivoir SPD: Das beschäftigt die Leute schon, ob sie hier reinfahren dürfen oder nicht!)

Aber selbst diese weniger wichtigen Dinge haben wir gelöst.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! So ist es!)

Entscheidend ist aber, dass wir in den wichtigen, den entscheidenden Dingen zusammenarbeiten,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Beim Stellenaufbau?)

und zwar richtig gut zusammenarbeiten. Über die Lagergrenzen hinweg funktioniert diese Koalition nämlich gut.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wobei? – Abg. Anton Baron AfD: Haben Sie Ihre Gesetzestexte schon einmal selbst gelesen?)

Sie funktioniert vielleicht gerade deshalb so gut, weil wir so unterschiedlich sind, weil wir das Beste aus beiden Welten, aus denen beide Parteien und Fraktionen kommen, verbinden und daraus etwas Neues machen.

(Abg. Anton Baron AfD: Eijejei!)

Deswegen ist Schwarz-Grün ein richtig gutes Team. Da ist Vertrauen entstanden.

(Lachen bei der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: „Schwarz-Grün“!)

Wir packen die großen Aufgaben an.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo! – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Ministerpräsident – –

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Man sieht an diesem Haushalt, dass es nicht irgendwelche schönen Worte sind.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist auch viel schönes Geld!)

Das sieht man an diesem Haushalt klipp und klar.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Frau Präsidentin wollte Sie etwas fragen!)

Natürlich haben wir den stärksten Haushalt, den das Land jemals hatte, wirklich gut und ohne große Friktion über die Bühne gebracht. Wir haben uns in den wichtigsten Sparten geeignet

(Abg. Emil Sänze AfD: Beim Ausgeben sind Sie sich alle einig!)

und sind sorgenvoll

(Abg. Andreas Stoch SPD: „Sorgenvoll“!)

– sorgfältig – mit den Landesmitteln umgegangen. Wir investieren sie an der richtigen Stelle.

(Abg. Anton Baron AfD: Stellenaufbau! Das können Sie!)

Daran kann überhaupt kein Zweifel bestehen. Das, was wir machen, haben Sie ja in Wirklichkeit gar nicht kritisiert.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Genau! – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Ministerpräsident – –

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Sie kritisieren einen allgemeinen Stellenaufwuchs. Aber jeder Stellenaufwuchs ist im konkreten Fall wieder gut.

(Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Ministerpräsident Kretschmann – –

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Entschuldigung, Frau Präsidentin.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Ministerpräsident Kretschmann, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Räßle zu?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Nein.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Danke.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das gibt es doch nicht!)

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Wir packen diese Aufgaben gemeinsam an.

(Unruhe)

Ich will aber auch noch einmal sagen: Wir sind eine Koalition. Da sind nicht zwei Parteien miteinander verschmolzen. Wir geben einander auch Beinfreiheit. So regiert man gut. Ich glaube, so muss es auch in Zukunft gehen. Wir werden immer öfter schwierige Konstellationen haben. Da, denke ich, sind wir in diesem Land eher eine Blaupause als ein Hindernis, solche neuen Konstellationen hinzubekommen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, wirtschaftlicher Erfolg in Baden-Württemberg hat natürlich Tradition. Er ist ein exzellentes Fundament dafür, dass wir den Wandel in allen Feldern meistern können. Er ist aber kein Selbstläufer. Wir wissen sehr gut: Im Wettbewerb um die Märkte von morgen sind die Erfolge von heute natürlich immer Schnee von gestern. Das ist der Taktschlag unserer Zeit.

Deswegen setzen wir im Haushaltsentwurf einen zweiten Schwerpunkt auf Innovation. Die Innovation ist der Schlüssel für den wirtschaftlichen Erfolg. Nur, wenn wir uns jeden Tag nach der Decke strecken, können wir diesen Wandel erfolgreich bewältigen.

Die Automobilwirtschaft erlebt gerade den tiefsten Umbruch ihrer Geschichte. Das kommende Jahrzehnt wird für die Autoindustrie mehr Veränderung bringen als das ganze Jahrhundert zuvor. Das fordert Baden-Württemberg fundamental heraus. Schließlich hängen bei uns mehr als 250 000 gute Arbeitsplätze am Auto. Es steht also viel auf dem Spiel.

Meine Landesregierung kämpft wirklich leidenschaftlich dafür, dass die Zeitenwende beim Automobil ein Erfolg wird – ein Erfolg für das Klima, für saubere Luft in den Städten und ein Erfolg für die Unternehmen und die Arbeitnehmer im Land. Damit das gelingt, muss man schnell und flexibel handeln. Die Politik darf diesen rasanten Entwicklungen nicht hilflos hinterherrennen. Das ist es nämlich, was ich an den Dieselgipfeln auf Bundesebene kritisiere. Dort werden immer die Probleme der Vergangenheit bearbeitet. Aber wir müssen die Zukunft mitgestalten. Dafür brauchen wir eben neue politische Formate –

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Formate, die den fundamentalen Herausforderungen gerecht werden, ihrer Komplexität und vor allem dem rasanten Tempo, Formate, die die Probleme langfristig und zielgerichtet angehen.

Regieren ist eben auch hier eine Stilfrage. Ich habe deswegen als erster Ministerpräsident überhaupt Autoindustrie, Zulieferer, Arbeitnehmer, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Energieversorger an einen Tisch geholt und einen Strategiedialog zur Transformation gestartet. Ein solches Format gibt es nirgendwo sonst. Dabei bündeln wir zum einen die Aktivitäten der Landesregierung zur Mobilität der Zukunft; sechs Ministerien arbeiten hier Hand in Hand zusammen. Zum anderen schaffen wir gemeinsam mit der Automobilwirtschaft und den anderen wichtigen Akteuren eine flexible und effiziente Arbeitsstruktur, die auf sieben Jahre angelegt ist.

Wir gehen die wichtigen Zukunftsfragen in sechs strategischen Handlungsfeldern systematisch an: vom Handlungsfeld „Produktion“ in Säule 1 über das Handlungsfeld „Digitalisierung“ in Säule 4 bis zum Handlungsfeld „Forschungsumfeld“ in Säule 6.

Ein kurzer Draht, schlanke Entscheidungswege, effektive Projektstrukturen, ein interdisziplinärer Ansatz – darum geht es beim Strategiedialog. Denn die Umbrüche vollziehen sich in einem rasend schnellen Tempo. Wir haben in allen sechs Säulen die Arbeit aufgenommen. Es herrscht Aufbruchstimmung, und die Projekte werden gerade definiert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Selbstverständlich, Herr Kollege Rülke, müssen sie auch finanziell hinterlegt werden, damit man die Maßnahmen, die man dort vereinbart, auch angehen kann. Deswegen ist es eben kein Kaffeekränzchen. Nein, da wird ernsthaft zusammengearbeitet. Es gibt mittlerweile 27 Arbeitskreise und rund 85 Sitzungen pro Jahr. Das heißt, wir verfolgen über diese Strategiedialoge ein umfassendes Arbeitsprogramm.

Wir treiben die Schlüsseltechnologie Elektromobilität und autonomes Fahren entschlossen voran. Mit 2 000 neuen Ladesäulen für Elektroautos schaffen wir ein flächendeckendes Netz im Land. Mit unserer Mittelstandsoffensive unterstützen wir Unternehmen bei der Entwicklung innovativer Mobilitätslösungen, und mit unserem deutschlandweit einzigartigen Testfeld bringen wir das autonome Fahren voran.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Sie sehen also, meine Damen und Herren: Wir packen die Transformation am Schopf, damit der führende Automobilstandort von heute zum führenden Mobilitätsstandort von morgen wird. Das nenne ich Gestaltung des Wandels.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Auch die Digitalisierung gehen wir ganz entschlossen an. Die digitale Revolution soll den Menschen dienen und ihr Leben verbessern. Mit ihrer Hilfe wollen wir durch automatisiertes Fahren Staus und Verkehrsunfälle vermeiden, Krankheiten mit digital unterstützter Medizin besser bekämpfen, die Bildungschancen junger Menschen durch die digitalen Medien erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in unserem Land sichern. Deswegen haben wir eine umfassende Di-



(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

gitalisierungsstrategie auf den Weg gebracht. Wir investieren dafür in dieser Legislaturperiode die Rekordsumme von rund 1 Milliarde €.

In den kommenden beiden Jahren gehen wir 67 Leuchtturmprojekte an und nehmen dafür gut 265 Millionen € in die Hand. Auch das ist eine echte Teamleistung der ganzen Regierung von Grün und Schwarz unter der Federführung von Minister Strobl.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich denke, Sie sehen, dass wir mit dieser Offensive – auch einer Qualifizierungsoffensive etwa durch digitale Lernfabriken an den Berufsschulen, eine neue digitale Bildungsplattform, Informatikunterricht an allen weiterführenden Schulen – die Menschen fit machen für die Welt von morgen. Auch dafür investieren wir im Doppelhaushalt 60 Millionen € in Bildung und Weiterbildung.

Meine Damen und Herren, Robert Bosch, Gottlieb Daimler oder Dietmar Hopp prägen unseren Wirtschaftsstandort bis heute. Sie stehen für den landestypischen Tüftlergeist. Auch heute brauchen wir Gründerinnen und Gründer, die mit ihrem Mut und ihren Ideen die Wirtschaft in unserem Land voranbringen. Darum stoßen wir die Tore auf für eine neue Gründerzeit. Wir lassen neun Start-up-Ökosysteme wachsen von Mannheim bis zum Bodensee, von der Biotechnologie bis zur Kreativwirtschaft. Mit unserem neuen Seed-Programm unterstützen wir innovative Start-ups in der schwierigen Frühphase. Dafür nehmen wir 14 Millionen € in die Hand. Das ergänzen wir durch unseren Wagniskapitalfonds. Den Landesanteil stocken wir auf 20 Millionen € auf. Wir stärken außerdem den Gründergeist an den Hochschulen in unserem Land.

Wir wollen den Menschen Mut machen, etwas zu wagen. Das heißt auch, wegzukommen von einer überholten Fehlervermeidungskultur hin zur Kultur der zweiten Chance. Denn wir können es uns nicht leisten, dass Gründer und kreative Köpfe schief angeschaut werden, weil sie im ersten Anlauf nicht erfolgreich waren. Nein, wir müssen ihnen Mut zum zweiten Versuch machen. Nur dann kann es zu einer zweiten Gründerzeit kommen.

Sie sehen, meine Damen und Herren, auch auf diesem wichtigen Zukunftsfeld sind wir aktiv, und zwar angepasst für unser Land, dezentral mit diesen neuen lokalen Ökosystemen. Das genau entspricht der Wirtschaftsstruktur unseres Landes. Auch da gilt wieder: Wir haben nicht ein Valley, sondern viele.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, vor wenigen Wochen hat hier in diesem Hohen Haus der Gouverneur von Kalifornien Jerry Brown ein flammendes Plädoyer für den Klimaschutz gehalten. Er hob dabei die führende Rolle Baden-Württembergs im Kampf gegen die globale Erwärmung hervor. Es war schließlich Baden-Württemberg, das gemeinsam mit Kalifornien die Under-2-Coalition aus der Taufe gehoben hat. Aus dieser Idee ist inzwischen ein weltumspannendes Bündnis geworden, ein „scharfes Schwert“, wie die FAZ schreibt. Über 200 Regionen weltweit machen mit, und es werden laufend mehr. Es steht für eine Milliarde Menschen und ein Drittel der Weltwirtschaftsleistung. Diese Klimaallianz brauchen wir heute

dringender denn je; denn der Kampf gegen den Klimawandel ist die Menschheitsfrage unserer Zeit. Deshalb tut meine Landesregierung alles dafür, unserer Verantwortung als führende Industrieregion gerecht zu werden.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir wollen zeigen: Wirtschaftlicher Erfolg und ökologische Verantwortung gehen Hand in Hand.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Fahrverbote?)

Beide, Ökonomie und Ökologie, entfalten gemeinsam eine gewaltige Innovationskraft. Weil an diesem Bündnis mit Kalifornien und Baden-Württemberg auf beiden Kontinenten jeweils eine der innovativsten Regionen beteiligt ist, liegt darin auch ein Wohlstandsversprechen, das international ausstrahlt. Dass wir auf dem richtigen Weg sind, zeigt eine aktuelle Studie. Sie sieht Baden-Württemberg bei der Energiewende bundesweit auf Platz 1.

Aber wir ruhen uns auf diesen Lorbeeren nicht aus. Auch das zeigt unser Haushaltsentwurf. Noch nie zuvor hat eine Landesregierung so viel für ökologische Modernisierung, den Klimaschutz und den Naturschutz getan. Wir stecken fast 25 Millionen € zusätzlich in den Ausbau erneuerbarer Energien, in Klimaschutz und Energieeffizienz. Wir treiben unsere Solaroffensive konsequent voran, und wir stärken unsere Umweltverwaltung mit gut 200 Stellen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Zurufe von der AfD)

Unternehmen aus dem Südwesten sind bei grünen Technologien und Ressourceneffizienz weltweit führend. Wir sorgen dafür, dass sie ihre Spitzenposition auf diesem Gebiet weiter ausbauen, etwa mit dem neuen Thinktank „Industrielle Ressourcenstrategien“ im KIT – hier entwickeln Wissenschaft und Unternehmen Hand in Hand die Technologien und Produktionsverfahren von morgen – oder mit der Ultraeffizienzfabrik an der Universität Stuttgart oder mit dem von uns geförderten Ressourceneffizienzprogramm der L-Bank. Das ist ein echter Renner. Damit hat das Land bisher Effizienzmaßnahmen von Mittelständlern mit Darlehen in Höhe von knapp 3 Milliarden € unterstützt. Wir haben in diesem Bereich ein weltweit einmaliges Netzwerk etabliert.

Klimaschutz, meine Damen und Herren, funktioniert nicht ohne Verkehrswende. Wir machen Baden-Württemberg deshalb zum Vorreiter einer neuen, einer nachhaltigen Mobilität. Ein wichtiger Schritt ist dabei die Neuvergabe der Nahverkehrsnetze. Mein Verkehrsminister ist dafür am Anfang ja belächelt worden. Aber es braucht eben vorausschauendes Denken und einen langen Atem. Heute lächelt niemand mehr; denn wir bekommen einen besseren Nahverkehr – und dies für weniger Geld –,

(Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

einen dichteren Takt, moderne Züge statt der alten Silberlinge – barrierefrei, klimatisiert und mit kostenlosem WLAN. Mit der Neuausschreibung hat also ein neues Zeitalter im Nahverkehr in Baden-Württemberg begonnen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

So wird Fahren für die Menschen noch attraktiver.

Außerdem machen wir den ÖPNV mit dem Baden-Württemberg-Tarif unkomplizierter. Künftig kann jeder mit einem Ticket durch alle 22 Verkehrsverbände in Baden-Württemberg fahren. Auch das ist ein echter Fortschritt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, der Klimawandel ist aber nicht die einzige ökologische Krise, die uns herausfordert. Weitgehend unbemerkt vollzieht sich gerade das größte globale Artensterben seit dem Ende der Dinosaurier.

(Vereinzelt Lachen bei der AfD)

Auch unsere schöne Natur im Land ist bedroht. Zwei von fünf Arten sind gefährdet. Der Artenrückgang hat dramatische Folgen. Die biologische Vielfalt ist wie ein eng gespanntes Netz: Mit jeder Pflanze, mit jedem Tier, das verschwindet, wird die Stabilität dieses Netzes geschwächt. Wir wollen aber, dass auch unsere Enkel und Urenkel eine schöne Heimat haben und die gleiche Vielfalt von Bienen, Schmetterlingen oder Pilzen erleben können. Auch dafür übernimmt das Land Verantwortung.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir nehmen richtig Geld in die Hand und bringen ein bundesweit einmaliges Sonderprogramm zum Erhalt der biologischen Vielfalt auf den Weg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Was mich besonders freut: Dieses Programm ist eine echte Gemeinschaftsleistung zwischen dem Umweltministerium und dem Landwirtschaftsministerium.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Auch das Verkehrsministerium, das ja 27 000 ha Straßenbegleitgrün verwaltet, ist noch mit dabei.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Großgrundbesitzer!)

Das ist eine echte Gemeinschaftsleistung. Da haben sich eben die beiden Ministerien zusammengetan und ein wegweisendes Paket geschnürt. Ich habe die Hoffnung, dass auf diese Weise der Gegensatz zwischen Landwirtschaft und Natur- und Umweltschutz Schritt für Schritt aufgehoben wird und das Ganze allmählich in dieselbe Richtung marschiert: Qualitätsprodukte einerseits, aber auch naturschonend erzeugt, sodass unsere schöne Natur erhalten bleibt. Auch darauf sind wir stolz.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir investieren in den großen Dreiklang aus Zusammenhalt, Innovation und Nachhaltigkeit. Wir gestalten so den Wandel und machen das Land fit für die Herausforderungen der Zukunft. Ich finde, dass dieser Doppelhaushalt dafür wegweisend ist. Ja, er ist sogar historisch: Zum einen legen wir einen Haushalt vor, mit dem wir im fünften Haushaltsjahr in Folge keine neuen Schulden aufnehmen. Das gab es in der Geschichte Baden-Württembergs noch nie.

Zum anderen kommen wir nicht nur auf die schwarze Null, nein, wir werden sogar eine halbe Milliarde Euro an direkten Schulden abbauen. So eine hohe Schuldentilgung gab es noch nie. Von wegen Homöopathie! Die letzte nennenswerte Tilgung in Höhe von umgerechnet 65 Millionen € gab es im Jahr 1969, also unter Ministerpräsident Filbinger. Über 40 Jahre lang gab es bei der Staatsverschuldung nur eine Richtung: Steil bergauf.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Seit 2011 musste Baden-Württemberg nur zwei Mal neue Schulden aufnehmen, nämlich in den Jahren 2013 und 2014. Man kann jetzt einwenden, das sei ja kein Wunder, wenn die Wirtschaft so hervorragend läuft, die Steuereinnahmen steigen und die Zinsen niedrig sind.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Richtig! Genau! Das ist keine Kunst! – Abg. Anton Baron AfD: Richtig! Wenn der Haushalt zehn Mal gestiegen ist!)

Richtig, die Rahmenbedingungen sind top. Aber es gab auch in der Vergangenheit nicht nur schlechte Konjunktur, Herr Rülke. So ist es ja gerade nicht.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Deshalb hat die schwarz-gelbe Koalition auch zwei Mal einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt!)

In den Achtzigerjahren, Herr Rülke, lag das durchschnittliche Wirtschaftswachstum bei 2,6 %. Das ist deutlich mehr als in den letzten Jahren. Die Steuerquote war praktisch genauso hoch wie heute.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Eine verschwenderische absolute Mehrheit! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Trotzdem kam man mit dem Geld nicht aus. Also: Die beharrlichen Konsolidierungsbemühungen greifen,

(Abg. Rüdiger Klos AfD: In 200 Jahren!)

und wir machen eine solide Haushaltspolitik. Allein im Jahr 2018 sparen wir strukturell 300 Millionen €, 2019 sind es sogar 600 Millionen €. Wir haben mit der Politik auf Pump Schluss gemacht und haben so die Trendwende geschafft. Die Schuldenuhr läuft nun rückwärts.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf: Jawohl!)

Herr Rülke, dabei setzen wir auch konsequent auf eine Sanierungsoffensive. Wir machen es nämlich wie jeder ehrbare Kaufmann und die berühmte schwäbische Hausfrau:

(Oh-Rufe von der AfD – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Wir investieren zur richtigen Zeit an der richtigen Stelle. Derzeit befinden wir uns in einer Niedrigzinsphase.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Sie machen nichts daraus!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Wir investieren an den Stellen, bei denen wir ohnehin etwas tun müssen.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Deswegen stecken wir diese Gelder in die Sanierung von Straßen, Brücken, Landesgebäuden, Hochschulkliniken oder in die Rücklagen für die Pensionen.

Das sind alles implizite Schulden, das heißt, es sind Verpflichtungen, die sowieso auf uns zukämen.

Wir haben einfach verglichen und setzen das Geld dort ein, wo die Rendite am höchsten ist, nämlich zur Sanierung von Straßen, Brücken, Gebäude, Universitätskliniken im Land, weil wir damit vermeiden, dass die vorhandenen Schäden noch größer werden. Wenn wir das Geld stattdessen in die direkte Tilgung von Schulden stecken würden, wäre der Effekt weitaus geringer. Es ist also ökonomisch geboten, den Sanierungsstau zum jetzigen Zeitpunkt abzubauen. Das ist sinnvoll und richtig, und deshalb tun wir es.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Der zweite Grund, warum es richtig ist, Herr Kollege Rülke, den Sanierungsstau abzubauen, ist die Tatsache, dass ab dem Jahr 2020 die Schuldenbremse für die Länder greift. Wir dürfen ab diesem Zeitpunkt keine neuen Schulden mehr machen. Die Schuldenbremse steht in der Verfassung.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Wischiwaschi!)

Herr Kollege Rülke, sie steht nun eben zuerst im Grundgesetz und dann in der Landesverfassung.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Trotzdem haben Sie bei der Landeshaushaltsordnung getrickst! – Gegenrufe der Abg. Anton Baron und Rüdiger Klos AfD: Richtig!)

Darüber kann man lange streiten. – Wir haben überhaupt nicht getrickst.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie haben die Landeshaushaltsordnung geändert!)

– Aber nicht getrickst.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Wir haben überhaupt nicht getrickst. Wir machen das auch deswegen, weil die Schuldenbremse ab dem Jahr 2020 greift. Ab diesem Zeitpunkt dürfen die Haushalte nicht mehr auf Kante genäht sein. Aber wenn Sie einen riesigen Sanierungsstau haben, müssen Sie diesen abarbeiten. Sie können doch die Universitätskliniken nicht verkommen lassen. Dann müssen Sie das also machen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann stellen Sie das Geld in den Haushalt!)

Also ist es richtig, das jetzt – – Wir stellen es ja in den Haushalt. Ihnen passt nur die Änderung der Landeshaushaltsordnung nicht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Richtig! – Zurufe von der AfD und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Aber diese Änderung ist zu diesem Zeitpunkt genau richtig gewesen, denn sie gilt ja bis zum Jahr 2020. Bis dahin muss der Haushalt fit sein für die Zukunft.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Was hat das damit zu tun?)

Deswegen stecken wir ebendiese 1,25 Milliarden € in den Abbau des Sanierungsstaus und über 560 Millionen € in die Rücklage für Pensionsverpflichtungen.

(Abg. Anton Baron AfD: Davon hat der Bürger was!)

Mit rund 1 Milliarde € werden die auslaufenden Einnahmereste aus Nettokreditermächtigungen abgelöst. Zusätzlich werden 500 Millionen € Schulden direkt getilgt. Ich glaube, das ist die richtige Haushaltspolitik zu diesem Zeitpunkt.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD schüttelt den Kopf.)

Meine Damen und Herren, die grün-schwarze Landesregierung arbeitet gut zusammen und bringt das Land voran. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Kolleginnen und Kollegen in den Ministerien für die hervorragende Arbeit und die gute Teamleistung. Wir machen den Haushalt wetterfest für die Zukunft. Wir konsolidieren, wir bauen zum ersten Mal direkte Schulden ab, wir bauen den Sanierungsstau ab, und wir investieren in eine gute Zukunft unseres Landes – auch das ist wichtig –, damit wir die Quellen des Reichtums der Zukunft nicht untergraben. Wir setzen auf Zusammenhalt, Innovation und Nachhaltigkeit. Das ist der Dreiklang, der sich durch diesen ganzen Haushalt zieht. Das ist, finde ich, ein guter Grundakkord. Mit Zuversicht nach vorn blicken – so gestalten wir den Wandel, und so nehmen wir unsere Zukunft selbst in die Hand.

Die Regierungskoalition aus Grünen und Christdemokraten sowie die sie tragenden Fraktionen bringen das Land voran.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, wir treten nun gemäß § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung in die Fraktionsvorsitzendenrunde ein.

Herr Fraktionsvorsitzender Gögel, Sie haben das Wort.

**Abg. Bernd Gögel AfD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Ministerpräsident, das war eine landesväterliche Rede zum Haushaltsentwurf des Doppelhaushalts 2018/2019, wie wir sie eigentlich auch erwartet hatten. Ich hatte mir schon überlegt, ob ich meine Reaktion darauf nicht vorformulieren und ausdrücken lasse; denn das war eigentlich schon bekannt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben Sie das nicht gemacht?)

– Nein, ich habe es dann nicht gemacht. Ich habe mir gedacht: Vielleicht kommt er ja heute mit einer Überraschung. Das war aber nicht der Fall.



(Bernd Gögel)

Deshalb möchte ich auf zwei, drei zentrale Aussagen von Ihnen eingehen und darauf erwidern. Zunächst einmal zum Stichwort „Zeitenwende Automobil“: Diese liegt mir und sicherlich der AfD insgesamt sehr am Herzen. Sie wollen diese Zeitenwende mit Steuermitteln gewaltsam in eine bestimmte Richtung drängen. Das gefällt uns absolut nicht. Denn neue Technologien entwickeln sich am Markt, und wenn sie gut sind, wenn sie etwas taugen, werden sie vom Markt akzeptiert

(Beifall bei der AfD)

und setzen sich am Markt um. Halten Sie die Menschen doch nicht für so dumm, wenn sie in einer Innovation Potenzial entdecken, dies nicht auch für sich persönlich beanspruchen zu wollen. Kein Mensch – weder in Baden-Württemberg noch sonst wo auf der Welt – wäre auf die Idee gekommen, den Mineralölkonzernen ihre Tankstellen zu bauen und zu finanzieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Eine staatliche Förderung der Infrastruktur für E-Autos ist eigentlich eine Unglaublichkeit sondergleichen. Die Elektrokonzerne wollen am Markt Energie verkaufen, und deshalb sollen sie bitte auch selbst die erforderliche Infrastruktur bezahlen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Genau!)

Ob sich beim Individualverkehr am Ende der Elektroantrieb im Pkw- und im Lkw-Bereich durchsetzen wird, muss man noch abwarten. Ich kann mir heute noch nicht vorstellen, dass im internationalen Fernverkehr 40-t-Lkws mit Riesenspeichern unterwegs sein werden.

(Heiterkeit des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Aber ich lasse mich überraschen, was die Ingenieure entwickeln. Ich habe Vertrauen in die Ingenieure und vertraue darauf, dass sie zukünftig auch Technologien entwickeln, die am Markt umsetzbar und bezahlbar sind.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Richtig!)

Sie sprechen von Elektroantrieb und nachhaltiger Mobilität. Wir generieren im Moment ca. 15, 16 % unserer Energie aus nachhaltigen Quellen. Wenn Sie die Fahrzeugflotten komplett auf Elektroantrieb umstellen wollen, können Sie sich vorstellen, wie viele Kohlekraftwerke Sie dafür zusätzlich in Dienst stellen müssen, um diese Flotten betreiben zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Dann möchte ich zu diesem Thema einmal den CO<sub>2</sub>-Ausstoß und die Umweltbilanz sehen.

Nein, meine Damen und Herren, wir haben in Deutschland ein strukturelles Problem. Wir haben Minderheitendiktaturen

(Beifall bei der AfD)

in verschiedenen Parlamenten. In Baden-Württemberg haben wir eine Sondersituation, und zwar die, dass die Grünen hier im Landtag die stärkste Fraktion stellen. Bundesweit sind die

Grünen ein Zwerg, und wir von der AfD freuen uns, wenn das so bleibt.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Denn wenn das nicht so bleiben würde, hätten wir hier im Land eine Deindustrialisierung zu befürchten. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der AfD)

Ich hoffe, dass die CDU oder überhaupt die bürgerlichen, konservativen Parteien irgendwann in absehbarer Zeit akzeptieren, dass es in Deutschland und auch in Baden-Württemberg eine konservative, bürgerliche Mehrheit gibt – auch in den Parlamenten –, die sich auch bundesweit in Regierungen und in Gesetzen niederschlagen muss.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Wir haben uns die Frage gestellt, wo in diesem Haushalt die Klarheit und die Wahrheit geblieben sind. Wo ist die durch die CDU initiierte solide Haushaltsführung? Diesen Landeshaushalt hätten Sie auch gleich mit grüner Tinte drucken können. Einen CDU-Einfluss kann man ernsthaft nirgendwo mehr identifizieren – noch nicht einmal vermuten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Selbst das Justizministerium, in dem Hunderte Verwaltungsrichter fehlen, sieht in diesem Haushalt im Vergleich zu grünen Ressorts eher kastriert aus.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau! So sieht es aus!)

Wie lässt sich das nur erklären, Herr Reinhart? Mussten Sie und Ihre CDU-Mitstreiter diesen Landeshaushalt schon im Vorgriff auf eine Jamaika-Koalition den Grünen als Demutsgeste überlassen? Diese Vermutung liegt für uns nahe.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Der Ministerpräsident und sein Stellvertreter waren in den letzten Monaten kaum in Baden-Württemberg. Allerdings muss man am Ende sagen: Da sind Ihre grün-schwarz-gelbgetupften Kalkulationen gründlich danebengegangen.

Wir in der AfD wollten die Schwerpunkte in diesem Haushalt anders setzen; das wollen wir immer noch. Wir können im Landeshaushalt wenig Einfluss auf Steuergesetzgebungen nehmen. Aber da, wo wir es tun könnten, könnten wir den Bürgern tatsächlich Entlastungen verschaffen, und das wäre auch notwendig.

Von der Bundesregierung kam noch nie irgendwo ein Eingriff mit einer Steuerreform in die kalte Progression. Sie profitieren mit Ihren Rekordhaushalten in unglaublichem Ausmaß von dieser Regression. Meine Damen und Herren, deshalb müssen Sie den Bürgern irgendwann auch wieder Geld zurückgeben. Das haben die Bürger verdient.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Genau!)



(Bernd Gögel)

Ich weiß nicht, warum man bei den Haushaltsberatungen im Ausschuss über eine freie Schülerbeförderung geschmunzelt und das einfach vom Tisch gefegt hat. Das wäre eine Möglichkeit gewesen, um Familien mit Kindern zu helfen.

(Zuruf von der AfD: Sehr gut!)

Familien mit Kindern, die bauen oder Wohneigentum kaufen wollen, hätte man mit der Absenkung der Grunderwerbsteuer entlasten können.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Meine Damen und Herren, nachdem Sie in finanzschwachen Zeiten den Grunderwerbsteuersatz auf 5 % angehoben haben, wäre es jetzt bei diesen Rekordhaushalten möglich gewesen, ihn wieder zurückzuführen und den Bürgern Anreize zu bieten, sich Eigentum zu beschaffen. Das ist vernünftige Familienpolitik, Herr Ministerpräsident. Da hätten wir Ihre Unterstützung gebraucht.

(Beifall bei der AfD)

Über Bildungssysteme und deren Ertüchtigung haben wir sehr viel gehört. Ich habe vor zwei oder drei Tagen gelesen, dass wir in Baden-Württemberg nach wie vor über 140 Experimente an Schulen durchführen, die zum größten Teil nicht wissenschaftlich überprüft oder evaluiert werden. Die sind vielmehr einfach mal eingeführt worden und laufen dann.

(Abg. Anton Baron AfD: „Schule ohne Noten“!)

Das ist ein Thema, das Sie wirklich einmal mit dem Ziel durchforsten können, es aus den Schulen herauszubringen.

Bei dem zweiten Thema haben Sie sich Ihre Probleme selbst gebaut. Sie haben mit dem großen Flüchtlingsstrom, mit den vielen Kindern, die hier aus anderen Ländern hinzugekommen sind, ein Problem, das Sie bewältigen müssen: Die sprechen kein Deutsch, haben vielleicht überhaupt keine Schule besucht und sind zum Großteil Analphabeten. Gleichzeitig haben Sie die Inklusion umgesetzt. Beide Themen sind sozialpolitisch unheimlich wichtig. Wenn beides aber zeitlich zusammentrifft – und das in einer Situation, in der Sie Lehrstellen abgebaut und Lehrer nicht ausgebildet haben, Sozialpädagogen nicht gefördert und weiter ausgebildet haben –,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was?)

wenn Sie diese zwei Probleme zeitgleich in die Schulen bringen, dann müssen Sie vernünftigerweise wirklich davon ausgehen, dass das explodiert. Die Ergebnisse haben Sie in den Studien der Wissenschaft in den letzten Monaten erhalten.

(Beifall bei der AfD)

Dieses Thema ist sicher eines der wichtigsten und größten Themen; denn wir haben heute einen Fachkräftemangel. Das gebe ich zu. Wir haben einen Fachkräftemangel, zum überwiegenden Teil im Handwerksbereich. Wenn Sie aber weiter die Akademisierung der Menschen fordern und fördern

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr gut!)

und den Wunsch nach draußen vermitteln, dass jedes Kind Abitur machen und studieren muss, dann werden Sie den Fachkräftemangel nicht beheben können.

(Beifall bei der AfD)

Sie müssen fordern und fördern und müssen in Ihrer Weltanschauung Handwerksberufe akademischen Berufen gleichstellen, auch wenn Ihnen hier bei den Grünen das schwerfallen mag.

(Beifall bei der AfD)

Zur inneren Sicherheit: Herr Minister Strobl hat im Finanzausschuss bei einem Antrag unserer Fraktion zur Altersüberprüfung unbegleiteter minderjähriger Ausländer, UMAs, lächelnd abgewinkt und gesagt: „Das machen wir. Da sind wir richtig up to date und top.“

Jetzt haben wir einmal aus Heilbronn – 6. Dezember, „Heilbronner Stimme“, aus seinem Wahlkreis – Zahlen und Daten gehört, die uns überraschen. Im Kreis Heilbronn gibt es 215 UMAs. Das Durchschnittsalter dieser UMAs wird mit 17,4 Jahren angegeben.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Wie geht denn das?)

Meine Damen und Herren, mir ist das Lachen vergangen. Das brauche ich nicht weiter auszuführen. Die Problematik ist angesichts dieser zwei Zahlen völlig klar. Ich meine, wir würden es doch genauso tun. Wenn wir hier nach Deutschland kommen und als „Ü 60“ noch irgendwie als Minderjährige durchgehen würden,

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

würden wir uns doch auch als Minderjährige melden; denn wir haben dann einen Schutz, wir genießen dann den Schutz des Aufenthalts.

Man kann dem zuständigen Minister und den Ordnungsbehörden hier nur sagen: Achten Sie einmal darauf: Vollbart, grauhaarig und sonore Stimme spricht dann schon einmal für volljährig.

(Beifall bei der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Halten Sie die eigentlich für blöd, oder wie? Halten Sie die für blöd, oder was?)

– Jetzt studieren Sie einmal nur die zwei genannten Zahlen. Vielleicht gehen Sie von diesen Zahlen aus und rechnen das einmal aus:

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da brauche ich gar nichts auszurechnen! Denken Sie mal nach, wem Sie gerade einen Vorwurf gemacht haben!)

215 UMAs gemeldet, Durchschnittsalter 17,4 Jahre. Denken Sie einmal darüber nach; ich möchte es hier nicht weiter erklären.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da brauchen die aber Ihre Ratschläge nicht! – Gegenruf des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Die meisten verstehen das.

(Bernd Gögel)

Das ist vielleicht nur hintergründig lustig. Ernst wird es derzeit in einer Gerichtsverhandlung in Freiburg. Denn dort steht ein Angeklagter vor Gericht, der gestanden hat, eine 18-jährige, aus Pforzheim stammende Schülerin ermordet zu haben. Dieser Mann ist während der Gerichtsverhandlung von 17 auf 34 Jahre gealtert. Die Gerichtsverhandlung ist aber erst einige Monate alt.

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Das Thema „Überprüfung der Handwurzelknochen“, die wissenschaftliche Überprüfung des Alters von unbegleiteten minderjährigen Ausländern ist ein ernstes Thema und sollte sofort auch hier in Baden-Württemberg umgesetzt werden.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Innere Sicherheit: Sie bekommen keine innere Sicherheit, wenn Sie die äußere Sicherheit nicht herstellen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Gehen Sie zu Ihrer Kanzlerin, für die Sie jeden Tag beten, und sagen Sie ihr, dass die äußere Sicherheit hergestellt werden muss. Ein Staat, der keine äußere Sicherheit hat, hat sein Existenzrecht aufgegeben, ist dem Verfall ausgeliefert.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: So ist es! – Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Das kann man so nicht aufrechterhalten.

Auch die Weihnachtsmärkte können Sie mit „Merkel-Pollern“ sichern, und Sie können die schön in Papier verpacken – wunderbar. Das können Sie alles machen. Sie können aber nicht hinter jeden Bürger zwei Polizisten stellen, die für seine Sicherheit garantieren. Das funktioniert rein rechnerisch nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

So viele Beamte können Sie gar nicht ausbilden, wie Sie in diesem Fall für die innere Sicherheit benötigten. Ohne äußere Sicherheit gibt es keinen Schutz im Inneren. Das ist so.

Zum Nachbarschaftsgespräch Pforzheim: Das habe ich mir mit großem Interesse notiert. Herr Ministerpräsident, ich hoffe, Sie waren in Pforzheim auch in den prekären Stadtvierteln mit einem Migrantenanteil von über 60 % und haben dort einmal mit den restlichen, den verbliebenen deutschen Bürgern Gespräche geführt und erfragt, wo sie der Schuh drückt. Dann haben Sie sicher auch die richtigen Antworten und Eindrücke aus Pforzheim mitgenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Thema „Populismus und Angst vor Terror“: Herr Ministerpräsident, wir schüren keine Ängste, wir haben selbst Ängste.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau so ist es!)

Wenn Sie mit Ihren zwei Bodyguards und Sicherheitsbeamten, mit denen Sie täglich unterwegs sind, keine Angst um Ihre persönliche Unversehrtheit haben, liegt das daran, dass Sie in einer außergewöhnlichen Position sind. Der Bürger draußen ist das nicht.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau! – Abg. Winfried Mack CDU: So ein Blödsinn! – Abg. Nicole Razavi CDU: Diese Rede ist an Peinlichkeit nicht zu übertreten! – Glocke der Präsidentin)

Der Bürger überlegt, ob er auf den Weihnachtsmarkt geht, ob er auf eine Veranstaltung geht, ob er ins Fußballstadion geht.

(Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Die Stadien sind jeden Samstag voll! So ein Unfug!)

Das überlegt jeder für sich.

– Frau Razavi, wenn Sie als Frau keine Angst haben, nachts um – –

(Glocke der Präsidentin)

Ich schicke Sie mal nachts um 22 Uhr in Pforzheim durch die Fußgängerzone oder durch die Bahnunterführung.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sie schicken mich nachts überhaupt nirgendwohin! – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

– Herr Rülke, dann soll sie uns einmal sagen, ob sie keine Angst hat im öffentlichen Raum.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn Sie auch noch unterwegs sind! – Heiterkeit)

– Dann gehen wir beide mit; dann ist Ausgleich da.

Noch einmal: Wir schüren keine Ängste, sondern wir transportieren die Ängste der Menschen verbal und auch schriftlich ins Parlament. Das ist unsere Aufgabe. Dafür wurden wir von über 800 000 Menschen in Baden-Württemberg gewählt.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Das Schlimme ist, dass sie das immer noch nicht verstanden haben! – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: In der Tat! Wir verstehen Sie nicht!)

– Nein, das wurde nicht verstanden.

Zu Wohnraumproblemen und anderen Problemen, die angesprochen wurden: Herr Ministerpräsident und die Regierung, Sie sprechen Probleme an. Aber wo sind denn Ihre tatsächlichen Lösungsvorschläge?

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Wo ist denn Ihr Wohnungsbauprogramm für junge Familien, für Studenten? Wo sind die Steuererleichterungen, wie wir sie im Abschreibungsverfahren schon mal hatten? Wo sind diese Vorschläge?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das muss man umsetzen. Dazu muss man Papiere auf den Tisch legen, Gesetzesinitiativen auf den Tisch legen, und wenn das geschieht, werden wir unsere Zustimmung nicht verweigern.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau so ist es!)

(Bernd Gögel)

Das ist Familienpolitik. Wenn Sie bei einem Fehlbestand von 300 000 Wohnungen in den nächsten Jahren 20 000 neue Wohnungen bauen wollen, dann ist das ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es! – Abg. Rüdiger Klos AfD: Das ist gar nichts!)

Überlegen Sie einmal, ob Sie jeden fremden Ankommenden hier in eine Anschlussunterbringung bringen müssen oder ob die nicht in den gut ausgestatteten Wohncontaineranlagen mit allen Einrichtungen länger verweilen können,

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

damit Sie die Wohnungen, die dann zur Verfügung stehen, den Familien und Studenten und anderen Menschen zur Verfügung stellen können, damit sie ausreichend Wohnraum haben.

(Beifall bei der AfD)

Sie werben um Vertrauen in Grün-Schwarz. Wir sind eigentlich der Hoffnung, dass diese Koalition nicht unbedingt bis 2021 Fortbestand hat und an Vertrauen hinzugewinnt.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben schon noch einige Themen auf der Agenda, bei denen es ziemlich kritisch werden wird. Ich denke nur an die Wahlrechtsreform, die uns noch ins Haus steht. Ich bin einmal gespannt auf einen großen Teil der Kollegen der CDU, ob sie da so mitwirken, wie es die Grünen gern hätten. Da sind wir wirklich gespannt.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Was wollt ihr denn? „Wir wollen uns nicht verändern“!)

Ich fasse noch einmal zusammen, was ich schon eingangs in der ersten Rede gesagt habe: Dieser Haushalt ist ein Verschwendungshaushalt, hat falsche Prioritäten gesetzt.

(Lachen des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Uns bleibt nicht mehr, als ihn generell abzulehnen.

Danke.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch das Wort.

**Abg. Andreas Stoch SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte in diese zweite Runde mit einer Replik auf eine Bemerkung einsteigen, die der Ministerpräsident gemacht hat. Er hat gesagt, dass es nicht nur um die Inhalte und Schwerpunkte der Politik gehe, sondern auch um die Frage des Wie von Politik und politischer Gestaltung. Der Ministerpräsident sprach die Politik des Gehörtwerdens, also der Einbeziehung der Bürger in Entscheidungsprozesse auf kommunaler Ebene, aber auch bei landespolitisch relevanten Fragen, an. Das tragen wir mit und haben dies bereits in der letzten Legislaturperiode so getan.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen dann doch immer wieder feststellen, dass diese Landesregierung das, was sie in Sonntagsreden gern im Mund führt, nämlich Respekt und Achtung vor dem parlamentarischen System, in der Praxis dann doch nicht so ernst nimmt. Kollege Rülke hat es vorhin bereits angesprochen. Vor einigen Wochen fand hier die Einbringung des Landeshaushalts durch die Finanzministerin und in der Folgewoche die Aussprache über den Landeshaushalt statt. Herr Ministerpräsident, wenn wir hierbei auf der Regierungsbank nur gähnende Leere sehen, dann, muss ich sagen, wird das Königsrecht des Parlaments, nämlich das Haushaltsrecht, nicht respektiert.

(Ministerin Edith Sitzmann: Ich war die ganze Zeit da!)

Die Haushaltsdebatte ist nicht irgendeine Debatte, sondern die zentrale Auseinandersetzung über die konkrete Umsetzung Ihrer politischen Leitlinien und Ihrer Regierungsziele. Aber Sie – Ihr Stellvertreter, Herr Strobl, und Sie selbst – haben diese Tage in Berlin verbracht – wie wir wissen, erfolglos. Dieses Parlament hat mehr Respekt von der Regierung verdient, als Sie ihm gezeigt haben.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Sie hatten zu Beginn Ihrer Regierungszeit noch zum Ausdruck gebracht, dass gute Politik von unten wachse und echte Führungsstärke der Fähigkeit zuzuhören entspringe. Aber, Herr Ministerpräsident, das Zuhören bedingt eben auch zumindest körperliche Anwesenheit.

Sogar bei der Landtagspräsidentin kam das entsprechend an. Denn Frau Landtagspräsidentin Aras hat gerade im Hinblick auf die mangelnde Präsenz von Regierungsmitgliedern, die nicht nur von uns, von der Opposition bemängelt wird, Folgendes gesagt – ich zitiere –:

*Sollte sich die Anwesenheit nicht deutlich verbessern, werde ich dies im Hinblick auf die Wertschätzung der Regierung gegenüber dem Parlament in geeigneter Weise ansprechen.*

Herr Ministerpräsident, ich darf daher diese Generaldebatte dazu nutzen, Sie dazu aufzurufen, zukünftig darauf zu achten, dass Ihre Regierung und Sie selbst dem Parlament den Respekt entgegenbringen, den dieses Parlament auch verdient hat.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Zu einer Bemerkung, die Sie zum Haushalt gemacht haben. Sie haben das Thema „Einhaltung der Schuldenbremse“ mit einer Änderung der Landeshaushaltsordnung in Verbindung gebracht. Da darf ich Ihnen jetzt schon einmal sagen: Das eine hat mit dem anderen nahezu gar nichts zu tun. Die Frage, was Sie zur Einhaltung der Landeshaushaltsordnung tun bzw. wie Sie diese ändern, ist relevant für die Aufstellung der laufenden Haushalte wie jetzt des Doppelhaushalts 2018/2019. Wenn Sie das tun, was Sie getan haben, wenn Sie sich nämlich einer Tilgungsverpflichtung, was die Kreditmarktverbindlichkeiten angeht, entziehen, indem Sie mit dem Begriff „Implizite Schulden“ arbeiten, dann tun Sie das, was Kollege Rül-



(Andreas Stoch)

ke gerade als Trickserei bezeichnet hat. Denn in dieser Art und Weise, wie Sie es getan haben, können Sie nahezu jede Ausgabe, die Sie in Ihrem Haushalt verbuchen, als implizite Schuldentilgung verbuchen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So ist es!  
Genau!)

Das ist, mit Verlaub, finanzpolitischer Voodoo.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Deswegen haben wir Ihnen den genannten Vorschlag gemacht: weil wir die Idee, die dahintersteckt, durchaus nachvollziehen können. Auch wir haben während unserer Regierungsbeteiligung gesagt: Landesvermögen, das sich immer mehr verschlechtert, in das nicht investiert wird, ist auch eine Verbindlichkeit, ist auch eine Hypothek für die Zukunft. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann kann man auch sehr klar definieren, welche Ausgaben man zur impliziten Schuldentilgung verwenden möchte. Da gilt z. B., dass die Pensionsrücklagen natürlich als entsprechende Verbindlichkeit betrachtet werden können. Auch Investitionen, die über die Abschreibung hinausgehen, können dann als implizite Schuldentilgung verwendet werden. Aber – ich habe es in der ersten Lesung bereits angesprochen – das, was Sie tun, z. B. die Kreditausgaben für den unsinnigen Ankauf der EnBW-Anteile als Tilgung impliziter Schulden zu beschreiben, das geht an finanzpolitischer Solidität vorbei. Das ist keine solide Haushalts- und Finanzpolitik für das Land.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Ich möchte noch zu einigen weiteren Punkten kommen, die Sie in Ihrer Rede angesprochen haben. Denn wieder mal haben wir festgestellt, dass zwar die Themen in Ihrer Rede angesprochen werden und auch sehr bildhaft beschrieben werden, aber bei der Frage, wie auf Herausforderungen reagiert wird, das Ganze dann ziemlich kurz gehalten wird.

Ich nehme einmal das wichtige und große Thema Integration. Ich habe vorhin angesprochen, dass zwischen Grünen und CDU in vielen Politikfeldern fundamentale Unterschiede bestehen, auch in der Frage, wie wir politische Felder bearbeiten sollen. Wir haben mit den Grünen – das kennen wir noch aus unserer eigenen Regierungszeit – sehr häufig auch darüber gestritten, ob es richtig ist, Einwanderung – auch aus humanitären Gründen – grenzenlos zuzulassen, wie wir auch damit umgehen können, dass Menschen, deren Verfahren abgeschlossen ist, wieder in ihre Heimatländer verbracht werden. Das ist die Wahrung von Recht und Gesetz.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, dem steht diametral entgegen, was die CDU als Bild für dieses Thema Einwanderung hat. Ich kann es nur so deutlich sagen: In den letzten Jahren, als dies schon dringend auf der politischen Agenda gestanden hätte, war es die CDU, die verhindert hat, dass wir über ein Einwanderungsgesetz auch die notwendigen Mittel haben, um Zuwanderung zu steuern, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dazu, Herr Ministerpräsident, haben Sie nichts gesagt.

(Staatssekretärin Bärbl Mielich: Das ist doch Bundessache!)

Wir brauchen eine Landesregierung, die sich, und zwar beide Regierungspartner, sehr deutlich für ein Einwanderungsgesetz ausspricht und die auch im Bund an der Seite der Bundesregierung steht, wenn es um ein solches Einwanderungsgesetz geht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, das, was Sie uns jetzt als Lösung beschrieben haben, ist letztendlich ein Doktern an den Symptomen. Wir haben heute, gerade wenn es um die Frage der Integration von Menschen in unsere Gesellschaft geht, große Aufgaben zu bewältigen. Ich sage es ganz deutlich: Wir sind der Auffassung, dass dieses Land Zuwanderung braucht, und wir sind auch der Auffassung, dass dieses Land Zuwanderung kann. In den letzten Jahrzehnten hat gerade das Land Baden-Württemberg gezeigt, dass Zuwanderung in diese Gesellschaft unter Achtung und Wahrung der Gesetze dieses Landes für die Wirtschaft, für die Gesellschaft, für ein offenes und vielfältiges Baden-Württemberg richtig und gut war, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Staatssekretärin Bärbl Mielich: In der Tat!)

Aber dann zu glauben, dass mit einem Programm wie den Integrationsmanagern quasi alle Probleme in diesem Bereich erschlagen werden könnten, das ist ein Irrtum. Wenn Sie vor Ort – mit Landräten, mit Bürgermeistern, mit kommunalen Verantwortlichen, aber auch mit Ehrenamtlichen – über die Integrationsmanager sprechen, dann hören sie immer wieder die Frage: Was sollen diese Integrationsmanager eigentlich tun? Denn es sind bereits Strukturen gewachsen, sehr häufig auf dem Rücken der Ehrenamtlichen. Es ist richtig, dass wir jetzt Fachleute damit beauftragen, diese Aufgaben zu übernehmen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, sich hier damit zu rühmen, dass Integrationsmanager eingeführt wurden – übrigens mit Bundesgeld; das ist keine Leistung der Landesregierung –, genügt nicht. Die Integration muss von dieser Landesregierung sehr viel entschiedener angegangen werden, als dies bisher geschehen ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir über das Wohnen sprechen, dann müssen wir eines auch deutlich sagen: 250 Millionen € pro Jahr klingt relativ viel. Sie haben vorhin die Zahl genannt: 20 000 Wohnungen sollen dadurch entstehen. Wir kennen aus den aktuellen Gutachten die Zahlen, dass wir in Baden-Württemberg jedes Jahr etwa 50 000 bis 60 000 neue Wohnungen auf dem Markt brauchen, um den Mangel nicht weiter zu verstärken. In den letzten Jahren ist schlicht und einfach zu wenig gebaut worden, weil es insbesondere auch der Politik der CDU und der FDP/DVP entsprach, dass sich der Staat aus der Wohnungsbauförderung zurückzieht. Mit diesem Mangel, der über diese Jahre entstand, haben wir jetzt am Wohnungsmarkt zu kämpfen. Das Fehlen dieser Wohnungen sorgt dafür, dass die Preise steigen und sich viele Menschen heute eben keine Wohnung mehr leisten können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der AfD: Es sind zu viele Neuankömmlinge!)



(Andreas Stoch)

Deswegen reicht es hier nicht, mit den 250 Millionen € pro Jahr zu arbeiten, Herr Ministerpräsident, weil dieses Geld überwiegend vom Bund kommt. Das Land hat im letzten Jahr im Zuge der Erhöhung der Bundesmittel die Eigenmittel des Landes um 20 Millionen € reduziert. Deswegen sollte diese Landesregierung, auch wenn es um die anderen Stellschrauben für die Bebauung geht, sehr viel mehr tun. Denn 20 000 neue Wohnungen, auch die geförderten Wohnungen, reichen bei Weitem nicht, um den Mangel kurz- oder mittelfristig zu beheben. Wir brauchen auch Erleichterungen, wenn es um die Vorschriften geht, wir brauchen auch Erleichterungen, wenn es um die Generierung von Bauland geht, wir brauchen sehr kreative Lösungsansätze dafür, auch in den Innenbereichen von Städten zu entwickeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Wohnraum-Allianz ist ein tolles Programm, aber solange es nur ein Programm ist, ist dadurch noch keine einzige Wohnung entstanden. Wir brauchen mehr Wohnungen und weniger Wohnraum-Allianzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich zum Thema Bildung kommen. Das Thema Bildung haben Sie relativ ausführlich angesprochen. Nur ist da nicht sehr viel Neues gekommen. Die Frage, wie wir bei der Qualität besser werden, wird mit der Einrichtung zweier neuer Institute beantwortet. Ich sage Ihnen: Diese Institute, auch, was deren Arbeitsaufträge angeht, halte ich für einen guten Ansatz. Über die konkrete Ausgestaltung werden wir noch zu diskutieren haben. Aber für eine kurzfristige Lösung von Problemen, die es eben gibt, werden diese zwei Institute jetzt und auch in den nächsten zwei bis drei Jahren keinen Beitrag leisten können.

Das, was Sie, Herr Ministerpräsident, im Weiteren angesprochen haben, lässt sich durch zwei neue Institute nicht lösen. Wir nehmen z. B. draußen an den Gemeinschaftsschulen das Gefühl wahr, dass die politische Unterstützung für die Gemeinschaftsschulen nicht mehr vorhanden ist, und wir spüren auch, dass diese Schulen nicht mehr die Unterstützung genießen, die sie brauchen, um ihre Arbeit gut machen zu können. Sie müssen einmal mit den Kollegien, mit den Schulleiterinnen und Schulleitern persönlich sprechen; dann werden Sie dies deutlich zu hören bekommen.

Was den Ganzttag angeht, so war dies in Baden-Württemberg viel zu lange ein Thema, auf das die Regierung – damals CDU und FDP/DVP – nicht eingegangen ist. Diese Entwicklung ist in Baden-Württemberg gefährdet.

Sie haben vorhin von 100 neuen Lehrerstellen für den weiteren Ausbau der Ganzttagsschulen gesprochen. Ich sage Ihnen: Das, was von der Kultusministerin geplant wird, ist ein Reduzieren unseres bisherigen Programms zum Ausbau von Ganzttagsschulen in Baden-Württemberg. Ich habe nun gelesen, dass es zukünftig nur noch gebundene Ganzttagsschulen, Schulen mit Halbtagsunterricht und Nachmittagsbetreuung oder aber Schulen mit reinem Halbtagsbetrieb geben soll. Wenn das zutrifft, dann wird – das sage ich Ihnen – an den allerwenigsten Schulen in Baden-Württemberg noch eine Ganzttagsschule eingerichtet werden – ich meine Ganzttagsschulen, die diesen Namen auch verdienen, weil sie nämlich ein entsprechendes pädagogisches Konzept haben. Denn um ein

rhythmisiertes pädagogisches Konzept an Ganzttagsschulen anbieten zu können, ist auch eine gewisse Verbindlichkeit bei der Frage erforderlich, welche Schülerinnen und Schüler an diesem Ganzttagsangebot teilnehmen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wir haben die Ganzttagsschule in der sogenannten Wahlform in der letzten Legislaturperiode zugelassen; diese soll es zukünftig nicht mehr geben. Das ist aber die Ganzttagsschule, die als Modell von den allermeisten Schulen gewählt wird. Ich prophezeie Ihnen, dass diese Landesregierung eine große Chance im Hinblick auf pädagogischen Mehrwert und Qualität aus den Händen gleiten lässt, wenn sie den Weg geht, der sich jetzt abzeichnet. Sie müssen sich in Baden-Württemberg für mehr Bildungsgerechtigkeit, für mehr Gerechtigkeit für alle Kinder auf mehr Ganzttag einlassen und dürfen die Ganzttagsschule nicht quasi – so, wie Sie es planen – wieder abschaffen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Auch was die 900 Millionen € betrifft, die Sie im Zusammenhang mit der frühkindlichen Bildung genannt haben, Herr Ministerpräsident, wissen Sie genauso gut wie ich, dass dies aus der letzten Legislaturperiode stammt und es daher kein Verdienst dieser Landesregierung ist,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deswegen muss es ja nicht falsch sein!)

dass wir diese Leistungen jetzt an die Einrichtungen für die frühkindliche Bildung geben. Ich frage mich an dieser Stelle nur: Warum dauert es nun bald zwei Jahre, bevor der Pakt für Familien II, nämlich der Anschlusspakt für frühkindliche Bildung, geschlossen wird? Die Zeit hierfür war da. Auch das ist eines der Felder für Konflikte mit den Kommunen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht nur die Kommunen warten dabei auf diese Landesregierung, sondern auch die Eltern und ihre Kinder warten auf diese Landesregierung. Wer mehr Qualität im frühkindlichen Bereich haben will, der muss sich schleunigst mit den Kommunen an den Verhandlungstisch setzen, um Lösungen für den Pakt für Familien II zu finden.

(Beifall bei der SPD)

Das Thema Digitalisierung haben Sie ebenfalls angesprochen. Auch der Informatikunterricht ist keine Idee dieser Landesregierung, so, wie auch die digitale Bildungsplattform keine Idee dieser Landesregierung ist. Dies gilt auch für den Aufbau der Stundentafel in der Grundschule – die von Frau Schavan so gekürzt worden war, dass dies zu den Ergebnissen führte, die wir hatten –; auch dies ist keine Leistung dieser Landesregierung.

Wir brauchen für den gesamten Bildungsbereich eine ideologiefreie Debatte. Deswegen erneuere ich an dieser Stelle noch einmal das Angebot der SPD: Wir brauchen für mehr Qualität in der Bildung eine offene, eine auch kontroverse, aber ideologiefreie Debatte, und diese ist am besten in einer Enquetekommission des Landtags von Baden-Württemberg zu führen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

(Andreas Stoch)

Zur Digitalisierung und zu den sogenannten Wanka-Milliarden ebenfalls noch eine Bemerkung: Herr Kollege Schwarz hat vorhin kritisch angemerkt, dass die Bundesregierung in Person von Frau Wanka Milliarden für die Digitalisierung von Schulen versprochen habe. Wir mussten leider inzwischen feststellen, dass sie dies offensichtlich nicht einmal in der eigenen Partei bzw. mit Herrn Schäuble abgesprochen hatte. Denn Herr Schäuble tat so, als wisse er nichts davon.

Sie hatten damals in einer ersten Reaktion deutlich gemacht, Herr Ministerpräsident, dass dies Ihren Überzeugungen in Bezug auf die Trennung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern widerspreche. Aus meiner Sicht sollten wir – Herr Kollege Rülke hat dies vorhin angesprochen – sehr gut überlegen, ob wir es uns in Deutschland weiterhin leisten können, dass der Bund, der an den großen Einnahmetöpfen sitzt, immer dann, wenn es um Bildungspolitik geht, mit den Schultern zuckt und sagt: „Das geht uns nichts an. Das ist Ländersache.“

(Abg. Winfried Mack CDU: Nein!)

Wenn Sie sich einmal anschauen, wie sich die Bildungsausgaben in Deutschland in den letzten Jahren entwickelt haben, dann stellen Sie sehr schnell fest, dass Deutschland – ein Land, von dem Sie immer behaupten, dass seine Rohstoffe in den Köpfen der Kinder in diesem Land liegen – bei den Bildungsausgaben weit unterhalb des Durchschnitts der OECD-Länder liegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich behaupte, das hat auch damit zu tun, dass sich Bundespolitik für diesen wichtigen, überlebenswichtigen Bereich der Politik nicht verantwortlich fühlt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Oh nein!)

Deswegen sollten wir aus diesen Schützengräben – Kooperationsverbot ja oder nein – herauskommen. Wir brauchen eine partnerschaftliche Politik, die nicht die Kompetenz des Landes antastet,

(Abg. Winfried Mack CDU: Sie sind doch Jurist!)

die nicht die Hoheit der Länder in Bildungsfragen antastet, die es aber dem Bund möglich macht, die Länder in diesem überlebenswichtigen Bereich zu unterstützen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Studieren Sie die Arithmetik des Grundgesetzes, Herr Kollege!)

Das erwarte ich auch von einer Landesregierung, und nicht juristische Exkurse über das Thema „Kooperationsverbot ja oder nein“, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie sprachen auch von Zuversicht. Ja, auch ich bin der Meinung: Wir müssen die Probleme offen und ehrlich ansprechen. Wir müssen den Menschen auch sagen, wie wir diese Probleme gemeinsam mit ihnen lösen wollen. Denn Angstmacherei bringt uns nicht weiter und führt zu Reaktionen, die eine Gesellschaft nicht zusammenführen, sondern spalten.

Ein Thema, mit dem Sie gerade bei Menschen, die die Unterstützung des Staates brauchen, besonders punkten können, haben wir bereits in den Haushaltsberatungen angesprochen. Wenn immer wieder in den Sonntagsreden vorkommt: „Bei sehr hohen Steuereinnahmen, bei Überschüssen in den öffentlichen Haushalten müssen wir den Menschen etwas zurückgeben“, dann sehe ich und sieht meine Fraktion eine sehr gute Möglichkeit, dies zu tun, darin, gerade denen, die für die Zukunft dieses Landes sorgen, nämlich den Familien mit Kindern, etwas zurückzugeben. Was anderes ist es denn, wenn wir in die Gebührenfreiheit bei der frühkindlichen Bildung einsteigen, als den Menschen Entlastung zu verschaffen, die dafür sorgen, dass dieses Land zukünftig auch durch ihre Kinder und Enkel auf sicheren Beinen steht?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir dürfen Gebührenfreiheit für frühkindliche Bildung nicht gegen Qualität ausspielen. Sonst hätten Sie auch ein Argument in der Hand, das Schulgeld wieder einzuführen. Das wollen Sie ja wohl alle nicht.

(Zuruf von der SPD: Wer weiß?)

Wir brauchen einen Einstieg in die Gebührenfreiheit in Baden-Württemberg, damit junge Familien bessere Chancen haben und sich mehr Menschen für Kinder entscheiden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Zum Abschluss noch einen Satz, den Sie, Herr Ministerpräsident, vorhin sinngemäß ebenfalls gesagt haben: „Wir müssen weg von einer Fehlervermeidungskultur.“ In dem Kontext, in dem Sie ihn verwendet haben, mag das richtig sein. Sie dürfen nur nicht glauben, dass wir dieser Landesregierung deswegen jeden Fehler durchgehen lassen.

Wir halten diesen Landeshaushalt für einen Haushalt der verpassten Chancen. Es wäre in vielen Bereichen sehr viel mehr Aufbruch in die Zukunft möglich gewesen.

Herr Ministerpräsident, in Ihrer Partei und in der Öffentlichkeit drängt gerade eine Nachfolgedebatte an die Oberfläche. Man hat schon ein bisschen den Eindruck, dass die Abenddämmerung eingesetzt hat.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Freuen Sie sich nicht zu früh, Herr Stoch!)

Ich habe gehört, dass der Herr Fraktionsvorsitzende Schwarz bereits über die „Stuttgarter Zeitung“ mit winselndem Unterton darum bat, dass er weitermacht.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Schwarz winselt nicht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Schatten des Ministerpräsidenten – auch der Schatten eines jeden Grünen – ist schwarz, und der Schatten dieses Ministerpräsidenten wird immer größer.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Schwarz? Was meinen Sie denn damit?)

(Andreas Stoch)

Ich glaube, dass wir in diesem Land mehr Innovation, mehr Zuversicht und mehr Zukunft brauchen, als diese Regierung aus Grünen und Schwarzen zustande bringt.

Herzlichen Dank, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP  
– Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Das Wort erhält Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Rülke für die FDP/DVP-Fraktion.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die entsetzten Reaktionen des Kollegen Schwarz auf den schwarzen Schatten legen fast den Verdacht nahe, dass der Kollege Stoch sozusagen in das Grüne getroffen hat.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das Schwarze im Grünen getroffen! – Minister Winfried Hermann: Der Gelbe wirft auch einen schwarzen Schatten!)

Zu dem Redebeitrag des Ministerpräsidenten: Herr Ministerpräsident Kretschmann, das war ein durchaus beachtliches Fleißsammelsurium der Spiegelreferate des Staatsministeriums. Alles, wofür in Baden-Württemberg in diesem Haushalt Geld ausgegeben wird, hat irgendwo Beachtung gefunden. Aber es steht ja der Vorwurf im Raum, es fehle so etwas wie ein übergreifender Gedanke dieser grün-schwarzen Koalition. Wo will sie hin? Dem begegnen Sie dann mit recht hübschen Zitaten, beispielsweise von Roosevelt:

*Das Einzige, was wir zu fürchten haben, ist die Furcht selbst ...*

Das ist ein bemerkenswerter Ausspruch. Allerdings stellt sich schon die Frage: Was heißt das jetzt für die baden-württembergische Landespolitik?

Oder: „Meine Landesregierung hat einen klaren Kurs.“ Es fragt sich nur, Herr Ministerpräsident, wohin dieser klare Kurs führt.

Wenn dann gar nichts mehr hilft, dann entdecken Sie nach etwa zwei- bis dreijähriger Pause den alten Ladenhüter „Politik des Gehörtwerdens“ neu und sagen: „Das ist es jetzt, die Politik auf Augenhöhe.“ Sie haben ja diese Politik des Gehörtwerdens schon selbst ad absurdum geführt, und zwar mit Ihrem Satz, Politik des Gehörtwerdens heiße ja nicht, dass man auch erhört wird. Dies heißt mit anderen Worten: „Die Bevölkerung darf zwar ihre Meinung sagen, aber entscheiden tun wir.“ Da stellt sich dann natürlich die Frage: Was ist dann anders geworden? Denn Meinungsfreiheit, Herr Ministerpräsident, gab es schon vor dem Jahr 2011.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD  
– Abg. Reinhold Gall SPD: Ja, stimmt! Nachbarschaftsgespräche auch!)

– Nachbarschaftsgespräche gab es auch schon. Nachbarschaftsgespräche gab es, glaube ich, schon im Mittelalter. Aber man kann natürlich jeglichen alten Wein in neue Schläuche gießen.

Sie reden dann von Augenhöhe, Herr Ministerpräsident. Kollege Stoch hat es zu Recht angesprochen: Augenhöhe hat eine Regierung zunächst mal gegenüber dem Parlament aufzubringen.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wenn man sich anschaut, wie Ihre Regierung in letzter Zeit beispielsweise Parlamentsanfragen beantwortet oder wie die Präsenz der Mitglieder Ihrer Landesregierung bei Plenardebatten aussieht, kann ich Ihnen nur sagen: Augenhöhe sieht anders aus. Es handelt sich um eine abgehobene Landesregierung, die wir da vor uns haben.

(Beifall bei der FDP/DVP, Abgeordneten der SPD und der AfD sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Dann rühmen Sie sich immer, Sie würden die Kommunen so ernst nehmen. Beim vorletzten Mal waren Sie bei der Bürgermeisterversammlung und haben den Bürgermeistern erklärt, auf Augenhöhe sei ja das Verhältnis nicht. Die Reaktionen waren entsprechend. Deshalb haben Sie sich diesmal nicht selbst hingetraut, sondern haben Frau Sitzmann geschickt,

(Heiterkeit der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

die dann eine umjubelte Rede vor den Bürgermeistern gehalten hat.

(Zurufe von den Grünen)

Aber, Herr Ministerpräsident, bei den Kommunalen kommt die ganz große Begeisterung nicht auf. Da sind sich alle einig,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

ob das der Präsident des Landkreistags, der Präsident des Städtetags oder der Präsident des Gemeindetags ist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Besonders süffisant!)

Wenn ich mir das so anschau, Herr Ministerpräsident, und mir die Frage stelle, welchen Parteien diese drei Herren angehören, dann komme ich nur auf Regierungsparteien: ein Grüner und zwei Schwarze. Ich will stellvertretend nur mal Herrn Kehle zitieren, der mitteilte, die kommunalen Interessen seien bei diesem Haushalt ausgespart. Das schreibt Ihnen ein eigener Mann ins Stammbuch, meine Damen und Herren. Da kann man sich doch nicht hinstellen und sagen: „Wir sind die kommunalfreundlichste Regierung aller Zeiten.“ Das ist eine Schande für die Landesregierung, die so viel Geld hat, wenn sie dann so etwas aus dem Munde der Kommunalen hört.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD  
– Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Dann, Herr Ministerpräsident, haben Sie erklärt – ich halte das für eine bemerkenswerte Aussage und zitiere –, Sie wollten „die Neuankömmlinge gut ... integrieren“. Das heißt mit anderen Worten: Sie wollen **a l l e** Neuankömmlinge gut integrieren, Herr Ministerpräsident. Das halte ich schon für einigermaßen bedenklich. Denn die Rechtslage ist eine andere. Die Rechtslage sieht vor, dass es Flüchtlinge nach der



(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Genfer Flüchtlingskonvention gibt, die einen vorübergehenden, einen subsidiären Schutz genießen, aber, wenn die Fluchtgründe weggefallen sind, bitte schön, wieder in das Land zurückgehen, das es aufzubauen gilt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Deshalb wollen wir eben nicht alle Neuankömmlinge gut integrieren.

Um es noch mal deutlich zu sagen: Die FDP steht zum Grundrecht auf Asyl. Das ist ein individueller Anspruch. An dem rühren wir nicht. Deshalb kann es auch niemals eine feste Obergrenze im Sinne von Herrn Seehofer geben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wir wollen auch ein Einwanderungsgesetz. Wir wollen die Möglichkeit schaffen – auch für Flüchtlinge, die subsidiären Schutz genießen –, in den Arbeitsmarkt im Land integriert zu werden. Dann können sie übrigens gern auch ihre Familien nachholen. Aber sie müssen die Bereitschaft an den Tag legen, zu arbeiten. Sie müssen die Bereitschaft an den Tag legen, unsere Gesetze und unsere Kultur zu akzeptieren. Dann wollen wir über ein Einwanderungsgesetz Integration ermöglichen, meine Damen und Herren.

Aber klar ist auch, dass jene, die dazu nicht bereit sind, jene, die für unseren Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, dann, wenn der Fluchtgrund wegfällt, auch wieder zurückgehen, beispielsweise wie in der jüngeren Vergangenheit auf den Balkan oder, wie wir hoffen, irgendwann auch wieder mal nach Syrien, wenn dort der Krieg beendet ist.

Deshalb können wir den Satz: „Wir wollen die Neuankömmlinge gut integrieren“ nicht unterschreiben, sondern wir unterschreiben nur den Satz: „Wir wollen die Neuankömmlinge gut integrieren, die ein dauerhaftes Bleiberecht und eine dauerhafte Bleibeperspektive haben.“

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Dann, Herr Ministerpräsident, haben offensichtlich einige im Staatsministerium nicht so ganz genau gearbeitet. Sie haben uns nämlich Institute vorgestellt, die auf den Ideen von Frau Eisenmann, der Kultusministerin, beruhen, beispielsweise das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung, und haben gesagt, was dieses Institut angeblich schon alles leistet. Dieses Institut aber, Herr Ministerpräsident, gibt es noch gar nicht, und insofern kann dieses Institut im Moment auch noch nichts leisten. – Sage ich etwas Falsches, Frau Eisenmann? Sie haben dieses Institut geplant, aber das gibt es noch nicht.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Genau so ist es!)

Insofern, Herr Ministerpräsident, sollten Sie, wenn Sie dann anschließend das Plenarprotokoll erhalten, das korrigieren, was Sie da verkündet haben, was dieses Institut angeblich schon alles leistet. Hoffentlich leistet dieses Institut das, was Sie angekündigt haben, irgendwann einmal. Im Moment tut es das nicht; das ist nur geplant, es sei denn, Sie können in die Zukunft blicken.

(Zuruf von den Grünen: Das macht er!)

Aber ich glaube, die Mehrheit in diesem Haus traut Ihnen das nicht zu.

Meine Damen und Herren, noch einmal zum Thema Kooperationsverbot: Ich kann mich nahtlos an das anschließen, was der Kollege Stoch gesagt hat. Es ist notwendig, beispielsweise die Wanka-Milliarden, das, was der Bund zur Verfügung stellen kann, auch für die Länder fruchtbar zu machen. Da ist es der falsche Weg, von vornherein zu erklären: „Eine Grundgesetzänderung kommt unter gar keinen Umständen in Betracht; das lehnen wir von vornherein ab.“ Vor allem, wenn man selbst immer andere dafür kritisiert, dass sie Koalitionsverhandlungen oder Vorgespräche zu Koalitionsverhandlungen über die Medien führen, sollte man sich nicht selbst hinstellen und sagen: „Da ist eine Grenze, über die wir überhaupt nicht reden.“

Es muss ja im Endeffekt nicht herauskommen, dass das Grundgesetz geändert wird. Aber Sie haben es ja anhand dieses Beispiels selbst beschrieben: Es hat nicht funktioniert, die Wanka-Milliarden für die Länder fruchtbar zu machen. Deshalb muss man doch bereit sein, darüber nachzudenken, wie man es besser machen kann. Da ist es der falsche Weg, von vornherein zu erklären: „Für uns kommt dies und jenes nicht in Betracht.“ Der richtige Weg wäre es, offen in solche Gespräche zu gehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Denn wir brauchen dieses Geld. Wir müssen dieses Geld fruchtbar machen für die Digitalisierung, für die Sanierung von Schulhäusern. Sie reden zwar von der impliziten Verschuldung. Es ist auch nicht falsch, das Geld aus dem Haushalt – ich sage wohlgerne: aus dem Haushalt – zur Verfügung zu stellen und in die Infrastruktur zu investieren. Aber offensichtlich reicht es ja an vielen Stellen nicht. Deshalb muss man mit dem Bund darüber reden und einen Weg finden, der – ich sage es noch einmal ausdrücklich – nicht dahin führt, dass wir jetzt unsere föderalen Kompetenzen abgeben, sondern einen Weg, der dazu führt, dass man mit dem Bund eine vernünftige Lösung findet, auf die sich die Länder einigen können und die die Möglichkeit schafft, das Geld des Bundes in Anspruch zu nehmen.

Wenn Sie über die Entwicklungen beim Automobil reden, Herr Ministerpräsident, und von neuer Mobilität sprechen, würde ich mich schon dafür interessieren: Was meinen Sie jetzt mit neuer Mobilität? Meinen Sie damit das, was im Grünen-Wahlprogramm steht? Dazu haben Sie beim damaligen Grünen-Parteitag mit dem „Schwachsinnstermin 2030“ ja schon das Notwendige gesagt. Oder meinen Sie damit das Dieserverbot, das irgendwann kommt, die Fahrverbote? Auch dazu haben Sie schon das Notwendige gesagt, indem Sie selbst gesagt haben: „Ich habe mir einen neuen Diesel gekauft.“ Ihr eigenes Handeln und Ihre eigenen Aussagen, meine Damen und Herren, passen also nicht zu dem, was in Berlin vorgetragen worden ist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Deshalb, Herr Ministerpräsident, würde mich schon einmal interessieren, was jetzt Ihre Position ist: Ist das die von Herrn Hermann und den grünen Fundamentalisten in Berlin, oder



(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

sind es die in Ansätzen vernünftigen Ansätze, die Sie hier in Baden-Württemberg öfter anbieten, meine Damen und Herren? Denn Fahrverbote sind der falsche Weg, das Verbot von Technologien ist der falsche Weg, und es ist auch der falsche Weg, den Diesel zu verteufeln; denn wir brauchen den Verbrennungsmotor noch viele Jahre.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Es mag ja richtig sein, auf die Elektromobilität zu setzen. Aber offensichtlich ist es ja so, dass die Elektromobilität die Leute nicht überzeugt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: So ist es!)

In Deutschland gibt es rund 45 000 Elektrofahrzeuge, während die Flotte insgesamt 45 Millionen Fahrzeuge umfasst. Der Anteil der Elektrofahrzeuge beträgt somit ein Promille. Wir sind weit entfernt von der einen Million, die die Kanzlerin einmal für 2020 als Ziel angekündigt hat. Denn die Ladeinfrastruktur fehlt, und die Ökobilanz der Elektromobilität – das stellt man fest, wenn man genau hinschaut – ist auch nicht besser als beim Verbrennungsmotor. Auch vieles andere fehlt, beispielsweise das Vertrauen der Menschen hier. Deshalb brauchen wir nicht eine oberlehrerhafte Politik, die den Menschen sagt, wie sie die Mobilität künftig zu gestalten haben, sondern wir brauchen Technologieoffenheit.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Das sollen die Unternehmen und soll nicht die Politik entscheiden.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Um auch das zum Thema „Implizite Verschuldung“ noch einmal deutlich zu sagen – Kollege Stoch hat völlig recht –: Das ist ein Trick, den Sie vornehmen, um im Grunde alles, was Sie ausgeben, als Schuldentilgung rechtfertigen zu können.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Genau! Ja!)

Wenn man mit dem Begriff „Implizite Verschuldung“ hantiert, hat man als Landesregierung, wenn man die Landeshaushaltsordnung entsprechend manipuliert, selbst die Deutungshoheit darüber, was implizite Verschuldung ist und was nicht.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Da kann man dann beispielsweise sagen: „Personalstellen sind auch implizite Verschuldung.“ Sie versteigen sich ja sogar dazu, zu behaupten, Herrn Unterstellers Stellen in der Umweltverwaltung seien Wirtschaftsförderung.

(Lachen der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Wenn ich irgendwo in Unternehmen komme, ihnen von 230 Stellen in der Umweltverwaltung und von noch einmal 31 Stellen, die versteckt wurden, erzähle und die Unternehmen frage, ob sie vermuten, wenn wir in fünf Jahren wiederkommen, dass das dann Wirtschaftsförderung war:

(Lachen der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Also, ich habe noch keinen Mittelständler getroffen, der das vermutet, meine Damen und Herren, sondern sie vermuten das Gegenteil.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Aber wenn man hier behauptet, so etwas sei Wirtschaftsförderung, dann kann man natürlich auch behaupten, diese Personalstellen seien implizite Verschuldung oder der Abbau von impliziter Verschuldung.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Das ist doch ein Trick, um alles, was man als Ausgabenwünsche hat, fälschlicherweise als Schuldentilgung zu erklären.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Das versteht kein Mensch mehr!)

Das ist eine falsche Politik. Es ist eine Trickserpolitik.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl!)

Wir haben nichts dagegen, dass Sie in die Infrastruktur investieren. Aber dann sollten Sie das in den Haushalten entsprechend ausweisen und daraus das machen, was es ist, nämlich Investitionen und nicht Schuldentilgung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Das waren jetzt nur zwei Beispiele. Das eine sind die getarnten Stellen, bei denen man behauptet, man gebe den Kommunen Geld, während sich dann noch weitere Stellen in der Umweltverwaltung dahinter verbergen, bei denen man sich nicht getraut hat, zu sagen: „Wir haben künftig noch einmal 31 Stellen mehr.“ Das andere ist die Geschichte mit der impliziten Verschuldung. Diese Landesregierung und dieser Haushalt bauen auf Täuschen, Tricksen und Hütchenspielen auf. So gehen Sie mit dem Parlament um, und so gehen Sie mit der Bevölkerung um.

Deshalb kann man nur mit einem Satz von Marie von Ebner-Eschenbach schließen.

(Lachen des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

– Ja. – Sie muss diese Regierungskoalition im Auge gehabt haben, als sie vor hundert Jahren schrieb:

(Heiterkeit des Abg. Sascha Binder SPD)

*Über das Kommen mancher Leute tröstet uns nichts als die Hoffnung auf ihr Gehen.*

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Das Wort erhält Herr Fraktionsvorsitzender Schwarz für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass ausgerechnet die FDP/DVP den Haushalt als unseriös bezeichnet, ist natürlich ein Treppwitz.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Warum?)

(Andreas Schwarz)

Sie wissen es im Grunde selbst. Sie haben als einzige Oppositionsfraktion fast keine Deckungsvorschläge

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Was? Für jeden!)

für Ihre Haushaltsanträge vorgelegt.

(Zurufe von der FDP/DVP – Unruhe)

Die Deckungslücke in Ihrem Finanzkonzept beträgt mehr als 4,3 Milliarden €, meine Damen und Herren von der FDP/DVP.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wenn dann – ich zitiere Herrn Rülke – von „Tricksen, Tarnen, Täuschen“

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Hütchenspiel!)

– auch von Hütchenspiel etc. – die Rede ist, dann fällt das doch ganz elegant auf Sie von der FDP/DVP zurück. Das ist ganz klar. Man kann nicht behaupten, man würde 4 Milliarden € Kreditmarktschulden zurückzahlen wollen, ohne erklären zu können, wie man das finanzieren möchte. Ich habe von Ihnen keine Erklärung wahrgenommen, wie Sie die 4 Milliarden € finanzieren wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wir auch nicht von Ihnen! – Zuruf des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

Herr Rülke hat die Verordnung zur Landeshaushaltsordnung angesprochen. Ich bin sehr froh, dass der Rechnungshof im Finanzausschuss dargelegt hat, dass wir mit der Änderung der Landeshaushaltsordnung auf dem richtigen Weg waren,

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Genau das hat er nicht gesagt! – Zuruf des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

dass es eben auch um den Abbau impliziter Schulden geht. Ich möchte an den Redebeitrag von Herrn Walch im Finanzausschuss erinnern. Herr Walch hat es sehr gut beschrieben. Er hat dargelegt, dass wir die Kameralistik haben. Deswegen wird der Vermögensverzehr gar nicht erfasst. Jedes private Unternehmen würde Rückstellungen bilden und würde den Vermögensverzehr abbilden. Wir machen mit der Änderung der Landeshaushaltsordnung nichts anderes als das, was auch ein ehrbarer Kaufmann oder privater Unternehmer machen würde.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das ist jetzt ein Scherz!)

Wir erhalten nämlich unser Vermögen. Wir schauen, dass wir unseren Vermögensverzehr reduzieren.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Deswegen sind in meinen Augen die Mittel für Investitionen in die Universitätskliniken und in die Landesstraßen – für Sanierungen – richtig gut angelegtes Geld.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Winfried Mack CDU)

Herr Rülke hat die Umweltverwaltung und die Wirtschaft angesprochen. Ich nenne Ihnen gern diese Unternehmen aus Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja! Nennen Sie mal!)

Insgesamt 51 Unternehmen haben erst in den letzten Wochen einen Aufruf an die Bundesregierung verfasst, einen Aufruf mit dem Ziel, dass die neue Bundesregierung Klimaschutz als eine zentrale Aufgabe wahrnehmen soll.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Unter diesen 51 Unternehmen sind drei renommierte Unternehmen aus Baden-Württemberg: Siemens, SAP, Ritter Sport. Das sind renommierte Unternehmen, die sagen: Man darf Ökologie und Ökonomie nicht gegeneinander ausspielen, sondern wir brauchen innerhalb der neuen Bundesregierung einen sehr, sehr hohen Stellenwert des Themas Klimaschutz. Auf das Land bezogen heißt das, dass wir eine starke Umweltverwaltung brauchen.

(Beifall bei den Grünen)

Ich dachte immer – vorhin habe ich es gesagt: Sie waren einmal eine Wirtschaftspartei –, dass die FDP solche Weckrufe hören müsste, aber man sieht einmal mehr: Die Wirtschaft ist wieder einmal viel, viel weiter als die FDP.

(Beifall bei den Grünen)

Wir haben in diesem Haushalt Streichungen und Einsparungen vorgenommen, und zwar in Höhe von insgesamt 600 Millionen €. Diese Streichungen fallen maßvoll aus, sie fallen uns auch nicht leicht, aber wir drücken uns nicht vor der Verantwortung. Manchmal müssen wir zu unpopulären Maßnahmen greifen, doch gerade das zeichnet eine verantwortungsvolle Politik aus. Ich nenne beispielhaft das Thema Studiengebühren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wo ist das eine Einsparung? Wo ist eine Gebühr eine Einsparung?)

Es war beileibe keine einfache Entscheidung, die wir in Bezug auf die Studiengebühren herbeigeführt haben. Es gehört Mut dazu, eine solche Entscheidung herbeizuführen. Diesen Mut hatten wir. Das ist eine verantwortungsvolle Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Weil Sie in der ersten Lesung und auch heute die Krankenhäuser angesprochen haben, will ich an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich sagen: Das Land steht zu seiner Verantwortung für die Investitionsfinanzierung der Kliniken. Im Haushalt werden wir die Investitionsförderung leicht reduzieren. Der Vorschlag fällt nicht leicht, aber er ist im Rahmen einer Gesamtabwägung vertretbar. Denn verkennen Sie, Herr Rülke und auch Herr Stoch, nicht, dass wir die Investitionsmittel für die Krankenhäuser in den letzten Jahren um insgesamt 120 Millionen € erhöht haben.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wer ist „wir“?)

(Andreas Schwarz)

In diesem Jahr stellen wir 525 Millionen € an Haushaltsmitteln für die Kliniken zur Verfügung.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP meldet sich. –  
Glocke des Präsidenten)

So viel Geld stand im Landeshaushalt noch nie für die Krankenhausförderung zur Verfügung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir vergleichen einfach einmal die Zahlen. Als Herr Rülke noch die Regierung mitbegleiten durfte, im Jahr – –

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Fraktionsvorsitzender, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Schweickert?

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Ich will diesen Teil gern erst einmal zu Ende bringen.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Also keine.

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Danach.

(Lachen bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Im Jahr 2010 waren es 337 Millionen € Krankenhausförderung vonseiten des Landes, im Jahr 2017 sind es 525 Millionen €. Daran sieht man doch, dass wir die Krankenhausförderung in den letzten Jahren stets erhöht haben,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie war da die Wirtschaftslage?)

dass wir in diesem Bereich investiert haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie war die Wirtschaftslage im Jahr 2017?)

Vor diesem Hintergrund – – Sie haben selbst von ausgeglichenen Haushalten während Ihrer Regierungszeit gesprochen, Herr Rülke.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: 2008 und 2009!)

In dieser Zeit hätten auch Sie die Krankenhausförderung erhöhen können. Das haben Sie jedoch nicht gemacht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie war sie dann 2008 und 2009?)

Das haben Sie nicht gemacht. – Da war sie weitaus niedriger als jetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Vor diesem Hintergrund ist eine Reduzierung um 25 Millionen € maßvoll und verkraftbar, und dennoch werden alle sinnvollen Krankenhausvorhaben in einem angemessenen Zeitraum in ein Bauprogramm aufgenommen werden können.

Jetzt Herr Schweickert.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Moment, Herr Kollege Schwarz! Das Wort erteile ich.

(Vereinzelt Heiterkeit – Unruhe)

Kollege Schweickert bekommt jetzt nicht das Wort; denn er wollte eine Zwischenfrage stellen, und Zwischenfragen werden zwischendrin gestellt.

Sie fahren jetzt fort.

(Unruhe – Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP meldet sich.)

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Kein Problem. – Dann komme ich zu Herrn Stoch und der SPD. Herr Stoch hat ja in seinen Äußerungen mehr von Jamaika sowie den Verhandlungen und Sondierungen in Berlin gesprochen als vom Landeshaushalt.

(Zurufe der Abg. Sascha Binder und Andreas Stoch SPD)

Herr Stoch hat gefordert, dass es ein Einwanderungsgesetz geben solle. Da bin ich bei Ihnen. Ich glaube, dass wir in Deutschland ein modernes Einwanderungsgesetz brauchen. Ebenso bin ich der festen Überzeugung: Das wäre ein Punkt gewesen, den Jamaika hätte setzen können. Denn wir werden jeden Tag darauf angesprochen – von Unternehmen, von der Wirtschaft, von Sozialverbänden –, dass wir eine klar strukturierte, eine geordnete Zuwanderung nach Deutschland brauchen. Deswegen wäre Jamaika für uns der Weg zu einem Einwanderungsgesetz gewesen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zurufe der Abg. Andreas Stoch SPD und Anton Baron AfD)

Jetzt schauen wir uns einmal die Haushaltsanträge der SPD an. Die SPD geht nach dem Motto „Ich wünsch mir was“ vor und verspricht den Menschen in den Tag hinein Milliarden:

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nehmen Sie mal schön einen Taschenrechner! Ich frage mal Herrn Schmiedel, ob Sie seinen bekommen!)

freier Eintritt in staatliche Museen, ein kommunales Investitionsprogramm mit 1 Milliarde €, zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer – dabei verkennen Sie, dass wir ja schon 1 300 zusätzliche Lehrerstellen im Haushalt finanzieren –, Einstieg in die Gebührenfreiheit bei Kindertageseinrichtungen – –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das stimmt doch gar nicht! Das wissen Sie auch! Die Lehrer sind doch schon da!)

Wenn man sich all diese Punkte anschaut, dann stellt man sich die Frage: Hat die SPD noch einen Plan? Wo will denn die SPD überhaupt hin?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Keine sinnvolle Gegenfinanzierung haben Sie hier vorgetragen.



(Andreas Schwarz)

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr richtig! –  
Abg. Andreas Stoch SPD: Das stimmt doch gar nicht!  
– Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das  
stimmt sehr wohl! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wie  
blind muss man denn eigentlich sein?)

Wenn Sie noch ein Stück zurückgehen würden, würden Sie  
genau wissen, was machbar ist und was nicht. Vor ein paar  
Jahren – –

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege Schwarz, ge-  
statten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hofelich?

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Nein, keine Zwischenfra-  
ge.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Nein.

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Ich will das jetzt ausfüh-  
ren. – Vor ein paar Jahren hatten wir noch eine strukturelle  
Deckungslücke von rund 2,5 Milliarden €. Zuletzt lag sie bei  
1,9 Milliarden €. Die Deckungslücke haben wir Schritt für  
Schritt verringert: 2017 um 800 Millionen €. In den Jahren  
2018 und 2019 werden wir weitere 600 Millionen € konsoli-  
dieren. Damit bleibt am Ende nur noch eine überschaubare  
Deckungslücke, die wir bis 2020 vollständig schließen kön-  
nen. Wir sind also topfit für die Schuldenbremse, und das ist  
das Ergebnis unserer Haushaltsdisziplin, der wir in diesem  
Doppelhaushalt folgen. Wir werden die Schuldenbremse ab  
2020 souverän und verlässlich einhalten, liebe Kolleginnen  
und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Herr Stoch hat noch weitere Vorwürfe konstruiert. Denn er hat  
gefragt, was denn das Verbindende dieser Koalition sei. Da  
stelle ich mir schon die Frage: Wo waren Sie denn in den letz-  
ten 15 Monaten, als wir hier über die Regierungserklärung,  
den ersten Haushalt, den Nachtragshaushalt und über die vie-  
len Projekte, die wir in Baden-Württemberg umsetzen, ge-  
sprochen haben? Das Gemeinsame und Verbindende ist: Wir  
wollen dafür Sorge tragen, dass es den Menschen in unserem  
Land in den nächsten Jahren besser geht,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Jeden Tag ein bisschen  
besser geht! Und Geld wahllos ausgeben!)

dass wir den sozialen Zusammenhalt stärken und die ökolo-  
gische Modernisierung voranbringen. Und das findet sich  
doch in diesem Haushalt wieder. Wir investieren mit 180 Mil-  
lionen € so viel wie noch nie für den Breitbandausbau; wir in-  
vestieren über 300 Millionen € in eine Digitalisierungsstrategie  
und 36 Millionen € in ein Biodiversitätskonzept. Herr Kol-  
lege Stoch, Sie können doch nicht leugnen, dass wir hier flä-  
chendeckend zum Wohle der Menschen in unserem Land in-  
vestieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Jetzt haben Sie die Bildungspolitik angesprochen und gesagt,  
da würde das Rad irgendwie zurückgedreht werden. Schauen  
Sie doch mal im Haushalt nach! Ganztagschule: weitere 106

Deputate; Grundschule: 160 zusätzliche Deputate, Kontin-  
gentstudentenafel Deutsch und Mathe. Da wird nichts zurück-  
gedreht. Da investieren wir zum Wohle der Kinder. Das kön-  
nen Sie doch nicht leugnen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie müssen besser zuhö-  
ren! Das läuft so nicht!)

Oder nehmen Sie das Thema Weiterbildung. Sie haben uns  
den Vorwurf gemacht, wir würden bei der Digitalisierung  
nicht in die Weiterbildung investieren. Auch das stimmt nicht.  
Die Digitalisierungsstrategie enthält 13 Millionen € für Wei-  
terbildungsmaßnahmen: 4 Millionen € für das Bündnis für Le-  
benslanges Lernen, 5 Millionen € für eine Qualifizierungs-  
offensive, 4 Millionen € für die Lernfabrik 4.0. In der Summe  
sind es 13 Millionen € allein aus der Digitalisierungsstrategie  
für die Weiterbildung. Daran sehen Sie: Uns ist es wichtig,  
dass niemand abgehängt wird

(Abg. Anton Baron AfD: Kosten-Nutzen-Relation!)

und gerade die Digitalisierung Chancen für alle Menschen er-  
öffnet. Das stellen wir damit sicher.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Abg. Andreas Stoch SPD: Für mehrere Hunderttau-  
send Mitarbeiter! Starkes Stück! – Abg. Anton Baron  
AfD: Gibt es eine Evaluierung?)

Dann haben Sie das Thema Wohnen angesprochen. Ich glau-  
be, da können Sie uns erst recht keinen Vorwurf machen. Wir  
haben in diesem Doppelhaushalt eine halbe Milliarde Euro für  
die Landeswohnraumförderung vorgesehen.

(Abg. Andreas Stoch SPD und Abg. Anton Baron  
AfD: Wie viel davon ist Bundesgeld?)

Der Hauptteil davon kommt dem sozialen Mietwohnungsbau  
zugute. Ich sage ganz klar: Das ist aus meiner Sicht eine öf-  
fentliche Aufgabe, und dieser öffentlichen Aufgabe „Förde-  
rung des sozialen Mietwohnungsbaus“ müssen sich alle poli-  
tischen Ebenen stellen: der Bund, die Länder und die Kom-  
munen. Doch was passiert momentan? Der Bund reduziert sei-  
ne Mittel. Wir vonseiten des Landes erhöhen unsere Mittel.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Sie wollen doch im Bund mitregieren, Herr Stoch. Jetzt bin  
ich mal gespannt, ob Sie nicht nur hier im Landtag über Ja-  
maika reden oder ob Sie Ihrer Bundestagsfraktion „mitgeben“  
können,

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

dass der Bund die Mittel für den sozialen Wohnungsbau er-  
höhen möge. Dort besteht Handlungsbedarf, nicht bei uns, lie-  
be Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Zurufe der Abg. Anton Baron AfD und Reinhold  
Gall SPD)

– Sie von der AfD rufen immer wieder dazwischen, und des-  
wegen komme ich jetzt zu Ihnen. Denn Ihre Änderungsanträ-  
ge zeigen das wahre Gesicht der AfD. Sie stellen Ihren ideo-

(Andreas Schwarz)

logischen Kern so offen zur Schau, dass man es fast mit einem Tweet der „heute-show“ auf den Punkt bringen könnte:

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

*Die AfD rückt immer weiter nach rechts.*

(Abg. Anton Baron AfD: Inwiefern?)

Eigentlich schade, dass die Welt keine Scheibe ist.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Wir sind schon lange links angekommen! – Abg. Anton Baron AfD: Gehen Sie nur auf die Inhalte ein!)

Lassen Sie mich ein paar Ihrer kruden Ideen – beispielsweise bei der Landesinitiative Elektromobilität – kommentieren. Bei der Elektromobilität – da sind wir technologieoffen – kann es sich um Brennstoffzellentechnik, um synthetische Kraftstoffe handeln; wir sind nicht auf batteriebetriebene Fahrzeuge festgelegt. Um alternative Antriebe voranzubringen, bauen wir Ladeinfrastruktur aus, fördern wir das Marktwachstum. Die Landesinitiative Elektromobilität unterstützt gezielt den Mittelstand und bezieht die Wirtschaft verstärkt in die Entwicklung und die Produktion neuer Mobilitätslösungen ein.

Und was wollen Sie machen? Sie haben gleich sieben Änderungsanträge vorgelegt. Sie wollen diese Mittel streichen und die Entwicklung dem freien Wettbewerb überlassen. Es ist ein Glück für Baden-Württemberg, für die Unternehmen und die Arbeitnehmer, dass Ihre Vorschläge nicht umgesetzt werden. Ihre Vorschläge zeigen die Verantwortungslosigkeit gegenüber Ihren Wählern.

(Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

Sie schaden damit dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Nehmen wir einen zweiten Ihrer kruden Vorschläge; er betrifft die Landeszentrale für politische Bildung.

(Abg. Anton Baron AfD: Oh, jawohl!)

Fraktionsübergreifend wird die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung, die ja auf dem Beutelsbacher Konsens fußt, gelobt. Deswegen haben auch CDU, SPD, FDP/DVP und wir – –

(Abg. Bernd Gögel AfD: Firmen mit Nazivergangenheit, die sich freikaufen, alles solche Dinge! – Glocke des Präsidenten)

– Wollen Sie das gern laut sagen? Sie dürfen ja nachher noch einmal reden.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege, fahren Sie fort.

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Fraktionsübergreifend wird die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung gelobt. Deswegen haben wir beantragt, das Personal und die Sach-

mittel aufzustocken. Eine Einrichtung, die insbesondere Schülerinnen und Schüler an Politik heranführt, hat heute eine elementare Bedeutung. Was will die AfD? Ersatzlos streichen,

(Abg. Anton Baron AfD: Nein! Das stimmt nicht!)

weil die Landeszentrale angeblich nicht neutral arbeiten würde. „Ideologieverdacht“, wird gebrüllt.

(Abg. Anton Baron AfD: Oh ja!)

Aber das fällt auf Sie von der AfD zurück.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich denke hier an einen Geisterfahrer, der sich wundert, warum Hunderte Fahrzeuge auf der falschen Spur unterwegs sind.

(Zuruf von der AfD: Der kommt aus Stuttgart!)

Dabei sind Sie es; Sie sind der Geisterfahrer. Wissen Sie, was es heißt, wenn man in Deutschland auf der rechten Spur fährt? Dann befindet man sich mit einer Panne auf dem Standstreifen. Danach wird man abgeschleppt und in einer Werkstatt abgestellt, und am besten werden auch Sie von der AfD in dieser Werkstatt abgestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, aber da wird manchmal repariert! – Abg. Anton Baron AfD: Sehr schön!)

Der nächste krude Antrag von Ihnen beinhaltet die Streichung von Integrationsmitteln. Mit Ihren Änderungsanträgen wollen Sie den Kommunen alle Mittel zur Integration von Flüchtlingen streichen. Dabei findet Integration vor allem in den Kommunen statt.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Ihr Ziel ist es offenbar, diese Mittel zu streichen, um sich dann zu beklagen,

(Zurufe von der AfD – Glocke des Präsidenten)

dass eine Integration nicht möglich ist. Dabei muss es unser Ziel sein, durch eine gelungene Integration den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Unsere Gesellschaft ist modern, vielfältig und aufgeschlossen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ihr Weltbild heißt dagegen Abschottung, Fremdenfeindlichkeit,

(Abg. Anton Baron AfD: Oh!)

ein Geschlechterbild aus der Mottenkiste und ein Demokratieverständnis à la Weimarer Republik. Aber dass Sie nun den Kommunen die Gelder zur Integration von Flüchtlingen entziehen wollen, das ist natürlich der Gipfel. Zum Glück hat Ihre Politik keine Relevanz.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

(Andreas Schwarz)

Ich fasse zusammen: Die SPD will gern von allem mehr. Die FDP will mehr Schulden tilgen. Die AfD will alles streichen, was die Integration, die Wirtschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert. Grüne und CDU hingegen haben einen soliden Haushalt vorgelegt.

(Oh-Rufe von der AfD)

Wir haben die Wasserwaage angelegt und ausgerichtet. Wir haben einen Haushalt mit Maß und Mitte aufgestellt. Er ist verlässlich, innovativ und nachhaltig.

(Beifall des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU)

Er stärkt die Kommunen bei der Bildung, bei der Mobilität, bei einer guten Daseinsvorsorge. Die grün-schwarze Koalition setzt Meilensteine für gutes Wohnen, ein soziales Miteinander, nachhaltige Mobilität, moderne Arbeitsplätze und ein gesundes Leben. Dieser Haushalt bringt Baden-Württemberg voran.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: War das die Ansprache zu Weihnachten, oder was?)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Das Wort erhält der Fraktionsvorsitzende Dr. Reinhart für die CDU-Fraktion.

(Abg. Anton Baron AfD: Ein bisschen mehr Substanz, bitte!)

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Sie wollen mehr Substanz. Sie haben in eigenen Beiträgen keine konkrete Substanz zu den Positionen des Haushalts gebracht. Ich will Ihnen sagen, warum. Von Ihnen kam kein Satz dazu, dass wir, wie der Herr Ministerpräsident zu Recht gesagt hat, das Fünffache an Wohnraumförderung ausbringen, zwei Mal 250 Millionen €.

Es fiel kein Satz zu den 265 Millionen €, die für Digitalisierungsprojekte dazukommen.

(Abg. Anton Baron AfD: Wer regiert denn das Land?)

Davon habe ich nichts gehört. Für den Breitbandausbau werden zusätzlich 210 Millionen € bereitgestellt – keine Einlassung dazu von Ihnen.

(Abg. Anton Baron AfD: Kommt noch!)

Kein Wort zu den Landesstraßen, kein Wort dazu, dass wir die Mittel für deren Sanierung deutlich und kräftig erhöhen – zwei Mal 100 Millionen € zusätzlich – und vor allem 100 Straßenplaner mehr vorsehen.

(Abg. Anton Baron AfD: Sind die Stellen auch besetzt?)

Wir bringen 62 Millionen € mehr für die Ausstattung der Polizei aus, stellen zwei Mal 1 800 zusätzliche Polizeianwärter ein und sehen einen schnelleren Stellenaufwuchs bei der Polizei vor. Wir haben 67 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte, 1 400 Stellen bei den Lehrern. Das wurde dargestellt. Wir haben 34 Millionen € für den Seed- und Wagniskapitalfonds eingestellt, betreiben zusätzlich Gründerförderung.

Von Ihnen kam kein Satz dazu, dass wir den Landwirten aufgrund der Frostschäden mit knapp 50 Millionen € helfen,

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist okay!)

kein Satz zur Naturschutzstrategie, an der übrigens sowohl das Umwelt- als auch das Landwirtschaftsministerium in besonderer Weise beteiligt sind.

(Zuruf von der AfD)

Dazu will ich eines sagen: Wenn wir im Vorfeld kritisieren, Herr Kollege Rülke, dass hier ein Gutachter aus Nordrhein-Westfalen zufällig mal vor 27 Jahren

(Zuruf von der FDP/DVP: Zufällig! – Abg. Bernd Gögel AfD: Zufällig!)

in einem Kommunalparlament für eine Partei tätig war,

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

dann schaden wir uns allen in der Politik. Das muss man einmal ganz deutlich festhalten.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Tobias Wald CDU: Richtig! Sehr gut! – Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Ja, der Pakt für Integration wurde angesprochen. Aber es hat niemand etwas dazu gesagt, dass hiervon allein 90 Millionen € pauschal an die Kommunen gehen – neben den 70 Millionen € aus dem Sozialministerium für das Integrationsmanagement.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Sie wollen die Leistungen für Integration streichen. Das wäre genau die falsche Politik.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Denn diejenigen, die ein Bleiberecht bei uns haben, müssen wir integrieren. Das ist die Aufgabe, und darum muss es gehen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Carola Wolle AfD: Unser Programm „Fit4Return“! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ihr Programm ist reiner Rassismus! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Wissen Sie, Sie haben da ein Monothema und müssen vor allem sehen, was dahinter steht.

Dann wird heute wieder so getan – wie beim letzten Mal –, als sei bei der Krankenhausförderung sozusagen die größte Problematik aufgetreten. Ich will Ihnen – auch den Kollegen von der FDP/DVP – einmal sagen, was der Ausgangspunkt war. Ulrich Goll, der frühere Justizminister, ist Zeuge. Er saß damals mit am Kabinettstisch. Natürlich gab es 2008, 2009 und 2010 Probleme, als wir den stärksten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts verzeichnet haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)



(Dr. Wolfgang Reinhart)

Jeder erinnert sich. Damals hatten wir einen Antragsstau – das muss man doch jetzt einmal sagen – von über 1,6 Milliarden € bei der Krankenhausförderung in diesem Land. Heute sind es genau so viel, wie beantragt wurde, nämlich knapp über 400 Millionen €.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Weil es die letzten Jahre erhöht war!)

– Herr Kollege Stoch, dann kann man hier aber doch nicht den Untergang der Krankenhausförderung predigen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das haben wir überhaupt nicht gesagt! Aber es ist ein falsches Signal! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Fraktionsvorsitzender, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Haußmann?

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Selbstverständlich.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege Haußmann, bitte.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die erste geglückte Zwischenfrage! – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Abwarten! Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben!)

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Vielen Dank, Kollege Dr. Reinhart. – Eine Frage zum Thema „Investitionskosten bei den Krankenhäusern“. Sie verweisen ja im Bereich der landeseigenen Gebäude auf die implizite Verschuldung. Wie würden Sie es bei den Krankenhäusern einschätzen? Gibt es da grundsätzlich auch eine implizite Verschuldung, die Sie nicht berücksichtigt haben?

(Lachen bei der AfD)

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Sie müssen zunächst einmal unterscheiden zwischen kommunalen Krankenhäusern und Krankenhäusern – nämlich Unikliniken –, die dem Land Baden-Württemberg gehören. Bei den Unikliniken – ob das die in Tübingen, Heidelberg oder Freiburg ist – geht es darum – entgegen der Haltung der FDP/DVP –, nicht zu sagen: „Wir müssen tilgen.“ Dann hätten wir keine Investitionsmöglichkeiten mehr. Es geht darum, dort zum Abbau der impliziten Verschuldung – wie übrigens von SPD-Minister Nils Schmid schon früher vorgeschlagen und gefordert – zu investieren und Mittel einzusetzen. Da haben wir zunächst mal 1,65 Milliarden € im Sanierungsfonds des Landes. Das bedeutet Vermögensbildung und -schaffung und damit Abbau von Schulden. Das ist der eine Teil.

Der zweite Teil: Bei den kommunalen Krankenhäusern – um die geht es Ihnen ja, Herr Kollege Haußmann – haben wir – das wissen Sie – den kommunalen Sanierungsfonds vorwiegend für die Schulhausbauten – darauf komme ich noch – und darüber hinaus auch für Brücken und Straßen.

Das Dritte ist, dass wir zum KIF mit den kommunalen Landesverbänden in Verhandlungen in der GFK sind. Ich bin übrigens auch zuversichtlich, dass wir Einigungen finden, auch was die kommunalen Gelder angeht. Wir sollten hier nicht den Eindruck vermitteln und die 1 100 Gemeinden im Land schulu machen,

(Abg. Sascha Binder SPD: Die machen doch Sie schulu!)

als gäbe es einen Riesendissens und -streit zwischen dem Land und den Kommunen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Deren Präsidenten äußern sich doch! – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

– Ja, ja. Darauf komme ich gleich.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Die wissen genau, dass die Verhandlungen zur Herbeiführung einer Einigung weitergehen. Ich will hier nichts wiederholen. Solche Verhandlungen hatten wir auch früher schon; ich habe sie selbst einmal zwei Jahre geführt. Ich bin zuversichtlich, dass wir im Moment wirklich beste Bedingungen haben, die eine Einigung herbeiführen können.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Möglich gemacht hätten!)

Warum haben wir diese?

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Fraktionsvorsitzender, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Wölfle?

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Natürlich.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Frau Kollegin Wölfle, bitte.

**Abg. Sabine Wölfle** SPD: Vielen Dank, Herr Professor Reinhart, dass Sie meine Frage zulassen. – Nur eine Frage: Sind die 525 Millionen € für die Krankenhäuser im laufenden Jahr 2017 reine Landesmittel? Können Sie das bestätigen?

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Die 525 Millionen € kann ich jetzt nicht bei jedem Einzelprojekt subsumieren. Ich wäre im Moment nicht in der Lage, das im Einzelnen zu referieren.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Sie müssen doch wissen, was im Haushalt eingestellt ist!)

Entscheidend ist, was wir im Kommunalen Investitionsfonds zu etatisieren beabsichtigen. Da kann ich Ihnen zu den kommunalen Geldern sagen – das sollten wir schon in der nötigen Gesamtbetrachtung darstellen –: Die Städte und Gemeinden, auch die Kreise profitieren, weil es ihnen so gut geht wie noch nie – ebenso wie dem Bund und dem Land, unbestritten –, was die prognostizierten künftigen Einnahmen betrifft. Wie ist hier die Situation? Wir verzeichnen eine Steigerung bei den kommunalen Einnahmen in den Jahren von 2006 bis 2016 um 56 %. Diese Entwicklung ist deutlich besser als beim Land gewesen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ausgaben?)

In Summe haben die Kommunen seit 2007 7,6 Milliarden € mehr eingenommen, als sie ausgegeben haben. Einen solchen Saldo hat es noch nie gegeben.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Auch die Steuerschätzer, Herr Kollege Bullinger, sagen für die kommende Zeit Folgendes voraus: Die Steuereinnahmen im kommunalen Finanzausgleich sollen 2017 ein Plus von 720 Millionen €, 2018 von 1,13 Milliarden €, 2019 von 1,23 Milliarden € und 2020 von 2,2 Milliarden € ausweisen. Wenn Sie das addieren, stellen Sie fest: Allein in dem Zeitraum von 2017 bis 2020 werden die Kommunen noch einmal 5,3 Milliarden € zusätzlich haben.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Da frage ich: Ist das nicht – Gott sei Dank – eine optimale Entwicklung für die Kommunen?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Tobias Wald CDU: Sehr gut!)

Deshalb wollen wir eine faire Partnerschaft. Wir sind an der Seite der Kommunen. Aber gemeinsam wollen wir alles dafür tun, dass vor allem auch investiert werden kann. Dafür sind wir unterwegs.

Insoweit muss man ab und zu schon einmal sagen: Gott sei Dank stehen die Kommunen in Baden-Württemberg – das wissen Sie, Herr Kollege Stoch – so gut da wie die Kommunen in keinem anderen Bundesland.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Auch Ihre Partei war mehrfach an der Regierung beteiligt. Deshalb sollten wir doch fairerweise eine Bilanz ziehen, und zwar über 70 Jahre hinweg.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist doch gut!)

Das hat doch etwas mit fairer Partnerschaft zwischen Land und Kommunen zu tun.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist doch gut!)

Jetzt wird hier kritisiert, es gäbe sozusagen einen goldenen Zügel, eine ganz schlimme Sperre, wir würden die Kommunen gängeln etc. Das Gegenteil ist der Fall.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das sehen die aber anders!)

– Ja, das weiß ich. Nur muss man da schon einmal differenzieren.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Man kann es auch anders machen, oder nicht?)

– Herr Kollege Stoch, jeder Verband wird während laufender Verhandlungen zu Recht zunächst einmal die Stimme erheben; das gehört zum Geschäft. Dass wir aber im Grunde genommen, was die Verschuldung angeht, die beste Ausstattung in Baden-Württemberg haben, hat doch etwas mit Partnerschaft zu tun. Wir sind bei der Steuerverbundquote von 23 % geblieben. Diese Quote ist nicht verändert worden.

Das Zweite ist: Nehmen Sie einmal Bayern zum Vergleich. Dort hat man bei den allgemeinen Zuweisungen die Steuerverbundquote viel stärker reduziert und viel mehr konkrete Programme gemacht. Das ist „goldener Zügel“. Aber wem kommt das denn zugute? Es kommt doch unseren Gemeinden zugute, etwa für die Digitalisierung. Wohin geht denn das Geld? Es geht in die Gemeinden, wie auch beim LGVFG, wo

wir beim Straßenbau die 165 Millionen € fortführen. Das Geld geht doch in den kommunalen Straßenbau, und so kann man das weiter durchdeklinieren.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Deshalb ist es einfach nicht in Ordnung, wenn man nur eine halbe Betrachtung anstellt. Eines ist doch klar: Die Gespräche müssen im neuen Jahr weitergehen, und dann werden viele Punkte erst einer Einigung zugeführt, weil sie besprochen werden müssen. Dazu zählt selbstverständlich ein Pakt für Bildung und Betreuung. Sie müssen auch dort einmal sehen – die Entwicklung wurde vom Kollegen Schwarz zu Recht aufgezeigt –: Von 100 Millionen oder 200 Millionen € sind wir dann 2019 bei – –

(Abg. Andreas Stoch SPD: In CDU-Zeiten?)

– Entschuldigung, ich sage Ihnen, wie die Zahlen jetzt steigen: auf 800 Millionen €, 900 Millionen € und dann auf bald 1 Milliarde € 2019 – allein für die unter Dreijährigen. Es wurde damals ausgehandelt, dass das Land 68 % der Betriebsausgaben für die Kleinkindbetreuung finanziert. Das ist der eine Teil.

Jetzt wird über die Frage gesprochen: Was ist mit den über Dreijährigen? Es gab Jahrzehnte, in denen Sie auch an der Regierung beteiligt waren, in denen aus dem Landeshaushalt über viele Jahre ein Anteil von 33 % an den Personalkosten bei den Kindergärten übernommen wurde. Das betrifft die über Dreijährigen. Jetzt verhandelt man über eine Einigung bezüglich dieses Anteils. Wir erkennen ja an, dass das wichtig ist – übrigens auch bei den Grundschulen. Dann ist es ja gut, wenn sich der Bund darüber unterhält. Ich wünsche uns allen viel Erfolg, dass unterhalb einer Grundgesetzänderung auch Mittel für die Grundschüler – von der ersten bis zur vierten Klasse –, aber auch für Kinder in den Kindergärten zur Verfügung gestellt werden.

Ich bin mir sicher, dass wir in Berlin über die Frage sprechen müssen: Was macht der Bund, was macht das Land? Es sind doch enorme Summen, die hier aufgebracht werden. Insoweit sind wir dankbar und stolz, dass wir bei der Bildung insgesamt – Sie hätten sich damals auch gefreut, seien Sie doch ehrlich – jetzt schon wieder um 10 % erhöhen, und zwar von 10,2 Milliarden € im Jahr 2016 auf 11,4 Milliarden € in diesem Doppeletat. Das ist doch etwas.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Aber der Gesamthaushalt wächst auch!)

– Natürlich wächst der Haushalt, Gott sei Dank. Das verdanken wir dem Steuerzahler, der Wirtschaft, dem Wachstum. Es ist das Geld der Steuerzahler, das klug verwendet wird. Wenn dann der Kollege Rülke von „Täuschen, Tricksen, Tarnen“ spricht, muss ich sagen: Wenn bei einem Haushalt etwas transparent ist, dann sind es die dortigen Positionen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie z. B. die Stellen, die versteckt waren!)

– Die waren nicht versteckt, die waren völlig transparent dargelegt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wenn etwas intransparent war, dann war das der Koalitionsvertrag! – Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Jetzt will ich eines hinzufügen: Hier wird ständig die Schulden tilgung kritisiert, aber es wird kein Deckungsvorschlag gemacht. Eines ist klar: Wir können nicht auf der einen Seite alles in die Tilgung expliziter Schulden stecken. Denn wo wollen wir auf der anderen Seite investieren? Sie müssten schon konkret sagen: „Wir wollen nicht, dass so viel Geld in die Digitalisierung gesteckt wird. Wir wollen nicht, dass so viel Geld in den Versorgungsfonds kommt. Wir wollen nicht, dass Landesstraßen oder Gebäude des Landes saniert werden.“ Das muss man dann ganz konkret betrachten. Bei der Investition ist das Leben ganz konkret, und das muss dann auch subsu- miert werden.

Warum sage ich das? Herr Kollege Stoch, Sie haben das kritisiert. Wenn Sie eine fehlende Schulden tilgung kritisieren, empfehle ich Ihnen, sich einfach einmal die Zahlen vorzunehmen, wie sie sich in den fünf Jahren unter Ihrem SPD-Finanz- minister darstellten.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Da stand das Jahr 2010 in Rede, wo wir da standen! Das war eine andere Situation!)

– Herr Kollege Hofelich, 2010/2011 lagen die Bruttosteuer- einnahmen des Landes bei 23,5 Milliarden €. Und Sie hatten bereits nach fünf Jahren knapp 35 Milliarden € an Bruttoein- nahmen bei den Steuern im Land. Jetzt haben Sie aber trotz- dem eines gemacht

(Zuruf: Getilgt!)

– getilgt schon gar nicht –: Sie haben 3 Milliarden € Schul- den noch obendrauf aufgenommen. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Nicole Razavi CDU: Genau! – Weitere Zuru- fe)

– Ja, natürlich.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Man meint, Sie hätten mit dem Sanieren begonnen! – Unruhe – Glocke des Prä- sidenten)

– Lieber Herr Kollege Hofelich, wir beide haben doch die gleiche Zielrichtung. Wir wollen investieren – –

(Abg. Peter Hofelich SPD: Ja, aber Ihr Koalitions- partner ist sehr vergesslich!)

– Den Schmerz kann ich verstehen. Aber eines will ich Ihnen sagen: Wir werden tilgen, wir werden investieren, und wir werden auch sanieren. Da sind sich übrigens beide Koaliti- onsfractionen in diesem Haus vollkommen einig; da gibt es überhaupt keinen Dissens, auch nicht bei diesen Haushaltsbe- ratungen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Dann kam der Vorhalt, wir würden für den Wohnungsbau nichts tun. Das Gegenteil ist der Fall: Wir stellen eine halbe Milliarde Euro zur Verfügung. Dies wurde vom Kollegen Schwarz schon angesprochen; dem kann ich mich nur an- schließen.

Darüber hinaus ist in diesem Zusammenhang die Bindungs- angst in Bezug auf Jamaika angesprochen worden. Herr Kol- lege Rülke, es ist natürlich so: In jeder Beziehung ist es ein- facher, zu sagen: Ich ziehe mich zurück und mache nur Op- position.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, aber das Stockholm-Syndrom ist auch keine gute Vorausset- zung für eine Ehe!)

Nach diesen vier Jahren – – So etwas gibt es ja auch in priva- ten Beziehungen; wenn es dann ernst wird, kommt die Bin- dungsangst.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die war sehr berechtigt!)

Insofern habe ich den Eindruck, dass dies bei Ihnen tiefenpsy- chologisch erklärbar ist.

Natürlich, es ist nun auch kein Wort dazu gesagt worden – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Bei dieser Braut!)

– Wissen Sie, es ist so: Mit Comedy allein kann man natür- lich Oppositionspolitik machen, aber keine verantwortungs- volle Regierungspolitik, und zwar weder im Bund noch im Land. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie haben doch ange- fangen mit der Bindungsangst!)

Deshalb kann ich Ihnen nur sagen: Ich bin dem Ministerprä- sidenten und auch dem stellvertretenden Ministerpräsidenten dankbar, dass sie stets gesagt haben, auch beim Bildungsfö- deralismus – das sind die Kernbereiche; neben der inneren Si- cherheit ist gerade die Bildung ein Kernbereich –: Finger weg von erneutem Fummeln an der Verfassung!

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Wir wollen keine Verfassungsänderung haben. Das ist einfach auch eine Frage unseres Selbstverständnisses – als Parlamen- tarier, mit einer eigenen Regierung; das ist etwas, für das wir gewählt worden sind.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist ja auch Ihr gutes Recht! Aber dann darf man nicht über Bindungsangst fabulieren!)

– Ja, den Eindruck hat man natürlich schon. Denn wissen Sie: Wenn man verhandelt und gewählt wird, wenn man – das hat der Bundespräsident so schön gesagt –

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zuerst ge- wählt, und dann wird verhandelt!)

sich um politische Verantwortung bewirbt, dann darf man sich nicht drücken, wenn man sie in den Händen hält. Insoweit ist das, glaube ich, keine Haltung, die man da einnehmen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen  
– Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)



(Dr. Wolfgang Reinhart)

Dann wird hier von allen Rednern der Opposition aufgebracht, wir würden den Personalkörper des Landes aufblähen – so wörtlich die Formulierung der FDP/DVP; es hieß: „Ihr bläht den Personalkörper auf.“

(Abg. Anton Baron AfD: Das sage ich auch!)

– Sehen Sie? – Dann empfehle ich einfach: Lassen Sie sich einmal zu Eingeweihten machen, vielleicht von der Finanzministerin

(Heiterkeit)

oder von anderen, die etwas davon verstehen.

(Beifall der Abg. Nicole Razavi CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die Ministerin ist hellauf begeistert!)

Es ist nämlich so, dass wir Ende 2019, obwohl wir Schwerpunkte bilden, obwohl wir für Polizei, für Bildung Schwerpunkte mit neuen Stellen setzen, netto 731 Stellen weniger bei den Beamten haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Durch das Herausrechnen der Anwärter, für die sich Herr Strobl schon wieder feiern lässt! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Nein, das wird bestritten; das stimmt überhaupt nicht. Herr Kollege Rülke, wenn man großzügig darüber hinweggeht – da hilft einfach ein Blick in die Realität – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da ist die Frage an das Finanzministerium, wie es darauf gekommen ist!)

– Ja, wir werden Ihnen die Zahl von 731 Stellen, die es netto dann weniger sind, belegen können. Darüber hinaus: Sie haben doch daran mitgewirkt, dass wir das schaffen. Hier sitzt der damalige Justizminister, der für die Privatisierung der Notariate war. Das ist einer der Faktoren, die dazu führen, dass wir jetzt weniger Stellen im öffentlichen Dienst haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sonst hätten Sie noch mal mehr Stellen! – Abg. Anton Baron AfD: Wo sind die weggefallen?)

Ob das klug war, das steht auf einem ganz anderen Blatt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Unruhe)

Nun will ich schon sagen: Es geht um die größte Polizeieinstellungsoffensive, die wir in unserer Geschichte je gehabt haben. Hinzu kommt, dass wir gut und konstruktiv miteinander arbeiten. Insoweit bin ich überzeugt, dass wir das Haus wetterfest machen.

(Abg. Anton Baron AfD: Oh Jesses!)

Wenn Sie die Zuwanderung kritisieren, will ich Ihnen schon sagen: Das ist Ihr Monothema. Aber es geht natürlich darum:

(Abg. Anton Baron AfD: Die unkontrollierte Zuwanderung! Das muss schon noch dazu!)

Wir wollen eine kontrollierte Zuwanderung, wir wollen eine europäische Harmonisierung, wir wollen keine Fehlanreize, und wir geben, wie gesagt, 90 Millionen € pauschal an die Kommunen.

(Abg. Emil Sänze AfD: Wir warten so lange, bis das gemacht wird!)

Insoweit ist es eindeutig, dass wir sehr viel für die Integration machen,

(Abg. Anton Baron AfD: Sie schieben aber nicht ab!)

damit wir auch hier den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

(Zurufe von der AfD – Glocke des Präsidenten)

Bei der Bildung und Betreuung werden wir, wie gesagt, den Ganztag nicht abschaffen, sondern ausbauen. Darüber hinaus haben wir vor allem auch vor, zu Grundgesetzänderungen ganz konsequent Nein zu sagen. Wir geben aber viel mehr für Schulhausbauten aus. Dafür stellen wir jetzt aus dem kommunalen Sanierungsfonds 80 % zur Verfügung. Hinzu kommen die 251 Millionen € vom Bund. Wir werden den Kommunalen Investitionsfonds auf jeweils 160 Millionen € jährlich – also auf 320 Millionen € für diesen Doppelhaushalt – erhöhen. Insoweit ist hier ein großer Schritt für die Sanierung der Schulhäuser ins Auge gefasst – übrigens in einem Umfang wie noch nie zuvor.

Sie haben Vorschläge gemacht: Schulsanierung, Schuldentilgung, Wohnraumförderung, beitragsfreier Kindergarten, mehr Krankenhäuser, Stadt- und Straßenbahnen. Konkrete Deckungskonzepte haben Sie dazu aber nicht vorgelegt. Den Euro kann man nur einmal ausgeben.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Für alles gibt es Deckungsvorschläge!)

Wir beschreiten hier zum ersten Mal den Pfad zum Abbau der Schulden, indem wir eine halbe Milliarde Euro tilgen. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt.

Wir können daher festhalten: Hier wird in die Zukunft investiert, hier wird in die Zukunft geschaut. Das ist gut für unser Land. Wir gehen vor allem voran und sorgen nicht nur rückwärts-, sondern vor allem vorwärtsgerichtet für Chancen – nicht für Risiken – in dieser Gesellschaft. Das hat der Ministerpräsident zu Recht ausgeführt. Mit dieser Politik und mit diesem Doppelhaushalt bringen wir das Land enorm weiter, und zwar für die Bürgerinnen und Bürger und die jungen Menschen in diesem Land.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und den Grünen – Zuruf von der CDU: Bravo! Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Das Wort für die Landesregierung erteile ich noch einmal Herrn Ministerpräsident Kretschmann.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Laufe der Debatte ist von den Fraktionsvorsitzenden Rülke und Stoch der Landesregierung vorgeworfen worden, sie habe keinen Respekt vor dem Parlament. Ein Beleg dafür sei gewesen, dass sowohl ich als auch mein Stellvertreter aufgrund der Jamaika-Verhandlungen bei den Haushaltsberatungen nicht anwesend waren.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich bitte Sie, darüber noch einmal nachzudenken.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Meinen Sie, es hätte sonst geklappt? – Abg. Bernd Gögel AfD: Nein, darüber brauchen wir nicht nachzudenken! – Abg. Andreas Stoch SPD: Ihr Amt ist hier im Land! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ihr wärt genauso verfahren! Das ist doch alles Heuchelei!)

Verhandlungen über den Koalitionsvertrag einer Bundesregierung sind für das gesamte Land, aber auch für die Länder hoch relevant. Darum ist es, glaube ich, richtig, dass auch Landespolitiker bei diesen Verhandlungen mitwirken. Alle Ministerpräsidenten der CDU und der Grünen – von den Grünen gibt es allerdings nur einen – waren dabei. Auch von der SPD haben Landesminister an den Verhandlungen mitgewirkt.

(Abg. Anton Baron AfD: Und jetzt?)

Bei der letzten Großen Koalition haben die Ministerpräsidenten – auch die der SPD – den Koalitionsvertrag sogar unterschrieben.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Am Tag, an dem sie in ihren Landesparlamenten sein sollten?)

Deswegen bitte ich Sie, doch einmal ernsthaft darüber nachzudenken, ob das wirklich die richtige Form der Kritik ist,

(Abg. Carola Wolle AfD: Dann muss man halt die Haushaltsberatungen anders planen!)

wenn Ministerpräsidenten und Landesminister bei solch wichtigen Entscheidungen wie der Aushandlung von Koalitionsverträgen der Bundesregierung

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da ist doch gar kein Koalitionsvertrag verhandelt worden!)

nicht mitwirken, wenn sie diese Möglichkeit haben.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie wollten sich doch nur wichtigmachen in Berlin! Das war der Grund!)

Denken Sie darüber bitte einfach noch mal nach.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nein! Ganz sicher nicht! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nur peinlich! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich glaube, dass das richtig war. Und ich sage Ihnen gleich: Ich würde es auch wieder machen.

Ansonsten war ich, solange ich nicht auf den Flieger musste, bei den Besprechungen hier dabei. Das zeigt, dass ich durch-

aus hier bin, wann immer das geht. Aber es gibt eben manchmal Termine – nicht ich lege sie fest –, bei denen meine Anwesenheit einfach erforderlich ist und ich hier fehlen muss.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Es fehlt hier ständig die halbe Ministerriege! Ist doch wahr! Da muss man sich nicht als Heiliger hinstellen!)

Ich glaube, dass dies einfach unvermeidbar ist.

Das Zweite, was ich sagen wollte, Herr Kollege Rülke:

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das Bild hat es einmal gegeben in der Periode, dass alle da sind! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sturm im Wasserglas! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie haben der Regierung vorgeworfen, sie manipuliere bei diesem Haushalt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie z. B. durch versteckte Stellen!)

Sie haben von Täuschen, Tricksen und Hütchenspielen gesprochen. Herr Kollege Rülke, wir alle schätzen an Ihnen Ihr rhetorisches Talent und erfreuen uns in dieser Richtung an Ihren Reden –

(Minister Franz Untersteller: Ich nicht! Für Klamauk gibt es die „heute-show“, nicht das Parlament! – Abg. Nicole Razavi CDU: Zeitweise!)

selbst wenn wir nicht immer mit dem Inhalt einverstanden sind. Aber das geht zu weit. Das geht zu weit!

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Die Landeshaushaltsordnung ist ein Gesetz, und dieses Gesetz ist im Landtag von Baden-Württemberg debattiert und verabschiedet worden. Daran ist überhaupt nichts manipuliert worden. Es ist hier ordentlich diskutiert und verabschiedet worden. Wenn Sie solche Vorwürfe erheben, schaden Sie dem Parlament und nicht uns. Das möchte ich Ihnen mal in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Räßle?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Nein.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Nein.

(Zurufe)

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Auch in der Sache geht es allerdings völlig daneben. Was wir mit den Mitteln machen, die wir aus den Einkünften entnehmen, die wir aber nach der Landeshaushaltsordnung nach wie vor für die Schuldentilgung verwenden müssen, ob wir nun direkt Kreditmarktschulden tilgen, ob wir die Mittel zusätzlich in den Pensionsfonds einbezahlen – was wir gemacht haben –, ob wir Kreditermächtigungen ablösen, was wir im Umfang von knapp 1 Milliarde € gemacht haben,

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

weil wir solche Kreditermächtigungen in Zukunft über 1,5 Milliarden € nicht mehr machen dürfen, und welche Mittel wir daraus nehmen, um den Sanierungsstau abzubauen, das ist überhaupt nicht manipuliert. Da wird nicht getrickst und getäuscht. Das ist offenkundig; das unterliegt Ihrer Nachprüfung und Ihrer Kritik. Insofern geht Ihr Vorwurf auch in der Sache daneben.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Es ist Ihre Aufgabe als Parlament und als Opposition, das zu kontrollieren, was wir mit den Mitteln nach der geänderten LHO machen. Das können Sie machen, und das haben Sie auch getan.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Unsere Aufgabe ist aber auch, zu beurteilen, ob der Weg richtig ist! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Kontrolle fängt schon vorher an! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Ja eben! Da sind wir halt anderer Meinung!)

Deswegen geht Ihr Vorwurf auch in der Sache daneben.

Jetzt zu dem, was Sie zu Jamaika gesagt haben. Herr Rülke, seien wir mal intellektuell ein bisschen ehrlicher. Sie haben, bevor das überhaupt angefangen hat, gesagt: Jamaika wird nur gehen, wenn die Grünen ihr Programm

(Zuruf: Einstampfen! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Einstampfen“, habe ich gesagt! Haben Sie aber nicht gemacht!)

einstampfen. Wenn man so etwas sagt, will man natürlich keine Koalition machen. Denn es ist klar, dass eine Partei das nicht machen kann und auch nicht machen wird. Also waren Sie von Anfang an dagegen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich, ja!)

Und jetzt suchen Sie hinterher irgendwie eine geschickte Begründung mit schönen Bildern, dass wir da in der Landesvertretung irgendwas inszeniert hätten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben Sie aber!)

Wir haben einfach schlichtweg den Platz für die Beratung zur Verfügung gestellt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, Sie hätten keinen anderen Ort gefunden, und es gab keinen Hintergedanken!)

Dahinter steckt gar keine Strategie.

Sie haben wirklich fundamentale Sätze gesagt wie:

(Abg. Anton Baron AfD: „Fundamental“!)

*Sogar die CDU möchte zwischenzeitlich einer energiepolitischen Deindustrialisierung Deutschlands zustimmen.*

Das stand in Ihrer Presseerklärung. Herr Rülke, Sie haben Deindustrialisierung mit Dekarbonisierung verwechselt.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich habe das grüne Wahlprogramm gelesen, und das ist ein Deindustrialisierungsprogramm! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Da sollten Sie sich schon einmal auf den Stand der Diskussion des 21. Jahrhunderts bringen. Nach dieser Devise wären wir ja immer noch bei der Dampfmaschine.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Auch die Ablösung der Dampfmaschine durch den Elektromotor hätten Sie dann als Deindustrialisierung bezeichnet. Das ist aber nicht der Fall.

Das waren zwar sehr markige Worte, aber sie haben gezeigt: Sie wollten die Jamaika-Koalition von Anfang an nicht haben. Das ist Ihr gutes Recht. Keine Partei muss eine Koalition eingehen. Wenn sie diese nicht eingeht, muss sie das selbst verantworten. Aber man sollte jetzt nicht versuchen, das, was man vorher immer schon gemeint hat, hinterher zu begründen. Das wirkt, glaube ich, nicht sehr überzeugend.

Ich möchte noch einmal sagen: Die Regierung hat großen Respekt vor diesem Parlament.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Ich möchte einmal behaupten: Seit ich im Landtag bin – das ist schon sehr lange –, haben Regierungsfractionen noch niemals so entschieden bei einer Haushaltsaufstellung mitgewirkt wie diesmal. Das kann man, glaube ich, sagen, ohne irgend etwas zu verheimlichen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Dann haben wir etwas völlig missverstanden, Herr Ministerpräsident! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Die Regierungsfractionen haben sich sehr stark eingebracht, und das ist nur richtig. Die Regierung legt nach der Verfassung den Staatshaushaltsplan vor, aber das Königsrecht, zu bestimmen, was letztlich gemacht wird, liegt beim Parlament.

(Abg. Anton Baron AfD: Kein einziger Oppositionsantrag wurde angenommen!)

Das hat das Parlament nun wirklich ohne Scheu gemacht,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Realsatire!)

und nicht nur mit ein paar homöopathischen Änderungen, sondern wirklich mit sehr relevanten Änderungen.

(Abg. Anton Baron AfD: Davon sieht man nichts!)

Aber ich möchte der Finanzministerin trotzdem herzlich danken. Sie hat mit den Fraktionen zusammen die Wende im Haushalt geschafft: mit dem Abbau des Sanierungsstaus, mit einer Konsolidierungsrichtung, zum ersten Mal Schulden auch direkt zurückbezahlt, mit guten Investitionen in die Zukunft.

Herr Rülke, einen solchen Haushalt zu verabschieden macht Spaß und Sinn.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen – Beifall bei der CDU)



**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Herren Fraktionsvorsitzenden, wünscht einer von Ihnen noch einmal nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Dann schließe ich die Runde nach § 82 Absatz 4 ab, und wir treten in die zweite Runde ein.

Ich erteile das Wort dem Kollegen Dr. Gedeon.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schwarz – wo ist er? –,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich bin hier! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Er ist lieber gegangen!)

Sie haben in Ihrem Rundumschlag gegen die AfD etwas vergessen – das habe ich vermisst –, und zwar das Wort „Halleluja, Halleluja“. Das hätte noch dazu gepasst.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: „Hosianna“!)

Dann wäre klar geworden, worum es bei Rot-Grün vor allem geht: in erster Linie um Religion, dann kommt lange nichts, und dann kommt vielleicht noch etwas Politik.

Aber ich wollte eigentlich zu Herrn Kretschmann etwas sagen, vor allem zur Sprache. Da war von Mut, von klarem Kurs usw. die Rede, und viel Nebel war drin. So haben Sie z. B. gesagt: „Der internationale islamistische Terror ist näher ... herangerückt.“ Was ist denn da „näher gerückt“? Ist das ein Naturereignis, eine Wetterfront, oder was? Das ist Politik gewesen, dass der näher gerückt ist. Das ist rot-grüne Politik unter schwarzer Schirmherrschaft von Frau Merkel, die dafür gesorgt hat, dass die internationalen Terroristen durch diese Flüchtlingspolitik hier regelrecht eingeladen worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Wie kann man so einen Unfug erzählen? Da klatschen die noch! – Gegenruf des Abg. Rüdiger Klos AfD: Weil es die Wahrheit ist! – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Herr Rülke hat ja das Thema dankenswerterweise angesprochen. Ich hatte schon einen kurzen Augenblick Angst, Herr Rülke, dass Sie hier zum Rechtspopulismus abgleiten. Da war von Syrien und von allen möglichen Dingen die Rede. Ich dachte: Was ist mit dem Rülke los? Aber er hat uns dann doch gezeigt, dass das im Wesentlichen Nebel ist, in dem er sich da festgebissen hat: „Wer sich nicht integriert,“ – das kennen wir – „darf nicht bleiben, und es geht um eine geordnete Zuwanderung.“

Worum es geht, ist ganz klar, meine Damen und Herren: Es geht darum, dass 1 % der sogenannten Flüchtlinge, die in den letzten zwei Jahren zu uns gekommen sind, vom Asylrecht betroffen sind. Alle anderen sind Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention oder irgendwelcher Ersatzkonventionen. Das heißt, spätestens nach drei Jahren müssen wir prüfen, ob sie zurückkönnen.

Sie haben Syrien – jetzt ist Herr Rülke gegangen – ja angesprochen. Syrien ist kein Land mehr, das eine Aufnahme recht-

fertigt, und der Irak ist kein Land mehr, das eine Aufnahme rechtfertigt.

(Zurufe der Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE und Sabine Wölfe SPD)

Wir haben ganz klar gehört: Der Islamismus, der IS ist besiegt, und Syrien und der Irak brauchen die Leute für den Aufbau.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das gilt es jetzt zu unterstützen. Es wäre in Ihrem ganzen Programm eine mutige Aktion gewesen,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sagen Sie noch etwas zum Haushalt?)

wenn Sie hier – gegen die pseudohumanitären Gutmenschen, die das Ganze boykottieren – gesagt hätten: Wir müssen mehr Geld in die Abschiebungspolitik – so hart und unangenehm sie ist, aber sie ist notwendig – stecken. Denn wenn wir das nicht schaffen, sind alle anderen Maßnahmen – ob Verkehr oder Bildung – Makulatur.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Oje!)

Meine Damen und Herren, noch kurz zum Zusammenhalt. Zusammenhalt ist ein schönes Wort. Aber wodurch ist denn die Gesellschaft so auseinandergefallen? Es ist der Multikulturalismus. Die kulturelle Einheit, die die Gesellschaft getragen hat, ist dispergiert. Wie wollen Sie mit immer mehr Multikulti die Gesellschaft zusammenhalten? Das frage ich Sie. Das ist ein Widerspruch in sich selbst.

„Klarer Kurs“, Herr Ministerpräsident Kretschmann: Herr Rülke hat zu Recht gesagt: Beim Kurs kommt es nicht in erster Linie darauf an,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zwei Minuten!)

ob er klar oder ob er unklar ist, sondern es kommt darauf an, wohin er führt. Und dieser Kurs führt nicht in eine gute Zukunft Baden-Württembergs. Dieser Kurs führt glatt gegen die Wand.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 02 – Staatsministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/3202.

Zunächst rufe ich Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich rufe die Nummer 1 auf:

### Kapitel 0201

#### Staatsministerium

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/3202. Zu diesem Kapitel liegen ein Änderungsantrag der Regierungsfractionen und ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor.

Ich stelle zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3302-2, zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – und zu Titel 428 01 – Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer –, der den Stellenaufwuchs seit dem Regierungswechsel reduzieren soll, zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Nun stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/3302-4, zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten –, der die Einfügung eines Planvermerks bei der Stelle der Büroleitung des Herrn Staatsministers fordert, zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag der Regierungsfractionen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Diesem Änderungsantrag ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das Kapitel 0201.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Minister Thomas Strobl unterhalten sich.)

– Da bitte ich einmal die Regierungsbank um etwas Ruhe.

Wer Kapitel 0201 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen mit der soeben beschlossenen Änderung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0201 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

### Kapitel 0202

#### Allgemeine Bewilligungen

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/3202. Zu diesem Kapitel liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD und ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor.

Zunächst stelle ich zu Titel 531 08 N – Medienpolitischer Kongress – den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3302-3, zur Abstimmung, der die Streichung der Mittel für diesen Kongress verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 972 01 – Globale Minderausgabe für den Epl. 02 – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3302-1, vor, der Kürzungen fordert. Wer stimmt diesem

Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Nun lasse ich über Kapitel 0202 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses abstimmen. Wer Kapitel 0202 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0202 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

### Kapitel 0204

#### Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund

Wer Kapitel 0204 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0204 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

### Kapitel 0208

#### Führungsakademie Baden-Württemberg

Wer stimmt Kapitel 0208 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Kapitel 0208 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 8. November 2017, Drucksache 16/3019, soweit diese den Einzelplan 02 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplan 02 gelangt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, bevor wir nun in die Mittagspause eintreten, darf ich Sie noch auf Folgendes hinweisen: Vertreter der Gemeinden Bad Wildbad, Enzklösterle und Höfen werden uns gleich im Anschluss in der Lobby den diesjährigen Weihnachtsbaum für den Landtag übergeben. Aus der Ursprungsidee von Ihnen, lieber Kollege Blenke, hat sich eine schöne Tradition entwickelt. Bereits zum 17. Mal kommt unser Weihnachtsbaum aus dem Enztal. Zudem hat uns in diesem Jahr erstmals auch die baden-württembergische Waldkönigin einen Weihnachtsbaum überbracht.

Zur feierlichen Übergabe am Weihnachtsbaum, die vom Landtagschor begleitet wird, lade ich Sie nun herzlich ein. Im Anschluss wird im Foyer ein Imbiss gereicht.

Wir treten dann in die Mittagspause ein, die ich aber verkürze. Wir setzen die Sitzung um 15:30 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 14:17 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15:31 Uhr)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren! Nehmen Sie bitte Ihre Plätze ein, und stellen Sie die Gespräche ein oder verlagern Sie sie nach draußen, sollten sie extrem wichtig sein.

Ich rufe **Punkt 1 b** der Tagesordnung auf:

### **Einzelplan 03: Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3203**

**Berichtersteller: Abg. Dr. Gerhard Aden**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 03 – Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Wünscht der Berichtersteller das Wort? – Das ist nicht der Fall. Vielen Dank.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Scerl das Wort.

**Abg. Hans-Ulrich Scerl** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Der Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration – ist einer der größeren Einzelpläne des Doppelhaushalts 2018/2019. Sein Volumen beläuft sich im nächsten Jahr auf rund 3,7 Milliarden € und im darauffolgenden Jahr auf eine ähnliche Größenordnung. Wir haben vor, im nächsten Jahr 42 700 Personalstellen zu bewirtschaften, davon rund 30 000 bei der Polizei, 5 000 in den Regierungspräsidien und den Landratsämtern sowie rund 700 in der Migrationsarbeit. Das ist also durchaus einer der größeren und damit auch politisch gewichtigen Einzelpläne.

Weil so viel in diesem Einzelplan steht, will ich mich auf einige wichtige Vorhaben dieser Koalition beschränken.

Stichwort „Innere Sicherheit“: Das ist sicherlich das herausragende Stichwort für diesen Einzelplan. Für uns – da verrate ich kein Geheimnis – hat der Schutz der Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land eine herausragende Bedeutung, aber wir wissen gleichzeitig: Freiheit gibt es auch in unserem schönen Bundesland Baden-Württemberg in Zeiten gewachsener Bedrohung nur dann, wenn wir Sicherheit organisieren, wenn wir die größtmögliche Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land herstellen. Denn nur wer sich sicher fühlt, fühlt sich letztendlich auch frei. Unser ehrgeiziges Ziel ist es, dass Baden-Württemberg auch in Zukunft das sicherste Bundesland im bundesweiten Vergleich bleibt. Das ist keine Selbstverständlichkeit, aber das ist ein lohnenswertes Ziel, das wir anstreben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Mit der Neufassung des Polizeigesetzes, die bereits seit vergangener Freitag in Kraft ist, haben wir einen ersten wichtigen Schritt getan. Ein weiterer wichtiger Schritt ist der Dop-

pelhaushalt. Denn was nützt ein Polizeigesetz, was nützen all die Vorhaben, wenn wir bei der Polizei nicht genügend Personal und keine hinreichende Ausstattung haben? Deswegen ist das ein ganz erklärter Schwerpunkt in den nächsten zwei Jahren.

Die gute Nachricht haben Sie heute schon in der Generaldebatte über den Einzelplan 02 – Staatsministerium – gehört. Wir starten tatsächlich die umfangreichste Einstellungsoffensive in der Geschichte der baden-württembergischen Landespolizei. Wir finden es echt gut, dass wir es hinbekommen, die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags, die eigentlich für die Zeit bis 2021 gedacht waren, bereits in den nächsten beiden Jahren umzusetzen. Ich glaube, das ist für die Polizei, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger des Landes eine gute Nachricht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Das bedeutet 1 500 neue Stellen: 900 im Vollzug – die betreffenden Personen müssen erst ausgebildet werden und bekommen in Baden-Württemberg, wie gewohnt, eine sehr gute Ausbildung – und 600 im Nichtvollzug, wovon wir 200 schon realisiert haben und 400 in den nächsten beiden Jahren kommen werden. Das sind Beschäftigte, die früher zur Verfügung stehen, weil sie nicht drei Jahre nach Villingen-Schwenningen gehen müssen, sondern nach einem viel kürzeren Zeitraum in der Lage sind, die Polizei von vollzugsfremden Aufgaben zu entlasten, was dringend notwendig ist. Das gehört zu dem Programm der Einstellungsoffensive.

Wir haben klare Ziele: neben der Entlastung von vollzugsfremden Aufgaben die Verjüngung des Polizeikörpers, die angesagt ist, weil eine sehr große Pensionierungswelle vor uns liegt. Das ergibt sich historisch. In Baden-Württemberg wurden zu Zeiten des RAF-Terrors in den Siebzigerjahren des letzten Jahrtausends viele Polizistinnen und Polizisten eingestellt, die jetzt in Pension gehen. Um dies auszugleichen, müssen wir große Anstrengungen unternehmen. Wir haben das Ziel, nicht nur die Altersabgänge auszugleichen, sondern spätestens ab dem Jahr 2020 deutlich im Plus zu sein, also tatsächlich strukturell zu einer langfristigen Verstärkung der Polizei beizutragen.

Die Lage auf dem Anwärterinnen- und Anwärtermarkt ist gut. Die Polizei kann und darf sich also nicht über Nachwuchsmangel beklagen. 5 000 Bewerbungen auf 1 800 Anwärterstellen allein in diesem Jahr sprechen für sich und für die Attraktivität des Polizeiberufs. Das heißt aber auch, dass wir weiterhin einiges tun müssen, um die Attraktivität hoch zu halten.

Wir sehen auch, dass die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten jedes Jahr steigt. Das gilt auch für andere qualifizierte Schulabschlüsse. Das heißt, wir brauchen ein attraktives Laufbahnrecht. Deswegen werden wir in den nächsten zwei Jahren gut beraten sein, uns auch mit der Reform des Laufbahnrechts, Herr Minister, wie wir es im Koalitionsvertrag verabredet haben, zu beschäftigen. Jedenfalls ist ein modernes Laufbahnrecht ein Wunsch meiner Fraktion.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir haben einiges getan, um die Attraktivität auch im Bereich der Besoldung zu erhöhen. Natürlich ist die vollständige



(Hans-Ulrich Sckerl)

Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung gerade im Bereich der Polizei sehr wichtig. Bedeutsam ist aber auch die deutliche Erhöhung etwa der Erschwerniszulage für Spezialkräfte im Bereich der mobilen oder besonderen Einsatzkommandos oder

(Abg. Thomas Blenke CDU: Und des Personenschutzes!)

der Personenschutzbeamtinnen und -beamten oder das zusätzliche Besoldungsplus von 0,325 % über die vereinbarte Tarifierhöhung hinaus. Das sind wirksame Maßnahmen, um den Polizeiberuf attraktiv zu machen.

An dieser Stelle möchte ich zu den vielen Anträgen der SPD etwas sagen. Natürlich, verehrte Kollegen von der SPD, klingt die Forderung nach lageorientierten Erschwerniszuschlägen gut. Ich finde aber, das kann nur mit Blick darauf besprochen werden, was wir im Verhältnis zu anderen Ländern insgesamt für die Polizei tun. Wir dürfen hier nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Andere Länder, die solche lageorientierten Erschwerniszulagen bezahlen, gewähren z. B. keine freie Heilfürsorge, kein Besoldungsplus oder bieten nicht die Aufstiegsmöglichkeiten der baden-württembergischen Polizei.

Ich mache Ihnen ein Angebot, weil das immer wieder ein Thema ist. Es hat eine Petition gegeben, Herr Minister. Lassen Sie uns in einer der nächsten Sitzungen des Innenausschusses ruhig und unaufgeregt auf der Basis eines sachorientierten Ländervergleichs über dieses Thema reden. Das können wir wohl machen, und ich bin mir sicher, dass die baden-württembergische Polizei dabei nicht schlecht abschneiden wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir stecken 20 Millionen € pro Jahr in die Verbesserung der technischen und persönlichen Ausstattung. Wir haben jetzt die Standorte für die polizeiliche Ausbildung geklärt. Das werden Standorte sein, an denen eine gute Ausbildung möglich sein wird, an denen auch bei erhöhten Kapazitäten die Ausbildung zügig erfolgen kann. Das wird ein stimmiger Prozess.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich gleichzeitig namens meiner Fraktion bei den Polizistinnen und Polizisten dieses Landes für ihre tägliche Arbeit für unsere Sicherheit zu bedanken. Ich glaube, deren Stellenwert können wir gar nicht hoch genug einschätzen. Herzlichen Dank, Herr Minister, an die Polizistinnen und Polizisten des Landes.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir tun einiges im Bereich des Rettungswesens. Wir sind Minister Strobl dankbar, dass sowohl im Katastrophenschutz als auch im Rettungswesen insgesamt vor allem das Ehrenamt gestärkt wird – ich nenne auch die Stichworte Bergwachten oder Wasserrettungsdienste. Dort kommt jetzt deutlich größere Unterstützung an, auch im investiven Bereich. Ich glaube, es hat sich gezeigt, dass es sich lohnt, in das Ehrenamt zu investieren, dass dies wertvolle Ergänzungen zum klassischen Katastrophen- und Bevölkerungsschutz sind und wir da gut aufgestellt sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Auch an dieser Stelle spreche ich einen herzlichen Dank an die Ehren- und Hauptamtlichen im Bevölkerungsschutz und im Katastrophenschutz aus. Was würden wir ohne diejenigen tun, die für das Deutsche Rote Kreuz, die Malteser, die Johanner, die Bergwachten oder sonstige Dienste arbeiten? Es sind viele, viele Tausend Ehrenamtliche – Baden-Württemberg ist das Land des Ehrenamts, insbesondere auch im Bevölkerungsschutz. Davor haben wir in unserer Fraktion große Achtung.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der AfD und der SPD)

Kurz zum Stichwort Migration: Der große Druck der vergangenen Jahre ist bei diesem Thema zunächst einmal raus.

(Abg. Anton Baron AfD: Das fängt jetzt erst an!)

Wir haben eine Verstärkung der Aufgabe auf hohem Niveau. Das finden wir gut. Wir brauchen offenkundig reduzierte Unterbringungskapazitäten und arbeiten an einem neuen Konzept der Landeserstaufnahme mit reduzierten Zahlen, mit einer auskömmlichen Pauschale. Ich glaube, dass die Migrationspolitik des Landes damit in ein ruhiges Fahrwasser gekommen ist, indem das im Mittelpunkt steht, was notwendig ist: Unterbringung, Betreuung, auch zügige Entscheidungen über Asylbegehren, die entweder gebilligt werden oder bei denen es eine Duldung gibt – oder aber auch nicht. In all diesen Bereichen werden wir das tun, was gesetzlich geboten ist. Die AfD-Anträge brauchen wir dazu nicht.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Schade!)

Denn würden Ihre Anträge in die Realität umgesetzt, fände das Grundrecht auf Asyl auch in Baden-Württemberg nicht mehr statt. Das wäre die Konsequenz Ihrer Anträge. Deswegen lehnen wir sie ab, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Anton Baron: Das müssen Sie hier mit einem konkreten Antrag belegen! Zeigen Sie uns den Antrag! Unglaublich!)

Ich glaube, zum Thema Digitalisierung ist heute Morgen in der Generaldebatte alles gesagt worden. Dazu könnte ich natürlich noch viel sagen, habe dafür aber leider die Redezeit nicht. Ich finde, wir sind auch hier gut aufgestellt.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Na ja, na ja!)

Der Ausbau der Breitbandversorgung wird zügig weitergehen, gefördert mit einem dreistelligen Millionenbetrag. Baden-Württemberg ist im Bund-Länder-Vergleich auf einem der vorderen Plätze. Wir müssen unser Land da nicht schlechter machen lassen, als es tatsächlich ist. Es gibt noch Nachholbedarf bei der strukturellen Versorgung. Aber das, was wir insgesamt als Digitalisierungsstrategie mit den betreffenden Schwerpunkten verabredet haben – der Kollege Schwarz hat es heute Morgen gesagt –, findet unsere Unterstützung. Da, Herr Minister, sichern wir Ihnen gern weiterhin unsere Zusammenarbeit zu.

Insgesamt, meine Damen und Herren, bin ich der Meinung, der Einzelplan 03 meistert die Herausforderungen, die die Zeit mit sich bringt, gibt gute Antworten, gewährt eine auskömm-

(Hans-Ulrich Sckerl)

liche Ausstattung für die Erfüllung der wichtigen Aufgaben. Wir bitten um Ihre Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Blenke das Wort.

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Danke schön. – Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Auch in der Innenpolitik hat Grün-Schwarz in den ersten eineinhalb Jahren viel erreicht. In etlichen Bereichen – vor allem auch im Bereich der inneren Sicherheit – konnten wir einen Entscheidungsstau auflösen, beispielsweise mit der rechtlichen Grundlage für die Bodycams für die Polizei. Das ist ein ganz wichtiges Instrument zur Deeskalation und zur Dokumentation. Fünf Jahre ist nichts passiert; wir haben die Entscheidung nach fünf Monaten getroffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Wir konnten der Polizei und dem Verfassungsschutz neue Befugnisse erteilen – dazu nachher noch mehr –, um die Bevölkerung besser zu schützen. Wir werden die Polizei personell mit 1 500 neuen Stellen besser ausstatten. Das haben wir sofort entschieden, und wir werden es beschleunigt – Kollege Sckerl hat es schon gesagt – umsetzen. Wir werden mit behutsamen Änderungen im Bereich von EvaPol Maßnahmen ergreifen, um die Polizei wieder etwas näher an die Bürger zu bringen. Ja, wir denken Sicherheitspolitik vom Bürger aus. Das muss man tun.

Jetzt haben wir die Aufgabe, mit diesem Doppelhaushalt die Maßnahmen und Entscheidungen, die wir getroffen und rechtlich abgesichert haben, auch finanziell zu unterfüttern, damit sie in den kommenden beiden Jahren umgesetzt werden können.

Was uns nach wie vor große Sorge bereitet, ist die verschärfte Sicherheitslage in Deutschland und auch bei uns in Baden-Württemberg. Wenn Sie in diesen Tagen mit offenen Augen über die Weihnachtsmärkte in Baden-Württemberg gehen, wird Ihnen auffallen: Überall ist Polizei zur Absicherung.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Das ist gut so, aber es ist auch traurig, dass das in dieser Form nötig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

– Ich brauche dafür Ihren Applaus nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Meine Damen und Herren, die Feinde unserer offenen Gesellschaft nutzen unsere Freiheit, um diese zu bekämpfen in der Absicht, sie zu zerstören. Wir lassen uns unsere offene Gesellschaft und unsere Art zu leben von niemandem nehmen, gerade nicht von solchen Terroristen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Deswegen stehen wir für einen wehrhaften Staat. Dafür brauchen wir eine Sicherheitspolitik auf drei Säulen: gutes Personal, gute Ausstattung und rechtliche Rahmenbedingungen.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie haben diese Situation geschaffen!)

Ich möchte mich dem Dank des Kollegen Sckerl anschließen. Unsere Polizistinnen und Polizisten und die zivilen Mitarbeiter der Polizei leisten rund um die Uhr eine hervorragende Arbeit zum Schutz der Bevölkerung. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei in Baden-Württemberg ein herzliches Dankeschön für ihren Dienst.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen sowie des Abg. Sascha Binder SPD)

Diesen Dienst leistet die Polizei unter stetigem Aufgabenzuwachs und unter immer schwierigeren Bedingungen. Meine Damen und Herren, deswegen ist eine Erkenntnis erforderlich: Wir brauchen mehr Polizei. Es hat sich mittlerweile auch die Erkenntnis durchgesetzt: Nur mit Organisationsreformen bekommt man eine stärkere Präsenz der Polizei auf der Straße nicht hin. Wer mehr Polizisten will, muss mehr Polizisten einstellen. Deswegen haben wir mit der Einstellungsoffensive, in dieser Wahlperiode 1 500 zusätzliche Stellen für die Polizei zu schaffen, jetzt begonnen. Wir setzen in diesem Doppelhaushalt für die Jahre 2018 und 2019 mit der Einstellung von jeweils 1 800 Polizeischülern ein deutliches Zeichen zur Verbesserung der inneren Sicherheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Meine Damen und Herren, ich verhehle aber nicht: So viele neue Polizeianwärter sind auch eine riesige Herausforderung. Sie müssen ausgebildet werden. Dafür braucht man das Personal für die Ausbildung, dafür braucht man auch die Ausbildungsstätten.

Ich will jetzt nicht die Schlachten von gestern schlagen. Aber mit dem, was wir an Ausbildungsstruktur von der vorherigen Regierung übernommen haben, waren wir dafür nicht gerade optimal aufgestellt. Wir müssen jetzt – das ist die schwierige Aufgabe, die das Ministerium zu bewältigen hat – die Ausbildungskapazitäten schaffen, und das ist gelungen. Ich bin froh, dass wir neben der Hochschule für Polizei, die ausgebaut wird, demnächst wieder fünf Ausbildungsstandorte haben werden, um die 1 800 Polizeischüler ausbilden zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: In den Haushaltsberatungen haben Sie unseren Antrag abgelehnt!)

Meine Damen und Herren, zum Thema Ausstattung: Ganz wichtig ist uns, dass unsere Polizistinnen und Polizisten zu ihrer Eigensicherung das Beste an Schutzausstattung und an Schutzausrüstung bekommen. Sie haben einen gefährlichen Job, der sie jederzeit – von Sekunde zu Sekunde – in Lebensgefahr bringen kann. Sie brauchen die beste Eigensicherung und die beste Schutzausrüstung, die wir ihnen geben können. Das ist eine Daueraufgabe, der wir uns stellen, und da werden wir auch nicht lockerlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

(Thomas Blenke)

Wir haben das bei dem Amoklauf in Konstanz vor einigen Monaten gesehen. Der Beamte, der dort als Erster vor Ort war und unter Beschuss mit einer Kriegswaffe geraten ist, würde heute nicht mehr leben, hätte er nicht den ballistischen Schutzhelm aufgesetzt, der in jedem Streifenwagen vorhanden ist.

Meine Damen und Herren, das ist Fürsorge für unsere Polizeibeamten, die wir leisten müssen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

Wir setzen im Haushalt beträchtliche Mittel für die technische Ausstattung ein.

Zu den rechtlichen Rahmenbedingungen. Ich habe es bereits erwähnt: Mit den Änderungen im Polizeigesetz und im Verfassungsschutzgesetz bringen wir unsere Sicherheitsbehörden auf den Stand, den Schutz der Bevölkerung vor terroristischen Angriffen und vor schwerster Kriminalität zu verbessern. Wir geben unseren Sicherheitsbehörden die Instrumente, die sie brauchen, um uns zu schützen, und wir vertrauen darauf, dass unsere Polizei und die Verfassungsschützer damit auch verantwortungsbewusst umgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Meine Damen und Herren, kommen wir zum Bevölkerungsschutz: Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer steigt deutlich an. Wir haben hier im nächsten Jahr 64 Millionen € und im darauffolgenden Jahr 66 Millionen € zur Verfügung. Diese Mittel werden 1 : 1 für Zwecke der Feuerwehren zur Verfügung gestellt.

(Abg. Ulli Hockenberger CDU: Sehr gut!)

So viel Geld gab es für die Feuerwehren in der Geschichte Baden-Württembergs noch nie. Das muss einfach auch einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte an dieser Stelle allen ehrenamtlich Tätigen im Bevölkerungsschutz – das ist der Oberbegriff, unter den die jeweiligen Organisationen fallen; Kollege Sckerl hat viele Organisationen aufgezählt – unser herzliches Dankeschön aussprechen. Dieses Parlament sollte deutlich artikulieren: Was hier an ehrenamtlicher Tätigkeit im Bevölkerungsschutz – bei den Feuerwehren, beim Katastrophenschutz, bei der Bergrettung, bei der Wasserrettung – stattfindet, ist unverzichtbar. Wenn wir diese Menschen nicht hätten, wäre diese Aufgabe bei uns überhaupt nicht leistbar.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Deswegen unterstützen wir auch in diesem Haushalt die Bevölkerungsschutzorganisationen, auch die Bergrettung und die Wasserrettung. Wir leisten einen Finanzierungsbeitrag, damit sie mit einer angemessenen Ausstattung ihre Aufgaben ordnungsgemäß wahrnehmen können.

Meine Damen und Herren, noch ein paar Anmerkungen zum Thema Heimatvertriebene. Die Vertreibung der Deutschen und

die Jahre mit hohen Spätaussiedlerzahlen rücken immer weiter in die Vergangenheit. Da müssen jetzt auch die Strukturen angepasst werden. Wir werden deswegen dem Bund der Vertriebenen Fördermittel zur Verfügung stellen, um ebendiese Strukturanpassung bewältigen zu können. Auch für das Haus der Donauschwaben, das in die Jahre gekommen und dringend sanierungsbedürftig ist, werden wir entsprechende Fördermittel bereitstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen sowie des Abg. Jürgen Keck FDP/DVP)

Zur Digitalisierung, Kollege Sckerl, ist in der Tat vorhin schon von den Fraktionsvorsitzenden, den Kollegen Reinhart und Schwarz, alles gesagt worden.

(Abg. Anton Baron AfD: Wo ist Herr Reinhart?)

Deswegen kann ich nur sagen: Wir setzen einen Schwerpunkt, wenn wir jetzt über 500 Millionen € in den Jahren 2018 und 2019 einsetzen, Herr Minister, um die Digitalisierung voranzubringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen dabei aber auch richtig Gas geben. Ich hatte gerade eben ein Gespräch mit Mittelständlern aus dem Schwarzwald. Diese haben hier hohe Erwartungen. Im Bereich der Digitalisierung muss sich etwas tun. Deswegen: Sie haben unsere Unterstützung, Herr Minister. Hier müssen wir Vollgas geben. Da müssen wir etwas tun, damit es gerade auch im ländlichen Raum vorangeht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, unsere starken Kommunen sind das Fundament unseres Landes. Die kommunale Selbstverwaltung hat für uns überragende Bedeutung. Wir werden die kommunalverfassungsrechtlichen Änderungen des Jahres 2015 – darauf haben wir uns geeinigt – im Jahr 2019 evaluieren, werden uns anschauen, wie sich das vor Ort auswirkt, und dabei ergebnisoffen herangehen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit wieder einen Dank sagen, und zwar an all die Tausende, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich in Kreisräten, Gemeinderäten, Ortschaftsräten für die Gestaltung der Basis unserer Demokratie einsetzen. Auch dies ist ein wichtiges Ehrenamt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen, der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Mein letzter Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Ihres Hauses, Herr Minister, sowie der nachgeordneten Verwaltung in den Regierungspräsidien und den weiteren Behörden für ihre hervorragende Arbeit. Die Innenpolitik ist eine der zentralen Aufgaben des Landes. Wir können sie nur mit hoch motivierten und hoch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bewältigen. Bitte richten Sie unseren Dank aus an all die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in Ihrem Geschäftsbereich tätig sind und hier eine hervorragende Arbeit leisten.

Meine Damen und Herren, wir, die CDU-Fraktion, werden dem Einzelplan 03 zustimmen.



(Thomas Blenke)

Ein letzter Satz noch – lieber Kollege Binder, Sie sprechen nachher noch – zu den zahlreichen Anträgen der SPD. Die werden leider nicht von Erfolg beschieden sein. Ich habe mich nur gefragt: Warum haben Sie die eigentlich nicht in der letzten Wahlperiode schon einmal gestellt? Dazu hätten Sie durchaus die Möglichkeit gehabt. Die Themen, die Sie darin jetzt aufwerfen, sind nicht neu; sie waren schon in der letzten Periode die gleichen. Schade, dass Sie jetzt damit kommen; aber der Kollege Sckerl hat dazu schon alles Nötige gesagt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Berg das Wort.

**Abg. Lars Patrick Berg** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine solide und effektive sowie zukunftsfähige Finanzpolitik ist uns, der AfD-Fraktion, auf allen politischen Ebenen ein Kernanliegen. In Baden-Württemberg werden zwar nicht Unsummen von Euros für die Bankenrettung verschleudert, aber auch für uns muss gelten: Wir dürfen nicht auf Kosten der zukünftigen Generationen prassen, auch wenn damit möglicherweise auf manch Wünschenswertes verzichtet werden muss. Aber dazu komme ich noch, denn der Haushalt bietet ja Raum für Einsparungen.

Nun ist es so, dass in der Vergangenheit im Bereich der Polizei und der Sicherheit für die Bürger zu viel gespart wurde. Meine Damen und Herren, die Herausforderungen sind groß und vielfältig. Außer Kontrolle geratene minderjährige Flüchtlinge in Mannheim, bewaffnete und sehr gewalttätige Türkenrocker – siehe heutige Ausgabe der „Stuttgarter Nachrichten“ –, Salafisten usw. usw. usw.

Bei der inneren Sicherheit, ganz besonders bei unserer Polizei, darf deshalb nicht länger Schmalhans Küchenmeister sein.

(Beifall bei der AfD)

Die Hochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen befindet sich nicht nur in einem sanierungsbedürftigen Zustand und ist schon heute für die hohe Zahl der Studenten zu klein; sie ist leider, leider auch immer wieder Bestandteil von CDU-Machtspielchen und Hinterzimmerpolitik der Landesregierung: Wo darf denn der nächste Standort hin?

(Beifall bei der AfD)

Passt es dem Fraktionsvorsitzenden in seinem Wahlkreis vielleicht besser, oder soll es lieber ein Standort im Wahlkreis eines Kollegen sein?

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie wissen, dass Wertheim ein traditioneller Standort ist!)

Aber nicht alles ist schlecht. Das sei Ihnen zugestanden. Die Studentenzahlen werden durch die Einstellungsoffensive der Landesregierung stark steigen. Dem soll jetzt in Villingen-Schwenningen durch Anmietungen im Stadtgebiet begegnet werden. Dies wäre jedoch sicherlich die kostenintensivere und weniger dauerhafte Lösung als Investitionen in den jetzt bestehenden Standort. Wir, die AfD-Fraktion, fordern deshalb

Investitionen in Höhe von 10 Millionen € für den Standort Villingen-Schwenningen. Es darf nicht sein, dass an der Ausbildung unserer Polizei und damit am Ende an unser aller Sicherheit gespart wird.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Meine Damen und Herren, nicht erst seit dem G-20-Linksteror in Hamburg wissen wir, dass auf unsere Polizei mit allerlei Gegenständen eingepöbeln wird. Genauso schlimm ist es aber auch, wenn von bestimmter politischer Seite die Rückenbedeckung für unsere Polizei fehlt. Die Vergütung unserer Polizeibeamte benötigt schon jetzt Nebenjobs, weil am Ende des Monats noch zu viel übrig ist. Das ist eine Peinlichkeit für dieses Land.

(Beifall bei der AfD)

Tag und Nacht setzen sich unsere Polizeibeamten für die Sicherheit von Land und Leuten ein. Meine Damen und Herren, ich war selbst vor wenigen Wochen bei einer Nachtstreife im Wahlkreis Tuttlingen dabei. Ich kann nur jeder und jedem der Kolleginnen und Kollegen hier im Hause empfehlen, das einmal mitzumachen.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Peinlich! – Abg. Rainer Hinderer SPD: Das mache ich jedes Jahr!)

Dazu kommt – das ist bereits erwähnt worden –, dass die Neueinstellungen in keiner Weise die Abgänge durch die bereits einsetzende Pensionierungswelle abfangen werden. Besserung in den Posten und Revieren ist deshalb wohl erst in ca. fünf Jahren in Sicht. Die Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten stehen in keinem Verhältnis zu den Belastungen der Polizisten in Nacht- und Wochenenddiensten.

(Beifall bei der AfD)

Die Gewerkschaft der Polizei hat ja unlängst – im Januar – eine Petition eingereicht und eine Erhöhung auf 5 € pro Stunde gefordert, und wir schließen uns grundsätzlich der Bewertung der Gewerkschaft hinsichtlich der asymmetrischen und weit unterwertigen Bezahlung der Beamten an.

(Beifall bei der AfD)

Wie angekündigt gibt es auch Einsparpotenzial, welches der Landesregierung eventuell entgangen ist oder das sie, bedingt durch die gute Arbeit der Lobbyisten, vielleicht nicht sehen möchte. Ich will Sie, werte Vertreter der Landesregierung, ja auch mal loben. Mir ist bewusst, dass es dazu nicht immer Anlass gibt; ich will es dennoch versuchen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Es ist löblich, dass Sie sich bei der Ausstiegsförderung und der Prävention im Bereich des islamischen Extremismus engagieren wollen. Ausstiegsförderung und Prävention im Bereich Extremismus sind aber staatliche Aufgaben, die zudem bald im Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen Extremismus in Baden-Württemberg zusammengeführt werden und die von staatlichem Personal bearbeitet werden sollten. Es ist also nicht notwendig, dies von Nichtregierungsorganisationen – die, wie der Name sagt, nicht

(Lars Patrick Berg)

der Regierung nahe sein sollten – leisten zu lassen, gerade auch, da bei Nichtregierungsorganisationen die nötige Transparenz und vor allem die Kontrolle zumindest nicht ganz einfach gegeben sind. Es ist nicht staatliche Aufgabe, eine Nichtregierungsorganisation durch die Übertragung staatlicher Aufgaben quersubventionieren. Damit sehen wir ein Einsparungspotenzial in Höhe von 575 000 €.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Meine Damen und Herren, die Zahl der neu einreisenden Asylbewerber und damit die Zahl der auf die Kreise zu verteilenden vorläufig Untergebungen geht aktuell stärker zurück, als von der Landesregierung für die Ansätze der Jahre 2018 und 2019 unterstellt. Die den Haushaltsansätzen zugrunde liegende Zahl der Baden-Württemberg zugeteilten Personen pro Monat – diese liegt im unteren vierstelligen Bereich – ist darüber hinaus problemlos erreichbar, wenn die Forderungen des Innenministers in der sogenannten Strobl-Initiative zum Grenzschutz zum Tragen kommen sollten. Auch hier liegen Einsparpotenziale, und zwar in Höhe von 324 Millionen € für 2018 und 375 Millionen € für das Jahr 2019.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Es gäbe hier noch viel mehr zu sagen, aber ich will, meine Damen und Herren, zum Schluss kommen, da mein Kollege Klaus Dürr zur Digitalisierung noch etwas sagen wird.

Zusammengefasst: Die AfD fordert mehr Polizeibeamte für unsere Bürger auf den Straßen,

(Zuruf von der AfD: Sehr gut!)

eine bessere finanzielle und materielle Ausstattung unserer Polizei und vor allem auch ein Ende der Bagatellisierung linker Gewalt gegen Menschen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD sowie der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner und Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

**Präsidentin Muhterem Aras:** Ich nehme an, Herr Abg. Dürr wird in der zweiten Runde sprechen.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Ja!)

– Okay. – Dann darf ich für die SPD-Fraktion Herrn Abg. Binder das Wort erteilen.

**Abg. Sascha Binder SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir blicken auf ein Jahr zurück, das geprägt war von vielen Debatten im Bereich der Innen- und Sicherheitspolitik. Ausgehend von dem schlimmen Anschlag auf dem Berliner Weihnachtsmarkt vor fast genau einem Jahr wurde auf der Ebene des Bundes und der Länder zu Recht darüber diskutiert, wie wir Terrorismus besser bekämpfen können, wie wir unsere Sicherheitsbehörden besser ausstatten und welche Befugnisse diese Sicherheitsbehörden in Zukunft haben müssen.

Auch in Baden-Württemberg haben wir über die Konsequenzen beraten, die hieraus zu ziehen sind. Auf den ersten Blick scheint die Bilanz gut. Im Einzelplan 03 – Innenministerium – finden sich erhebliche Summen für die Erhöhung der Zahl

der Anwärterstellen bei der Polizei. Das Polizeigesetz wurde novelliert und wird vom Innenminister als „eines der modernsten, effektivsten und wirkungsvollsten Polizeigesetze der ganzen Republik“ gepriesen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Ist es auch!)

Wenn man jedoch genauer hinschaut, stellt man fest, dass im fünften Stock des Innenministeriums eine Truppe sitzt, die trotz äußerst kompetenter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Abteilungen eines nicht kann: gut regieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Ob dies daran liegt, dass der Innenminister zu oft in Berlin weilt oder sich zu schade für die Feinheiten der Landespolitik ist, darüber kann ich nur spekulieren.

(Oh-Rufe von der CDU)

– Wenn es aus der CDU-Fraktion nun Oh-Rufe gibt: Es war kein Mitglied der SPD-Fraktion, sondern ein Mitglied der CDU-Fraktion, das ich zitiere. Diese Person hat in den „Stuttgarter Nachrichten“ über den eigenen Innenminister gesagt:

*Der ist gut für die ARD-Tagesthemen, interessiert sich aber nicht für Details.*

Das ist die Meinung eines Mitglieds Ihrer Fraktion und nicht der SPD-Landtagsfraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Und was ist die Meinung der SPD-Fraktion?)

So könnte man erwarten, dass der Apparat knapp zwei Jahre nach der Regierungsübernahme rundläuft. Wenn ich aber höre, dass es zwischen den grünen und den schwarzen Innenpolitikern erneut Gezanke gibt um ein Thema, das vor einem Jahr nach wochenlangem Herumgestreite eigentlich schon beigelegt war – die Abschiebung nach Afghanistan –, so sage ich nur: „Und täglich grüßt das Murmeltier“, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Aber sonst hätten Sie auch nichts zu reden!)

Kollege Sckerl, zu einer guten Bilanz hätte beispielsweise auch ein verfassungsgemäßer Gesetzentwurf zur Änderung des Polizeigesetzes gehört.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Stattdessen war die Novellierung von Anfang an ein einziger Krampf: ein Innenminister, der ein verfassungswidriges Gesetz vorlegt, eine grüne Fraktion, die das billigt und erst nach der Anhörung, in der Experten massive verfassungsrechtliche Bedenken äußern, aufwacht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben nach 19 Verhandlungsrunden zwischen den Koalitionsfraktionen

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wir kriegen jetzt die Märchenstunde des Kollegen Binder!)

(Sascha Binder)

dem Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der in einer Anhörung, wie ich meine, so verrissen wurde, wie das in einem Landtag selten zuvor der Fall war.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Wie man hört, war der Innenminister bei diesen 19 Verhandlungsrunden zu diesem Gesetz, obwohl es das effektivste sein soll und obwohl es Chefsache sein soll, kein einziges Mal dabei. Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei diesem Innenministerium fragt man sich allmählich: Wer ist eigentlich Chef im Haus?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Der Haushaltsentwurf des Innenministeriums berücksichtigt die gesetzlichen Änderungen nicht: Mittel für die Technik, um die Quellen-Telekommunikationsüberwachung durchführen zu können – Fehlanzeige; Mittel für eine Software für die intelligente Videoüberwachung – Fehlanzeige; Mittel für die Anschaffung von mehr Fußfesseln – Fehlanzeige; Mittel für Schulungen, damit die Polizei mit den neuen Möglichkeiten auch umgehen kann – Fehlanzeige.

Gesetze allein machen ein Land nicht sicherer. Auch das novellierte Polizeigesetz mit seinen neuen Befugnissen, hinter denen die SPD ganz überwiegend steht, führt noch nicht zu mehr Sicherheit.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Sie müssen die Behörden auch in die Lage versetzen, diese Kompetenzen wirklich umzusetzen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD –  
Abg. Thomas Blenke CDU: Wer hat Ihnen den Unsinn aufgeschrieben?)

Sei es die Evaluierung der Polizeireform oder die Schaffung erweiterter Ausbildungskapazitäten bei der Polizei, der Weg bis zu einer Entscheidung ist voller Chaos, Widersprüchlichkeiten, Unruhe.

Eines war gleich nach der Unterzeichnung des grün-schwarzen Koalitionsvertrags klar: Die Zahl der Polizeianwärterstellen wird erhöht.

Herr Kollege Blenke, zur Mär bezüglich der Ausbildungsstandorte: Sie wissen doch genau, dass Sie in Ihrer Regierungszeit mal 150, mal 200, mal 300 Anwärterstellen geschaffen haben. Kurz vor der Wahl – vor dem Ende Ihrer letzten Regierungszeit, kurz vor 2011 – haben Sie die Anzahl der Stellen erhöht. Sie wissen doch selbst ganz genau, dass in der neuen Struktur so viele Anwärterinnen und Anwärter ausgebildet worden sind wie nie zuvor in den Jahren Ihrer Regierungszeit. Also hat die neue Struktur funktioniert, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU:  
Sie haben drei Standorte geschlossen, obwohl Sie wussten, dass man mehr Personal braucht!)

Herr Kollege Blenke, dass Sie, wenn es um Stellen bei der Polizei geht, mit einem schlechten Gewissen herumlaufen, ist

mir klar. Dass Sie versuchen, dieses schlechte Gewissen mit diesem Schluck aus der Pulle irgendwie vergessen zu machen, verstehe ich auch. Aber es war nicht die SPD, sondern es war die CDU, die 1 000 Stellen bei der Polizei gestrichen hat und die die jetzige Unterdeckung bei der Polizei verursacht hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Winfried Mack CDU:  
Warum habt ihr die Polizeischulen geschlossen? –  
Abg. Thomas Blenke CDU: Warum haben Sie drei  
Schulen geschlossen?)

Es rumorte in Villingen-Schwenningen. Der eine sagt: „Wir machen in Villingen-Schwenningen weiter.“ Der andere sagt: „Wir machen nicht weiter.“

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie haben drei von fünf  
Schulen geschlossen!)

Der Landrat des Zollernalbkreises darf drei Tage in der dpa lesen, dass Meßstetten im Spiel ist, und der CDU-Fraktionsvorsitzende bekommt einen Polizeiausbildungsstandort vor der eigenen Haustür.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg.  
Winfried Mack CDU)

So sieht Ihre Organisation aus.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ist Ihnen bekannt, dass  
Wertheim schon immer ein Polizeiausbildungsstandort  
war?)

Aber so führt man nicht die Polizei in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Das alles erinnert stark an den Prozess zu den zukünftigen Standorten der Polizeipräsidien, wo erst ein Machtwort des Ministerpräsidenten notwendig war, um die schwierige Frage zu beantworten: Zwölf, 13 oder 14 Präsiden? Sie haben wochenlang gebraucht, um diese Entscheidung durchzusetzen.

Wenn Sie heute sagen, mit diesem zusätzlichen Präsidium würden wir mehr Polizei zu den Menschen bringen, so sage ich Ihnen: Sie werden mehr Polizei abziehen müssen, um sie in die Stäbe zu versetzen, weil Sie mehr Präsiden schaffen. Das ist doch das Ergebnis Ihrer Politik, und nicht, dass Sie mehr Polizei zu den Menschen bringen.

(Beifall bei der SPD – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Binder, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Blenke zu?

**Abg. Sascha Binder SPD:** Der Kollege Blenke hatte schon genügend Redezeit. Ich habe nur noch überschaubar viel.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Dann frage ich den Minister nachher!)

Der Umgang mit den Kommunen: Der Kommunalminister lässt die Seinen im Regen stehen. Er hilft weder, Probleme vor Ort zu lösen, noch kämpft er für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen.



(Sascha Binder)

Ein Brief des Mannheimer Oberbürgermeisters mit der Bitte – ja, mit einem Hilfeschrei – um Unterstützung im Umgang mit einer Gruppe von kriminellen unbegleiteten minderjährigen Ausländern, die mit Angeboten der Jugendhilfe nicht zu erreichen sind, blieb sechs Wochen lang unbeantwortet. Erst als der mediale Druck zunahm, hat sich der Innenminister herabgelassen, sich zu diesem Problem dahin gehend zu äußern: „Wir müssen jetzt verstärkt die Identitäten feststellen.“ Mit dieser allgemeinen Äußerung ist der Probleme vor Ort nicht Herr zu werden. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie sich um die Probleme kümmern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Lars Patrick Berg AfD)

Stattdessen sagen Sie: „Wir haben ein Riesenproblem mit Flüchtlingen, die in großer Zahl nach Hause fahren, um Urlaub zu machen“, um am Ende selbst zugeben zu müssen, dass kein einziger Flüchtling aus Baden-Württemberg in sein Heimatland gefahren ist, um dort Urlaub zu machen. Sie führen Debatten, Sie schüren dort auch Ängste,

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

wie man es eigentlich von anderen Parteien kennt. Dafür haben wir kein Verständnis.

(Beifall bei der SPD)

Der Antrag aus Reutlingen auf Gründung eines Stadtkreises wird mit fadenscheinigen Argumenten seit Monaten liegen gelassen. Auch für die Finanzierung der Unterbringung einer in dieser Höhe nie da gewesenen Anzahl von Geduldeten in den Landkreisen müssen die Kommunen allein aufkommen. Auch da Fehlanzeige beim zuständigen Kommunalminister.

Wie organisieren wir auch in Zukunft Verlässlichkeit und Planbarkeit für die Wirtschaft in unserem Land und für die Flüchtlinge? Es ist das Innenministerium, das für die Regierungspräsidien zuständig ist und damit Einfluss auf die Frage nehmen kann, wie das Ermessen beispielsweise dergestalt ausgeübt wird, dass Flüchtlingen die Weiterführung ihrer Ausbildung bzw. ihrer Arbeit erlaubt wird.

Wir waren in der letzten Woche bei Ihrem Parteifreund, dem OB Arnold in Schwäbisch Gmünd. Was Integration und was Arbeitsmarktzugang von Flüchtlingen angeht, kann ich Ihnen nur raten, etwas Nachhilfeunterricht zu nehmen. Sie können hinsichtlich der Integration im Land Baden-Württemberg einiges lernen.

(Beifall bei der SPD)

Zur Digitalisierung wurde bereits viel gesagt. Sie haben noch einmal darauf hingewiesen. Aber wir erleben doch, dass im Innenministerium fast wöchentlich das Blitzlicht funktioniert. Jeder noch so kleine Förderbescheid wird überreicht.

(Minister Peter Hauk: Bei Herrn Gall ist doch nichts gelaufen!)

Wenn man sich dann hinterher bei den Kommunen erkundigt, was am Ende wirklich herauskommt, erfährt man: Fehlanzeige, sie müssen eigenes Geld mit hineinbringen. Es gibt sogar Kommunen, die überrascht sind, dass sie einen Förderbe-

scheid bekommen haben, obwohl sie selbst gar keinen Antrag gestellt haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Das ist Ihre Digitalisierungsstrategie: ein Flickenteppich ohne großen Plan.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss. Herr Kollege Sckerl, ich nehme das Gesprächsangebot gern an, was die Zulagen angeht. Da kommen wir gern miteinander ins Gespräch.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Okay!)

Denn ich glaube, dass die Politik auf Klagen und auf Petitionen Antworten finden muss.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Natürlich!)

Wir haben es mit diesen Haushaltsanträgen versucht. Wir glauben, angesichts der hervorragenden Haushaltslage des Landes – sie unterscheidet sich fundamental von der in vielen Jahren zuvor, Herr Kollege Blenke – können wir es uns leisten, diesem Begehren der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nachzukommen.

Ich schließe an meine Vorredner an und bedanke mich recht herzlich bei den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, allen im Katastrophenschutz Tätigen, allen ehrenamtlich Tätigen, die unser Land jeden Tag etwas sicherer machen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die FDP/DVP-Fraktion erlaube ich das Wort Herrn Abg. Dr. Goll.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration – Einzelplan 03 – ist groß. Er umfasst viele Bereiche, und man kann unmöglich alle Bereiche angemessen ansprechen. Nehmen wir den Rettungsdienst, bei dem nach unserer Meinung zu wenig passiert, nehmen wir die Feuerwehr – auf die wir nur stolz sein können; das ist zu Recht gesagt worden –, aber natürlich gehört auch die Polizei dazu.

Das Thema Polizei bezeichnet eine ureigene Kompetenz der Länder. Dafür sind die Länder zuständig. Deswegen nimmt die Polizei im Haushalt des Innenministeriums natürlich auch einen breiten Raum ein.

Unsere Polizei, meine Damen und Herren – das muss man leider sagen –, beschäftigt sich infolge einer fehlerhaften Reform in weiten Teilen seit Jahren mit sich selbst.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Diese Reform ist übrigens von der SPD gemacht worden. Insofern hätte ich vom Kollegen Binder an dieser Stelle fast etwas mehr Bescheidenheit erwartet.

(Abg. Tobias Wald CDU: Ich habe das nicht erwartet!)

(Dr. Ulrich Goll)

Dass es bei der Polizei noch halbwegs ordentlich funktioniert, haben wir vor allem den Revieren zu verdanken, die von der Reform nicht erfasst waren, die allerdings den Personalzuwachs, der ihnen durch die Reform versprochen wurde, aber auch nie bekommen haben.

(Abg. Tobias Wald CDU: Genau!)

Und, wie gesagt, jenseits der Reviere waren weite Teile der Polizei eigentlich mit sich selbst beschäftigt und sind es noch immer.

Jetzt kann man natürlich sagen, lieber Herr Innenminister, das habe Ihnen die SPD eingebrockt. Man muss es so sagen: Das haben Sie so vorgefunden. Aber es sind jetzt schon wieder anderthalb Jahre vergangen. Man hatte mit dem Regierungswechsel die Chance einer Korrektur, und die Korrektur kam nicht wirklich. Sie kam halbherzig in sachlicher Hinsicht und halbherzig in zeitlicher Hinsicht.

Man hat das klar beste Modell – von den Experten empfohlen, das 14er-Modell; das möchte ich in Erinnerung rufen – nicht umgesetzt. Das hat man liegen lassen – für mich völlig unverständlich –, obwohl dafür eigentlich Geld in unserem Land vorhanden gewesen wäre. Das hätte man machen können, um den Bürgerinnen und Bürgern die beste Struktur bei der Polizei zu geben. Das hat man nicht gemacht. Vor allem aber fängt man erst 2020 wieder an. Meine Damen und Herren, ich frage mich, ob das wirklich schlau ist. Wenn dann gerade mal Ruhe ist, geht es sozusagen von vorn los.

Große Fehler werden überhaupt nicht korrigiert, auch nicht für 2020. Nur ein einziges Beispiel: Nehmen wir einmal an, beim Fellbacher Herbst tauchen aus aktuellem Anlass die Osmanen Germania auf und machen Randalen. Daraus entsteht sehr schnell eine polizeiliche Situation, eine anspruchsvolle Lage. Jetzt erklären Sie einmal den Fellbachern – die werden erstaunt sein –, dass für diese Lage das Führungs- und Lagezentrum in Aalen zuständig ist. Eigentlich möchte ich den Fellbachern da raten: Rennt schnell das kurze Stück in Richtung Cannstatt über die Grenze,

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

dann seid ihr auf Stuttgarter Gemarkung und habt ein Führungs- und Lagezentrum in der Nähe und nicht eines,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Oh, liebe Leute!)

das 90 km entfernt ist.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Jetzt wird man natürlich sagen – ich ahne es schon –: „Das machen die sowieso alles vom Bildschirm aus.“ Aber ich sage Ihnen: Das sagen unsere Kinder auch immer. Die sitzen vor dem Bildschirm, bis sie vergessen haben, wie die Realität aussieht.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: So geht es mir auch!)

Die Realität ist die, dass das Führungs- und Lagezentrum jetzt an der richtigen Stelle ist und mit Millionenaufwand an die falsche Stelle verlagert wird –

(Beifall bei der FDP/DVP)

eigentlich ein Fall für den Rechnungshof.

Man hätte unsere drei Jahre alten Vorschläge, mehr Stellen für die Polizei zu schaffen, früher aufgreifen können. – Ich schätze, das ist drei Jahre her. – Das wäre besser gewesen, als diese Polizeireform durchzuführen. Damals haben wir gesagt: Die Polizei braucht 1 000 neue Stellen. Dann hat der SPD-Innenminister uns angeschaut, als ob wir den Verstand verloren hätten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir haben 1 200 gemacht! Oh Mann!)

– Ihre Äußerungen sind gut protokolliert.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ihre Kürzungen von früher auch!)

Zunächst sind wir von allen angeschaut worden nach dem Motto: Jetzt sind sie ein bisschen verrückt geworden. Wir wollten mit den 1 000 Stellen markieren: Die Polizei braucht einen richtigen Personalaufbau, der Bedarf ist ja da. Dann hieß es: „Wir haben ja die Beamten gar nicht. Wo wollt ihr die denn herkriegen? Eure Rechnung geht nicht auf.“

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das sind Ihre Kürzungen!)

Wir haben dann gesagt: Die Rechnung kann auch nicht aufgehen, wenn Sie die Standorte für die Ausbildung bis auf einen einzigen schließen. Das wurde mit der Brechstange durchgesetzt.

Ich nenne hier gleich ein konkretes, auch ein sehr teures Beispiel.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Genau!)

Diese Standorte sind abgebaut worden. Gott sei Dank waren zwei noch nicht geschlossen gemäß Ihren Plänen. So konnte man die Wende einleiten. Jetzt wird über neue Standorte geredet. Das ist natürlich richtig so, aber es sind schon anderthalb Jahre in dieser Legislaturperiode vergangen.

Nun hören wir: Jetzt geht die Einstellungsoffensive los. Da ist natürlich ziemlich viel Zeit verloren gegangen und auch Geld vernichtet worden. Ich zeige das nur am Beispiel von Wertheim auf. Wir waren damals in Wertheim in der Akademie. Das war ein intaktes Gebäude. Man war gerade im Begriff, es zu verlassen. Jeder hat gesagt: „Macht doch diesen Blödsinn nicht. Der Standort ist in Ordnung.“ Stattdessen hat man ihn jetzt drei Jahre liegen lassen. Ich habe hier einen Artikel aus der örtlichen Zeitung, in dem schön aufgelistet wird, was es allein kostet, das Ding wieder in Gang zu setzen. Der Standort Wertheim ist natürlich richtig. Aber er war immer richtig.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Traditioneller Polizeistandort!)

Was hat man gemacht? Nur Geld verbrannt –

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der AfD)

weil wir heute über den Haushalt reden.

(Dr. Ulrich Goll)

Dann ist es ja schön, wenn man sagt: „1 500 Stellen“. Das hört sich gut an. Aber seien wir alle ehrlich zueinander. Der Kollege Dr. Aden hat eine Anfrage an den Innenminister gerichtet. Aus der Antwort geht hervor, dass das Land Ende 2019 620 Polizeibeamte weniger haben wird als Ende 2017 – weniger! Erst ab 2020 wird die Zahl wieder steigen. Das kommt durch die Altersabgänge, von denen niemand redet.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Logisch!)

– Ja, aber Sie dürfen dann auch nicht den Eindruck erwecken, durch die Maßnahmen käme mehr Polizei.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Doch, natürlich!  
– Abg. Tobias Wald CDU: Doch!)

Das könnte vielleicht jemand missverstehen. Noch Ende 2021 werden wir 20 Polizeibeamte weniger haben als Ende 2016. Aber 2021 planen Sie eigentlich schon wieder eine Reduzierung der Anwärterzahlen, und wir wissen gar nicht, wie hoch die Altersabgänge sind. Ob da also schon genügend getan worden ist, darf man bezweifeln.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD  
– Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Aber, wie gesagt: Jetzt wird ausgebildet. Das ist gut so. Es gibt neue Standorte. Meßstetten ist offensichtlich leider nicht dabei. Das tut einem ein bisschen leid.

(Abg. Stefan Herre AfD: Wohl wahr!)

Damit darf ich zum nächsten Thema überleiten: Meßstetten war bereit, eine Landeserstaufnahmestelle einzurichten.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Genau!)

Denen hat man dafür eigentlich einen Ausgleich versprochen. Jetzt sind sie nicht bei der Musik. Sie haben an den Lasten einer Politik teilgenommen, die auch wir für verfehlt halten. Die hat Ihnen, lieber Herr Innenminister, nicht die SPD, sondern Ihre eigene Partei eingebrockt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Das ist eine unkontrollierte Flüchtlingspolitik, und – das muss man hier auch sagen – es ist eine falsche Politik. Es ist die zweitbeste Flüchtlingspolitik. Wir sind weit weg von den Positionen der AfD. Das möchte ich Ihnen sagen. Aber man muss auch einmal deutlich sagen, dass diese Flüchtlingspolitik sicher nicht die beste, sicher nicht die richtige war – und sie war vor allem sehr teuer. Wir haben heute zigtausend Leute in der Bundesrepublik, Tausende von Leuten im Land, von denen wir gar nicht wissen, dass sie da sind. Von anderen kennen wir die Identität nicht. Diese Politik hat große Lasten mit sich gebracht. Da sind die Dinge sicher nicht gut gelaufen.

Besser laufen sie bei der Digitalisierung. Das möchte ich auch sagen. Die Digitalisierungsoffensive ist natürlich in Ordnung. Mir persönlich ist es auch völlig egal, wo die Bilder gemacht werden. Aber wir hören im Innenausschuss, dass das Ganze gar nicht zeitnah umgesetzt werden kann, und zwar – man staune – nicht nur wegen der Planung, sondern weil die Ressourcen zur Umsetzung gar nicht da sind. Das Geld sei kom-

plett verteilt. Ich fürchte also, Herr Innenminister, wir werden in dieser Legislaturperiode nicht einmal den ersten Schwarzwaldhof erreichen,

(Minister Thomas Strobl: Hunderte! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Da würde ich wetten, Herr Minister! Dann zahlt er!)

es sei denn, es gibt jemanden, der einen Schwarzwaldhof in der Großstadt hat. Das kann ja sein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Verstärkung der Cyberangriffsabwehr – die Cyberwehr – halten wir für richtig. Da muss man, meine ich, fairerweise auch sagen: Wir warten einmal ab, wie sich diese Institution in der Praxis bewährt. Dazu kann man jetzt wenig sagen. Aber die Stoßrichtungen Digitalisierungsoffensive und Cyberwehr unterstützen wir.

Wir unterstützen nicht – das möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal erwähnen –, dass auch in den vier Regierungspräsidien Stellen im Umweltbereich aufgebaut werden. Dieser Umstand ist heute Morgen vom Kollegen Rülke schon angesprochen worden. Ich greife das jetzt nur noch einmal in Richtung der Grünen auf: Was ist das für eine Argumentation, zu uns zu sagen, wir seien keine Wirtschaftspartei? Wir wollten übrigens noch nie eine reine Wirtschaftspartei sein. Aber wir haben die Interessen des Mittelstands im Auge. Zu sagen, für den wäre das eine wichtige Forderung – – Wissen Sie, welche Forderung Sie für den Mittelstand erfüllen müssten? Nicht ständig neue Gesetze im Umweltbereich zu machen,

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

die längst die Sphäre der Übertreibung erreicht haben und für deren Umsetzung man dann natürlich mehr Beamte braucht. Aber es hat auch keinen Sinn, nur über mehr Beamte zu diskutieren, wie Sie es tun, anstatt einmal die Wurzel des Übels zu erkennen und zu sehen: Im Umweltbereich kommt es mittlerweile zu Übertreibungen. Deswegen wollen wir diesen Weg, den Sie gehen, an dieser Stelle auch nicht mitgehen –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Was ist denn eine Übertreibung aus Ihrer Sicht?)

und das im wohlverstandenen Interesse der mittelständischen Wirtschaft dieses Landes.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dürr. Es ist übrigens seine erste Rede. Ich bitte daher, wie es bei uns üblich ist, von Zwischenfragen abzusehen.

**Abg. Klaus Dürr** AfD: Wie viele Minuten habe ich?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Sie haben noch dreieinhalb Minuten Redezeit.



**Abg. Klaus Dürr** AfD: Danke. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! In Anbetracht der Zeit fasse ich mich kurz. Ich nehme die Themen Breitbandversorgung und Digitalisierung in den Blick. Die anderen Themen lasse ich im Moment beiseite.

In jeder politischen Rede und jedem Zukunftsvortrag wird die Digitalisierung als die Zukunftsherausforderung unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft benannt. Ich habe Ihnen heute einige Zeitzeugen mitgebracht – rein symbolisch versteht sich –:

(Der Redner hält verschiedenfarbige Lochkarten hoch.)

Lochkarten in verschiedenen Farben. Jede dieser Lochkarten hat 80 Bytes, somit 640 Bits. Das war die Speichermethode der Siebzigerjahre. Wie wir alle wissen, haben sich die Technik und die dazugehörigen Datenmengen in riesigen Schritten weiterentwickelt. Fortschrittliche Produkte und Dienstleistungen – wie aus Baden-Württemberg – generieren Daten, oft unformatierte, mit einer riesigen Anzahl von Megabytes. Diese benötigen Upload- und Downloadkapazitäten.

Damit komme ich zu einem Antrag der AfD. Internet und dessen wirkliche Nutzung setzt eines voraus: einen Breitbandanschluss. Die Datenmenge, die zu transportieren ist, ist riesig. Bereits ein einzelnes Foto einer einfachen Kamera hat heutzutage ein Datenvolumen von 6 MB und mehr. Sehr viel mehr haben ein Röntgenbild, die Daten eines MRTs, komplexe Konstruktionsunterlagen oder Betriebsprotokolle.

Niemand bestreitet wohl ein absolutes Marktversagen bei der Breitbandversorgung im ländlichen Raum.

(Beifall bei der AfD)

Darum schlagen wir vor, im Doppelhaushalt pro Jahr 500 Millionen € in den Breitbandausbau zu investieren. Im Gegensatz dazu sieht der Haushaltsentwurf der Regierung lediglich rund 0,1 % des Gesamthaushalts dafür vor. Herr Strobl hat es bei vielen Gelegenheiten gern und oft gesagt – ich zitiere ein Beispiel, Herr Strobl –:

*Wir brauchen das schnelle Internet nicht erst im Jahr 2025, Fortschritte müssen in den nächsten ein bis zwei Jahren*

– 2018, 2019 –

*passieren.*

*Wichtig ist ihm dabei,*

– so heißt es ebenfalls in diesem Artikel –

*dass der ländliche Raum nicht abgehängt wird ...*

Das ist also Ihr Anspruch. Wie sieht die Wirklichkeit aus? Rund 25 % der Haushalte in Baden-Württemberg haben keinen 50-MBit/s-Anschluss. Diese dürften im ländlichen Raum vermutet werden. 50 Mbit/s sind keine Zukunftsvision, sondern, genau genommen, bereits jetzt veraltet.

Liebe Kollegen von der FDP/DVP, mit dem Slogan „Digital first. Bedenken second.“ wurde wohl ein weiteres Mal ein Wahlversprecher anstatt eines Wahlversprechens in die Land-

schaft plakatiert. Da kam der „German Mut“ nicht im Ländle an; er blieb wohl im täglichen Stau rund um Stuttgart stecken. Man hätte bei diesen Ankündigungen im Rahmen des Haushalts etwas mehr erwarten dürfen.

(Beifall bei der AfD)

Ein weiterer Vorschlag von uns: Setzen Sie auf innovative Vorgehensweisen, um den Flickenteppich der Datenübertragungslangsamkeit in Baden-Württemberg ganzheitlich zu beenden. Dazu braucht es Spezialisten aus der IT-Industrie mit vielfältiger Projekterfahrung – nennen wir sie einmal Digitalmanager. Diese müssen mit fortschrittlichen Vorgehensweisen – z. B. agiles, punktgenaues Problemlösen unter einem ganzheitlichen Ansatz – auch Themen wie „Angebotsmarkt in der Kabelverlegung“ adressieren. Aber am Ende wird die Mehrheit hier vermutlich auch dies ablehnen.

Lehnen Sie unsere lösungsorientierten und zukunftsweisenden Anträge nur weiterhin ab; die Menschen werden es zu werten wissen. Nicht das Erzählte reicht, sondern das Erreichte zählt.

Liebe Abgeordnete von der FDP/DVP, mit etwas „German Mut“ ließe sich doch den Anträgen der AfD hier zustimmen. Wenn wir nur einmal die Lochkarten anschauen, so kommt die AfD-Fraktion zu der Auffassung, der Regierungskoalition – stellvertretend Ihnen, Herr Minister Strobl – die rote Lochkarte für die hier gezeigte Haushaltsnullleistung zu vergeben.

Ich danke Ihnen vielmals für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Strobl.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Den Badenern und den Württembergern wird nachgesagt, dass sie fleißig und sparsam seien – keine ganz schlechten Eigenschaften. An diesen Leitlinien orientiert sich der Doppelhaushalt des Landes Baden-Württemberg, Frau Kollegin Finanzministerin Sitzmann, und natürlich auch der Einzelplan 03: Fleiß bei den Investitionen, wo sie nötig sind, Sparsamkeit dort, wo es möglich ist. So haben wir einen Haushalt geschaffen – beim Einzelplan 03, aber auch bei diesem Doppelhaushalt insgesamt –, bei dem Investitionen und Konsolidierung in einem guten Verhältnis zueinander stehen.

Wir sparen in vielen Bereichen Geld ein – auch in meinem Geschäftsbereich –, und das unter Anstrengungen. Auch im Bereich Flüchtlingsunterbringung haben wir im vergangenen Jahr eine ganze Reihe von Synergien ermöglichen können und sparen dadurch Geld ein. Dank der Neugestaltung der Erstaufnahme von Flüchtlingen haben wir im Land ein bedarfsgerechtes, flexibles und atmendes Aufnahmesystem geschaffen, das schon heute die gesunkenen Zugangszahlen Asylbegehrender reflektiert. Die Tatsache, dass wir niedrigere Zugangszahlen haben, spart im Haushalt Geld ein. Auch hier ist unsere Politik verantwortungsvoll und arbeitet im Rahmen des Möglichen und des Nachhaltigen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Genau dies leisten wir auch in unserem Bereich.

(Minister Thomas Strobl)

Kernaufgabe des Innenministeriums ist und bleibt der Bereich der inneren Sicherheit. Die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und unseres friedlichen Zusammenlebens in Sicherheit macht diesen Bereich zu einem zentralen Politikfeld in Europa, in Deutschland und auch bei uns in Baden-Württemberg. Denen, die unsere Gesetze und Werte infrage stellen oder gar bekämpfen, geben wir in Baden-Württemberg eine klare und eindeutige Antwort:

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Es gibt kein Zurückweichen vor dem Unrecht. Wir bewahren unseren freiheitlichen Rechtsstaat und setzen ihn auch überall durch. Bedrohungen begegnen wir mit kühlem Kopf, freilich konsequent, und wir machen das auch in der Koalition mit einer großen Gemeinsamkeit.

(Beifall der Abg. Petra Häffner GRÜNE)

Wir setzen den Rechtsstaat in diesem Land durch. In Baden-Württemberg können wir uns da Gott sei Dank auf eine besonders engagierte, auf eine leistungsfähige, auf eine hervorragende Polizei verlassen. Dank unserer Polizistinnen und Polizisten sind wir Spitzenreiter in Sachen innere Sicherheit. Das wollen wir auch in Zukunft bleiben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dafür schafft der Doppelhaushalt die entsprechenden Voraussetzungen. Die Weichen dafür haben wir mit den Änderungen des Polizeigesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes richtig gestellt. Damit stärken wir im Übrigen auch die, die uns schützen. Die, die uns schützen, haben es verdient, dass wir sie stärken. Der Landtag, die Koalitionsfraktionen und diese Landesregierung stehen hinter der Arbeit unserer Sicherheitsbehörden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir stärken die Sicherheitsbehörden, indem wir den Werkzeugkasten um mehr rechtliche Möglichkeiten erweitern, um effektiv auf der Höhe der Zeit zu sein und Terrorismus und schwerste Kriminalität bekämpfen zu können. Wir stärken sie, indem wir ihnen eine bessere technische Ausrüstung zur Verfügung stellen, mit 20 Millionen € pro Jahr und verstetigt auch für die Folgejahre. Dazu zählen – Kollege Blenke hat es erwähnt – etwa die Einführung der Bodycam oder neueste Fahrzeuge.

Nur ganz nebenbei: Wir bringen auch den Digitalfunk technisch auf den neuesten Stand. Weiter sichern wir die Kommunikation unserer Einsatzkräfte auch im Not- und Krisenfall. Eine Ausfallsicherheit für drei Tage etwa bei flächendeckendem Stromausfall und anderes kann im Ernstfall Leben retten.

Von den Vorrednern ist es auch zutreffend erwähnt worden: Schließlich haben wir die größte Einstellungsoffensive in der Geschichte der baden-württembergischen Polizei gestartet. Sie läuft im Übrigen schon, beginnend 2017. Dafür bin ich dem Landtag von Baden-Württemberg, insbesondere den Koalitionsfraktionen, dankbar. Es ist aber eine Mammutaufgabe für die Polizei selbst, das zu organisieren.

Richtig ist: Viele Polizeibeamtinnen und -beamte gehen in den Ruhestand. Kollege Sckerl hat den Grund dafür erläutert. Auf diese Pensionierungswelle zu reagieren ist der Grund unserer Einstellungsoffensive. Wir haben gesagt: Wir werden 1 500 zusätzliche, neue Stellen bei der baden-württembergischen Polizei bis zum Ende dieser Legislaturperiode, 2021, schaffen, und wir machen es jetzt mit diesem Doppelhaushalt 2018/2019 so schnell, wie es nur geht. Ich finde, meine Damen und Herren, mehr zu machen, als man versprochen hat, ist keine ganz schlechte Art und Weise, Politik zu machen.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Wir bilden in diesem Jahr insgesamt 1 400 zusätzliche, neue Polizistinnen und Polizisten aus. 2018/2019 fahren wir die Zahl auf 1 800 hoch. Damit reichen die Ausbildungskapazitäten, die schon heute zum Platzen voll sind, nicht mehr aus. Deswegen ist es ein gutes Zeichen, dass wir jetzt in der Folge der Erhöhung der Ausbildungskapazitäten bei der baden-württembergischen Polizei auch neue Polizeiausbildungsstätten brauchen.

Kollege Binder, das ist eben der Unterschied: Diese Koalition macht neue Polizeiausbildungsstätten, unter Ihrer Ägide sind Polizeischulen geschlossen worden. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns und zwischen Reden und konkretem Handeln.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Den Standort verändert! Das ist der Unterschied!)

Wir stärken schon aktuell die Hochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen.

(Vereinzelt Beifall)

Es hat noch nie so viele Studienanfänger in Villingen-Schwenningen gegeben wie in diesem Jahr: 544 vor einigen Wochen – ein absoluter Rekord, erstmals in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wissen Sie, was an diesem Rekord das Gute ist? Er wird nicht lange halten, weil es schon im nächsten Studiengang nochmals mehr werden. Daran können Sie ablesen, was wir für die baden-württembergische Polizei tun, wie wir sie real stärken. Wir schwätzen nicht darüber, sondern wir tun es bereits, und wir werden es auch in den nächsten Jahren so machen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf: Bravo!)

Das ist verantwortungsvolle Politik. Die Hochschule für Polizei ist zentral für die Ausbildung in Baden-Württemberg. Aber selbstverständlich stärken wir auch den ländlichen Raum, beispielsweise mit Wertheim als zusätzlichem Ausbildungsort,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da hätten Sie sich manches sparen können!)

(Minister Thomas Strobl)

an dem es bereits eine Polizeiausbildungseinrichtung gegeben hat – im Übrigen im Landeseigentum stehend, im Unterschied zu anderen in dieser Debatte ins Gespräch gebrachten Standorten. Wir sind flächendeckend gut aufgestellt mit Biberach, Bruchsal, Herrenberg und Lahr als Standorten für die polizeiliche Ausbildung. So, meine sehr verehrten Damen und Herren, sieht verantwortungsvolle Sicherheitspolitik aus.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

Wir legen uns ins Zeug – nicht nur für die Polizei, sondern auch für den Katastrophenschutz und den Rettungsdienst. Auch die dort tätigen Menschen leisten tagein, tagaus Unglaubliches und sind dann zur Stelle, wenn sie gebraucht werden.

All denen, die mit dem Piepser am Gürtel herumlaufen, all denen, die Abend für Abend den Piepser auf den Nachttisch legen, all denen, die auch einen Piepser dabei haben, wenn die anderen unter dem Weihnachtsbaum sitzen und Lieder singen, sage ich – bei den Rettungsdiensten und den Katastrophenschützern gerade auch am Ende des Jahres – ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dieser Dank kommt aus ganzem Herzen und ist ehrlich gemeint. Es bleibt aber auch hier, meine Damen und Herren, nicht nur bei warmen Worten. Auch in diesem Bereich unterstützen wir nicht nur mit warmen Worten, sondern indem wir die bisherigen Mittel um zwei Mal 2,5 Millionen € erhöhen.

So sorgen wir aktiv für gute Bedingungen im Rettungsdienst, im Katastrophenschutz und investieren gleichzeitig in die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land bis hin zur Bergwacht, zur Wasserrettung und zu vielen, vielen anderen Bereichen. Das ist notwendig. Wir stehen hinter unserer Polizei, wir stehen aber auch hinter den zahlreichen anderen Organisationen, die im Bereich des Katastrophenschutzes, insgesamt bei den Blaublichtorganisationen tätig sind. Sie alle haben es auch verdient. Unser Anspruch sind Sicherheits- und Rettungskräfte, die am Puls der Zeit arbeiten.

Am Puls der Zeit arbeiten wir auch im Bereich der Digitalisierung, für die das Innenministerium federführend zuständig ist. Die Digitalisierung spielt eine immer größere Rolle in unserem Leben – oder es sind die bekannten fünf Worte: Die Digitalisierung verändert die Welt.

Die Landesregierung hat die Bedeutung dieses Themas bereits bei den Koalitionsverhandlungen erkannt. Als eines der ersten Bundesländer hat Baden-Württemberg die Digitalisierung in einem Ministerium gebündelt. Wenn es irgendwann einmal wieder eine richtige Bundesregierung geben wird, bin ich ganz sicher, dass das im Bund in ebendieser Weise auch geschehen wird.

Wir haben uns inzwischen entschlossen, nicht nur das zu tun, was wir uns seinerzeit vorgenommen haben, sondern wir gehen noch einmal über das, was wir zu Beginn unserer Regierungsarbeit versprochen haben, hinaus. Auch hier gilt: Mehr tun, als wir versprochen haben, ist keine schlechte Art, Politik zu machen.

Unsere Digitalisierungsstrategie setzt Maßstäbe, und sie zeigt unsere Vision für Baden-Württemberg auf. Wir haben ein Ziel:

Wir wollen die Digitalisierung in Baden-Württemberg zu einem Erfolgsmodell machen. Unser Ziel ist, die digitale Leitregion in Europa zu werden. Es wäre eine schlechte Landesregierung, die diese Ambition nicht hätte. Baden-Württemberg ist die Innovationsregion nicht nur Deutschlands, sondern Europas. Wenn wir nicht sagen würden: „Das wollen wir auch in der digitalen Welt sein“, wären wir fehl am Platz, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Deswegen ist es wichtig und richtig, dass wir in diesem Bereich viel Geld in die Hand nehmen.

Wir haben nicht nur ein Ziel, sondern wir haben als eines der ersten Bundesländer auch eine Digitalisierungsstrategie, und zwar eine ziemlich gute Digitalisierungsstrategie. Als ich sie vor der Sommerpause vorgestellt habe, bin ich von der Opposition – das ist ja legitim – kritisiert worden, die Strategie sei wenig konkret. Das haben Strategien so an sich, dass sie nicht so sehr konkret sind. Deswegen haben wir aus der Strategie heraus nach der Sommerpause über den Kabinettsausschuss „Digitalisierung“ und einen Ministerratsbeschluss 70 konkrete Projekte für Baden-Württemberg im Bereich der Digitalisierung identifiziert. Wir haben nicht nur 70 konkrete erste Projekte identifiziert, sondern der Doppelhaushalt sieht vor, dass wir dafür in den nächsten beiden Jahren 265 Millionen € zur Verfügung stellen werden. Das ist echt ein Wort. Baden-Württemberg kommt voran im Bereich der Digitalisierung. Herzlichen Dank, dass Sie das so beschließen werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Projekt wird das Thema Cyberwehr sein. Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Goll, dass Sie das positiv beleuchtet haben. Nur: Wenn Sie sagen, es werde in dieser Legislaturperiode nicht mehr dazu kommen, dass wir einen Schwarzwaldhof an das schnelle Internet anbinden, muss ich Ihnen jetzt wirklich einmal sagen: Da sind wir schon weiter.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich weiß, dass ich häufig kritisiert werde für diesen Satz, dass wir auch dem letzten Schwarzwaldhof das schnelle Internet bringen wollen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Jetzt, in einem Jahr!)

Ich werde auch immer wieder kritisiert, weil es Förderbescheide gibt. Aber vor einigen Wochen ist ein Bürgermeister anlässlich einer solchen Veranstaltung aufgestanden und hat gesagt: „Herr Minister, ich weiß, Sie werden kritisiert. Ich bin der Bürgermeister eines kleinen Schwarzwaldorfes und kann Ihnen sagen: Am heutigen Tag haben wir über hundert Schwarzwaldhöfe an das schnelle Internet gebracht.“

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP meldet sich.)

Das ist die Realität. So arbeiten wir in Baden-Württemberg. Stück für Stück kommen wir voran.

(Glocke der Präsidentin)



**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Kern zu?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Immer gern.

(Zuruf: Immer Kern!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Bitte.

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Herr Minister, ich komme aus einem ländlichen Bereich, aus dem Landkreis Freudenstadt. Mit großer Begeisterung habe ich gehört, was Sie über Breitband, über schnelles Internet, über den ländlichen Raum gesagt haben. Stehen Sie nach wie vor dazu? Sie haben vor einem Jahr gesagt, dass in zwei Jahren auch der letzte Schwarzwaldhof ans schnelle Internet angeschlossen sein werde.

Ich hätte zwar eine andere Formulierung als „der letzte Schwarzwaldhof“ genommen, habe aber vom Prinzip her die Frage: Können sich die Menschen z. B. im Landkreis Freudenstadt darauf verlassen, dass es in einem Jahr überall in der Fläche schon schnelles Internet gibt? Denn dieses Versprechen haben Sie gegeben. Schon heute sagen Schülerinnen und Schüler, beispielsweise in Seewald oder in Vierundzwanzig Höfe in Loßburg, sie könnten noch nicht einmal einen Wikipedia-Artikel downloaden. Das heißt, Sie müssen sich beeilen, wenn Sie das in einem Jahr schaffen wollen.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Frau Präsidentin, jetzt muss ich zunächst einmal nachfragen. Denn die Uhr ist weitergelaufen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Keine Sorge. Sie haben genügend Redezeit. Sie können die Frage natürlich jederzeit ausführlich beantworten.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Besten Dank.

Erstens: Das Zitat habe ich so nicht gebracht. Ich habe gesagt: Wir werden dem letzten Schwarzwaldhof das schnelle Internet bringen. Und ich habe gesagt: Mitte der Wahlperiode wird Baden-Württemberg anders aussehen, als es zu Beginn dieser Wahlperiode ausgesehen hat, und am Ende der Wahlperiode wird es noch einmal anders sein.

Jetzt will ich Ihnen einmal eine konkrete Zahl nennen, an der Sie ablesen können, dass wir nicht nur Förderbescheide übergeben und Geld verteilen, sondern dass wir in Baden-Württemberg gut vorankommen. Als wir mit unserer Arbeit in der Landesregierung begonnen haben, war Baden-Württemberg – – Es gibt halt nur die Zahl mit den 50 MBit/s, und dass 50 MBit/s nicht das Gigazeitalter darstellen, weiß ich auch. Aber, Herr Kollege, diejenigen, die im Augenblick nur 1 oder 2 MBit/s haben, sind schon einmal froh, wenn sie jetzt 50 MBit/s bekommen und nicht vertröstet werden, dass sie in zehn Jahren möglicherweise 100 MBit/s bekommen werden. Da sind sie für die 50 MBit/s im Augenblick ganz dankbar.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

Wir haben leider in Baden-Württemberg in den ländlichen Räumen, auch im Schwarzwald, Gegenden, wo es halt Ge-

schwindigkeiten von nur 1 oder 2 MBit/s gibt. Das müssen wir ändern, und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt. Der Breitbandatlas des Bundes sieht die 50 MBit/s vor.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP unterhält sich mit Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP.)

– Lieber Herr Kollege Kern, wenn Sie so freundlich wären, mir Ihr Ohr zu schenken, damit ich Ihre Frage beantworten kann.

Wir waren zu Beginn der Regierungszeit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Wir haben innerhalb von einem Jahr um über 5 % zulegen können und liegen jetzt über dem Bundesdurchschnitt. Innerhalb von einem Jahr 5 % mehr Haushalte in Baden-Württemberg mit über 50 MBit/s, daran können Sie erkennen, dass sich etwas tut. Dass wir jetzt von unterdurchschnittlich auf überdurchschnittlich gekommen sind, macht mich überhaupt noch nicht glücklich. Dass es jedoch im Grunde genommen in Baden-Württemberg abgeht wie eine Rakete, dass wir andere Bundesländer überholen, auf dem Weg zur Spitze sind – da, wo wir hingehören –, dass wir heute schon besser sind als die meisten anderen Flächenländer in Deutschland, das ist jedenfalls der richtige Weg. Das Geld, das der Landtag von Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt hat, kommt in den Landkreisen und in den Kommunen an,

(Abg. Sascha Binder SPD: Aber es fließt halt nicht ab!)

und die Landräte und die Bürgermeister setzen es auch um. Stück für Stück gibt es das schnelle Internet für mehr und mehr Betriebe, Schulen und Haushalte in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Minister, es gibt eine weitere Frage, und zwar des Abg. Glück. Lassen Sie die zu?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Selbstverständlich.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Bitte, Herr Abg. Glück.

**Abg. Andreas Glück FDP/DVP:** Sehr geehrter Herr Minister, vielen herzlichen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Sie haben eben das Überreichen von Förderbescheiden angesprochen. Sind Sie sich bewusst, dass Kommunen trotz eines möglicherweise bereits erhaltenen Förderbescheids vor großen Problemen stehen? Denn es wurden in der Tat sehr viele Förderbescheide übergeben. Sehr viele bauen gerade, und die Nachfrage nach Unternehmen mit Baggern ist sehr stark gestiegen, sodass jetzt eben auch die Preise für den Breitbandausbau deutlich in die Höhe geschneit sind.

Deshalb meine Frage: Ziehen Sie in Betracht, dass neben der Kilometerpauschalförderung, die es jetzt gerade gibt, den Gemeinden auch durch eine prozentuale Förderung, eine prozentuale Beteiligung an den tatsächlichen Baukosten geholfen wird?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das Innenministerium soll Bagger beschaffen!)

(Andreas Glück)

Ich frage aus gutem Grund. Ich bin auch Gemeinderat in Münsingen, und ich weiß, dass es nicht nur Münsingen so geht, sondern vielen anderen Kommunen auch.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Herr Abg. Glück, man merkt, dass Sie wirklich aus der Praxis kommen. Denn wenn wir neben dem vielen, was so manchmal geredet wird und nicht so ganz stimmt, ein tatsächliches Problem haben, dann ist das dieses Problem: Dadurch, dass wir gemeinsam mit den Kommunen und Landkreisen sehr viel Geld in den Markt gebracht haben, ist der Markt im Augenblick natürlich überhitzt. Das heißt, dass bestimmte Projekte – wiewohl wir einen Förderbescheid übergeben haben, das Geld da ist, auch der Wille da ist und die Planung vorliegt – im Augenblick nicht realisiert werden können, weil einfach gar keine Baufirma so schnell zur Verfügung steht. Und wahr ist auch, dass sich das natürlich auf die Preise auswirkt.

Ein Drittes ist auch wahr: Ehrlich gesagt habe ich gar kein richtiges Patentrezept, was wir daran ändern sollen. Wir bitten den Landtag mit dem vorgelegten Entwurf jetzt darum, dass wir auch 2018/2019 noch einmal 180 Millionen € bzw. 200 Millionen € an Landesgeld in den Markt geben, weil es einfach ohne Alternative ist, dass wir das schnelle Internet, Glasfaserkabel im Land voranbringen.

Es ergeben sich auch immer neue Entwicklungen, um dieses Problem zu lösen. Ich will Ihnen bloß einmal an zwei Beispielen aufzeigen, wie wir in Baden-Württemberg bundesweite Pilotprojekte machen, um dem ein bisschen entgegenzukommen, was Sie zu Recht problematisieren.

Abgesehen davon, dass wir in der Größenordnung von round about zwischen einem Drittel und 40 % Mitverlegungen machen – das heißt, da ist der Graben schon gegraben; das ist eine besonders effektive Maßnahme, weil es auch schnell geht –, sind wir innovativ beispielsweise beim Thema Trenching, das noch mit gewissen Risiken behaftet ist – denn wenn man nicht so genau weiß, was unter der Erde ist, kann es auch einmal sein, dass eine Gasleitung oder etwas anderes mit getrennt wird –, oder indem wir – bundesweit einmalig, wissenschaftlich begleitet – in einem Gewerbegebiet das Glasfaserkabel durch den Abwasserkanal direkt in die Häuser und in die Betriebe bringen. Dann muss natürlich gar nicht mehr gebuddelt werden. Das ist kostengünstig, es ist in meinen Augen auch besser – allein schon vom Durchmesser her –, als durch eine Trinkwasserleitung zu gehen. Abwasserrohre haben eine ordentliche Dimensionierung. Den Bits und Bytes und dem Fernsehprogramm ist es auch wurscht, was alles um das Glasfaserkabel herum schwimmt.

Sie sehen also: Wir gehen auch innovativ neue Wege in diesem Bereich, um einfach dieser Problematik, dass wir eine Überhitzung des Marktes bei den Baufirmen haben, etwas zu begegnen. Ganz auflösen werden wir dieses Problem nicht können. Wir sehen weiter die Notwendigkeit, in diesem Bereich zu fördern, um einfach mit einer maximalen Geschwindigkeit voranzukommen. Im Übrigen vertraue ich auch darauf, dass unsere soziale Marktwirtschaft bewirkt, dass dann, wenn eine hohe Nachfrage da ist, auch Stück für Stück zusätzliche bzw. neue Angebote entstehen werden.

Deswegen, meine Damen und Herren, ist es auch richtig und wichtig, dass wir diese Förderpolitik fortsetzen. Es ist gut, dass wir in den Koalitionsfraktionen und innerhalb der Landesregierung übereingekommen sind, dass wir für den Bereich der Digitalisierung insgesamt nicht die versprochenen 325 Millionen € in dieser Legislaturperiode investieren wollen, sondern 1 Milliarde €. Das ist richtig viel Geld. Das ist in einem Flächen- und Technologieland wie Baden-Württemberg richtig. Damit bringen wir das Innovationsland Baden-Württemberg weiter und bleiben an der Spitze.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Sie sehen, unser Tatendrang ist groß. Wir schaffen das auch, wenn wir, Regierung und Parlament, weiterhin gemeinsam die Dinge angehen. Dann haben wir auch allen Grund, auf eine gute Zukunft zu vertrauen.

Ich danke den Koalitionsfraktionen der Grünen und der CDU, dass wir in diesen Bereichen so gut vorankommen.

Meine Damen und Herren, wir haben uns bei der Polizei sowie den Katastrophenschützern und Rettungsdiensten bedankt, und ich möchte – gerade auch vor Weihnachten und am Ende des Jahres – Ihnen sagen: Wir haben in Baden-Württemberg insgesamt eine gute Landesverwaltung, tüchtige Beamtinnen und Beamte, auch tüchtige Menschen im Tarifbereich, die wirklich eine gute Arbeit machen. Auf die wird viel geschimpft. Aber das ist die Stütze unseres Staates. Alle, die in Baden-Württemberg im öffentlichen Dienst tätig sind, den Laden am Laufen halten, verdienen unseren Respekt, unsere Anerkennung und unsere Unterstützung. Ich möchte ihnen ein herzliches Dankeschön sagen. Sie sind der beste Standortfaktor – auch ökonomisch –, den wir in Baden-Württemberg haben.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

So dürfen wir mit Zuversicht in die Zukunft schauen. Sicherheit, Innovation – Baden-Württemberg behält seine Spitzenposition, Platz 1. Nichts anderes ist der richtige Platz für unser Land. Herzlichen Dank, dass wir mit diesem Doppelhaushalt 2018/2019 dafür eine weitere gute Grundlage legen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Liebe AfDler – die ja heute wieder eine Niederlage vor dem Verfassungsgerichtshof hinnehmen mussten –,

(Oh-Rufe von der AfD – Heiterkeit bei der CDU)

es ist schön, das freie Mandat hier ausüben zu dürfen.

(Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Bernd Gögel: Was hat das mit dem Haushalt zu tun?)

*In einem wankenden Schiff fällt um, wer stillesteht, nicht wer sich bewegt.*

(Dr. Heinrich Fiechter)

Der Schriftsteller Ludwig Börne beschreibt so die große Herausforderung, wenn wir über das Thema „Innere Sicherheit“ sprechen. Terror ist den meisten von uns gerade hier in Stuttgart noch bekannt. Doch der Terror hat sich verändert. Allein im Bereich des Islamismus gibt es über 300 verschiedene Gründe für Radikalisierung. Homegrown Terrorism, Cybercrime, Reichsbürger sind nur ein paar Beispiele, wie sich die Kriminalität in den letzten Jahren verändert hat. Das Internet bietet Extremisten und Kriminellen zahlreiche neue Möglichkeiten, ihre Ziele schneller und unkomplizierter zu erreichen. Waffen, Drogen und illegale Pornografie, die man früher nur auf dem Schwarzmarkt beziehen konnte, erhält man heute mit wenigen Mausklicks im Deep Web. Dieses ist tausendmal größer als das normale Internet.

Dieser rasanten Entwicklung entgegen steht unsere Polizei, die im Kampf gegen das Verbrechen eine hervorragende Arbeit leistet. Doch gerade aufgrund der vielen neuen Themengebiete und der niedrigen Personalkapazität der Polizei ist es wichtig, hier zu investieren. Die Zukunftsoffensive Kriminalpolizei, aber auch die Aufstockung der Zahl der Azubis auf 1 800 sind hier wichtige Schritte, Herr Innenminister Strobl. Dafür danke ich Ihnen, auch wenn ich gern noch mehr Azubis begrüßen würde. Aber mir ist bewusst: Qualität geht vor Quantität.

Ich bin auch froh, dass wir Organisationen wie das KPEBW unterstützen. Denn beim Schutz der Bürger sollten wir uns immer Werner von Siemens vor Augen rufen:

*Es kommt nicht darauf an, mit dem Kopf gegen die Wand zu rennen, sondern mit den Augen die Tür zu finden.*

(Beifall des Abg. Bernd Gögel AfD – Abg. Winfried Mack CDU: Hört, hört!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Unruhe)

– Ich darf um Ruhe bitten.

Wir kommen jetzt zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/3203.

Ich komme zunächst zu Abschnitt I der Beschlussempfehlung. Die Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe die Nummer 1 auf:

Kapitel 0301

Ministerium

Zu Titel 422 05 – Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamten und dgl. – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3303-18, vor, der eine Erhöhung der Mittel für die Zulage beim lageorientierten Dienst fordert. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0301 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0301 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Kapitel 0302

Allgemeine Bewilligungen

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3203. Wer Kapitel 0302 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0302 einstimmig zugestimmt. Danke.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

Kapitel 0303

Digitalisierung

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3203. Dazu liegen zwei Änderungsanträge der AfD-Fraktion vor.

Zunächst komme ich zum Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3303-1, der mit dem neuen Titel 613 01 N – Digitalisierungsmanager – fordert, Haushaltsmittel für die Unterstützung kleiner, weniger leistungsfähiger Kommunen und Kreise im ländlichen Raum beim Breitbandausbau bereitzustellen, und eine entsprechende Erläuterung begehrt.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist doch was Vernünftiges!)

Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 883 70B – Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Breitbandinfrastruktur im ländlichen Raum – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3303-2, vor, der eine Erhöhung der Mittel für eine Digitalisierungsoffensive „Breitbandausbau“ begehrt. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0303 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0303 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die nächsten vier Nummern gemeinsam aufzurufen. Dies sind die Nummern 4, also Kapitel 0304 – Regierungspräsidium Stuttgart –, in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3203, sowie die Nummern 5 bis 7, also die Kapitel 0305 – Regierungspräsidium Karlsruhe –, Kapitel 0306 – Regierungspräsidium Freiburg – und Kapitel 0307 – Regierungspräsidium Tübingen. – Sie sind mit dem gemeinsamen Aufruf einverstanden.



(Präsidentin Muhterem Aras)

#### Kapitel 0304 bis Kapitel 0307

Zu diesen vier Kapiteln liegt jeweils ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksachen 16/3303-14 bis 16/3303-17, vor, mit denen der Stellenaufwuchs in der Umweltverwaltung reduziert werden soll.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich die vier Änderungsanträge der Fraktion der FDP/DVP, Drucksachen 16/3303-14 bis 16/3303-17, gemeinsam zur Abstimmung stelle? – Das ist der Fall. Danke.

Wer den vier Änderungsanträgen der Fraktion der FDP/DVP, Drucksachen 16/3303-14 bis 16/3303-17, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diese Änderungsanträge der Fraktion der FDP/DVP sind mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Nummern 4 bis 7 bzw. die Kapitel 0304 bis 0307, die die vier Regierungspräsidien betreffen. Wer dem Kapitel 0304 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses und den Kapiteln 0305 bis 0307 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln 0304 bis 0307 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 8 auf:

#### Kapitel 0309

##### Zentrale Informationstechnik Landesverwaltung

Wer Kapitel 0309 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0309 ist damit einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 9 auf:

#### Kapitel 0310

##### Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst, Krisenmanagement

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3203.

Zu Titel 883 72 – Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3303-3, vor, mit dem die Haushaltsmittel weiter erhöht werden sollen, um alle Zuschussanträge für die Feuerwehrfahrzeugflotten bewilligen zu können. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0310 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0310 ist damit einstimmig zugestimmt.

Jetzt schlage ich Ihnen vor, die Abstimmung über die beiden Nummern 10 und 11, Kapitel 0311 – Ausbildung für den Verwaltungsdienst – und Kapitel 0312 – Landratsämter –, zusammenzufassen, da hierzu keine Änderungsanträge vorliegen. – Sie sind damit einverstanden. Vielen Dank.

Ich rufe also die beiden Kapitel 0311 und 0312 gemeinsam auf:

#### Kapitel 0311 und Kapitel 0312

Wer den Kapiteln 0311 und 0312 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln 0311 und 0312 ist damit einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 12 auf:

#### Kapitel 0314

##### Zentrale Veranschlagungen Polizei

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3203. Hierzu liegen drei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3303-13, zum Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten –, der eine Änderung bei der Zusammensetzung des Personals des Kompetenzzentrums zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen Extremismus Baden-Württemberg fordert. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3303-4, der mit dem neuen Titel 422 02 N – Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl. – Haushaltsmittel fordert. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Außerdem liegt noch zu Titel 534 01 – Dienstleistungen Dritter und dgl. – der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3303-5, vor, der die Streichung von Mitteln begehrt, die eine Nichtregierungsorganisation für Leistungen im Bereich der Ausstiegsförderung und Prävention erhalten soll. Wer dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0314 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0314 ist damit einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 13 auf:

#### Kapitel 0315

##### Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3203.

Zu Titel 422 05 – Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl. – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Druck-

(Präsidentin Muhterem Aras)

sache 16/3303-19, vor, mit dem neben einer Anpassung der Erläuterung eine Mittelserhöhung gefordert wird, um nach einer entsprechenden Verordnungsänderung die Erschwerniszulage anzuheben. Wer diesem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0315 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0315 ist damit einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 14 auf:

#### Kapitel 0316

##### Polizeipräsidium Einsatz

Wer Kapitel 0316 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0316 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 15 auf:

#### Kapitel 0317

##### Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3203.

Zu Titel 422 05 – Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl. – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3303-20, vor, mit dem ebenfalls eine Anpassung der Erläuterung und eine Mittelserhöhung gefordert werden, um die Erschwerniszulage anzuheben. Wer diesem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0317 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0317 ist damit einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 16 auf:

#### Kapitel 0318

##### Landeskriminalamt

Zu Titel 422 05 – Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl. – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3303-21, vor, mit dem wieder eine Mittelserhöhung für die Anhebung der Erschwerniszulage und die Anpassung der Erläuterung gefordert werden. Wer diesem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0318 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0318 ist einstimmig zugestimmt.

Jetzt schlage ich Ihnen vor, die Abstimmung über die drei Nummern 17 bis 19, also Kapitel 0319 – Landesamt für Verfassungsschutz –, Kapitel 0320 – Logistikzentrum Baden-Württemberg – und Kapitel 0330 – Ausländer und Aussiedler – in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3203, zusammenzufassen, da hierzu keine Änderungsanträge vorliegen. – Sie sind damit einverstanden. Vielen Dank.

Ich rufe also die drei Kapitel 0319, 0320 und 0330 gemeinsam auf:

#### Kapitel 0319 bis Kapitel 0330

Wer den Kapiteln 0319, 0320 und 0330 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln 0319, 0320 und 0330 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 20 auf:

#### Kapitel 0331

##### Migration

Hierzu liegen sieben Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Zunächst stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3303-6, zu Titel 633 08 – Pauschale Erstattung von Aufwendungen für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen – zur Abstimmung, mit dem unter Berücksichtigung der Zahl der neu einreisenden Asylbewerber Mittelkürzungen gefordert werden. Wer dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 684 01 – Zuschüsse an soziale Einrichtungen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3303-7, vor, der eine Mittelstreichung beim Landesflüchtlingsrat verlangt. Wer dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 412 73 – Entschädigungen für ehrenamtlich Tätige – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3303-8, vor, der eine Mittelstreichung bei der Entschädigung der Ombudspersonen für die Erstaufnahmeeinrichtungen einschließlich der Verbindungspersonen in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen begehrt. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 527 73 – Dienstreisen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3303-9, vor, der eine Mittelstreichung fordert. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist damit ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Zu Titel 547 73 – Sachaufwand – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3303-10, vor, der eine Mittelstreichung begehrt. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 534 75 – Dienstleistungen Dritter u. dgl. – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3303-11, vor, der angesichts aktueller Asylbewerberzahlen eine Kürzung der Haushaltsmittel verlangt. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 684 75 – Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale Einrichtungen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3303-12, vor, der eine Mittelkürzung zur Rückführung der Beratungsplanstellen der freien Träger in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen fordert. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0331 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0331 ist mehrheitlich zugestimmt.

Nachdem für die zwölf Nummern 21 bis 32, also für die Kapitel 0335 – Polizeipräsidium Aalen – bis 0346 – Polizeipräsidium Ulm –, zwölf Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 16/3303-22 bis 16/3303-33, vorliegen, die jeweils das gleiche Anliegen, nämlich die Erhöhung der Mittel zur Anhebung der Erschwerniszulage, haben, schlage ich Ihnen vor, die Abstimmung über diese zwölf Änderungsanträge und die zwölf Nummern bzw. Kapitel zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden. Vielen Dank.

Ich rufe also die Nummern 21 bis 32, die Kapitel 0335 bis 0346, jeweils in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses gemeinsam auf:

#### Kapitel 0335 bis Kapitel 0346

Hierzu liegen die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 16/3303-22 bis 16/3303-33, jeweils zu den Titeln 422 05 – Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl. – vor, die Mittelserhöhungen und Erläuterungsänderungen fordern, um die Erschwerniszulage nach einer entsprechenden Verordnungsänderung anheben zu können. Wer diesen zwölf Änderungsanträgen der SPD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diese Änderungsanträge der Fraktion der SPD sind damit mehrheitlich abgelehnt.

Wer den zwölf aufgerufenen Kapiteln in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln 0335 bis 0346 ist damit einstimmig zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen abzustimmen. Der Ausschuss

schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 8. November 2017, Drucksache 16/3019, soweit diese den Einzelplan 03 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 03. Danke schön.

(Vereinzel Beifall)

Ich rufe **Punkt 1 c** der Tagesordnung auf:

#### **Einzelplan 05: Ministerium der Justiz und für Europa**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3205**

**Berichterstatter: Abg. Manfred Kern**

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten. – Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 05 – Ministerium der Justiz und für Europa – eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt.

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Es ist vereinbart worden, dass die Redezeiten jeweils auf zwei Abgeordnete pro Fraktion aufgeteilt werden und deren Redebeitrag in der ersten Runde erfolgt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Filius für die Fraktion GRÜNE das Wort.

**Abg. Jürgen Filius** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute den Justizetat für den Doppelhaushalt 2018/2019. Mit unseren Maßnahmen für die kommenden zwei Jahre knüpfen wir an den vergangenen Haushalt mit wichtigen Weichenstellungen an mit dem Ziel, eine effiziente Justiz und einen modernen Strafvollzug voranzutreiben.

Seitdem die Empfehlungen der Expertenkommission zum Thema „Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen“ vorliegen, arbeiten wir in der grün-schwarzen Koalition konsequent an der Umsetzung dieser Ziele. Dies geschieht u. a. auch durch die gemeinsame grün-schwarze Fraktionsarbeitsgruppe „Moderner Strafvollzug“. In dieser konnten wir uns auf wichtige Forderungen und Maßnahmen verständigen, die wir bereits umsetzen konnten oder künftig umsetzen werden.

Die Bedeutung des Strafvollzugs wird auch im Haushalt 2018/2019 deutlich. So erhält der Justizvollzug 151 Neustellen. Hinzu kommen über 60 Stellen für Wachtmeisterinnen und Wachtmeister, um die Sicherheit bei den Gerichten zu verbessern.

Darüber hinaus hat sich die Koalition auch auf Betreiben der Arbeitsgemeinschaft „Moderner Strafvollzug“ dazu entschlossen, sinnvolle Projekte gemeinsam aus Fraktionsmitteln zu finanzieren.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)



(Jürgen Filius)

Dazu gehören beispielsweise die Weiterfinanzierung der Projekte ReSo in Adelsheim und ZAP in Ravensburg. Ziel beider Projekte ist es, junge Strafgefangene bei der Wiedereingliederung nach der Haft zu unterstützen. Beide Projekte haben sich bisher als erfolgreich und nachhaltig erwiesen. Aufgrund des Erfolgs und des großen gesellschaftlichen Mehrwerts der beiden Projekte müssen sie aber perspektivisch auf jeden Fall im nächsten Landeshaushalt verstetigt werden.

Des Weiteren werden wir das Projekt „Null Toleranz gegenüber Gewalt im Justizvollzug“ aus Fraktionsmitteln finanzieren. Trotz Sicherheitsvorkehrungen baulicher und organisatorischer Art sowie gezielter Behandlungsangebote ist die Zahl der Gewaltvorkommnisse im baden-württembergischen Justizvollzug in den vergangenen Jahren gestiegen. Mit dem Projekt „Null Toleranz gegenüber Gewalt im Justizvollzug“ wollen wir zunächst drei Anstalten bei der Erarbeitung von Maßnahmen zur Gewaltprävention unterstützen.

Als Drittes möchte ich gern noch auf die Anschaffung von neuem Mobiliar für die Außenstelle Kelterle des Bildungszentrums Justizvollzug eingehen. Hier besteht ein unhaltbarer baulicher Zustand, der Auswirkungen auf die dortigen Auszubildenden hat, weshalb dieser Punkt besonders auch im Hinblick auf das Thema Nachwuchsgewinnung von unserer Seite von hoher Relevanz ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt sind zur Stärkung der Justiz 421 Neustellen im Doppelhaushalt vorgesehen, 91 davon für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Von den 91 Richterstellen werden 24 den Verwaltungsgerichten zur Bewältigung der Asylverfahren zugehen. Die 421 Neustellen umfassen insbesondere auch Stellen für Rechtspfleger- und Gerichtsvollzieheranwärter sowie neue Stellen für die Grundbuchämter. Die 421 Stellen sind – das muss man sagen – ein Quantensprung, den es so in der Justiz noch nicht gegeben hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Damit bin ich beim wohl größten Umbruch im Haushaltsjahr 2018 angekommen: der Grundbuchamts- und Notariatsreform. Zum 1. Januar 2018 wird es in Baden-Württemberg kein staatliches Notariat mehr geben. Die Notariate werden frei weitergeführt, wodurch massive Einsparungen, aber auch – das muss man eben konstatieren – Mindereinnahmen zu erwarten sind. Die Reform bringt gewaltige organisatorische, personelle und technische Veränderungen mit sich. Im Übergang kam es vor allem bei den neu eingerichteten Grundbuchämtern, aber auch bei den noch bestehenden Notariaten zu Personalengpässen. Diesen Engpässen wird aber mit 20 neuen Stellen ebenfalls begegnet.

Meine Fraktion steht in regelmäßigem Kontakt mit den Interessenverbänden der Notare. Daher weiß ich, dass die Reform den Notarinnen und Notaren sowie den Servicekräften viel an Veränderungen abverlangt. Ich bin aber auch der Überzeugung – das ist unsere Fraktion auch –, dass sie aus europarechtlichen und wirtschaftlichen Gründen eine wichtige und notwendige Reform für unser Land ist, die auch im Interesse der Rechtssuchenden steht. Sie ist die größte Strukturreform in der Geschichte der baden-württembergischen Justiz.

Ich möchte noch kurz auf die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs eingehen. Auch hier wird es am 1. Januar 2018 entsprechende Veränderungen geben. Insgesamt werden bei der Staatsanwaltschaft und allen Gerichtsbarkeiten im Land über 12 000 Arbeitsplätze auf digitale Aktenbearbeitung und elektronische Geschäftsabläufe umgestellt. Das sind wichtige Schritte hin zu einer modernen und bürgernahen Justiz.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Anbetracht der Ereignisse, die sich aktuell in vielen Ländern vollziehen, ist es besonders wichtig, dass wir in Deutschland unsere dritte Gewalt, die Judikative, nach bestem Wissen und Gewissen schützen und ausstatten.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Wir brauchen sie als verlässlichen Garant für unsere demokratischen Grundwerte und unsere Verfassung. Bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den verschiedenen Bereichen der Justiz möchte ich mich für die Ausübung ihres wahrlich nicht einfachen Berufs bedanken. Dafür noch einmal herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen, Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Anton Baron AfD, Sascha Binder SPD und Nico Weinmann FDP/DVP)

Eine zuverlässige Justiz kann es nur mit genügend und gut ausgebildetem Personal sowie mit moderner Technik und effizienten Prozessen geben. Das ist im Doppelhaushalt entsprechend festgeschrieben. Auch die Beendigung der achtprozentigen Absenkung der Eingangsbesoldung dürfte ein Schritt sein, der bei der Gewinnung weiterer guter Kräfte von großem Nutzen sein wird.

Trotz der wichtigen Maßnahmen, die wir in den kommenden zwei Jahren vorantreiben werden, möchte ich bereits jetzt sagen, dass neue Forderungen unabweislich sind, nämlich z. B. der Bau eines neuen Justizvollzugskrankenhauses, aber auch die Sanierung der Jugendvollzugsanstalt Adelsheim nach dem lange bestehenden Masterplan.

Unser Ziel muss es sein, erfolgreiche Maßnahmen in den künftigen Haushalten zu verstetigen und den Sanierungsstau bei den Justizgebäuden abzubauen. Eine moderne Justiz kostet Geld, aber dies ist uns der Rechtsstaat auch wert. Ich freue mich, dass dieser Haushalt diesem Anliegen, nämlich dass es eine Wertschätzung für die Justiz gibt, die auch entsprechend mit finanziellen Ausstattungen verbunden ist, Rechnung trägt.

(Beifall des Abg. Thomas Hentschel GRÜNE)

Nun kommt es zu einer Veränderung. Jetzt darf ich oder muss der Herr Präsident – –

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Sie wollen wechseln zwischen Justiz und Europa, ist das richtig?

**Abg. Jürgen Filius GRÜNE:** Genau. Das wollte ich sagen: dass nun der Wechsel kommt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Dann darf ich jetzt dem Kollegen Frey für die Fraktion GRÜNE das Wort zum Thema Europa geben.

**Abg. Josef Frey GRÜNE:** Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zwei, drei Worte zu dem Europateil des Einzelplans 05 sagen.

*Die Europäische Union ist nicht nur eine Glühbirne oder Gurke, sondern eine Wertegemeinschaft.*

So formulierte es Evelyne Gebhardt, die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, hier an diesem Ort am 15. November bei der Auftaktveranstaltung zum Weißbuch zur Zukunft der Europäischen Union.

Zwei Dinge machen uns das deutlich. Erstens: Wir brauchen die EU als Stabilitätsanker für Frieden und Wohlstand in Europa und als Garant unserer Werte. Und zweitens: Wir müssen die Herausforderungen, vor denen die Europäische Union derzeit steht, als Chance zur Reform und Erneuerung nutzen. Kommissionspräsident Juncker und Frankreichs Präsident Macron haben hierzu bereits Vorschläge gemacht. Emmanuel Macron wird für seine Initiative sogar mit dem Karlspreis 2018 ausgezeichnet werden.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Auch Baden-Württemberg muss und wird sich aktiv in diese Diskussion einbringen. Der Doppelhaushalt, über den wir heute hier debattieren, zeigt, dass die Landesregierung genau dies tut. Im Einzelplan 05 stellt die Landesregierung z. B. Mittel für einen breit angelegten Dialogprozess zur Zukunft der EU bereit, um die Bürgerinnen und Bürger über die Bedeutung und den Mehrwert der Europäischen Union für ihre Mitgliedsstaaten und für das Land zu informieren und mit ihnen ins Gespräch darüber zu kommen.

Besonders mit Blick auf die Europawahlen im Jahr 2019 müssen wir verstärkt daran arbeiten, die Menschen von den Vorteilen der Europäischen Union zu überzeugen. Bei den Wahlen ist es eben nicht egal, ob nationalistische und rechte europafeindliche Parteien zulegen können, weil die Mehrheit der Wahlberechtigten nicht an der Wahl teilnehmen. Es kommt hier auf jede Stimme für ein demokratisches, für ein soziales und für ein geeintes Europa an.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Thomas Blenke CDU)

Im Jahr 2018 will die Landesregierung mit ihren Veranstaltungen 16 000 Menschen erreichen. Im Jahr 2019 sollen es 17 000 sein. Ich finde, das kann sich sehen lassen. Ich freue mich, dass die Landesregierung die Europadialoge ins Leben gerufen hat. Dafür stehen in den kommenden beiden Jahren über 600 000 € allein aus dem Einzelplan 05 zur Verfügung. Am Ende soll ein europapolitisches Leitbild für unser Land stehen.

In der Abstimmung nachher liegt Ihnen ein Antrag der Fraktion der AfD, der Antrag Drucksache 16/3305-2, vor. Dieser Antrag sieht vor, die Finanzmittel für diese Europadialoge auf null zu setzen. Was schließen wir daraus? Offenbar sind der AfD die Argumente gegen die Europäische Union ausgegan-

gen, wenn sie sich der Debatte über die Europäische Union mit unserer Bevölkerung verweigert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Wir setzen auf den Bürgerdialog mit Fakten und nicht mit Fake News.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Wo die Reise hingehen könnte, diskutierten am vergangenen Mittwoch in Stuttgart der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Dr. Voßkuhle und Bundesaußenminister a. D. Joschka Fischer mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Joschka Fischer hat dabei eine Frage aufgeworfen, über die wir immer wieder neu nachdenken sollten, und zwar auch die Europaskeptiker im Raum. Er fragte: Was wäre denn unser Land ohne diese Europäische Union? Was wäre Deutschland, was wäre Baden-Württemberg ohne die Europäische Union? Die Studierenden aus unserem Land könnten nicht mit den ERASMUS-Programmen wichtige Erfahrungen im Ausland sammeln, unsere Universitäten und Unternehmen hätten ohne Horizon 2020 weniger Möglichkeiten zur Forschung, und nicht zuletzt hätten wir bestimmt nicht dasselbe Maß an Frieden und Wohlstand, wie wir es mit der Europäischen Union haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Nico Weinmann FDP/DVP)

Staatsrätin Gisela Erler hat bereits gute Erfahrungen mit den drei grenzüberschreitenden Bürgerdialogen gemacht und auch Zufallsbürger gefragt, wo ihnen im Alltag in den Grenzregionen der Schuh drückt. Auch der Oberrheinrat hat in diesem Jahr wieder aktiv an der vertieften Integration mitgewirkt, z. B. mit einer Resolution zur Entsenderichtlinie. Mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit machen wir Europapolitik im Kleinen, aber im ganz Konkreten.

Im Rahmen der Europapolitik im Großen hat Juncker in der vergangenen Woche das sogenannte Nikolaus-Paket präsentiert.

Sein Vorschlag beinhaltet u. a. die Schaffung eines in das EU-Recht integrierten europäischen Währungsfonds, eines Investitionsschutzprogramms und eines gemeinsamen EU-Wirtschafts- und Finanzministers. Damit ergreift die Kommission die ausgestreckte Hand Macrons. Der Vorstoß geht aus unserer Sicht in die richtige Richtung: weg von strikten Spardiktaten hin zu einer demokratischeren und stabileren Eurozone mit mehr nachhaltigen Investitionen und Strukturreformen.

(Abg. Anton Baron AfD: Sozialismus!)

Unser Appell als grüne Landtagsfraktion an die kommende Bundesregierung ist, diese Vorschläge aufzugreifen und gemeinsam mit Frankreich als Motor Visionen für die Zukunft der EU zu entwickeln.

(Abg. Anton Baron AfD: Sozialismus hoch zehn!)

Wir lassen uns durch die augenblickliche Bundespolitik nicht lähmen. Wir organisieren als starkes Bundesland die Debatte über die Weiterentwicklung und Vertiefung der Europäischen

(Josef Frey)

Union mit den Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft, den Sozialpartnern, den Verfassungsrechtlern und der Wissenschaft und stellen die erforderlichen Mittel bereit.

Ich bitte Sie deshalb, dem Einzelplan 05 so zuzustimmen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Beifall des Abg. Peter Hofelich SPD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die CDU-Fraktion erteile ich zunächst dem Kollegen Dr. Lasotta das Wort.

**Abg. Dr. Bernhard Lasotta** CDU: Lieber Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Wir machen das auch im Wechsel, damit es nicht so langweilig wird: Justiz und Europa, jetzt wieder Justiz, und danach übernimmt Kollege Kößler neben Europa auch noch den Bereich Tourismus – also eine spannende Debatte.

Die Regierungsfractionen sind zu Beginn dieser Legislaturperiode mit dem klaren Bekenntnis angetreten, die Funktionsfähigkeit und das Ansehen der Justiz in unserem Land zu stärken. Die Durchsetzung unserer Verfassung, unserer Gesetze auf europäischer, Bundes- und Landesebene ist die Grundlage dafür, die Regeln und Normen für das Zusammenleben und damit die Demokratie zu sichern.

Darüber hinaus hat ein Land mit einem stabilen Rechtssystem immer einen Standortvorteil. Baden-Württemberg zeichnet sich insbesondere durch kurze Verfahrenslaufzeiten und eine hohe Qualität der Justiz aus.

Wir haben bereits in diesem Jahr Akzente setzen können. Neben dem Wegfall der Absenkung der Eingangsbesoldung haben wir begonnen, den Bereich der Richter und Staatsanwälte sowie die Justizvollzugsanstalten zu stärken – und das weitestgehend ereignisunabhängig. Die bisherigen Justizhaushalte hatten sich immer dadurch ausgezeichnet, dass man kurzfristig reagiert hat, wenn irgendetwas passiert ist. Wir orientieren uns an objektiven Maßstäben, z. B. im Bereich der Richter und Staatsanwälte an den PEBB§Y-Zahlen – ein unabhängiges Bedarfsbemessungsinstrument, das objektive Kriterien anlegt – oder an den Ergebnissen der Expertenkommission Strafvollzug.

Wir haben aber im Justizhaushalt auch weitere Entwicklungen zu berücksichtigen. Wir verzeichnen eine gestiegene Zahl von Strafgefangenen, insbesondere ein verändertes Klientel, das vermehrt psychische Auffälligkeiten und Sprachbarrieren aufweist. Die Zahl der Asylbewerber und der Asylverfahren ist gestiegen. Und wir müssen die Notwendigkeiten der Umsetzung der Notariats- und Grundbuchamtsreform mit berücksichtigen.

Die Zahlen sind weitestgehend schon genannt worden: 91 neue Stellen bei den Richtern und Staatsanwälten, davon 24 im Bereich der Verwaltungsgerichte. Das ist mit der Justiz auch so abgestimmt. Momentan könnte eine größere Zahl in der geforderten Qualität gar nicht gewonnen werden. Wir, die CDU-Landtagsfraktion, haben aber das klare Ziel, bis zum Ende der Legislaturperiode einen Deckungsgrad von 100 % nach dem objektiven Bedarfsbemessungssystem PEBB§Y zu erreichen. Damit kommen wir diesen Zahlen einen weiteren Schritt näher.

Insbesondere der Abbau der Asylverfahrenswelle wird zu einer weiteren Entlastung beitragen, weil die 24 Stellen in der Justiz bleiben.

Wir haben 151 neue Stellen im Bereich des Justizvollzugs, davon stammen 51 aus der Empfehlung der Expertenkommission, und mit 100 weiteren Stellen stärken wir insbesondere den allgemeinen mittleren Vollzugsdienst. Dieser Bereich ist von höheren Belegungszahlen und psychischen Auffälligkeiten betroffen. Mit den beschriebenen Maßnahmen entlasten wir auch deutlich die Arbeitsbereiche der Justiz und stärken die bei uns Beschäftigten.

64 Justizwachtmeister kommen dazu. Die Zahl der sicherheitsrelevanten Vorkommnisse ist gestiegen. Wir stellen eine zunehmende Gewaltbereitschaft fest. Wir können mit der Personalaufstockung auch die Sicherheitsgruppen, Gerichte und Staatsanwaltschaften stärken, sodass eine deutliche Entlastung an den Gerichten stattfinden wird.

Bei der Grundbuchamts- und Notariatsreform liegen wir im Plan. Ab dem 1. Januar 2018 wird die Umsetzung stattfinden. Es ist gelungen, das Personal sozial verträglich einzubinden. Die entsprechenden Verwendungs- und Standortwünsche konnten weitestgehend berücksichtigt werden. Die Standortkonzepte wurden umgesetzt. Wir können mit 20 Neustellen im Bereich der Grundbuchamtsreform planmäßig an den Start gehen. Nach der Umsetzung wird es ja auch eine deutliche Entlastung geben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir schaffen aber auch Perspektiven: 28 Neustellen im Bereich der Rechtspflegeranwälte, 30 Neustellen im Bereich der Gerichtsvollzieheranwälte, 100 Neustellen bei den Rechtsreferendaren, bis Mitte 2020 befristet.

Unsere Justiz – das ist der Markenkern auch in Baden-Württemberg – zeichnet sich durch Bürgernähe, kurze Wege und eine personelle Stärke in der Fläche aus. Dafür sagen wir allen Kollegen herzlichen Dank, die dazu beigetragen haben, diesen Haushalt so zu gestalten, auch mit den starken Aufwüchsen im Bereich des Personals.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir schaffen eine bessere sachliche Ausstattung: Erweiterungsbau für die JVA Stuttgart mit 230 Haftplätzen, Sanierung der JVA Mannheim und der JVA Heimsheim mit 200 neuen Haftplätzen Mitte 2019. Wir setzen die begonnenen guten Projekte fort: Fremdsprachenfortbildung, externe Schuldnerberatung, islamische Seelsorge, Alarm- und Detektionstechnik, und wir entwickeln die Kooperationsvereinbarung Integration für die Zeit nach dem Strafvollzug weiter. Hier gibt es viele interessante und erfolgreiche Projekte, bei denen insbesondere das Ehrenamt eingebunden ist. Auch das zeichnet die baden-württembergische Justiz aus, dass wir nicht im luftleeren Raum arbeiten, sondern dass es hier viele Freiwillige gibt, die insbesondere in der Resozialisierung mitarbeiten.

Wir konnten mit Fraktionsanträgen eigene Akzente setzen. ReSo und ZAP, die Resozialisierungsprogramme im Jugendstrafvollzug, hat Kollege Filius schon genannt. Wir setzen aber auch einen weiteren Akzent mit der Studie über Paralleljustiz, über die wir ja hier im Parlament bereits diskutiert hatten,



(Dr. Bernhard Lasotta)

und wir statten das Bildungszentrum Kelterle mit 60 000 € zusätzlich aus, um entsprechende Möblierung anzuschaffen.

Wir gehen mit diesem Doppelhaushalt einen weiteren Schritt, um insbesondere die personelle und sachliche Ausstattung im Bereich der Justiz zu verbessern. Wir wissen aber auch, dass noch wichtige Aufgaben vor uns liegen. Die Besoldungsstruktur muss nach der Stellenobergrenzenverordnung im gehobenen und mittleren Dienst angepasst werden. Wir müssen in Zukunft weitere Haftplätze schaffen, im Bereich der JVA Rottweil auch altengerechte, barrierefreie Plätze. Wir müssen das vollzugliche Arbeitswesen weiter verbessern, und wir wollen insbesondere eine medizinische Gesamtkonzeption für unsere Strukturen – Justizvollzugskrankenhaus, Stärkung der großen Standorte, Kooperation mit dem Gesundheitswesen insgesamt – voranbringen. Wir bauen den Rechtsstaatsunterricht aus – eine Idee der CDU-Landtagsfraktion, die erfolgreich von Richtern und Staatsanwälten umgesetzt wird, die jetzt auch noch auf die Rechtsanwälte ausgedehnt wird. Und wir wollen uns in Zukunft noch einmal verstärkt um das Thema Opferschutz kümmern, indem wir flächendeckend Gewalt- und Traumaambulanzen in unserem Land umsetzen.

Herzlichen Dank für diese gute Vorlage, die wir gemeinsam geschaffen haben. Das ist ein echter Schritt, den die Justiz jetzt geht. Damit stärken wir, glaube ich, auch das Vertrauen in unser Land, in unsere Demokratie und in unseren Rechtsstaat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Als zweiter Redner der CDU-Fraktion erhält Herr Kollege Kößler das Wort.

**Abg. Joachim Kößler** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Europa muss uns etwas wert sein; das hat der Kollege Frey schon gesagt. Wir dürfen nicht nur in Sonntagsreden über Europa sprechen, sondern Europa muss auch ein fester Bestandteil der Landespolitik sein.

Gerade die Ereignisse der Vergangenheit – Flüchtlingskrise, Terroranschläge, Finanzkrise usw. – und natürlich auch die Äußerungen des amerikanischen Präsidenten und des türkischen Präsidenten Erdogan machen deutlich, dass Europa zusammenstehen muss. Wir müssen eine Wertegemeinschaft sein, und es muss selbstverständlich sein, dass wir europäische Werte verteidigen. Wir brauchen auch für unsere Wirtschaft Rahmenbedingungen, die eine solide Grundlage bilden. Gerade Baden-Württemberg als exportstarkes Land braucht einen klaren Europakurs.

Ich darf sagen: Wir haben in diesem Doppelhaushalt wesentliche Verbesserungen, was die Europapolitik betrifft, erreicht. Wir stärken gezielt das Personal, und wir stärken den Bereich Öffentlichkeit. Es muss klar sein, dass die Menschen Europa im Herzen tragen müssen, und es muss klar sein, dass Europa mehr ist als die Bürokratie in Brüssel, mehr als der Brexit, mehr als Steuerdumping, mehr als das Maß der Gurke usw.

Konrad Adenauer hat schon sehr früh gesagt:

*Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.*

„Notwendigkeit für alle“ bedeutet, dass wir darauf achten müssen, dass die Menschen erkennen, welchen Mehrwert Europa darstellt, dass sie Europa im Herzen tragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Es muss deshalb unser Ziel sein, diesen Mehrwert mehr als bisher deutlich zu machen. Nur wenn die Menschen begreifen, was Europa wert ist, werden sie auch für Europa eintreten. Wir haben natürlich auch einen großen Profit von den EU-Fördermitteln, und zwar über alle Ressorts hinweg. Aus diesem Grund muss deutlich werden, was Europa für die Menschen in Baden-Württemberg tut.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist unser eigenes Geld!)

Ich will nur eines sagen: Maßgeblich für den Wohlstand unseres Landes Baden-Württemberg ist letzten Endes der Gemeinsame Markt, und die Wirtschaft profitiert davon.

Aus diesem Grund haben wir natürlich sehr viele Mittel für Öffentlichkeitsarbeit im Haushalt etatisiert. Die Veranstaltung letzte Woche in der Liederhalle, an der 800 Gäste teilgenommen haben, zeigt, dass es darauf ankommt und wir mehr als bisher „draußen“ sein müssen. Wir müssen natürlich nicht nur hier in Stuttgart, sondern auch in der Fläche Öffentlichkeitsarbeit betreiben.

Wir müssen dafür sorgen, dass nicht diejenigen, die Europa schlechtreden, und diejenigen, die Europa beschädigen – so, wie es in England der Fall war –, zum Zuge kommen, sondern wir müssen gegensteuern. Das ist vor allem auch in der Bildungspolitik notwendig. Ich nenne nur das Europa Zentrum. Wir müssen in Zukunft mehr klare Linien betreffend Europa aufzeigen und nicht das Klein-Klein mit allen möglichen Dingen hervorheben.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Mein Dank gilt hier dem Europaminister. Er vertritt unsere Interessen in Brüssel und auch im Land sehr gut. Er hat im Bundesrat eine Initiative ergriffen, dass die Länder insgesamt mehr an den Brexit-Verhandlungen beteiligt werden.

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein paar Sätze zum Tourismus sagen. Dieser Wirtschaftszweig ist für Baden-Württemberg unendlich wichtig. Ich nenne nur ein paar Zahlen – die kommen nicht vom Wirtschaftsministerium, sondern vom DEHOGA –: 11 Milliarden € Jahresumsatz, 30 000 Betriebe, 128 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Gastgewerbe in Baden-Württemberg.

Es ist deshalb wichtig, dass wir in dieser Branche am Ball bleiben. Hier können wir meines Erachtens noch einiges tun. Das hat der Tourismusminister schon aufgegriffen. Insbesondere müssen wir die Touristik, die Nahtouristik und das Gastgewerbe im ländlichen Raum stärken. Da ist noch einiges zu machen. Ich verspreche mir auch sehr viel von der Tourismuskonzeption, die derzeit erarbeitet wird. Wenn wir dies auf den Weg bringen, so bin ich mir ganz sicher, dass wir auch in Zukunft einen guten Tourismus in Baden-Württemberg haben werden, der gute Arbeitsplätze, ein gutes Auskommen und gute Umsätze bietet.

(Joachim Kößler)

Meine Damen und Herren, es gilt jetzt, das konkret auszugestalten, was im Grunde noch in der Tourismuskonzeption erarbeitet wird. Ich gehe davon aus, dass wir dies auch schaffen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Das Wort für die AfD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Dr. Merz.

**Abg. Dr. Heiner Merz** AfD: Einzelplan 05: Justiz und EU. – Sehr geehrter Herr Präsident, wertere Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Der Staatshaushaltsplan für Baden-Württemberg weist im Einzelplan 05 aus unserer Sicht mehrere Gründe für Kritik und Korrekturen auf.

Doch fangen wir an mit einem Lob. Die Landesregierung plant die Aufstockung der Zahl der Stellen für Verwaltungsrichter, insbesondere für Asylverfahren. Dies ist angesichts der derzeitigen Klagewelle bei den Verwaltungsgerichten eine durchaus vernünftige Entscheidung. Hier geht die Regierung in die richtige Richtung, nämlich in eine Richtung, die schon vor einem Jahr von der AfD so gefordert wurde und damals von der Landesregierung abgelehnt wurde.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Grimmer von der AfD-Fraktion forderte schon in seiner Rede im letzten Jahr die Neueinstellung von mehr Verwaltungsrichtern. Damals wurde unser vorausschauender Vorschlag, wie bei den Blockparteien hier üblich, geschlossen und in Bausch und Bogen abgelehnt. Erst jetzt, da die schon damals klar und deutlich absehbare Klagewelle vor den Verwaltungsgerichten dramatisch ist, erst jetzt reagiert endlich unsere Landesregierung – ein Jahr später, als es mit unserer vorausschauenden Politik möglich gewesen wäre;

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Späte Einsicht!)

ein rein ideologisch und völlig grundlos verlorenes Jahr.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl! – Abg. Peter Hofelich SPD: Hochdeutsch!)

Statt aber das Justizwesen, insbesondere die Verwaltungsgerichtsbarkeit, rechtzeitig gestärkt zu haben und notwendigerweise auch noch mehr zu stärken, investiert unsere Landesregierung lieber an anderer Stelle, etwa bei der Vertretung des Landes Baden-Württemberg in Brüssel. Sicher ist es notwendig, das Brüsseler EU-Treiben genau zu beobachten, wenigstens solange diese EU noch in dieser Art und Weise besteht wie jetzt. Und sicher ist es auch legitim, wenn sich unser Bundesland im Ausland präsentiert; das muss sich übrigens nicht nur auf Brüssel beschränken. Was aber weder notwendig noch legitim ist, sind die immensen Summen, die hierfür in den letzten Jahren ausgegeben wurden

(Beifall bei der AfD)

und die nun sogar noch weiter steigen sollen. Allein für Veranstaltungen Baden-Württembergs in Brüssel eine Steigerung von mehr als 300 000 € in den nächsten zwei Jahren vorzusehen macht im Landshaushalt prozentual natürlich nicht viel aus. Viel Geld ist es aber, wenn wir bedenken, wie lange der

Durchschnittsverdiener in Baden-Württemberg arbeiten und Steuern bezahlen muss, um diese Partys baden-württembergischer Ministerien in Brüssel zu finanzieren.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Hinzu kommen 650 000 € für einen weiteren Ausbau unserer Landesvertretung. Aber welcher Mehrwert entsteht eigentlich für den baden-württembergischen Bürger und Steuerzahler durch das Marketing der Selbstinszenierung von Landesregierung und Landespolitikern in Brüssel? Das beste Marketing, meine Damen und Herren, wäre ein vorbildhaft funktionierendes Baden-Württemberg und nicht Medienshows oder glamouröse Veranstaltungen in Brüssel.

Eingeplant im Haushalt sind zudem erneut Mittel zur – ich zitiere – „Förderung des europäischen Gedankens“. „Des europäischen Gedankens“ – aha! Welchen europäischen Gedankens denn? Des Gedankens des immer weiteren Aufblähens, des Zentralisierens und Zusammenzwingens, was nicht zusammenpasst und so schon gar nicht zusammengehört.

(Beifall bei der AfD)

Das Bürokratie- und Umverteilungsmonster EU – frei nach dem honeckerschen Credo „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“ treibt auch die Landesregierung den Wahn einer immer zentralistischeren und mächtigeren EU voran. Fanatismus, Verbohrtheit und die Angst vor dem Eingeständnis, dass mit der EU etwas grundsätzlich falsch läuft, das treibt unsere Landesregierung auch hier an.

Europäische Gedanken gibt es schon lange, doch diese derzeitige EU ist nur eine Parodie wirklich europäischer Gedanken. Die EU ist eben nicht Europa.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Seit Jahrhunderten haben sich immer und immer wieder neue Ansätze und freie und gute Gedanken über eine Zusammenarbeit von Staaten, Nationen und Völkern – auch in Europa – ergeben. Es ist jedoch bezeichnend, dass die Junckers und Co. nun, einem Unfehlbarkeitsdogma gleich, ihr Selbsterhaltungskonstrukt EU nur mittels derart massiver staatlicher Propagandaoffensiven in die Köpfe der Menschen hämmern müssen.

Wäre die derzeitige EU nützlich und erkennbar positiv, dann wäre sie in der Bevölkerung von selbst so akzeptiert. Dies würde uns in den nächsten Jahren nicht noch einmal mehr als 750 000 € kosten. 750 000 € Propagandakosten im Landshaushalt, das ist übrigens 7,5-mal so viel, wie damals im ursprünglichen Entwurf vorgesehen war.

Um zu erklären, wieso das so ist, komme ich nun zum Punkt „Vermischte Verwaltungsaufgaben“ im Haushaltsplan. Die beiden entsprechenden Titel haben denselben Verwendungszweck. Das hört sich ganz harmlos an: „Vermischte Verwaltungsaufgaben“. Was sich jedoch dahinter verbirgt, ist laut Entwurf zum Staatshaushaltsplan eine sogenannte Europakampagne. Korrekter müsste dies EU-Kampagne oder richtig korrekt EU-Indoktrination heißen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

(Dr. Heiner Merz)

Europa ist ein schöner Vielvölkerkontinent vieler Nationalstaaten und vieler Kulturen. Die EU ist nur die eben genau dieses zerstören wollende Metastase in Europa.

Interessant wird es, wenn man sich den dazugehörigen Bericht zum Einzelplan 05 anschaut. Ich zitiere wörtlich aus diesem Bericht:

*Gerade mit Blick auf die im Frühjahr 2019 stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament wird in den Jahren 2018 und 2019 eine intensive europapolitische Öffentlichkeitsarbeit von besonderer Bedeutung sein, um populistischen und europafeindlichen Kräften nicht das Feld zu überlassen.*

(Abg. Bernd Gögel AfD: Hört, hört! Propaganda! –  
Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Richtig!)

Streichen Sie übrigens in diesem Zusammenhang in diesem Zitat korrekterweise jedes Mal „Europa“, und ersetzen Sie es durch „EU“.

Unser grün-schwarz regiertes Bundesland wird also seine Neutralitätspflicht ignorieren und verletzen und aktiv EU-propagandistisch Wahlkampf führen. Diese offen demokratiefeindliche Haltung ist erschreckend. Aber um ehrlich zu sein: Mich wundert hier nichts mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sie können aber sicher sein, dass wir, die AfD-Fraktion, darauf achten werden, ob diese Gelder wirklich so missbräuchlich eingesetzt werden wie nun schon sogar im Voraus angekündigt. Die Landesregierung bekämpft damit nicht nur die Gleichheit der Wahlen, sondern stellt wieder einmal die Mündigkeit der Bürger infrage. Sie etabliert ein Regierungshandeln, das einer demokratischen Gesellschaft nicht würdig ist und unsere Demokratie nachhaltig beschädigt.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Zusammen mit den Mitteln im Einzelplan für das Staatsministerium sind im vorliegenden Haushaltsplan weit mehr als 1 Million € für diese EU und gegen ein Europa freier und selbstbestimmter Staaten eingeplant.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Warum geht dann Herr Meuthen ins Europaparlament, wenn das so demokratiefeindlich ist? – Gegenruf des Abg. Sascha Binder SPD: Wo ist der eigentlich? – Zuruf von der AfD: Jemand muss ja gegensteuern!)

All diese Propagandaausgaben zeugen von einer Beklommenheit im Hinblick auf Ihre EU-Politik. Es ist höchste Zeit für eine Wende. Dies würde nicht nur dem Steuerzahler guttun, sondern vor allem auch Europa.

(Zuruf des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

Wir lehnen diesen Einzelplan 05 daher ab.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort zunächst dem Kollegen Binder.

**Abg. Sascha Binder SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident Kretschmann hat sich im März dieses Jahres mit einem Brief an die Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter gewandt. Er schrieb:

*Uns ist ein gut aufgestellter öffentlicher Dienst in Baden-Württemberg sehr wichtig.*

*Ohne Ihre Arbeit stünde unser Land nicht so erfolgreich da.*

Vollkommen richtig! Es wäre schön, wenn dies immer, und zwar unabhängig von der Haushaltslage, von allen so gesehen würde – insbesondere auch vom Absender des Briefes und seiner Finanzministerin.

Wir jedenfalls, die SPD, stehen nicht für immer mehr Staat, wie dies manchmal fälschlicherweise behauptet wird. Wir sind aber der festen Überzeugung, dass wir einen starken Staat brauchen. Das bedeutet für einen Haushalt wie den Justizhaushalt eben u. a. eine angemessene Personalausstattung für die Gerichte, die Staatsanwaltschaften und den Strafvollzug.

Denn Gerechtigkeit darf nicht zur „Geduldprobe“ werden, wie es im Titel eines Artikels in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 18. September 2017 hieß. Das dort aufgegriffene Verfahren gegen zwei frühere Vorstände eines insolventen Betriebs aus Villingen-Schwenningen und die unzumutbar lange Dauer dieses Wirtschaftsstrafverfahrens zeigen einen wunden Punkt auf, der unbedingt angegangen werden muss. Das Gerechtigkeitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger wird hier schon auf eine sehr harte Probe gestellt. Es darf sich nicht der Eindruck verfestigen: Die Großen lässt man laufen, und die Kleinen sperrt man ein. Dies wäre Gift für die hohe Akzeptanz, die unser Rechtsstaat genießt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen deshalb die neu geschaffenen Stellen in Justiz und Strafvollzug als einen weiteren Schritt in die richtige Richtung. Aber eines ist natürlich auch klar: Mit der Ausweisung von Stellen im Stellenplan allein ist es nicht getan. Die Stellen müssen eben mit Leben gefüllt werden. Diese Stellen mit gut qualifiziertem Personal zu besetzen stellt Gerichte und Justizvollzugsanstalten vor sehr große Herausforderungen. Das hören wir bei jedem Vor-Ort-Besuch. Aus unserer Sicht bedarf es endlich eines durchschlagenden Konzepts mit angemessenen Rahmenbedingungen, um für den Staat qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen. Das Angebot an Bewerberinnen und Bewerbern, speziell auch im ländlichen Raum, ist einfach zu gering, um den Bedarf adäquat decken zu können.

In diesem Zusammenhang hätten wir es begrüßt, wenn Sie, Herr Minister, für den allgemeinen Justizvollzugsdienst im Stellenplan nicht lediglich A-7-Stellen ausgewiesen, sondern den Rahmen der Stellenobergrenzenverordnung ausgenutzt hätten. Gerade im mittleren Dienst braucht es doch auch eine realistische Beförderungsperspektive – und nicht die Aussicht, nach jahrelangem Einsatz für den Staat so pensioniert zu werden, wie man begonnen hat.



(Sascha Binder)

Mich verwundert auch ein wenig, dass die Regierungsfraktionen von Grünen und CDU unseren Antrag dazu im Finanzausschuss abgelehnt haben. Denn schließlich hatten sie ja mit großem Tamtam eine Arbeitsgruppe „Moderner Strafvollzug“ eingesetzt, bei der diese Forderung ebenfalls Bestandteil der Ergebnisse war.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Wir machen eines nach dem anderen! Nicht alles auf einmal! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir werden deshalb ein scharfes Auge darauf haben, ob die angekündigten Stellen auch tatsächlich mit Leben gefüllt werden können.

Auch die Einstellungssituation bei den Anwärterstellen muss im kommenden Jahr nicht nur quantitativ, sondern eben auch qualitativ in den Blick genommen werden. Sollte sich ein Defizit abzeichnen, muss zwingend der Anwärtersonderzuschlag in der Höhe und in Bezug auf die Altersgrenze angepasst werden. Denn Stellen allein helfen den Justizvollzugsbediensteten nicht, wenn sie allein für ein Stockwerk mit 55 Häftlingen zuständig sind.

Aber nicht nur der Justizvollzug steht vor enormen Herausforderungen. Mit der noch von CDU und FDP/DVP beschlossenen, zum 1. Januar 2018 vollständig umgesetzten Notariats- und Grundbuchamtsreform hat die Justiz in Baden-Württemberg die größte Reform aller Zeiten zu schultern. Es bedarf gerade jetzt enormer Anstrengungen, um den befürchteten Engpässen, beispielsweise im Nachlass- und Betreuungswesen, entgegenzuwirken. Es ist wichtig, den Menschen draußen im Land zu sagen, dass es Probleme geben wird, und wir müssen an die Bürgerinnen und Bürger appellieren, dass sie Verständnis aufbringen für die großen Probleme, und müssen klarmachen, dass die Politik versucht, im Rahmen der Möglichkeiten Abhilfe zu schaffen, meine Damen und Herren.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Justiz, den Beamtinnen und Beamten im Justizvollzug, in den Gerichten und Staatsanwaltschaften ebenso wie auch den Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern, die sich tagtäglich hauptberuflich oder ehrenamtlich in unserem Rechtsstaat und für unseren Rechtsstaat einsetzen – sie setzen sich ein; einsitzen tun andere –, möchten wir recht herzlich für diesen Einsatz danken.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der FDP/DVP)

Auch wenn wir, die SPD-Fraktion, dem Einzelplan 05 zustimmen werden, so gibt die Aussprache zum Justizhaushalt doch immer auch Anlass, das rechtspolitische Handeln des Justizministers und des Justizministeriums in den Blick zu nehmen.

Mein Blick geht heute in den Bericht des Ministers zu seinem Haushalt. Danach haben er und sein Ministerium an wichtigen Gesetzgebungsverfahren beratend mitgewirkt. So kennen wir es seit jeher. Das Justizministerium steht den Fachministerien als Querschnittsministerium rechtlich zur Seite. Gerade bei verfassungsrechtlich schwierigen Fragen ist die Expertise des Justizministeriums zwingend.

Explizit weisen Sie, Herr Justizminister Wolf, in Ihrem Bericht auf die Mitwirkung Ihres Hauses bei der Änderung des Polizeigesetzes

(Abg. Gabi Rolland SPD: Oi, oi, oi!)

sowie des Landesverfassungsschutzgesetzes hin. Da habe ich mir doch etwas verwundert die Augen gerieben. Ich habe weder im Gesetzentwurf noch während des Gesetzgebungsverfahrens in den parlamentarischen Gremien vernommen, welche rechtliche Einschätzung der Justizminister zu diesen Gesetzentwürfen des Innenministers hatte.

Es stellt sich dann schon die Frage, ob das Justizministerium den Gesetzentwurf so, wie er vom Innenministerium in den Landtag eingebracht wurde, 1 : 1 mitgetragen hat

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das kann ich mir nicht vorstellen!)

oder ob es vielmehr doch entsprechende Bedenken aus Ihrem Haus gab. So, wie ich die Damen und Herren im Justizministerium einschätze, würde ich auf die zweite Alternative tippen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das kann gar nicht anders sein!)

Es wäre hilfreich, wenn Sie dem Landtag die Stellungnahme Ihres Hauses zum ursprünglichen Entwurf des Innenministeriums zukommen lassen.

Eines steht jedenfalls fest: Hätten wir die Initiative nicht ergriffen, dann hätten wir jetzt ein Gesetz im Gesetzblatt, um das sich in naher Zukunft der Verfassungsgerichtshof hätte bemühen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb erwarte ich von Ihnen, auch was die Prozessökonomie am Verfassungsgerichtshof angeht, dass Sie Ihre rechtliche Expertise einbringen, und zwar aktiv und öffentlich, und dass Sie bei großen verfassungsrechtlichen Bedenken den Landesgesetzgeber darüber in Kenntnis setzen. Ich denke, das ist auch Ihre Aufgabe als der für Recht und Gesetz Zuständige in diesem Land.

Ich freue mich, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme zukommen lassen. Das wäre ein spannender Beitrag zur rechtspolitischen Diskussion in diesem Landtag.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Es war schon sehr schwierig, Kritikpunkte zu finden!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Als zweitem Redner der SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Hofelich.

**Abg. Peter Hofelich SPD:** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe einige Gedanken zu Europa und zum Haushalt.

Von meiner Seite: Herr Dr. Merz, Sie haben hier heute wieder eine wahre Suada hingelegt. Damit möchte ich mich gar nicht lange aufhalten; denn es geht hier um den Haushalt. Ich möchte Ihnen aber dennoch sagen: Bei all dem Sud, den Sie hier geboten haben, finde ich, wäre es das Beste, wenn Sie im übernächsten Jahr nicht für das Europäische Parlament kandidie-

(Peter Hofelich)

ren würden; denn damit haben Sie nichts mehr zu schaffen. Das muss ich schon einmal sagen.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Ja! Und den Herrn Meuthen abziehen!  
– Zuruf des Abg. Joachim Kößler CDU)

Was die Neutralitätspflicht angeht – ich muss dem Minister nicht vorgreifen, das ist auch nicht meine Aufgabe; ich bin mir sicher, dass der Minister mit dem Geld für die Kampagne alles korrekt macht –, können Sie eines nicht erwarten, nämlich, dass wir uns nicht wehren, wenn Sie hier solche Dinge sagen. Wir wehren uns dagegen. Sie können also davon ausgehen, dass wir Position beziehen; das ist auch klar.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, für die Bereiche Europa, Internationales und – ich fasse es weiter; auch wenn das nicht nur den Einzelplan 05 betrifft – Entwicklungszusammenarbeit hat die Landesregierung einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der an vielen Stellen Lücken ließ.

Beispielhaft möchte ich die unzulänglichen Mittel für die Förderung internationaler Kooperation nennen. Es war hinlänglich bekannt, dass unsere SEZ – die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg – mit den für Projekte vorgesehenen jährlichen 1,2 Millionen € nicht auskömmlich finanziert war und viele neue Projektanträge abgelehnt werden mussten – Kollege Lasotta hat das u. a. identifiziert.

Auch ein seit Jahrzehnten bekanntes strukturelles Defizit beim Europa Zentrum Baden-Württemberg wurde ignoriert. Das hatte sich zwischenzeitlich so verschärft, dass die Zukunft des Hauses bedroht war.

(Abg. Joachim Kößler CDU: Das ist geklärt!)

– Das weiß ich auch. Ich spreche gerade davon, wie es ursprünglich ausgesehen hat.

Dass es Defizite bei den vier in der Fläche Baden-Württembergs verteilten Deutsch-Amerikanischen Instituten gab, die ohne zusätzliche Zuschüsse Abstriche bei ihrem Programm und auch beim Personal hätten machen müssen – z. B. bei den Sprachkursen –, war auch bekannt.

Mit dem, was als Haushaltsplanentwurf kam – die Beispiele, die ich genannt habe, betreffen nicht den Europahaushalt des Ministeriums der Justiz und für Europa, sondern sind verteilt auf den Haushalt des Kultusministeriums und den Haushalt des Staatsministeriums –, haben die, die da Verantwortung tragen, die kalte Schulter gezeigt gegenüber den zivilgesellschaftlichen Organisationen, die für uns die Zusammenarbeit in Europa und in der Welt organisieren. Der Haushaltsplanentwurf war so, wie er zunächst vorgelegt wurde, eine ziemlich schwache Leistung, meine Damen und Herren.

Deswegen sage ich: Der ursprüngliche Entwurf wäre für uns nicht zustimmungsfähig gewesen. Jetzt ist er zustimmungsfähig, weil er im Ausschuss zustimmungsfähig gemacht wurde. Es ist unser aller Erfolg, dass wir uns heute mit dem, was wir für Europa und Internationales tun, besser zeigen können. Das

ist auch gut so – um hier eine bekannte Redewendung aufzugreifen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

– Kollege Professor Dr. Schweickert erkennt sofort den Moment, in dem man klatschen kann.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wir haben z. B. bei den internationalen Kooperationen eine Erhöhung von 2,4 auf immerhin 4,2 Millionen € erreicht. Wir haben z. B. die Lücke beim Europa Zentrum geschlossen; es kann auskömmlich arbeiten. Wir haben beim DAZ eine aufgabengerechte Finanzierung. Die Europakampagne, von der jetzt gerade die Rede ist, ist auch finanziert, auch wenn man sich fragt, wie sie verteilt auf die beiden Häuser – Staatsministerium und Europaministerium – finanziert ist. Jeder hat in dieser Kampagne seinen eigenen Garten, den er bespielen darf – besonders beziehungsorientiert im Staatsministerium und expertenorientiert beim Europaministerium. Nun ja, so sind halt die politischen Ansätze unterschiedlich verteilt.

Aber ich würde schon gern mal etwas dazu sagen – weil wir dann auch beim Verständnis dieser Koalition sind –, was die Politik im Bereich Europa und Internationales angeht. Kollege Reinhart hat heute Mittag hier gesagt: Mit dieser Pressekonferenz, die gestern stattgefunden hat, hat der Europadialog begonnen.

(Heiterkeit des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ich möchte nur mal sagen: Es gab auch schon vorher im Land Baden-Württemberg eine Welt, in der wir über Europa und Internationales gesprochen haben. Sogar Kollege Reinhart war daran beteiligt. Das ist immer die Spannung zwischen Anmaßung, Missverständnis und Hybris. Irgendwie weht bei diesen Sätzen – genau wie bei: „Die Digitalisierung beginnt jetzt in Baden-Württemberg“ – immer ein Hauch von Peinlichkeit durch die Säle.

Im Grunde genommen geht es darum, dass wir das Ganze in der Situation, die wir haben, endlich wieder in Fahrt bringen. Das geschieht hoffentlich mit diesem Haushalt. Es heißt auch, dass wir den Lackmuestest des Haushalts bestehen müssen, dass wir es auch finanziell in Fahrt bringen. Bei der Politik im Bereich Europa und Internationales lohnt sich ein Aussitzen nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Das Manko von Grün-Schwarz – das wissen Sie selbst – ist die organisatorische Zersplitterung insbesondere der Europapolitik, aber auch der Politik der internationalen Beziehungen über verschiedene Häuser. Das Staatsministerium kann nicht recht loslassen. Es ist wichtig – Herr Minister Wolf, da haben Sie auch unsere Unterstützung –, dass wir hart bündeln, was die Europapolitik angeht, dass wir in Baden-Württemberg eine Europapolitik aus einem Guss machen. Das ist derzeit nicht der Fall. Ich fordere alle Akteure auf, dass sie diese eine Sprache, die wir in diesem Land in den letzten Jahren schon einmal hatten, zusammen wieder finden. Es darf nicht sein, dass wir zwischen grünen und schwarzen Befindlichkeiten eine ro-

(Peter Hofelich)

te Linie für die Europapolitik verlieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Was die inhaltlichen Themen angeht, kann man unterschiedlicher Meinung sein. Ich brauche nur CETA anzusprechen. Auf jeden Fall sollte man es hier auf den Tisch des Hauses bringen.

Ich wundere mich auch ein bisschen, wie Ministerpräsident Kretschmann die Dinge angeht: Er stellt sich mal kurz hier hin, sagt: „Europa ist Staatsräson“ und taucht dann wieder ab – vielleicht noch ein bisschen Subsidiarität. Ich stelle schon gar nicht mehr die Frage, wie oft im Jahr er in Brüssel ist; auffallen tut es jedenfalls nicht. Das, was sozusagen an eigenen Themen vorhanden ist, bleibt zunächst einmal auf der Seite. Nein, dann äußert er sich schon lieber zu Martin Schulz: „Es kann ja nicht sein, dass wir den dritten Schritt – Vereinigte Staaten von Europa – vor dem ersten Schritt tun.“ Ich kann mich nicht entsinnen, dass Martin Schulz nicht gesagt hätte, auch ein erster und zweiter Schritt wären sinnvoll. Aber man sagt als grüner Ministerpräsident von Baden-Württemberg das, was gesagt ist, und findet komischerweise mit solchen Plattitüden in den Medien auch noch Resonanz. Das finde ich komisch.

Ich fände es gut, wenn dieser Ministerpräsident einmal sagte: „Seit Oktober habe ich den Vorsitz bei den ‚Vier Motoren‘.“ Dazu gehört Katalonien.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Ach echt?)

Deswegen: Was machen wir eigentlich mit dem neuen Vorsitz bei den „Vier Motoren“? Dazu habe ich bisher nichts gehört. Ich fände es gut, wenn er etwas dazu sagte, wie wir mit den Strukturfonds in Europa umgehen, wenn das Geld aus Großbritannien mal fehlen wird, und was dann der Standpunkt Baden-Württembergs zu EFRE-Mitteln und anderem ist.

Ich fände es gut, wenn dieser Ministerpräsident einmal etwas dazu sagte, wie er es mit einem europäischen Finanzhaushalt, mit einem europäischen Finanzminister hält. Dazu hört man auch wenig bis nichts. Er ist einer, der sich hinstellt für die großen Töne, aber, wenn es um europäische Positionierung geht, in diesem Land nichts zuwege bringt und leider deswegen auch – Er hat heute Morgen auch wieder ein Beispiel dafür gegeben: viel Inszenierung und viel Selbstherrlichkeit, aber wenig praktische Erträge für Baden-Württemberg in der Europapolitik von diesem Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege!

**Abg. Peter Hofelich** SPD: Unser Ziel, Herr Präsident, ist die europäische Integration und die globale Zusammenarbeit. Was integrieren und Zusammenarbeit betrifft, fordere ich die Landesregierung auf, bei sich selbst anzufangen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich als erstem Redner dem Kollegen Weinmann das Wort.

**Abg. Nico Weinmann** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Grundpfeiler unserer Demokratie, unserer gelebten Freiheit, unserer liberalen und weltoffenen Gesellschaft ist ein effektiver und effizienter, vor allem ein verlässlicher Rechtsstaat.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Unser Rechtsstaat gerät jedoch zusehends unter Druck. Die Bilder der Silvesternacht in Köln, die Lkw-Todesfahrt in Berlin oder terrorisierende unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Mannheim reflektieren dabei nur die Spitze des Eisbergs – ein schwindendes Vertrauen in unseren Rechtsstaat, das in einem großen Teil der Bevölkerung schleichend und tiefgründig Verunsicherung, ja eine beklemmende Ohnmacht auslöst.

Reflexartig nach jedem Vorfall folgt der Ruf der Politik nach schärferen Gesetzen, nach weiter gehenden Befugnissen. Benjamin Franklin wusste von dem Dilemma, dass zu weiche Gesetze selten befolgt, zu strenge selten vollzogen werden. In der Tat, ein zu schwacher Rechtsstaat ist nicht in der Lage, Recht und Ordnung zu schützen; ein zu starker Staat hingegen kann Freiheit und Grundrechte gefährden.

Es ist dabei gerade der Markenkern liberaler Innen- und Rechtspolitik, klug und mit Augenmaß und mit Mitte abzuwägen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Jüngst wurden auch in diesem Haus Gesetze verschärft und neue geschaffen. Gleichzeitig und viel dringender bedarf es aber einer konsequenten Durchsetzung bestehender Gesetze. Gerade hier aber zeigen sich erhebliche Defizite. Denn bei einer Vielzahl von Verfahren stellt sich schon die Frage, ob eine Einstellung offiziell wegen Geringfügigkeit oder gegen Zahlung einer Geldauflage nach § 153 a StPO nicht tatsächlich aus Mangel an Kapazitäten schon bei der Polizei erfolgt. Andererseits führen immer mehr Strafgesetze zu einer Erhöhung der Zahl von Strafverfahren. Die Überbelastung der Staatsanwaltschaften und Gerichte steigt.

So war sich auch unser Justizminister Wolf nicht zu schade, die Aufforderung zum Suizid – so verwerflich dies moralisch ist – künftig strafrechtlich zu sanktionieren. Aber nicht jedes verwerfliche Verhalten muss strafrechtlich sanktioniert werden. Wenn wir Strafgesetzänderungen zum Werkzeug im Wettstreit um mediale Präsenz machen, werden wir schon bald unser Land nicht mehr erkennen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Wir nehmen mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die Problematik nunmehr auch bei der Landesregierung in ihrer Dringlichkeit erkannt wurde. Die Landesregierung hätte allerdings nach unserem Dafürhalten frühzeitig mit Stellenschaffungen bei den Gerichten auf die Situation reagieren können, ja müssen. Stattdessen wurden von Grün-Schwarz 2017 ganz be-



(Nico Weinmann)

wusst lediglich 74 Richter und Staatsanwälte eingestellt, obwohl der Bedarf mit 211 ermittelt wurde. Im Haushaltsentwurf sind jetzt 91 Neustellen für Richter sowie für Staatsanwälte vorgesehen. Von diesen 91 werden – das ist begrüßenswert – zunächst 24 den Verwaltungsgerichten zur Bewältigung der prekären Asylverfahrenswelle zugehen. Nach Bewältigung dieser Welle sollen diese dann den Zivil- und Strafgerichten oder den Staatsanwaltschaften übertragen werden.

Wir verhehlen gleichwohl nicht, dass wir vom Justizministerium erwarten, dass die fehlenden Stellen bei Richtern und Staatsanwälten in den nächsten Jahren sukzessive besetzt werden und so dem Rechtsstaat Handlungsfähigkeit zurückgegeben wird. Die Krux in Analogie zu Wilhelm Busch ist uns bewusst: Der Rechtsstaat ist hochverehrt, obwohl die Kosten oft beschwerlich. Wir Freien Demokraten sind jedoch der festen Überzeugung, dass Investitionen in einen gut funktionierenden Rechtsstaat sich langfristig rechnen, nicht nur gesellschaftlich oder politisch, sondern auch ökonomisch.

Indes, die Schere zwischen politischen Parolen und der Realität des Rechtsstaats öffnet sich seit Jahren. Während in politischen Sonntagsreden immer davon gesprochen wird, wie vermeintlich sicher unser Land ist, machen sich in vielen Bereichen Angst und Unsicherheit breit.

(Abg. Anton Baron AfD: Erst heute wieder!)

Aber die Strafverfolgungsstatistik zeigt, dass der Trend zu weniger Kriminalität spätestens mit der Flüchtlingskrise 2015 sein Ende gefunden hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, auch wenn es vielleicht dem Wunschbild gelingender Integration widersprechen mag, dass die Zahl ausländischer männlicher Straftäter, gemessen am Anteil dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung, überproportional hoch ist.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Auch hier müssen wir gegensteuern – präventiv wie repressiv, auch durch konsequente Abschiebung von Straftätern.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sehr gut!)

Allerdings zeigt sich hier, dass entgegen der vollmundigen Ankündigung des Herrn Innenministers keine nennenswerte Erhöhung der Abschiebungszahlen erfolgt, sondern diese 2017 auf dem bescheidenen Vorjahresniveau stagnieren.

Als Folge der zunehmenden Kriminalität zeigt sich, dass die Gefängnisse in unserem Land aus allen Nähten platzen. Den Ausbau der Haftlingsplätze müssen wir zügig vorantreiben; denn ein Rückgang der Haftlingszahlen wie auch eine Entlastung sind nicht absehbar.

Probleme bereitet auch die zunehmende Heterogenität der Häftlinge. Immer mehr von ihnen sind verhaltensauffällig, können kein Deutsch, sind kaum resozialisierbar. Daher werden die Herausforderungen an das Personal immer größer.

Diese dringliche Situation greifen wir in unserem Entschuldigungsantrag auf. In einem Gesamtkonzept muss der Ausbau der Haftlingsplätze zügig vorangetrieben werden. Justizvollzugsanstalten müssen mehr personelle und sachliche Unter-

stützung im Umgang mit der zunehmenden Zahl problematischer Häftlinge erhalten. Hier bitten wir Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Sinne eines funktionierenden Strafvollzugs und der in diesem Bereich Beschäftigten, denen unser Dank gilt, um Unterstützung unseres Antrags.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Doch neben zusätzlichem Personal ist es unerlässlich, dass eine moderne Justiz mit moderner Technik ausgestattet ist. Die FDP/DVP-Fraktion begrüßt dabei ausdrücklich die Initiative des Justizministeriums, die Digitalisierung bei und in Gerichtsverfahren voranzutreiben. Durch die E-Akte, die Möglichkeit der Onlineverhandlungsführung oder beispielsweise die Beweisaufnahme durch moderne Möglichkeiten der Visualisierung kann die Digitalisierung für Erleichterung sorgen. Aber ehrlich: Die Digitalisierung wird in erster Linie die Effizienz, nicht aber die Qualität erhöhen.

Meine Damen und Herren, „unser Staat ist zuallererst ein freiheitlicher Rechtsstaat, der die Rechte und Würde seiner Bürger gewährt und sichert“, bemerkte zutreffend Bundespräsident Roman Herzog. Dieser freiheitliche Rechtsstaat ist die Grundlage unserer Demokratie und unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Dieser will und muss verteidigt und gestärkt werden.

Die guten Ansätze in diesem Doppelhaushalt kommen. Sie kommen spät, hoffentlich nicht zu spät, um dem drohenden Verlust des Vertrauens in unseren Rechtsstaat wirksam zu begegnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Als zweitem Redner der FDP/DVP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Dr. Schweickert das Wort.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass Baden-Württemberg bei Touristen immer beliebter und damit unsere Region attraktiver wird, freut uns Liberale sehr. Es ist schön, zu sehen, dass der Landesregierung der Tourismus mittlerweile wohl auch am Herzen liegt.

Aber es ist dann schon verwunderlich, dass Herr Kretschmann, wie man heute Morgen gehört hat, davon ausgeht, dass diese Koalition in allen Bereichen – also auch in diesem Haushaltsplan – das Beste aus beiden Welten verbindet. Das war ja seine Aussage. Da frage ich mich schon, wer von diesen beiden hier sich noch bei uns, auf unserem Planeten befindet und wer vielleicht schon auf einem anderen Stern wohnt.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Denn die Regierung hat in diesem Bereich große Probleme, die richtigen Zuständigkeiten zu finden. Beim Tourismus spielen fünf Ministerien mit, und nachdem die Regierung die Kompetenzen in einem Zuständigkeitswirrwarr sehr lange hat versanden lassen, ist nicht klar, wen man bei welcher Veranstaltung trifft.

(Dr. Erik Schweickert)

Und was macht die Regierung? Wo trifft die sich? Die trifft sich in Arbeitskreisen. Das Resultat ist nun, dass in Baden-Württemberg ein neues Tourismuskonzept erstellt werden soll. Dass der Tourismus ein neues Konzept braucht, meine Damen und Herren, das ist uns Liberalen aber nicht erst seit Kurzem klar.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Leider ist hier viel zu viel Zeit den Rhein und den Neckar hinuntergeflossen. Flexibilisierung der Arbeitszeit, Digitalisierung, Bekämpfung des Fachkräftemangels, das sind die dringenden Themen, die anliegen und die wir in der Gastronomie, der Hotellerie und im Tourismus angehen müssen. Hier ist Initiative gefragt. Die Hoteliers sind auch diejenigen, die den Breitbandausbau brauchen – genauso wie die Gäste, deren Aufenthaltsqualität gesteigert wird. Deswegen ist es wichtig, dass wir hier in Zukunft alle mitnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Beim Stichwort „Alle mitnehmen“, meine Damen und Herren, komme ich zum Thema Europa. Da müssen tatsächlich alle mitgenommen werden, wenn wir Europa den Bürgerinnen und Bürgern wieder nahebringen möchten. Aber in den Haushaltsberatungen konnte man den Eindruck gewinnen, dass die Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten in dieser Koalition im Wesentlichen über Geld erkaufte werden muss. Keine einzige Ausgabe, die ansatzweise ein Zukunftsthema betrifft, wurde auf den Weg gebracht, ohne dass das Staatsministerium auch einen Titel mitgezeichnet hat.

(Zuruf von der FDP/DVP: Ja!)

Seien es der Automobilgipfel, die Europakampagne oder die Digitalisierungsmittel – man hat den Eindruck, dass bei allen Zukunftsfragen auch alle mitspielen wollen. Das Ganze wird uns dann positiv verkauft

(Abg. Joachim Kößler CDU: Das ist auch gut so!)

als Querschnittsaufgabe – die ja so wichtig ist, meine Damen und Herren. Tatsächlich ist das nichts anderes als in Geld gegossenes Misstrauen gegenüber dem Koalitionspartner.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD – Zuruf: Sehr gut!)

So hat der Ministerpräsident zusammen mit Herrn Minister Wolf eine Europakampagne aufgelegt. Natürlich findet diese zufällig vor der Europawahl statt. Soll man sie danach stattfinden lassen?

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Gar nicht!)

Soll man danach über Europa diskutieren? – „Gar nicht“, das ist die richtige Antwort, die natürlich nur aus Ihrer Ecke kommen kann, Herr Merz. Wir müssen schon einmal überlegen –

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Mit eigenen Mitteln kann die EU für sich werben, nicht die Landesregierung mit Steuermitteln! – Glocke des Präsidenten)

– Wenn Sie eine Frage stellen wollen, Herr Merz, dann stellen Sie sie. Aber wenn Sie sich bei den Themen beteiligen wollen, dann schauen Sie sich an, was dieser Landtag gemacht

hat. Beim Auftakt der Weißbuchveranstaltung saß Herr Krause. Das war nicht nur rosarote Brille. Da haben wir uns kritisch mit Europa auseinandergesetzt. Das sind die richtigen Veranstaltungen, die wir brauchen, um positiv mit dem Thema umgehen zu können.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Kollege Dr. Schweickert, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Merz?

**Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP:** Ja.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Kollege Dr. Merz, bitte.

**Abg. Dr. Heiner Merz AfD:** Herzlichen Dank für das Erlauben der Zwischenfrage. – Finden Sie es wirklich richtig, dass die Landesregierung in einen Wahlkampf mit Steuergeldern eingreift, der quasi absolut eine Position bezieht, die nicht ergebnisoffen ist? Finden Sie es richtig, dass irgendwelche Weißbuchveranstaltungen, die hier abgehalten werden,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

tatsächlich bereits in eine eindeutige, deutliche Richtung gehen, nämlich mehr Zentralisierung und mehr Stärkung dieser EU?

(Unruhe)

**Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP:** Herr Kollege Merz, ich weiß nicht mehr, wie viele von Ihrer Fraktion anwesend waren, als wir die Auftaktveranstaltung gemacht haben. Jeder, der da war, weiß, dass das eine ausgewogene Diskussion war, die nicht nur in eine Richtung gegangen ist. Daher ist der Vorwurf, den Sie hier erheben, in diesem Bereich vollkommen unbegründet.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Bei einer Veranstaltungsreihe, deren Eröffnung im Jahr 2017 stattfindet, in die verschiedene Ausschüsse eingebunden sind – Kollege Stächele hat mit Recht den Antrag gestellt, dass sich die Ausschüsse in ihrem jeweiligen Bereich mit dem Weißbuch beschäftigen sollen – und die sich über mehrere Monate erstreckt, davon zu sprechen, dass das Ganze eine Manipulation einer Wahl darstellt – lieber Herr Kollege Merz, ich würde mir erst einmal überlegen, ob es richtig ist, dass man den Fraktionsvorsitzenden nach Europa abschiebt, damit er dort seine Diäten bekommt, wenn man so gegen die EU ist wie Sie.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Bravo!)

Weil wir genau diese Veranstaltung brauchen, bin ich auch der Meinung, dass es nicht sein darf, dass es von den Protagonisten wieder heißt: Alte Männer reden gut über Europa. Ich würde mir wünschen – das geht insbesondere an Frau Erler, die ich gerade nicht sehe –, dass man sich bei der Zielgruppe gerade auch an die jungen Menschen richtet.

700 Leute waren bei der Eröffnungsveranstaltung anwesend, aber nur 30 haben diese im Livestream verfolgt. Da stimmt das Verhältnis nicht. Ich glaube, es wäre wichtig, dass man

(Dr. Erik Schweickert)

mehr Wert auf eine Zielgruppenansprache legt denn auf einen Häppchenempfang. Da bin ich wirklich gespannt – es wurde gestern angekündigt –, wie Frau Staatsrätin Erler es hinbekommt, dass wir eine innovative Veranstaltung durchführen, die die Leute tatsächlich aus den Socken haut.

Meine Damen und Herren, wir bewegen uns sicherlich in schwierigem Fahrwasser – gerade auch jetzt im Dezember, wenn ich mir anschau, wie die Brexit-Verhandlungen momentan laufen. Da wird, obwohl man gedacht hat, es gebe eine erste Einigung, diese gleich wieder infrage gestellt – und zwar nicht von irgendjemandem, sondern von Frau May höchstpersönlich. Deswegen gilt weiterhin: Die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien liegen nicht nur für zahlreiche Bürger im Unklaren, sondern auch für diejenigen, die in den Verhandlungen stecken.

Das besorgt die Bürgerinnen und Bürger zu Recht. Aber es gibt auch eine große Unsicherheit für die Unternehmen. Da ist halt die Frage, wie man dort mit diesem Brexit umgeht. Die Niederlassungsfreiheit, die wir in der EU haben, hat ja dazu geführt, dass wir mit einem extrem niedrigen Aufwand auch hier vor Ort Gründungen nach der britischen Rechtsform „Limited Company“ oder „Public Limited Company“ vornehmen konnten; doch das wird in Zukunft, wenn der Brexit mit seinen Rechtsfolgen vollzogen ist, nicht mehr möglich sein.

Deswegen war es auch richtig, dass die FDP/DVP-Fraktion zur Beseitigung dieser rechtlichen Unsicherheiten im Rahmen der Ausschussberatungen einen Antrag mit dem Ziel eingebracht hat, dass man hier in ein Beratungsangebot geht. Wir haben den Antrag gestellt. Er wurde leider abgelehnt. Aber ich hoffe, er wurde nicht deshalb abgelehnt, weil vielleicht die Landesregierung nicht weiß, in welche Richtung sie beraten soll, meine Damen und Herren. Da muss mehr passieren. Wir – gerade in Baden-Württemberg – haben ein großes Interesse daran, dass die Europäische Union auch nach dem Brexit funktioniert.

Wenn ich mir vor Augen führe, dass es vor Weihnachten unklare Verhältnisse gibt, dann wünsche ich mir schon, dass wir im Jahr 2018 in der Europapolitik – genau so, wie es bei der Auftaktveranstaltung zum Weißbuch der Fall war – eine offene, von mir aus auch schonungslos kritische, aber von einem positiv-proeuropäischen Gedanken getragene Diskussion über die EU haben.

Das Letzte – da kommt schon der Tusch –, meine Damen und Herren:

(Unruhe)

Kollege Merz hat vorhin gesagt, es habe schon früher europäische Gedanken gegeben. Ja, die gab es: bei den Römern und bei Napoleon. Aber ich muss Ihnen sagen: Die Gedanken, die es damals gab, passen nicht zu meiner EU. Ich möchte vielmehr darüber diskutieren, wie die EU unserer Kinder aussieht, wie wir das nach vorn bringen können. Darüber lohnt die Auseinandersetzung. Wer sich wegduckt, wer nicht kommt und das Ding streichen will, der hat sich jeder Diskussion ver sagt, meine Damen und Herren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Wolf.

**Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte hat gezeigt, dass sich bei der Diskussion um den Einzelplan 05 – erst einmal mit Blick auf die Justiz – viele hier im Haus einig sind. Ich empfinde es als gutes Zeichen für die Bedeutung des Rechtsstaats, dass dieser hier nicht strittig diskutiert wird, sondern dass sich dieses Hohe Haus einmütig zu einem starken Rechtsstaat bekennt, dass es sich einmütig dazu bekennt, dass man diesem starken Rechtsstaat auch das notwendige Handwerkszeug mit auf den Weg geben muss, damit er seiner Funktion gerecht werden kann.

Wir sind uns auch einig, dass die baden-württembergische Justiz seit Jahrzehnten hervorragende Arbeit leistet. Wir haben keine Kuscheljustiz. Wir haben eine Justiz, die sich ihrer Verantwortung bewusst ist, und das seit vielen Jahren.

Lieber Kollege Weinmann, ich bin wirklich froh, dass heute alle unsere Bestrebungen unterstützen, den Personalkörper der Justiz zu stärken. Aber ich möchte mir schon den Hinweis erlauben: Es hätte auch schon vor Jahren Gelegenheit gegeben, der Justiz in unserem Land mehr Personal zur Verfügung zu stellen, und da haben andere die politische Verantwortung im Justizministerium getragen.

(Zuruf des Abg. Nico Weinmann FDP/DVP)

Insofern sage ich: Lassen wir einmal die Kirche im Dorf. Was jetzt stattfindet, ist ein Paradigmenwechsel in der Justiz. Während es früher darum gegangen ist, dafür Sorge zu tragen, dass kein Personal abgebaut wird, wird seit 2017 erstmals wieder in nennenswertem Umfang und anlassunabhängig Personal aufgebaut. Das ist die Stärkung der Justiz in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz sind nicht nur Gesicht unseres Rechtsstaats, sondern sie sorgen zeitnah für Rechtssicherheit und sind somit der Garant für ein friedliches Miteinander hier bei uns im Südwesten. Wir sind uns einig, dass den Richtern und Staatsanwälten, den Rechtspflegern, Servicekräften und Justizvollzugsmitarbeitern für ihr großes Engagement und hohes fachliches Können unser Dank gebührt. Wir sind uns dazuhin einig, dass ein gut funktionierender Rechtsstaat eben das notwendige Personal und eine angemessene Ausstattung benötigt.

Damit Baden-Württemberg insgesamt ein sicheres Bundesland bleibt, ist es notwendig, der Justiz diesen Stellenwert zu geben, um das Vertrauen der Menschen in unseren Rechtsstaat dauerhaft zu gewährleisten.

Gleichzeitig steht die Justiz – das wurde heute in der Debatte erneut klar – vor großen Aufgaben. Immer komplexere Verfahren, die Internationalisierung, die Digitalisierung der Kriminalität, der islamistische Terrorismus oder – das ist angesprochen worden – die Flut von Asylverfahren machen ebenso Probleme wie die steigende Zahl ausländischer Gefangener und die damit einhergehenden kulturellen wie sprachlichen Herausforderungen in unseren Justizvollzugsanstalten.



(Minister Guido Wolf)

Wichtig ist mir: Wir stärken die Justiz nicht nur punktuell, nicht nur in den Zentren, wir stärken sie in der gesamten Fläche des Landes. Das ist auch Ausdruck unseres Bekenntnisses zu einer dezentralen Justiz. Da bleibt es nicht nur bei Sonntagsreden. Es bekommen auch die Gerichte, Staatsanwaltschaften, Vollzugsanstalten in der Fläche des gesamten Landes zusätzliches Personal, um ihrem Auftrag gerecht werden zu können.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jürgen Filius  
GRÜNE)

Meine Damen und Herren, die Zahlen sind genannt. Die Landesregierung hat bereits im Haushalt 2017 über 200 neue Stellen geschaffen und damit in die innere Sicherheit investiert. Wenn wir die Zahl der Stellen bei der Polizei richtigerweise erhöhen, ist es zwingend, das in gleicher Weise auch bei der Justiz zu tun. Im jetzigen Haushalt 2018/2019 sind über 400 neue Stellen vorgesehen, die ein weiteres Plus an Sicherheit bieten.

Wir haben 151 neue Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug, meine Damen und Herren. Die Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug stehen vor sehr großen und schwierigen Aufgaben und Herausforderungen. Wir haben im ganzen Land deutlich überbelegte Justizvollzugsanstalten. Es liegt auf der Hand: Mehr Häftlinge bedeuten einen Mehraufwand an Betreuung, an Aufsicht für die in den Anstalten beschäftigten Kolleginnen und Kollegen. Es geht um ein verstärktes Maß an Resozialisierung. Es geht darum, mit einem Mehr an Sprachen und Kulturen zurechtzukommen. Das Konfliktpotenzial in den Vollzugsanstalten nimmt zu.

Deshalb will ich den Kolleginnen und Kollegen im Vollzug, gerade wenige Tage vor Weihnachten, wenn es darum geht, rund um die Uhr in schwieriger Umgebung Dienst zu tun, von Herzen für ihren hervorragenden Einsatz danken.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Kollege Binder hat natürlich recht: Diese Stärkung der Justiz hat auch damit zu tun, dass in der Bevölkerung nicht der Eindruck entstehen darf: Die Großen lässt man laufen, und die Kleinen sperrt man ein. Wenn wir die Justiz personell so ausstatten, wie es das Bedarfsberechnungssystem ergibt, dürfen wir auch erwarten, dass kleine und große Delikte in gleicher Weise verfolgt werden.

Deshalb ist es wichtig, auch die großen Wirtschaftsstrafsachen in angemessener Zeit zu bearbeiten. Das sind wir allen Verfahrensbeteiligten schuldig – übrigens auch den Angeklagten, die während eines so langen Verfahrens in einer extrem schwierigen Situation stehen. Das gilt für Wirtschaftskriminalität in gleicher Weise wie für Wirtschaftsverfahren in der Zivilgerichtsbarkeit. Deshalb ist es zwingend, mit zusätzlichem Personal nachzulegen.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wir verbessern die Situation bei unseren Gerichtswachtmeistern. Ich bin immer wieder etwas überrascht, wenn ich gefragt werde: Was tun die denn alle, wenn keine Gerichtsverhandlungen sind?

(Lachen des Abg. Sascha Binder SPD)

– Das waren gar keine so Unbedeutenden in der Landespolitik, die mir diese Frage gestellt haben.

Da kann ich nur sagen: Gehen Sie mal in ein Gericht, und setzen Sie sich mit der Arbeit der Gerichtswachtmeister auseinander. Wenn man sich dann noch vor Augen führt, dass die Zahl der meldepflichtigen, sicherheitsrelevanten Vorgänge in unseren Gerichten von Woche zu Woche zunimmt, weiß man auch, um welche wichtige Aufgabe es sich hier handelt. Diese Situation mit über 60 weiteren Stellen zu verbessern, ist geboten.

Ich möchte mir nicht vorstellen, dass wir in diesem Bereich erst reagieren, wenn an einem Gericht dieses Landes etwas Katastrophales passiert ist – so wie in Bayern geschehen. Lassen Sie uns in Baden-Württemberg präventiv und rechtzeitig Vorsorge treffen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU  
sowie des Abg. Sascha Binder SPD)

Die Situation an den Verwaltungsgerichten wurde angesprochen, wo wir mit über 50 neuen Stellen sowohl im Bereich der Richterschaft wie auch im Bereich der Servicekräfte auf die aktuelle Entwicklung reagieren. Da will ich durchaus auf den Kollegen aus der AfD eingehen – Herr Dr. Merz, ich glaube, Sie hatten es angesprochen –: Wir haben hier flexibler reagiert, als man das der Verwaltung und der Politik gemeinhin unterstellt. Wir haben nämlich diese Stellen bereits im Vorgriff über das Personalausgabenbudget, also bis zu sechs Monate früher, besetzt, als wir es jetzt über den zu beschließenden Haushalt könnten, weil wir genau dem Rechnung tragen wollten.

Wenn unsere Verwaltungsgerichte angesichts explodierender Zahlen in den Geschäftsstellen „absaufen“, dann ist es ein geringer Trost, wenn wir sagen: Wir machen jetzt Haushaltsplanberatungen, und irgendwann im nächsten Jahr bekommt ihr Stellen. Genau das haben wir nicht getan. Diese mehr als 50 Stellen an den Verwaltungsgerichten sind nicht nur im neuen Haushaltsplan etatisiert, sie sind bereits geschaffen, sind bereits besetzt, weil wir unseren Verwaltungsgerichten rechtzeitig Unterstützung zukommen lassen wollten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir werden das Sicherheitsprogramm von 3 Millionen € auf 5 Millionen € aufstocken, um damit auf die Verschärfung der Sicherheitslage an unseren Gerichten zu reagieren. Allein 2017 – und das Jahr ist noch nicht zu Ende – wurden uns schon 199 Vorfälle gemeldet, darunter 43 Funde von Waffen und anderen gefährlichen Gegenständen. Für die flächendeckende Gewährleistung effektiver Sicherheit sind deshalb umfangreiche Investitionen sowie bauliche und technische Sicherungsmaßnahmen bei unseren Justizbehörden dringend erforderlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die Justiz Stellenbedarf anmeldet, dann tut sie das auf der Grundlage eines ausgeklügelten Personalbedarfsberechnungssystems mit dem Namen PEBB§Y. Wir haben uns in der Koalitionsvereinbarung darauf verständigt, innerhalb dieser Legislaturperiode eine

(Minister Guido Wolf)

Personalausstattung nach PEBB\$Y zu erreichen. Wir sind da mit Blick auf den kommenden Doppelhaushalt schon weit vorgeschritten und setzen ein Zeichen für eine funktionierende Justiz.

Die Digitalisierung in der Justiz ist angesprochen worden. Baden-Württemberg ist bei der Einführung der elektronischen Gerichtsakte Speerspitze – übrigens bundesweit. Wir wollen diesen Spitzenplatz auch weiterhin einnehmen. Das ist nicht Selbstzweck, sondern es geht darum – auch das ist angesprochen worden –, die Verfahren effizienter zu gestalten, die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen und unsere Gerichtssäle entsprechend auszustatten: E-Justice, der vollelektronische Rechtsverkehr, oder die E-Akte. 3,4 Millionen € sind für Digitalisierungsprojekte in der Justiz deshalb zusätzlich vorgesehen.

Grundbuchamts- und Notariatsreform: Meine Damen und Herren, die Uhr tickt. Am 1. Januar 2018 gilt in diesem Bereich eine neue Zeitrechnung. Da gab es – man braucht überhaupt nicht darum herumzureden – auf der Strecke Reibungsverluste. Das waren Jahrhundertreformen. Wenn Sie allein überlegen: Aus 600 dezentralen Grundbuchämtern waren 13 zentrale grundbuchführende Amtsgerichte zu schaffen. Oder: Das Grundbuchzentralarchiv in Kornwestheim hat jetzt nach dieser langen Phase etwa 160 laufende Kilometer Grundbuchakten aus diesen 600 Dienststellen zusammengeführt. Es waren über 3 500 Bedienstete betroffen, die durch diese Reform auch einen neuen Status, einen neuen Dienort, ein neues Beschäftigungsverhältnis bekommen haben. Das war ein riesen-großer Kraftakt. Da gab es nicht nur Gewinner, da gab es auch manche, die erst frustriert, dann aber trotzdem motiviert diesen Prozess mit begleitet haben.

Ich will allen, die dazu beigetragen haben, diesen Reformprozess zu gestalten – auch bei uns im Haus –, aber vor allem auch denen, die jetzt gehalten sind, ab dem 1. Januar 2018 in den neuen Strukturen wiederum gute Arbeit abzuliefern, herzlich danken.

An mir lag es nicht, Kollege Binder; ich habe oft genug in der Öffentlichkeit gesagt: Wir rechnen damit, dass es Schwierigkeiten gibt. Und die landen zum Teil auch auf meinem Schreibtisch. Ich bin im Land herumgereist, bin in die Grundbuchämter gegangen, habe mich klar dazu bekannt. Wir haben dort nachjustiert, wo die Warteschleifen am längsten geworden sind, und haben mit einem ständigen Monitoring sichergestellt, dass die Kolleginnen und Kollegen bestmöglich unterstützt werden. Dass es trotzdem zu Problemen kommen würde, war klar. Insgesamt ist der Reformprozess dank der hervorragenden Arbeit all derer, die ihren Beitrag geleistet haben, zufriedenstellend gelaufen.

Meine Damen und Herren, Kollege Binder hat noch eine interessante Frage in den Raum gestellt, was die Begleitung von Gesetzgebungsvorhaben der Landesregierung durch das Justizministerium angeht. Er hat, glaube ich, eine Formulierung aus dem Vorwort des Justizministeriums zum Haushalt ein bisschen missverstanden. Da ging es um eine Begleitung rechtspolitischer Überlegungen. Denken Sie etwa an die erweiterte Auswertung von DNA-Analysen,

(Abg. Sascha Binder SPD: Nein!)

an die Frage der Auswertung von Mautdaten und anderem. Da haben wir uns vonseiten des Justizministeriums immer positioniert. Aber selbstverständlich werden wir, wird das Justizministerium auch an Gesetzgebungsvorhaben des Landes beteiligt. Wir sind nicht Justiziariat. Das wird immer wieder fälschlicherweise behauptet. Übrigens hat das Innenministerium natürlich auch hervorragende Verfassungsjuristen. Lieber Kollege Binder, Sie sind selbst Jurist. Sie wissen natürlich: Wo zwei Juristen am Werk sind, kann es schon einmal vorkommen, dass auch zwei unterschiedliche Positionen vertreten werden.

(Zuruf: Drei! – Abg. Sascha Binder SPD: Normal drei! In diesem Fall wären zwei gut gewesen!)

– Ja, vielleicht auch schon einmal drei. Ich habe mich bewusst an dieser Stelle für zwei entschieden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dann ist die Frage klar beantwortet! Wir haben verstanden!)

Am Ende des Tages trägt natürlich dann auch das zuständige Ressort die Verantwortung. Ich finde es gut, dass wir uns in diesem Prozess gemeinsam – ich will das ausdrücklich an alle Kolleginnen und Kollegen im Parlament richten – dieser Frage noch einmal angenommen haben.

Kollege Weinmann, Sie haben gesagt, der Justizminister sei sich nicht zu schade gewesen, sich in die Diskussion einzuklinken und die Frage der Anstiftung zum Suizid, die Strafbarkeit der Anstiftung zum Suizid zum Thema zu machen. Natürlich weiß ich, dass das juristisch eine hochdiffizile Frage ist, weil der Suizid an sich straffrei ist und damit die Beteiligung an einer solchen Straftat natürlich rechtssystematisch schwer begründbar ist.

Aber führen wir uns noch mal den Vorgang in Baden-Baden vor Augen: Da steht ein selbstmordgefährdeter Mensch auf dem Vordach eines Hotels, und eine brüllende Menge steht – mit dem Handy in der Hand – vor diesem Hotel und ruft dem selbstmordgefährdeten Menschen zu: „Spring! Spring!“ Das ist dann für mich ein Vorgehen auf moralisch tiefster Ebene.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Abg. Reinhold Gall SPD: Das stimmt!)

Ich finde, Kollege Weinmann, bei allen Schwierigkeiten: Es muss erlaubt sein, darüber nachzudenken, ob wir ein solches Verhalten straffrei hinnehmen.

(Zuruf des Abg. Nico Weinmann FDP/DVP)

Dass das nicht ganz einfach ist, das weiß ich. Übrigens sind die sozialen Medien ein weiterer Faktor, der die Anstiftung zum Suizid noch einmal zusätzlich beflügeln kann. Ich finde, darüber kann man schon einmal vertieft diskutieren.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir haben im Justizministerium gute Leute. Wir tun das natürlich auch im Kreis der Landesjustizministerien. Da wird heftig gerungen; es ist jetzt kein Selbstläufer. Aber ich finde, wenn so etwas passiert,

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das wurde auch öffentlich emotional diskutiert!)

(Minister Guido Wolf)

dann muss man sich einer solchen Thematik auch annehmen.

Wir haben ja die Studie des Justizministeriums zur Paralleljustiz diskutiert, die wir angehen. Auch da bin ich für die breite Zustimmung der Fraktionen aus diesem Haus dankbar.

Meine Damen und Herren, ich komme damit zu einem weiteren Bereich der Zuständigkeit unseres Hauses, zu den Fragen Europas und der Europäischen Union. Für uns im Ministerium der Justiz und für Europa hat dieser Bereich einen hohen Stellenwert. Kollege Hofelich, ich will gern einräumen, dass wir uns in den ersten Monaten der neuen Landesregierung sicherlich über die Rollen klar werden mussten. Die jetzt an den Start gebrachte Europakampagne, der Europadialog definiert die Rollen klar und zeigt auch, dass wir in der Zusammenarbeit zwischen Staatsministerium und Europaministerium an einem Strang ziehen und uns auf den Weg machen, hier in Baden-Württemberg, im Herzen Europas, diese Europadebatte positiv zu beflügeln.

Ich habe in der letzten Woche auch in Ankündigung dieses Europadialogs gesagt: Wir sind in einem schwierigen Umfeld, wir haben eine Aufbruchsituation in Frankreich, am Rhein, wir haben eine Umbruchsituation im Donauraum, wo auch die Frage der Rechtsstaatlichkeit häufig eine Rolle spielt, und wir haben bedauerlicherweise eine Abbruchsituation an der Themse, in Großbritannien. In diesem Dreieck spielt sich die Europapolitik der nächsten Jahre ab. Es ist dringend notwendig, dass sich Deutschland an dieser Debatte endlich verstärkt beteiligt. Aber es ist auch wichtig, dass wir in Baden-Württemberg hier einen Weg und eine gemeinsame Linie finden, dass wir ein gemeinsames Leitbild auch unter Einbindung der Bürgerschaft auf den Weg bringen.

Es sind sogenannte Medienshows in Brüssel angesprochen worden. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, ich sage mal so: Vielleicht wäre es wirklich gut, Sie würden der Einladung einmal Folge leisten und dort hinkommen.

(Abg. Anton Baron AfD: Ich war da!)

– Also. – Ich will Ihnen das Angebot unterbreiten. Wir machen doch in Brüssel keine Medienshows. Wir bringen in Brüssel Menschen zusammen, um Netzwerke zu schaffen, um Anliegen aus Baden-Württemberg an die Gesprächspartner in Brüssel – im Rat, in der Kommission, im Parlament – heranzutragen. Wir wollen, dass Baden-Württemberg auf der europäischen Bühne eine Rolle spielt, und dafür machen wir Veranstaltungen in unserer Brüsseler Landesvertretung. Ich bin mir sicher: Wenn Sie sich einmal vertieft damit befassen, werden auch Sie diese Europaarbeit in Brüssel unterstützen. Ich lade Sie herzlich dazu ein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU  
– Abg. Anton Baron AfD: Unsere Interessen vertritt die Bundesregierung! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Kern?

**Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf:** Bitte schön.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Kollege Dr. Kern, bitte.

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Herr Minister, der AfD-Abgeordnete Merz hat Ihnen ja mangelnde Ausgewogenheit bei dem Thema vorgeworfen. Wie ausgewogen finden Sie denn die Äußerungen des Abg. Merz in der vorletzten Europadebatte, bei der er die EU mit dem Warschauer Pakt gleichgesetzt hat, bei der er Brüssel mit Moskau gleichgesetzt hat, bei der er die EU-Kommission mit dem Obersten Sowjet gleichgesetzt hat? Wie ausgewogen finden Sie diese Äußerungen des Abgeordneten der AfD?

Zweite Frage: Sind Sie nicht auch der Meinung, dass man, wenn man die EU und den Warschauer Pakt miteinander vergleicht, wie dies die AfD tut, im Grunde die Opfer, die es in Berlin, in Budapest und in Prag bei den entsprechenden Aufständen gegeben hat, ein zweites Mal verhöhnt? Sind Sie nicht auch dieser Meinung?

(Vereinzelte Beifall – Abg. Udo Stein AfD: Was Sie da von sich geben!)

**Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf:** Herr Dr. Kern, ich denke, es ist eine rhetorische Frage, die Sie mir stellen. Lassen Sie es mich zurückführen auf die heutige Debatte und auf das, was Herr Dr. Merz in der heutigen Debatte gesagt hat.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Er hat mir nämlich unterstellt, wir würden gegen die Neutralitätspflicht verstoßen, wenn wir proeuropäisch unterwegs seien, auch mit Blick auf die bevorstehende Europawahl.

(Abg. Sascha Binder SPD: Da muss er mal ins Grundgesetz gucken!)

Da, verehrter Kollege Dr. Merz,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nicht „verehrter“!)

erlaube ich mir schon, Sie auf Folgendes hinzuweisen: Es ist eine Mär, die Sie ja nicht erst heute verbreiten, die Sie immer in Ihrem Vokabular mit sich führen. Da möchte ich Sie ermuntern, einmal einen Blick in unser Grundgesetz zu werfen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Richtig! – Abg. Reinhold Gall SPD: Genau! So einfach ist es!)

Artikel 23 unseres Grundgesetzes

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

sieht ausdrücklich die Mitgliedschaft in der Europäischen Union vor. Er fordert dabei das Subsidiaritätsprinzip, die Grundrechtsbindung der EU, angemessene Beteiligung und Mitwirkung der Länder, Verpflichtung zur Mitwirkung an der Verwirklichung und der Entwicklung der Europäischen Union. Wer sich auf der Basis unserer Verfassung befindet und argumentiert, der verstößt nicht gegen Neutralität. Aber was Sie tun, offenbart, dass Sie wohl ein Problem mit unserer Verfassung haben, Kollege Dr. Merz.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Zurufe: Sehr gut! – Glocke des Präsidenten)



**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Merz?

**Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf:** Bitte schön.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Kollege Dr. Merz, bitte.

**Abg. Dr. Heiner Merz** AfD: Herr Minister, ich habe überhaupt kein Problem mit unserer Verfassung. Ich stehe völlig hinter unserem Grundgesetz. Wie Sie auch sagten: eine europäische Union. Ich habe noch nie gegen einen Zusammenschluss von Staaten in Europa geschimpft.

(Unruhe – Zurufe: Fragen!)

Die EWG war ein sehr erfolgreicher, sehr friedensbewahrender Zusammenschluss. Ich habe mich gegen die EU in ihrer derzeitigen Form kritisch geäußert.

Ist die EU in der derzeitigen Form so definiert? Oder wie definieren Sie die EU in der derzeitigen Form, beispielsweise diesen Zentralismus, dieses EU-Parlament mit dem nicht demokratisch abgebildeten „Pro Person eine Stimme“, dass nur die Kommission das Vorschlagsrecht für Gesetze hat?

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Abg. Dr. Merz, bitte fragen!

**Abg. Dr. Heiner Merz** AfD: Wie stehen Sie dazu, dass der Europäische Gerichtshof die Aufgabe hat, die weitere Integrierung der EU voranzutreiben, und nicht, neutral Recht zu sprechen? Finden Sie das in Ordnung?

**Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf:** Herr Dr. Merz, das ist eine Wertung, die Sie vornehmen und die ich Ihnen gar nicht zwingend ausreden möchte. Im Unterschied zu Ihnen kann ich damit leben, dass jemand eine andere Position hat. Aber sich auf eines zu verständigen, wäre mir schon wichtig: Sich aktiv proeuropäisch in Baden-Württemberg für die Zukunft der Europäischen Union – an der man manche Kritik üben mag – einzusetzen, das verstößt nicht gegen die Verfassung und ist damit keine Neutralitätspflichtverletzung, sondern das ist Staatsräson in Baden-Württemberg, und der sind wir verpflichtet.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Ich will mich durchaus mit kritischen Stimmen auseinandersetzen. Damit fange ich mir schon mal selbst Kritik ein, ich sei auch ein Populist. Um das auch klar zu sagen: Nicht jeder, der einmal kritisch über Europa spricht, ist gleich ein Populist. Das ist wiederum das andere Extrem. Wir wollen ja, dass Europa besser wird. Wer so tut, als hätte Europa keine krisenhafte Entwicklung hinter sich, der verschließt seine Augen in gleicher Weise. Wir sollten uns nach dem Brexit auch Gedanken machen, was möglicherweise falsch gelaufen ist. Ich bin da durchaus in einer differenzierten – –

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf von der AfD)

– Ja, aber uns unterscheidet schon, dass ich klar im Sinne unseres Grundgesetzes proeuropäisch für diese Europäische Uni-

on unterwegs bin. Das ist schon wichtig. Es ist jetzt beispielsweise die große Herausforderung, dass wir in Brüssel im Rahmen der Vorbereitungen für den mehrjährigen Finanzrahmen über 2020 hinaus für Baden-Württemberg die Stimme erheben. Das ist entscheidend wichtig. Da haben wir nämlich ur-eigene Interessen.

Durch die Vielzahl der Gespräche, die wir schon geführt haben, ist es beispielsweise als Zwischenergebnis gelungen, dass es klare Signale gibt, dass es im Zuge dieses mehrjährigen Finanzrahmens keine Abstriche, sondern im Gegenteil Zuwächse geben muss, z. B. bei Erasmus+, bei Horizon 2020. Das sind Programme, von denen gerade auch Baden-Württemberg profitiert. Es ist doch sinnvoll, dass wir uns in diese Diskussionen einbringen. Deshalb: Lassen Sie uns in Brüssel als Baden-Württemberger selbstbewusst auftreten, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Meine Damen und Herren, wir wollen als Landesregierung – das Staatsministerium, das Europaministerium – zusammen einen großen Europadialog auf den Weg bringen, beginnend mit einer Auftaktveranstaltung, die vor wenigen Tagen stattgefunden hat. Wir wollen im neuen Jahr zum einen Expertenforen durchführen, und zwar zu unterschiedlichen Themen: Jugend, Sicherheit, Umwelt, Rechtsstaatlichkeit; für mich ist das Thema Rechtsstaatlichkeit in Europa ein entscheidendes Thema. Das ist die eine Säule der Europakampagne. Die zweite Säule sind die Bürgerdialoge, für die die Staatsrätin verantwortlich zeichnet, dass wir nämlich die Menschen auf diesem Weg mitnehmen und beteiligen wollen.

Wir brauchen die Akzeptanz der Menschen für Europa, und am Ende soll ein Leitbild erstehen, mit dem wir uns positiv in diese Diskussion, auch mit Blick auf die Europawahl, einbringen. Für welche Partei jeder sich am Ende entscheidet – – Das ist nicht unsere Intention. Aber dass wir proeuropäisch auf diese Europawahl zumarschieren, das ist unsere Motivation. Dafür gestalten wir diesen Aufwand und führen wir diese Europakampagne durch, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch ein paar Worte zum Tourismus sagen, der ja ebenfalls in der Zuständigkeit des Europaministeriums liegt: Wir wollen auch im Tourismus die Digitalisierung ausbauen. 2,7 Millionen € sind für Digitalisierungsprojekte im Tourismus eingeplant. Der Tourismus in Baden-Württemberg hat enorm viel Potenzial. Nach meiner Einschätzung werden wir uns im Rahmen des kommenden Doppelhaushalts noch verstärkt mit Tourismusfragen zu befassen haben. Am Ende der Fortschreibung des Tourismuskonzepts wird es um die Frage gehen: Was können wir im Tourismusland Baden-Württemberg noch weiter anstoßen? Wir sehen, dass die Zahlen der Übernachtungen und der Gästeankünfte von Jahr zu Jahr steigen. Führen Sie sich die Digitalisierung, führen Sie sich die demografische Entwicklung vor Augen – da wird sich in den nächsten Jahren noch enorm viel im Tourismus verändern.

Aber ich sage auch, Herr Kollege Professor Dr. Schweickert – da haben wir eine Erwartungshaltung –: Ich glaube, auch die kommende Bundesregierung kann viel tun, um es dem Tourismus noch etwas leichter zu machen – Stichwort Arbeitszeitflexibilisierung. Der Ministerpräsident hat sich beim DEHOGA

(Minister Guido Wolf)

klar positioniert und gesagt, dass ihm einleuchtet, dass da etwas passieren muss. Ich habe mich vor zwei Wochen bei der Versammlung des DEHOGA ebenfalls klar geäußert; mein Eindruck ist, dass wir hier in Baden-Württemberg eine klare Position haben: Wer will, dass Gastronomie auch in der Zukunft noch funktioniert, der muss Arbeitszeiten flexibilisieren. Denn sonst macht auch noch die letzte Dorfgaststätte in unserem Land zu, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Haushaltsentwurf im Einzelplan 05 stellt die richtigen Weichen. Das Land investiert in die Bereiche Justiz, Europa und Tourismus mit Augenmaß und klaren Zielen. Auf diesem Weg wollen wir uns allerdings nicht ausruhen. Es wird auch in der Zukunft darum gehen, weiteres Personal einzustellen; es wird auch in der Zukunft darum gehen, Großprojekte in Angriff zu nehmen – ich nenne die JVA Rottweil oder das Justizvollzugskrankenhaus auf dem Asperg, das dringend durch einen Neubau ersetzt werden muss.

Ich darf mich deshalb für die große Unterstützung bei diesem Doppelhaushalt bedanken. Dank ist ja bekanntlich die stärkste Form der Aufforderung. Denn wir werden auch weiterhin mit Blick auf kommende Haushalte für eine gute Justiz in Baden-Württemberg kämpfen.

Für Ihre Unterstützung, die über die Regierungsfractionen weit hinausgeht, ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Wird vonseiten der Fraktionen, sofern noch Redezeit vorhanden ist, nochmals das Wort gewünscht? – Herr Abg. Dr. Merz für die AfD-Fraktion, bitte.

(Abg. Dr. Stefan Fulist-Blei SPD: Hat er noch Zeit?)

**Abg. Dr. Heiner Merz** AfD: Es ist leider notwendig, nochmals zu reden; denn manches kann ich nicht so stehen lassen.

Herr Minister Wolf, sehr herzlichen Dank für Ihre differenzierte Rede, wirklich herzlichen Dank. Die AfD ist proeuropäisch.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Anton Baron AfD: Genau! So sieht es aus! – Oh-Rufe von der CDU)

Sie ist proeuropäisch.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Sie ist nicht pro EU in deren derzeitigem Zustand, und wir wehren uns dagegen, diesen Zustand zu zementieren bzw. so weiterzuführen.

(Beifall bei der AfD)

Wer mir zuhört, nimmt dezidiert die Differenzierung zwischen Europa und der EU wahr. Wir haben die absolute Überzeugung, dass ein Staatenbund in Europa notwendig ist. Wie dieser Staatenbund ausgestaltet wird, darüber kann man reden. Aber so, wie Sie das machen, erinnert es mich an einen Satz von Henry Ford, dem Erfinder des Fließbands. Als dieser einmal kritisiert wurde, dass er seine Autos nicht auch in ande-

ren Farben anbietet, sagte er: „You can have any color so long as it's black.“

Diese Position sehe ich jetzt hier bei den Podiumsdiskussionen. Ich sah sie auch bei der Veranstaltung in der Liederhalle zum Auftakt des Europadialogs. Wer war denn dort als Teilnehmer der Podiumsdiskussion? Es waren Voßkuhle, Kretschmann und Fischer. War irgendjemand dabei, der sich gegenüber der EU in ihrem derzeitigen Zustand eventuell kritisch geäußert hat? Nein.

(Beifall bei der AfD)

Dann zum Kollegen Dr. Kern. Der Begriff „uj Moszkva“ kommt aus dem Ungarischen, also aus einem Staat, der tatsächlich im Warschauer Pakt unter der Sowjetunion leiden musste. Die Ungarn erkennen diese Parallelen, die sich abzeichnen – sie kennen die Zustände, die damals geherrscht haben –, vielleicht besser als wir.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Lassen wir es also einfach so stehen.

Ich bin Vater. Wir sind Bürger. Wir haben Verantwortung für dieses Land, und wir sorgen uns um dieses Land. Wir sorgen uns, dass dieses Land blind in eine zentralistische EU getrieben wird bzw. strebt, die in gewisser Weise Jugoslawien ähnelt.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Sie wissen, wie Jugoslawien geendet hat. Das war ein Zusammensetzen von Völkern, die nicht zusammengehört haben, die nicht zusammen sein wollten. Da genügte der geringste Funke, und es ist kriegerisch explodiert.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Die EU ist doch ein freiwilliger Zusammenschluss!)

– Die EU ist ein freiwilliger Zusammenschluss. Man sieht jetzt, was Großbritannien macht. Ich habe schon ein paar Mal gesagt: Ich wünsche Großbritannien Glück und Erfolg.

Seit dem Vertrag von Lissabon ist eine immer engere Integration in der EU zwingend notwendig. Ich sehe eine gemeinsame Verteidigung, einen Währungskommissar, einen Finanzminister und was noch alles gefordert wird. Ich sehe mit Bedenken, wo das hinführt.

(Abg. Anton Baron AfD: Oh ja!)

England konnte jetzt noch aussteigen, und zwar relativ schmerzfrei.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das werden wir noch sehen! „Relativ schmerzfrei“! – Abg. Joachim Kößler CDU: Das kommt doch erst! – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Die Schmerzen kommen erst noch nach der Wahl!)

Man sieht die Geldforderungen, die von der EU kommen. Die EU will diesem freien Land gegenüber ein Exempel statuieren.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(Dr. Heiner Merz)

Die Aktionen von Juncker und Co. sind quasi notwendig, um das Land irgendwie zu bestrafen, damit andere Länder, die eventuell auch solche Ambitionen hegen, abgeschreckt werden. Das ist eindeutig.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So spricht ein überzeugter Europäer!)

Zu den Ausführungen des Kollegen Hofelich sage ich nichts. Ich weiß ja, woher sie kommen.

Aber noch zum Kollegen Weinmann: Kuba hat seine Gefängnisse Richtung Florida geleert. Die haben tatsächlich die Gefangenen in Boote Richtung Florida gesetzt. Dort waren sie kubanische Flüchtlinge. Das ist so.

Jetzt wundern wir uns, dass wir bei einer jahrelangen unkontrollierten Einreise hier auf einmal viele fremde Leute haben, die kriminell sind. Ist es nicht ein bisschen naiv, zu denken, dass Libyen und manche Staaten es nicht genauso wie Kuba machen? Denken Sie einmal darüber nach! Das ist die Situation. Wir haben hier Kriminelle, die mit einem Flüchtlingsstatus eingereist sind –

(Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Sie haben offensichtlich nicht zugehört!)

genauso wie es in Florida mit den kubanischen Verbrechern der Fall war. Nur war es damals so, dass Fidel Castro diese tatsächlich aktiv ins Boot gesetzt hat. Dafür gibt es Belege. Was Libyen oder irgendwelche Länder da unten jetzt gerade machen, das weiß ich nicht. Aber mit den vielen Versorgungssuchenden, die jetzt in unser Land strömen, kommen definitiv auch sehr viele Kriminelle an.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie haben zu viele schlechte Filme gesehen!)

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Das Wort hat Herr Abg. Dr. Fiechtner.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, liebe AfDler! Ich habe das Privileg des fraktionslosen Abgeordneten.

(Vereinzelt Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sie erinnern sich an die Loveparade vor sieben Jahren; ein tragisches Ereignis. Jetzt erst beginnen die Verhandlungen, was sicherlich daher rührt, dass es sich um einen komplexen Fall handelt. Das ist aber dennoch ein Zeichen dafür, wie sehr die Gerichte überlastet sind. Eine zeitnahe Verhandlung verhindert dabei nicht nur Erinnerungslücken, sondern dient auch dem Schutz der Opfer. Ich selbst habe vor einiger Zeit gegen Verbrecher geklagt und weiß, wie lange sich so ein Prozess hinziehen kann und wie sehr das an die Substanz geht.

(Unruhe)

Wie fühlen sich dann erst Opfer von Gewaltverbrechen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Opfer, die vielleicht gerade ihr Trauma einigermaßen bewältigt haben, wenn die alten Wunden später wieder aufgerissen werden?

Darum begrüße ich die Schaffung von neuen Stellen für Richter und Staatsanwälte. Das ist ein wichtiger Schritt, damit Opfer möglichst schnell mit der schrecklichen Vergangenheit abschließen können.

Auch die Unabhängigkeit unserer Justiz wird dadurch weiter gestärkt – eine Unabhängigkeit, die wichtiger ist denn je, wenn man an das immer öfter auftretende Phänomen der Paralleljustiz in Deutschland denkt. Deswegen freut es mich, zu sehen, dass hierauf im nächsten Jahr ein besonderer Fokus gelegt wird.

(Unruhe)

– Es ist sehr laut hier. – Auch die neuen Stellen beim Verwaltungsgerichtshof sind dringend nötig, um die kommende Asylverfahrenswelle zeitnah zu bearbeiten. So bekommen Asylbewerber schneller Klarheit und hängen nicht monate- oder gar jahrelang im Ungewissen. Froh bin ich, dass man hier Sinn und Verstand walten lassen und nicht – wie die AfD vorschlägt – eine absurde Zahl von 300 Neueinstellungen verfolgt. Nicht nur, dass diese Zahl völlig unrealistisch ist und in keinem Verhältnis zu den rückläufigen Verfahrenszahlen steht, nein, es würde auch langfristig zu einem utopisch aufgeblähten Verwaltungsapparat führen.

Liebe AfD, wenn ihr die Gerichte entlasten wollt, Bernd Gögel, dann haltet euch doch einfach an die geltenden Gesetze. Das wäre schon mal ein erster Schritt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das sind Phantomschmerzen, Trennungsschmerzen! Trennungsschmerzen würde ich beim Therapeuten austragen, nicht im Landtag! – Weitere Zurufe)

Herr Minister Wolf, ich möchte mich bei Ihnen dafür bedanken, dass Sie sich auch dafür einsetzen, dass die Schöffen und die anderen ehrenamtlichen Richter weiter gestärkt werden.

Nicht nur die Verhandlung wegen der Vorkommnisse bei der Loveparade begann vor wenigen Tagen. Der Berliner U-Bahn-Treter – Sie erinnern sich – wurde von seinen Mithäftlingen verprügelt. „Ausgleichende Gerechtigkeit“, werden hier manche sagen; auf den ersten Blick mag das vielleicht so sein. Doch was lernt der Verurteilte dadurch? Sicher nicht, dass man Probleme auch gewaltfrei lösen kann. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir in unserem Justizsystem umdenken sollten und die Resozialisierung noch stärker in den Vordergrund stellen sollten.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m u n g** über den Einzelplan 05 – Ministerium der Justiz und für Europa. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/3205.

(Unruhe – Zurufe: Pst!)



(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Zunächst rufe ich Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die hierzu vorliegenden Änderungsanträge und den Entschließungsantrag werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe die Nummer 1 auf:

#### Kapitel 0501

##### Ministerium

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3205. Wer Kapitel 0501 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0501 ist bei einigen Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

#### Kapitel 0502

##### Allgemeine Bewilligungen

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3205. Hierzu liegen drei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Zunächst stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3305-1, zu Titel 541 88 – Aufwendungen für Veranstaltungen der Vertretung des Landes bei der Europäischen Union – zur Abstimmung, mit dem gefordert wird, die veranschlagten Mittel auf die Summe des Jahres 2016 zu begrenzen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Mit großer Mehrheit!)

Zu Titel 531 89 – Für die Sacharbeit zur Verbreitung des europäischen Gedankens – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3305-2, vor, mit dem gefordert wird, die Mittel ersatzlos zu streichen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zur AfD: Ich dachte, ihr seid für Europa!)

Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 546 89 N – Vermischte Verwaltungsausgaben – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3305-3, vor, mit dem begehrt wird, den neuen Titel ersatzlos zu streichen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0502 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0502 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

#### Kapitel 0503

##### Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3205.

Wer Kapitel 0503 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0503 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

#### Kapitel 0504

##### Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen

Wer Kapitel 0504 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Kapitel 0504 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 5 auf:

#### Kapitel 0505

##### Verwaltungsgerichtsbarkeit

Wer Kapitel 0505 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0505 ist einstimmig zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 6 und 7, Kapitel 0506 – Sozialgerichtsbarkeit – und Kapitel 0507 – Finanzgericht –, zusammenzufassen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Ich rufe die beiden

#### Kapitel 0506 und Kapitel 0507

daher gemeinsam auf. Wer den Kapiteln 0506 und 0507 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Den Kapiteln 0506 und 0507 ist damit einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 8 auf:

#### Kapitel 0508

##### Justizvollzugsanstalten

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/3205. Wer Kapitel 0508 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0508 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3305-4, der bis zum 30. Juni 2018 ein Konzept zum Ausbau der Haftplätze und zur Verbesserung der sachlichen, personellen und besoldungstechnischen Situation der Angehörigen des Justizvollzugs inklusive des Werkdienstes fordert. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Wer enthält sich? – Dem Entschließungsantrag ist damit zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

(Beifall bei der AfD, der SPD und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie haben keine Gegenstimmen aufgerufen!)

– Kollege Sckerl, wenn Sie das Ergebnis – –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sorry! Das geht nicht! – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Es wurden keine Gegenstimmen aufgerufen!)

Kollegin Razavi, bitte, zur Geschäftsordnung.

**Abg. Nicole Razavi** CDU: Wir zweifeln das Ergebnis an.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Gut. Dann darf ich die Abstimmung wiederholen. Das Ergebnis wird angezweifelt.

Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? –

(Unruhe)

Wer enthält sich? – Der Entschließungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Darf man so oft abstimmen, bis das Ergebnis stimmt? – Unruhe)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, nachdem zu den letzten Kapiteln des Einzelplans 05 keine Änderungsanträge vorliegen, schlage ich Ihnen vor, die Abstimmung über die vier Nummern 9 bis 12, also Kapitel 0509 – Arbeitsgerichtsbarkeit –, Kapitel 0510 – Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen –, Kapitel 0511 – Notariate und Grundbuchämter des badischen Rechtsgebiets – und Kapitel 0512 – Notariate des württembergischen Rechtsgebiets –, zusammenzufassen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Ich rufe also die vier

Kapitel 0509 bis Kapitel 0512

gemeinsam auf. Wer den Kapiteln 0509 bis 0512 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Den Kapiteln 0509 bis 0512 ist damit einstimmig zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 8. November 2017, Drucksache 16/3019, soweit diese den Einzelplan 05 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 05.

Ich rufe **Punkt 1 d** der Tagesordnung auf:

**Einzelplan 07: Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3207**

**Berichterstatterin: Abg. Andrea Lindlohr**

**Berichterstatterin: Abg. Susanne Bay**

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 07 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Wünschen die Berichterstatterinnen das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE der Kollegin Lindlohr.

**Abg. Andrea Lindlohr** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg befindet sich in einer hervorragenden Wirtschaftslage. Wir haben so wenige Arbeitslose wie selten zuvor, und die Unternehmen in unserem Land suchen im Gegenteil händeringend nach Fachkräften. Baden-Württemberg ist ein hoch globalisierter Wirtschaftsstandort, und angesichts der unsicheren Weltlage, die wir heute zum Teil schon besprochen haben, ist es ja doch ganz erstaunlich, dass unser Standort weiter so brummt.

Jetzt kann man überlegen, woran das liegt. Baden-Württemberg liegt erneut an der Spitze des europäischen Innovationsindex. Ich glaube, zu dieser Erfolgsgeschichte haben zwei Aspekte ganz besonders beigetragen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer stehen bleibt, fällt zurück.

Die Unternehmen und ihre Beschäftigten in unserem Land zeichnen sich dadurch aus, dass sie Veränderungen in der Gesellschaft oder auch global erfassen und daraus wirtschaftliche Chancen ziehen. Aus dem Wandel schaffen sie neue Produkte und Dienstleistungen. Wir kennen das von den Leistungen der Vergangenheit. Innovatoren wie Carl Benz, Bertha Benz oder auch Gottlieb Daimler – um das Schwäbische nicht zu kurz kommen zu lassen – haben vor über 120 Jahren einen Mobilitätswandel erkannt, innoviert und daraus ein starkes Produkt gemacht, aus dem sich unser Automotivesektor heute noch speist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Auch die Digitalisierung ist ein solcher Wandelprozess. Die Gründer von SAP waren mit die Ersten auf dem Markt; SAP ist bei Unternehmenssoftware heute noch führend. Und die Digitalisierung erfasst jetzt alle, z. B. auch die gerade zitierte Automobilwirtschaft.

Der Wohlstand unseres Landes hängt entscheidend davon ab, ob die Unternehmen in unserem Land den Sprung ins digitale Zeitalter schaffen: mit neuen Produkten, mit ganz neuen Wertschöpfungsketten, an denen sie sich beteiligen. Wir ergreifen die Chancen des digitalen Wandels und machen ihn für die baden-württembergische Wirtschaft und die Menschen nutzbar. Das zeigen wir mit diesem Haushalt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ein zweiter Leitgedanke, der den Standort Baden-Württemberg schon lange prägt, ist: Aus wenig viel machen. Unser Land verfügt über wenige natürliche Ressourcen. Die Leute hier hatten zum Teil recht arme Böden. Deswegen haben sie ökologisch gedacht – in damaliger Weise – und ressourceneffizient gehandelt.

(Andrea Lindlohr)

Unser Ziel ist es, den Ressourcenverbrauch vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln. Da sind wir in den letzten 25 Jahren auch schon weit gekommen. Aber das muss noch weiter gehen. Ein gutes Beispiel aus den letzten Wochen, dass wir auch ressortübergreifend denken, ist, dass das Wirtschaftsministerium gemeinsam mit dem Umweltministerium z. B. den Thinktank „Ressourceneffizienz“ am KIT einrichtet, von dem Sie sicherlich auch schon gehört haben.

(Beifall der Abg. Martina Braun GRÜNE)

– Gern.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf: Sollen wir ein Schild hochheben?)

Die Wirtschaftspolitik der grün-schwarzen Koalition begreift den Wandel als Chance. Wir nutzen unsere Ressourcen clever und effizient. Das zeigen wir mit dem Haushalt des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau.

Ganz wichtig ist dabei das Thema Automobil. Die Automobilwirtschaft ist bei uns eine Schlüsselindustrie mit über 100 Milliarden € Umsatz – drei Viertel davon im Export – und befindet sich aktuell auch in einer guten wirtschaftlichen Lage. Aber der Wandel ist stark, und er ist bereits da – durch die Digitalisierung, durch neue Antriebstechnologien, ein neues Mobilitätsverhalten und auch durch den Klimaschutz und den Gesundheitsschutz als Rahmenbedingungen.

Es muss uns gelingen, den Umbruch in der Automobilindustrie erfolgreich zu gestalten, weil er Wohlstand in unserem Land begründet. Wir müssen es, da wir auch klima- und umweltschutzpolitisch davon abhängig sind, schaffen, dass der Wandel gelingt. Aber er kann uns auch gelingen, weil es in Baden-Württemberg innovationsfreudige Unternehmen gibt, die sich seit Jahrzehnten neuen Herausforderungen stellen.

Vielleicht war der eine oder die andere von Ihnen auch auf der EVS, auf der großen Messe und dem Symposium zum Thema Elektromobilität, und hat z. B. gesehen, was Mahle da an neuen Konzepten vorgestellt hat, wie Elektromobilität und ihre Kompetenz in Heizung und Klimatechnik zusammenwirken. Das Ergebnis sind bessere Reichweiten der Autos.

Gerade eben habe ich auf meinem Gerät gesehen, dass um halb sechs eine Pressemitteilung von Mann+Hummel über ein neues Kooperationsprojekt kam. Mann+Hummel macht den Elektroscooter, den ja die Post entwickelt hat, noch besser und zum wahrhaft emissionsfreien Fahrzeug.

Es ist Musik drin, der Wandel findet statt. Die Unternehmen in unserem Land sind dabei, und wir begleiten und unterstützen sie, damit sie auch in Zukunft erfolgreich sein können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Dazu gehören die Landesinitiative Elektromobilität und unsere Landesagentur. Dazu gehört entscheidend aber auch der Strategiedialog Automobilwirtschaft, der heute Morgen schon besprochen worden ist und der auch bei den Beratungen des Finanzausschusses zu diesem Einzelplan eine Rolle gespielt hat.

Es gab Kritik: Mensch, da macht das Wirtschaftsministerium ja nicht alles allein. Ich möchte hier noch einmal sagen: Es

wäre grundverkehrt, wenn wir in kleinen Kästchen denken würden und bei dem tief greifenden Wandel, dem die ganze Automobilwirtschaft unterliegt, nicht alle Kräfte zusammenziehen würden.

Der Strategiedialog hat sechs Säulen. Ich verkürze es. Produktion ist die erste, Vertrieb die zweite, Energie die dritte, Digitalisierung die vierte, Verkehrslösungen die fünfte und Forschung die sechste. Dort sind jeweils Ministerien federführend. Ganz sachgerecht ist dies Frau Hoffmeister-Kraut bei der ersten und zweiten Säule, bei Produktion und bei Vertrieb. Dort wird richtig gearbeitet. Das kann man hier einmal beispielhaft vorführen.

Beim Themenfeld „Produktion und Zulieferer“ bildet Frau Hoffmeister-Kraut zusammen mit Herrn Wilfried Porth, einem Vorstandsmitglied von Daimler, den Vorsitz. Es gibt dort drei Arbeitsgruppen. Eine ist beispielsweise die Arbeitsgruppe „Technologie, Innovation und Wertschöpfung“, eine andere „Fachkräfte und Qualifizierung“. Sie tagen diese Woche. Sie erarbeiten konkrete Vorschläge an die Landespolitik, wie wir diesen Wandel noch besser begleiten können. Deswegen haben wir völlig zu Recht im Einzelplan 12, der für uns immer mit aufgerufen ist, zwei Mal 10 Millionen € für den Haushalt 2018/2019 bereitgestellt, damit wir diese Vorschläge, die von diesen wichtigen Verbündeten kommen, auch im kommenden Haushalt umsetzen können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ein weiterer Schwerpunkt von uns ist das Thema „Gründerinnen und Gründer“. Denn ganz wichtig ist: Man darf nie stehen bleiben. Wir dürfen nicht mit den Ideen zufrieden sein, die bereits vorhanden sind. Denn es gibt dort draußen neue, aus denen gute wirtschaftliche Konzepte und neue Arbeitsplätze entstehen können. Wir müssen noch besser werden.

Wir haben jetzt unter dem Dach der Landeskampagne „Start-up BW“ und mit den neuen Instrumenten, die wir in diesem Haushalt vorsehen, für jede Phase der Start-ups und der Unternehmensgründung ein Finanzierungskonzept, bei dem wir zur Seite stehen. Wir ziehen dabei die öffentliche Hand und die privaten Mittel zusammen. Die L-Bank ist dabei nicht das einzige, aber unser wichtigstes Instrument. Zwei Instrumente kommen jetzt neu hinzu: das „Start-up BW Seed“, zum Thema Incubators nach dem Beispiel Israels, das wir im Einzelplan 12 bei den Digitalisierungsmitteln ebenfalls hinterlegt haben, und die 20 Millionen € für den Venture-Capital-Fonds.

Wir haben jetzt Angebote für die Frühphase, für die Wachstumsphase und für die Spätphase bei uns mit den hervorragenden Finanzierungsinstrumenten durch die ganze Kette hindurch. Es gibt sehr gute Beispiele, die zeigen, dass das bereits funktioniert. Ich möchte eines aus diesem Sommer herausgreifen, mitfinanziert aus dem Wagniskapitalfonds: die SEVENIT GmbH. Diese hat eine cloudbasierte Buchhaltungslösung für Selbstständige und kleine Unternehmen entwickelt und ist aus diesem Wagniskapitalfonds mitfinanziert worden. Sie ist beim CyberChampions Award mit bedacht worden und wächst und gedeiht. Da sehen wir, dass unsere Instrumente greifen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)



(Andrea Lindlohr)

Wichtig ist natürlich, immer auch die Breite unserer wirtschaftlichen Entwicklung zu betrachten. Wir können nicht alle Themen aufgreifen. Aber ganz klar ist: Grün-Schwarz ist ein Partner des Handwerks in Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD – Weitere Zurufe)

Wir haben den Prozess „Handwerk 2025“ bereits in alter Zeit begonnen, der allerdings jetzt konkretisiert wurde. Dort wurden Ergebnisse erarbeitet, die wir auch im Haushalt hinterlegt haben, damit wir sie umsetzen können. Dies gilt gerade auch bei der Digitalisierung im Handwerk, wo sich ganz neue Geschäftsmodelle entwickeln.

Meiner Fraktion war es wichtig, in diesem Haushalt auch das Thema „Frauen im Handwerk“ zu bedenken. Hier hat die Analyse des Handwerks selbst gezeigt, dass noch großes Potenzial besteht, da zu wenig Gründungen von Frauen vorgenommen werden. Dafür haben wir jetzt ca. 200 000 € für eine gute Kampagne „Frauen im Handwerk“ vorgesehen.

(Abg. Anton Baron AfD: Quote!)

Da werden wir sicherlich weiterkommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Der Technologietransfer ist ein traditioneller Schwerpunkt dieses Einzelplans. Das ist auch gut so. Neben den großen Instituten, der Fraunhofer-Gesellschaft und anderen, die hier Sonderinvestitionen erhalten, haben wir unsere Institute der Innovationsallianz. Das ist etwas ganz Besonderes. Das gibt es woanders nicht.

Die landesgrundfinanzierten Technologietransferinstitute brauchen auch eine ordentliche Ausstattung; denn diese leisten gerade beim Thema Technologietransfer für kleine und mittlere Unternehmen besonders viel.

Deswegen bin ich sehr froh, dass wir hier noch einmal Mittel für die Grundfinanzierung der Institute der Innovationsallianz einstellen konnten; denn auch da können aus neuen Ideen Produkte werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stolz bin ich auch auf das Thema Wohnungsbau. Sie wissen, dass das Wohnungsbauprogramm 2017, das wir gerade haben, wirklich das beste Wohnraumförderungsprogramm ist, das wir je hatten. Die Fördersumme war noch nie so hoch, und es war noch nie so einfach und unbürokratisch, den Wohnungsbau in unserem Land voranzubringen. Das gilt sowohl für die soziale Mietwohnraumförderung als auch im Eigentumsbereich.

Wir werden weniger Mittel vom Bund bekommen. Es wurde heute schon kurz angesprochen: Für das Jahr 2019 gibt es 65 Millionen € weniger als für dieses und das nächste Jahr. Aber wir halten das Programmvolumen hoch. Sie sehen: Verantwortung für eine soziale Wohnungspolitik und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist bei Grün-Schwarz ganz hoch angesiedelt. Deswegen stemmen wir diese Kraftleistung für ein hervorragendes Wohnungsbauprogramm auch für 2018 und 2019.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Daniel Born SPD: Der Bund hatte die Mittel verdreifacht! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

– Er baut sie ab, und wir kompensieren das. Da können Sie uns einmal gratulieren.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Letzter Satz, bitte.

**Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE:** Ja. – Dass die FDP/DVP gegen soziale Mietwohnungen ist und aus diesem Bereich 5 Millionen € abziehen will, kennen wir. Als die FDP/DVP Verantwortung für dieses Thema hatte, gab es zwei Jahre lang überhaupt keine soziale Mietwohnraumförderung. Darunter leidet das Land noch heute. Wir arbeiten da dagegen.

Sie sehen: Wir setzen mit unserem Haushalt die richtigen Schwerpunkte, damit nachhaltiges Wirtschaften zu einem Markenzeichen unseres Landes wird. Baden-Württemberg als Leitregion des digitalen Wandels und auch des sozialen Zusammenhalts – das erreichen wir mit unserem Einzelplan 07, den ich ganz hervorragend finde.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf: Bravo!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Paal.

**Abg. Claus Paal CDU:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir heute Abend noch über den Einzelplan 07, den Haushalt unseres Wirtschaftsministeriums, sprechen können. Wir tun das zu später Stunde, aber – das ist umso wichtiger – in ruhiger und sachlicher Atmosphäre. Vielleicht ist das auch einer der Erfolgsfaktoren der Wirtschaft hier in unserem Land, die nachhaltig immer weitermacht und ein wunderbares Wachstum ausweist.

Unser Einzelplan 07 gibt Vollgas für eine moderne, innovative Wirtschaftspolitik, eine Wirtschaftspolitik, die die aktuellen Herausforderungen angeht und sich auch den großen Chancen stellt, eine Wirtschaftspolitik, die vor allem – das ist uns, der CDU-Fraktion, wichtig – die KMUs, die kleinen und mittleren Unternehmen, in den Mittelpunkt rückt.

Die Leistungserbringer in unserem Land sind Innovatoren. Sie haben es nicht nur verdient, in den Mittelpunkt gerückt zu werden, sondern dies ist dringend geboten.

Wir wollen, dass unser Land mit seiner Wirtschaft auf dem heutigen Spitzenplatz bleibt. Deshalb ist dieser Einzelplan auch so aufgestellt, dass die Wirtschaftspolitik dies sicherstellt. Wir geben deshalb Vollgas für mehr Technologietransfer und auch für die Digitalisierung. Dafür verwenden wir einen hohen zweistelligen Millionenbetrag – über 70 Millionen € im Einzelplan 12 –, und auch für die Allianz Industrie 4.0 sehen wir 5 Millionen € vor.

Stichworte in diesem Bereich sind Digital Hubs, die Lernfabriken 4.0, die Digitalisierung der Gesundheitswirtschaft, Smart Home & Living, das Testfeld 5G, eine wichtige Zukunftstechnologie, und auch Cyber Protect usw. Ich könnte noch viele weitere Maßnahmen nennen.

(Claus Paal)

Wir geben auch Vollgas für die Start-ups in unserem Land. Hier nenne ich nur stichwortartig einige neue und wichtige Programme. Wir geben 14 Millionen € im Doppelhaushalt für das neue Programm „Start-up BW Seed“ für die Frühphase der Finanzierung von Start-ups aus. 5 Millionen € sind für die Landeskampagne „Start-up BW“ vorgesehen, und weitere – Frau Lindlohr hat es gerade erwähnt – 20 Millionen € kommen in den wichtigen Venture-Capital-Fonds, der nach einer Hebelung mit einem Mehrfachen dieses Betrags den Start-ups in unserem Land deutlich helfen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen auch überlegen, wie wir jungen Innovatoren zeigen, dass wir das, was sie tun, auch schätzen, dass wir sie davon überzeugen, Start-ups zu gründen und ihre Träume zu realisieren. Der MP hat heute Morgen von einer Kultur der zweiten Chance gesprochen. Wir müssen in unserer Gesellschaft auch zulassen, dass Scheitern möglich ist. Dann ist Aufstehen und Weiterlaufen gefragt. Wir müssen das in unsere Gesellschaft hineintragen. Ich bin meiner CDU-Landtagsfraktion dankbar, dass wir einen Betrag im Haushalt vorgesehen haben, um 2018 zu überlegen, ob wir hier noch nachsteuern müssen, um gescheiterten Start-ups wieder auf die Beine zu helfen.

Wir geben auch Vollgas für die Elektromobilität. Neben Mitteln der Förderung der Landesagentur für Elektromobilität in Höhe von 1,8 Millionen € haben wir Projektfördermittel in Höhe von rund 6,8 Millionen € vorgesehen.

Wir geben Vollgas für Innovationen und zukunftssträngige Ideen. Hier haben wir die erfolgreichen Innovationsgutscheine im Blick. Wir werden den Digitalisierungsgutschein, der 2017 von seinem Erfolg im Grunde überrannt wurde, nochmals ausbauen und zwei Mal 4 Millionen € für die Digitalisierungsgutscheine vorsehen. Das ist ein substanzialer Beitrag, bei den KMUs in unserem Land mehr für die Digitalisierung zu tun.

(Beifall der Abg. Martin Hahn GRÜNE und Nicole Razavi CDU)

– Ich weiß, ich muss mal für eine Klatschpause unterbrechen.

Wir geben Vollgas bei der Wohnraumförderung mit einem Programm, das die Probleme angeht. Zwei Mal 250 Millionen € für Wohnraumförderung, also 500 Millionen € in einem Doppelhaushalt, das ist ein großer Sprung nach vorn. Hiermit können wir viel für einen Bereich tun, der für die Menschen, die bei uns wohnen wollen und die bei uns wohnen, wichtig ist. Darin sind auch 62 Millionen € für die Eigentumsförderung enthalten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir geben Vollgas für die Fachkräfte, für die berufliche Aus- und Weiterbildung in unserem Land. Das Stichwort ist „AV Dual“, ein Projekt, das in einer Enquete in der vorletzten Periode angeregt wurde und jetzt als Modellversuch läuft. Wir haben nun 15 Modellstandorte, und hier werden wir für eine nachhaltige weitere Finanzierung sorgen.

An der Schnittstelle zwischen Schule und Beruf ist es gerade für schwächere junge Menschen notwendig, dieses Projekt fortzuführen. Dafür haben wir im Haushalt bis August 2019

Mittel und darüber hinaus Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen, damit es bis August 2020 weitergeht.

Wir geben Vollgas für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Unternehmen, die kleinen und mittleren Betriebe, die Handwerksbetriebe und die Konzerne in unserem Land.

Wir zünden mit dem Einzelplan 07 ein wirtschaftspolitisches Feuerwerk. Das liegt übrigens, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP und der SPD, auch an den zwei die Regierung tragenden Fraktionen, an den Grünen und uns. Wir sind die Stabilitätsanker dieser Regierung. Wir sorgen für Fortschritt im Land.

Und im Gegensatz zu Ihren Parteien in Berlin wissen wir, was wir wollen, und nicht nur, was wir nicht wollen. Das macht nämlich den großen Unterschied aus, wenn man regieren und gestalten möchte.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Dadurch kommen das Land, die Wirtschaft und die Menschen voran. Bei uns kommt erst das Land, dann die Partei und dann die Person.

(Lachen der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP)

Wir nehmen diesen Spruch von Erwin Teufel sehr ernst. Die SPD hat sich mittlerweile sogar öffentlich davon verabschiedet, was ich sehr bedaure.

Ich komme noch zu weiteren wichtigen Punkten:

Wir schauen nach unserer Innovationsallianz. Die Institute der Innovationsallianz leisten hervorragende Arbeit. Sie forschen in wichtigen Zukunftsfeldern. Durch die Anhebung der Grundfinanzierung haben wir ein Signal ausgesendet, dass wir ihre Arbeit schätzen und sie gerade als Innovationspartner für die KMUs, die kleinen und mittleren Unternehmen, in unserem Land wichtig sind.

Wir haben die Innovationswerkstatt mit mehr Geld ausgestattet. Gerade hier werden wir den kleinen und mittleren Betrieben in unserem Land die Digitalisierung näherbringen. Hier sind 400 000 € für eine Ausweitung der Digitallabore vorgesehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist konkrete Mittelstandspolitik.

Wir werden ab 2018 auch den Handel in den Fokus rücken. Mit dem Dialogprozess „Handel 2030“ möchten wir mit dem Handel und weiteren Akteuren gemeinsam diskutieren, wie die Zukunft der Innenstädte aussehen kann, wie die Fachkräftesicherung und die Qualifizierung im Handel funktionieren können und wie die Attraktivität der Ausbildung gesteigert werden kann. Der Onlinehandel ist wichtig. Die Digitalisierung ist bedeutsam. Rechtliche Rahmenbedingungen kommen hier zum Tragen. Auch eine wohnortnahe Versorgung gerade im ländlichen Raum möchten wir mit dem Handel besprechen. Hier hat die CDU-Landtagsfraktion dafür gesorgt, dass Gelder zur Verfügung stehen, um dem Handel in die Zukunft zu helfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch ein Punkt zum Außenhandelsüberschuss: Wir haben im Grunde durch unseren Erfolg einen großen Außenhandelsüberschuss. Wir alle wissen,

(Claus Paal)

dass die großen Konflikte in unserer Welt in Zukunft nicht in Ost-West-Richtung, sondern in Nord-Süd-Richtung verlaufen werden. Hier war es uns wichtig, dass wir Geld vorsehen, damit wir ab 2018 einen Aktionsplan Afrika entlang des Marshallplans der Bundesregierung erstellen können. Hier werden wir einen Dialogprozess starten und einen Plan aufstellen. Hier geht es um einen wirtschaftlichen Aufbau, hier geht es um Delegationsreisen, hier geht es darum, dass wir in Afrika tätig sind.

Meine Damen und Herren, der Einzelplan 07 steht für Technologie, Talente und Innovationen. Wir beweisen Mut, wir führen Bewährtes fort und beginnen auch Neues. Er steht für Visionen. Wir senden ein ganz klares Signal nach außen, an die Menschen, die etwas bewegen wollen: Kommt nach Baden-Württemberg! Willkommen im Land der Tüftler und Denker, willkommen im Land der Innovation und des Fortschritts, willkommen im Land der guten Wirtschaftspolitik und im Land, in dem Grün-Schwarz regiert und in dem es eine CDU-Wirtschaftspolitik gibt, die gut für uns ist: für die Arbeitnehmerinnen, für die Arbeitnehmer und für die Wirtschaft.

(Abg. Anton Baron AfD: Der Steuerzahler!)

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Wolle.

**Abg. Carola Wolle** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Landesregierung hat die Aufgabe, in Baden-Württemberg Rahmenbedingungen für die hier ansässigen Unternehmen zu schaffen, um deren wirtschaftlichen Erfolg zu ermöglichen und natürlich auch die Arbeitsplätze zu sichern. Nur dadurch kann ein verlässliches Einkommen für alle hier lebenden und arbeitenden Bürger erreicht werden.

Daher haben wir im Haushalt des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau 2018/2019 die vollständige Übernahme der Kosten für die Meisterausbildung im Handwerk beantragt.

(Beifall bei der AfD)

Immer häufiger stehen offenen Stellen nicht in ausreichender Zahl gute Bewerber gegenüber. Meine Damen und Herren, der Fachkräftemangel ist Realität, besonders im Handwerk, und er ist akut. Neben der verfehlten Familienpolitik ist ein wesentlicher Grund für diesen Fachkräftemangel, dass das Handwerk immer mehr an Ansehen verloren hat.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Viele junge Menschen nehmen daher lieber ein Studium auf. Hinzu kommt, dass ein Studium – egal, ob abgeschlossen oder nicht – quasi kostenlos angeboten wird. Wer hingegen Meister werden will, muss auch dann, wenn er seine Meisterprüfung letztlich bestanden hat, ein Drittel seiner Kosten für die Schule selbst übernehmen und aus eigener Tasche bezahlen. Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Ist das gerecht?

(Zuruf von der AfD: Nein!)

Daher ist es aus der Sicht der AfD an der Zeit, die Ausbildung zum Meister dem Masterstudium finanziell gleichzustellen.

(Beifall bei der AfD)

Das wäre eine notwendige Aufwertung des Handwerks, ein klares Bekenntnis des Landes zu unserem dualen Ausbildungssystem und eine günstige und zielgerichtete Maßnahme, die Versorgung mit Fachkräften sicherzustellen.

(Beifall bei der AfD)

Dafür fallen voraussichtlich ca. 11 Millionen € jährlich an. Im Vergleich zu den Ausgaben für Hochschulen ist dies ein vernachlässigbarer Betrag. Leider haben Sie diesen Antrag abgelehnt.

Unter der zunehmenden Bürokratisierung leiden insbesondere kleine und mittlere Unternehmen. Der zur Entbürokratisierung geplante Normenkontrollrat der Landesregierung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings beeinflusst dieser nur geplante Gesetze des Landes. Doch – jetzt sind wir wieder bei der EU – drei Viertel der Bürokratie entsteht durch die europäische Gesetzgebung, deren Vorgaben wir Deutschen dann besonders genau und überreguliert umsetzen.

Jedoch gibt es auf Landesebene auch Regelungen, die abgeschafft oder auch deutlich vereinfacht werden können. Als Beispiel möchte ich hier die Landesbauordnung anführen. Seit 1990 hat sich die Zahl der Bauvorschriften von ca. 5 000 auf ca. 20 000 vervierfacht. Selbst für einen Experten ist es inzwischen schwierig, da durchzublicken. Insgesamt stiegen die Baukosten durch diese zusätzlichen Auflagen seit dem Jahr 2000 um fast 50 %.

(Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Abg. Wolle, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Abg. Carola Wolle** AfD: Nein. – Hoteliers und Gastronomen werden zu Investitionen genötigt, die teilweise ihren finanziellen Rahmen sprengen und sie zur Aufgabe zwingen. Eine weitere Folge ist, dass die Mieten steigen und im frei finanzierten Wohnungsbau kaum bezahlbarer Wohnraum entsteht. Der Wohnraumangel ist also hausgemacht,

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

sodass durch geeignete Maßnahmen Abhilfe möglich ist.

(Beifall bei der AfD)

Eine weitere nicht bürokratische, sondern eher gesellschaftliche Bremse – damit habe ich schon im vergangenen Jahr einigen Unmut bei Ihnen herausgefordert – ist das Thema Frauenförderung. Dafür sind im Haushalt ca. 2,5 Millionen € eingeplant. Zum einen handelt es sich dabei um ein Mentorinnenprogramm für Migrantinnen zum Berufseinstieg, zum anderen werden Kontaktstellen gefördert, die Frauen zeigen, wie sie einen Job finden und wie sie ihr Berufsleben wieder meistern können.

Meine Damen und Herren, abgesehen davon, dass das Thema, das hier gefördert werden soll, ein Aufgabengebiet des



(Carola Wolle)

Jobcenters ist, finde ich es merkwürdig, dass Frauen hier einseitig gefördert werden.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Ach du Jesuses Gott!)

Jede Förderung, jedes An-die-Hand-Nehmen wertet uns Frauen ab.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Nein!)

Der Grund, dass Frauen nicht so oft in Führungspositionen sind, ist ganz einfach der, dass Frauen andere Interessen und andere Bedürfnisse haben,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

also – wie ich es schon einmal gesagt habe – ganz anders ticken. Frauen sind nicht nur nach dem Grundgesetz gleichberechtigt. Sie bedürfen keiner zusätzlichen Unterstützung, sondern einer gesellschaftlichen Akzeptanz ihrer Leistung im Beruf und auch als Mutter.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Frau Dr. Hoffmeister-Kraut, Frau Sitzmann – die anderen beiden Damen sind ja leider nicht hier –, sind Sie wegen einer Quote Ministerin geworden? Ich glaube kaum.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Doch Frauenquoten und Frauenförderung hinterlassen immer ein Gschmäcke. Frauen fühlen sich unerschwinglich abgewertet und meinen immer wieder, sich beweisen zu müssen. Beenden wir also diese Frauenförderung, und beenden wir damit die Diskriminierung der Arbeit von Frauen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Kommen wir zum Etat des Wirtschaftsministeriums selbst. Sowohl die AfD als auch die FDP/DVP haben die Streichung des in diesem Haushalt ausgewiesenen Stellenaufbaus beantragt. Da keine neuen Aufgaben hinzugekommen sind und Arbeitsprozesse im Zuge der Digitalisierung zukünftig eher vereinfacht werden, also dadurch eher weniger Personal benötigt wird, ist der hier vorgenommene Stellenaufbau nicht nachvollziehbar. Hierdurch können beim Land über die nächsten 40 Jahre gerechnet Kosten in Höhe von ca. 16 Millionen € eingespart werden.

Apropos Digitalisierung: Die Digitalisierung beeinflusst den wirtschaftlichen Erfolg der Zukunft im Land wie kein anderes Thema. Daher frage ich mich, warum das Thema Digitalisierung nicht im Wirtschaftsministerium angesiedelt ist. Dasselbe betrifft das Thema Tourismuswirtschaft, wie es Herr Köbler bereits in seiner Rede angeführt hat.

Kommen wir zu einem ganz anderen Thema, dem Traum vieler Menschen: ein Eigenheim. Das weiß natürlich auch unsere Landesregierung. Daher hat sie verständlicherweise in Zeiten fiskalischer Not den Grunderwerbsteuersatz von 3,5 % auf 5 % erhöht. Aktuell ist diese Landesregierung trotz guter Konjunktur und damit einhergehend guten Steuereinnahmen nicht bereit, den Grunderwerbsteuersatz auf das ursprüngliche Niveau zu senken. Damit sind wir nicht einverstanden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Etwa 500 Millionen € pro Jahr würden den Bürgern, wenn der Grunderwerbsteuersatz wieder gesenkt würde, nicht weggenommen; sie könnten konsumieren. Dieses Geld würde dann natürlich dem Haushalt fehlen

(Abg. Daniel Born SPD: Haben Sie schon mal was vom Pakt für Familien gehört? – Gegenruf: Nein!)

– genau, für Familien wäre es natürlich sinnvoll, wenn sie nur 3,5 % Grunderwerbsteuer zahlen müssten –,

(Abg. Anton Baron AfD zur SPD: Haben Sie schon mal etwas von der Grunderwerbsteuer gehört? – Weitere Zurufe)

jedoch wäre dies durch die Streichung unnötiger und ideologischer Projekte in dem hier vorliegenden Haushalt aktuell machbar.

Zusammenfassend sehen wir folgende Hauptthemen in diesem Haushalt, die verbessert werden sollten: Förderung der Meisterausbildung, Entbürokratisierung speziell im Landesbaurecht, Beendigung der Abwertung der Arbeit von Frauen, Beibehaltung der Größe des Wirtschaftsministeriums, wie es einmal war, Senkung des Grunderwerbsteuersatzes.

Liebe Kollegen, wir alle wollen den Menschen ein besseres Leben ermöglichen. Tun wir es doch einfach!

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Weirauch.

**Abg. Dr. Boris Weirauch SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem heute Herr Minister Strobl schon von der Digitalisierungsrakete gesprochen hat, kam jetzt das wirtschaftspolitische Feuerwerk von Frau Lindlohr und Herrn Paal. Ich muss sagen: Die SPD-Fraktion ist tief beeindruckt. Wir wissen gar nicht mehr, was Sie, Frau Dr. Hoffmeister-Kraut, uns hier jetzt noch bieten. Das ist ja kaum noch zu toppen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wenn du jetzt Schluss machst, ist es gut!)

Wir können durchaus gemeinsam feststellen – da stimmen wir mit Ihnen in der Analyse überein –, dass das Land über volle Kassen verfügt. Ich weiß, Dankbarkeit ist keine Kategorie in der Politik. Ich werde es mir aber an dieser Stelle auch nicht verkneifen können, festzuhalten, dass das in erster Linie auch Ergebnis kluger und vorausschauender Politik des SPD-geführten Finanz- und Wirtschaftsministeriums in der vergangenen Legislaturperiode gewesen ist.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Paal CDU: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Es ist umso bedauerlicher, dass die gute Haushaltslage offenkundig dazu führt, dass Grün-Schwarz Geld nach dem Gießkannenprinzip im ganzen Land verteilt, wobei sich aber auch deutlich der Eindruck aufdrängt, dass die wesentlichen Fragestellungen, die uns aktuell beschäftigen, insbesondere die Herausforderungen der Digitalisierung und der Transforma-

(Dr. Boris Weirauch)

tion im Verkehrssektor und vor allem auch die damit verbundenen Umwälzungen auf dem Arbeitsmarkt, nur unzureichend aufgegriffen und beantwortet werden.

An einer grundsätzlichen Erkenntnis mangelt es Ihnen, Frau Ministerin, offenbar nicht. In Ihrem Bericht zum Haushalt führen Sie zutreffend aus, wie wichtig Weiterbildung für die Beschäftigten in unserem Land im Rahmen der Digitalisierung wird. In dieser Analyse stimmen wir Ihnen in jedem Fall zu. Wir müssen aber dann im Weiteren zur Kenntnis nehmen, dass Ihnen im Anschluss an Ihre Deklaration nichts mehr dazu einfällt, wie Sie die berufliche Weiterbildung in Baden-Württemberg wirklich wesentlich voranbringen können.

Die Beratungen im Finanzausschuss haben zudem gezeigt, dass die Regierungsfaktionen hier nichts Wesentliches beizutragen hatten, außer die bestehenden Maßnahmen als ausreichend zu bezeichnen. Bei der Weiterbildung Geringqualifizierter verweist Grün-Schwarz beispielsweise auf Programme des Bundes und der EU und schließt dann daraus, dass ja schon alles gut sei, weil genug getan werde – irgendjemand kümmert sich ja um die Sache, nur nicht das Land.

Unser Antrag zur Förderung Geringqualifizierter – wir hatten ursprünglich 4 Millionen € für ein eigenes Programm zur Förderung Geringqualifizierter beantragt – wurde dann auch folgerichtig konsequent, wenn auch falsch, von den Regierungsfaktionen ohne weitere substantielle Begründung abgelehnt.

Wir stehen vor derart großen Herausforderungen, dass Lippenbekenntnisse und Beschwichtigungen hier definitiv nicht weiterhelfen. Wir halten daher an unserer Forderung nach einem Weiterbildungsfonds fest. Das Land muss gemeinsam mit der Wirtschaft, gemeinsam mit den kleinen und mittleren Unternehmen im Land die Beschäftigten in die Lage versetzen, die fachlichen Herausforderungen der Digitalisierung zu meistern.

(Beifall bei der SPD)

Die Ministerin hat auf unsere parlamentarische Anfrage selbst zugestanden, dass eine Schere klappt zwischen hoch qualifizierten Kräften auf der einen Seite und eher niedrig qualifizierten Kräften auf der anderen Seite, zwischen Großunternehmen auf der einen Seite und kleinen und mittleren Unternehmen auf der anderen Seite, die sich immer schwerer damit tun, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Arbeitsprozessen herauszunehmen und deren Weiterbildung zu finanzieren.

Jetzt ist es an der Zeit, Konzepte zu entwickeln und sie finanziell so auszustatten, dass eine spürbare Wirkung erzielt wird. Wir in Baden-Württemberg haben die Mittel und die Ressourcen – wer, wenn nicht wir? –, den technologischen Wandel zu antizipieren, mit einem Weiterbildungsfonds die Strukturen zu schaffen, damit Baden-Württemberg als Land des Fortschritts helfen kann, die Digitalisierung auch im Sinne der hart arbeitenden Menschen in diesem Land zu gestalten.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion weiß – wie wahrscheinlich das ganze Haus –, dass sich die Regierung offenbar sehr schwertut, die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tatsächlich im Blick zu behalten. Da vergisst man mal schnell, die Betriebsräte zum Autogipfel einzuladen. Wir alle erinnern uns

an die Diskussion zur Änderung des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes, mit der Grün-Schwarz im Handstreich – ohne mit der Wimper zu zucken – die Möglichkeit eigener baden-württembergischer Mindeststandards bei der Lohnuntergrenze einfach so abgeräumt hat.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Den vergabespezifischen Mindestlohn haben wir erhöht! Wir haben ihn erhöht!)

Die Konzeptlosigkeit bei der beruflichen Weiterbildung, die Ihnen nicht mal aufzufallen scheint, reiht sich ein in die Beispiele dafür, dass diese Landesregierung in Arbeitnehmerfragen einen blinden Fleck hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern Sie nachdrücklich auf: Kümmern Sie sich, senden Sie ein Signal, dass die berufliche Weiterbildung für Sie nicht nur unter „ferner liefen“ stattfindet. Lassen Sie uns gemeinsam eine Qualifizierungsoffensive auf den Weg bringen, die die Menschen fit macht und sie mit den Herausforderungen der Digitalisierung nicht alleinlässt. Wir fordern, aus den diesjährigen Steuermehreinnahmen 20 Millionen € als Startschuss für eine Qualifizierungsoffensive im Land Baden-Württemberg in einen Weiterbildungsfonds einzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Mehr Konzept und Engagement fordern wir – da werden Sie sich nach unseren Einlassungen auch beim vergangenen Haushalt nicht wundern – auch bei einem weiteren Thema, das die Menschen in unserem Land derzeit vor große Herausforderungen stellt: die Wohnungsknappheit bzw. der Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Vor allem in den Ballungsräumen, aber auch in kleineren Kommunen leiden die Bürgerinnen und Bürger unter steigenden Mieten und Wohnungsknappheit. Wir fordern zum einen als Teil unseres kommunalen Investitionspakets eine Aufstockung der Mittel für die Wohnraumförderung um insgesamt 230 Millionen € für den kommenden Doppelhaushalt. Wir sind der Meinung, dass durch direkte Zuschüsse Anreize geschaffen werden können, ein Mehr an bezahlbarem Wohnraum zu erreichen. Jetzt ist es an der Zeit, Mittel einzustellen und das Problem der Wohnungsknappheit und des bezahlbaren Wohnraums in unserem Land mittel- und langfristig entschieden anzugehen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Wir wollen auch das Land selbst in die Lage versetzen, den Wohnungsmarkt aktiv mitzugestalten. Die kommunalen Wohnungsbau- und Entwicklungsgesellschaften in Baden-Württemberg zeigen uns, wie ordentlich geführte Wohnungsunternehmen im Sinne der Allgemeinheit dämpfend auf einen angespannten Wohnungsmarkt reagieren können. Aber nicht alle baden-württembergischen Kommunen sind groß und wirtschaftlich stark genug, eine eigene Bau- und Entwicklungsgesellschaft auf die Beine zu stellen. Hier besteht eine Lücke, in der das Land das Heft des Handelns in die Hand nehmen muss. Wir wollen für die Gründung einer Landesentwicklungsgesellschaft, die diesen Namen tatsächlich verdient, rund 40 Millionen € in den neuen Doppelhaushalt einstellen, so dass eine zukünftige baden-württembergische Landesentwicklungsgesellschaft im Jahr 2018 entwickelt werden und im Jahr

(Dr. Boris Weirauch)

2019 an den Start gehen kann, um aktiv für mehr bezahlbaren Wohnraum in Baden-Württemberg zu sorgen.

(Beifall bei der SPD)

In Ihren Reden wurde vieles ausgeführt, was wir nachdrücklich unterstützen. Ich sage es einmal so: Wenn genug Geld da ist, macht man zwangsläufig auch mal etwas richtig.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es sind auch viele Projekte dabei, die auch schon in unserer Regierungszeit begonnen wurden und jetzt fortgeführt werden, und das verdient an dieser Stelle auch unsere Unterstützung. Es gab auch ein paar positive Entwicklungen wie jetzt beispielsweise beim Gründungsfonds, nach dem Trauerspiel beim letzten Haushalt. Sie haben vorhin so schön die Kultur der zweiten Chance angesprochen. Das trifft auf diesen Haushalt wirklich zu, Frau Dr. Hoffmeister-Kraut; es wurden mehr Mittel bereitgestellt. Wir sind noch nicht so weit wie Bayern. Wir hätten uns mehr gewünscht, aber wir sind doch schon auf einem besseren Weg als vor einem Jahr.

Im Prinzip ist es so, dass wir zwei wichtige Punkte haben, die ich eben ausgesprochen habe. Es geht uns darum, Lücken in diesem Einzelplan zu schließen, und wir werben nachdrücklich dafür, bei der Digitalisierung sowie bei der technologischen Transformation im Verkehrsbereich die Beschäftigten endlich richtig in den Blick zu nehmen, die Interessen der Beschäftigten wirklich ernst zu nehmen und sich bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums nicht mit einem Minimum zufriedenzugeben. Baden-Württemberg kann in beiden Bereichen wesentlich mehr.

Tun auch Sie mehr für die Menschen in unserem Land.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Frau Abg. Reich-Gutjahr das Wort.

**Abg. Gabriele Reich-Gutjahr** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Ränge sind ja schon etwas leer.

(Zurufe von der SPD: Was? – Nein! – Unruhe)

Deshalb: Zur Ermunterung all derer, die noch da sind, habe ich eine Frage mitgebracht.

(Abg. Sascha Binder SPD: Qualität! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Genau: Qualität. Jetzt zeigen Sie mal, was Sie noch drauf haben.

(Zurufe – Anhaltende Unruhe)

Ich habe eine Frage an Sie: Wer von Ihnen weiß noch, welche App unsere Fußballmannschaft bei der WM 2006 in Deutschland mit Vorliebe genutzt hat?

(Zuruf von der CDU: Gar keine! Denn damals gab es noch gar keine Apps! – Zurufe: Gar keine!)

– Genau, super!

(Zuruf: Der ist schon alt!)

– Es ist egal, wenn er alt ist. Ich wollte das bloß noch mal deutlich machen; denn es ist noch nicht lange her. Erst 2007 wurde quasi der Baustein gelegt, der das ermöglicht, was wir gerade als Umbrüche in unserer Wirtschaft und Gesellschaft erleben. Seit 2007 gibt es das I-Phone und die Smart Technology auf dem Markt.

Es geht schnell voran. Wir leben in extrem spannenden Zeiten, in denen vieles neu gedacht werden muss. Was SAP macht, hat mit Digitalisierung – wie Sie sagten, Frau Lindlohr – nichts zu tun; das ist klassische IT. Die haben wir schon seit 50 Jahren. Digitalisierung hat eine ganz andere Dimension. Wirtschaft bekommt ein ganz neues Gesicht: Jeder kann heute zu Hause am Computer ein Geschäftsmodell entwickeln. Es ist die Zeit der Start-ups, es ist aber auch die Zeit der kleinen, mittleren und großen Unternehmen. Denn all diese Firmen müssen sich fragen, welche ihrer Produkte und Dienstleistungen vor dem Hintergrund digitaler Lösungen neu gedacht werden müssen. Welche zusätzlichen Chancen bieten sich? Was fällt weg? Wie machen wir unsere Produkte und Dienstleistungen internetfähig, um im „Internet of Things“ dabei zu sein? Schlicht: Wie werden wir smart?

Unsere Schlüsselbranche, die Automobilindustrie, erfindet sich gerade neu – übrigens auch ohne die Mitwirkung der Landesregierung.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

CASE heißt das Zauberwort, über das sich die Branche zu einer Mobilitätsbranche entwickelt. CASE steht für Connected, Autonomous, Shared und Electric; das sind die vier Säulen der Entwicklung.

Natürlich muss Baden-Württemberg vorn mit dabei sein. Denn wir wollen schließlich unseren Wohlstand sichern, den wir heute im Wesentlichen aus dieser Branche beziehen. Die Politik muss den richtigen Rahmen für diesen umfassenden digitalen Strukturwandel schaffen.

Sie haben uns heute einiges von dem aufgezeigt, was Sie da tun. Es ist klar: Der schnelle, flächendeckende Ausbau des Glasfasernetzes und des Mobilfunknetzes in Baden-Württemberg ist dabei die wichtigste Aufgabe.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Frau Hoffmeister-Kraut, machen Sie Druck beim Innenminister, bei Ihrem Kollegen Herrn Strobl! Sein Einfluss auf die künftige Entwicklung der baden-württembergischen Wirtschaft ist größer als der des Wirtschaftsministeriums. Keine Netze – keine Geschäfte. So einfach ist die Formel.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: So ist es!)

Der Haushalt des Wirtschaftsministeriums beträgt für die beiden Jahre 2018 und 2019 jeweils etwa 1 Milliarde €, ein bisschen weniger als 1 Milliarde €. Wofür wird das Geld ausgegeben? Als positiv sehen wir, dass das Wirtschaftsministerium federführend einen Venture-Capital-Fonds aufgelegt und diesen mit 20 Millionen € aus dem Haushalt ausgestattet hat.



(Gabriele Reich-Gutjahr)

Damit sollen auch private Investoren angezogen werden, um diesen Fonds aufzusatteln und zu hebeln. Das ist ein extrem wichtiger Impuls, auch, um die Bereitschaft in der Gesellschaft insgesamt zu erhöhen, Geld in neue Geschäftsideen junger Unternehmen zu investieren. Wir haben zwar die 100 Millionen €, die es in Bayern gibt, noch nicht bereitgestellt; aber immerhin, ein Anfang ist gemacht.

In der Innovations- und FuE-Politik wird das Geld in eine Vielzahl von Initiativen und Allianzen investiert – Herr Paal hat schon ein paar davon genannt –: in Wirtschaft 4.0, in Allianz Industrie 4.0, in Cluster und Lernfabriken, in Digitalallotosen und in einen – i n e n ! – Technologieberater.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ein ganzer!)

Sie wissen, wir schätzen Herrn Dr. Bauer sehr. Aber einen Innovationsrat, wie wir ihn schon letztes Jahr gefordert haben, kann er allein – –

(Abg. Claus Paal CDU: Er ist Technologiebeauftragter!)

– Ja, er ist e i n Technologiebeauftragter; das sagte ich. Aber einen Technologierat kann er nicht ersetzen.

(Abg. Claus Paal CDU: Wir haben auch nur eine Wirtschaftsministerin!)

– Ja, gut. – Ziel der genannten Initiativen ist es, Unternehmen anzuregen und ihnen Impulse zu geben. Ziel ist es auch, das Thema Innovation in die Köpfe zu tragen. Dabei wird aber ein Aspekt übersehen: Die meisten Unternehmen, gerade die kleinen und mittleren, haben gar nicht die Zeit, bei diesen Initiativen mitzumachen. Die meisten wissen nicht mal, was es da alles gibt. Was sich aber über die Jahre bewährt hat und was im Haushalt weiter ausgebaut wird, sind die von der FDP/DVP einst eingeführten Innovationsgutscheine. Diese Gelder finden immer gute Abnehmer. Dass Sie neue Innovationsgutscheine – den Hightech Digital – sowie die Digitalisierungsprämie geschaffen haben, ist eine gute Sache.

Innovation ist das eine, die zuverlässige Bedienung der aktuellen Nachfrage ist für die Unternehmer das andere. Die Konjunktur im Land brummt, Mittelstand und Handwerk haben volle Auftragsbücher. Dies ist zuvorderst das Verdienst engagierter Betriebe und engagierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. An dieser Stelle möchte ich diesen auch einmal ganz herzlich danken. Denn während wir hier reden, machen die Menschen draußen die Arbeit, die uns finanziert.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Aufgabe der Politik ist es, für das laufende Geschäft einen stabilen Rahmen zu gewährleisten, den Fachkräftebedarf zu decken, die Aus- und Weiterbildung zu fördern und attraktive Rahmenbedingungen für den Zuzug zu schaffen. Das sind einige Aspekte.

Der Wohnungsmarkt wurde bereits angesprochen. Das ist und bleibt ein zentrales Thema für uns alle vor Ort, um Fachkräfte auch tatsächlich dort unterbringen zu können, wo sie arbeiten.

88 000 Wohnungen – das sagt die Prognos-Studie zum Wohnraumbedarf in Baden-Württemberg – fehlen uns. Die Wohnraum-Allianz hat in zahlreichen Sitzungen Empfehlungen erarbeitet. Es gilt, Kostentreiber in der LBO zu beseitigen und die Empfehlungen der Wohnraum-Allianz zu Änderungen – z. B. beim Artenschutz, bei der EnEV, zur Beschleunigung der Ausweisung von Wohnbauflächen und der Genehmigung von Bauvorhaben und vieles mehr – jetzt umzusetzen.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Auf konkrete politische Umsetzungsschritte des Wirtschaftsministeriums warten wir noch.

(Abg. Anton Baron AfD: Nach wie vor!)

Wir haben kürzlich vom Umweltminister gelernt, dass es etwa drei Jahre dauert, bis man eine EU-Verordnung in eine LBO umsetzt. Es wird jetzt also höchste Zeit, anzufangen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Jetzt haben wir das Problem!)

Im Wohnungsbau sind innovative Konzepte gefragt. Insofern begrüße ich auch, dass Sie 250 000 € jährlich für die IBA in der Region Stuttgart vorsehen. Es ist eine Chance, mit innovativen Baukonzepten mit blauer Technologie und smarten Lösungen zu zeigen, wie Bauen kostengünstig, umweltfreundlich und lebenswert gelingen kann. Das ist eine tolle Chance für uns alle.

Nun zum Wohnungsbau: Wir haben einen Antrag gestellt, der leider abgelehnt wurde. Frau Lindlohr, Sie haben ihn schon kurz angesprochen. Wir fokussieren uns bei der Wohnraumförderung tatsächlich weiterhin auch auf den selbst genutzten Wohnraum. Wir halten das für eine elementare Aufgabe der Politik, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Alterssicherung.

(Abg. Anton Baron AfD: Als Schlusslicht in der EU!)

Baden-Württemberg liegt mit einer Eigentumsquote von 50 % relativ weit hinten im deutschlandweiten Vergleich. Hier gilt es, etwas zu tun. Nun haben wir tatsächlich einen sozialen Vorschlag gemacht. Wir haben nämlich vorgeschlagen, 5 Millionen € umzuschichten

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Von den Sozialmietern!)

für Menschen, die sich in einer schwierigen menschlichen Lage befinden und ihre Immobilie möglicherweise verlieren würden, wenn sie keine Unterstützung bekommen.

(Abg. Tobias Wald CDU: Das klappt aber nicht in der Praxis! Das funktioniert nicht! Das ist in der Praxis völlig untauglich!)

Diese Seite des Geschäfts gehört auch dazu. Wir können Menschen nicht immer im Stich lassen, wenn es einmal schwierig für sie wird.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Schade, dass Sie hier nicht mitgegangen sind.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Gabriele Reich-Gutjahr)

Aufgrund dieser grundsätzlich anderen Vorstellungen im Wohnungswesen können wir das Kapitel 0711 nicht mittragen.

Wir haben auch vorgeschlagen, eine Kommission zur Erarbeitung eines Konzepts zur Ertüchtigung sogenannter Problemimmobilien aufzulegen. Wir wollen erfassen, wo und warum es diese gibt. Wir halten es für dringend nötig, dass hier etwas passiert. Denn Leerstand und Verwahrlosung wirken sich natürlich auch auf die Immobilien im Umfeld aus.

Auf jeden Fall wäre das Geld auf diese Art besser angelegt gewesen als in der von der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU beantragten Sensibilisierungskampagne „Wirksame Methoden für die Reduzierung des Flächenverbrauchs durch Innenentwicklung in Baden-Württemberg“, für die sage und schreibe 175 000 € eingeplant werden. Leider werden die fehlenden Flächen für ausreichenden Wohnungsbau auch damit nicht gefunden.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Darüber hinaus haben wir versucht, zwei Themen, die uns beschäftigt haben, als kostenmäßig kleine Initiativen in das Herz dieser Regierung zu tragen – aber leider ohne Erfolg: Die eine war ein Antrag im Hinblick auf die Brexit-Beratungen. Es gibt etliche Firmen in unserem Land, die sich für die Rechtsform Limited entschieden haben. Das ist jetzt möglicherweise eine sehr ungünstige Rechtsform.

(Abg. Claus Paal CDU: Das habe ich immer gesagt!)

Dieses Thema sollte frühzeitig angegangen werden. Wir wollten mit Gutscheinen einen Impuls setzen, um das Bewusstsein hierfür zu schärfen.

Das zweite Thema war das Thema „Mittelstandsförderung im Handel“. Da haben wir uns an einem Projekt der Bayern orientiert, die mit dem Modellprojekt „Digitale Einkaufsstadt“ ganz konkret vier Kommunen ausgewählt haben und geschaut haben, wie E-Commerce-Lösungen in Verbindung mit stationärem Handel umgesetzt werden können. Schade, auch hier ist die Regierung nicht mitgegangen.

Wir sind dabei, wenn Sie ein Dialogprojekt „Handel 2030“ mit je 200 000 € im Jahr fördern wollen. Aber ehrlich gesagt: Reden ist gut, handeln ist besser. Schade, dass unser Antrag zum Thema Handel nicht auf Gegenliebe gestoßen ist.

Zum Schluss: Gute Wirtschaftspolitik kostet nicht viel. Wenn man mit Unternehmern spricht, dann wird klar, dass diese eigentlich nicht auf die vielen Impulse warten, von denen wir heute gehört haben. Die sprechen ganz banale Sachen wie Bürokratieabbau an. Auflagen wie Brandschutzvorschriften, Mindestlohnaufzeichnungspflichten, langsame Genehmigungsverfahren etc. verzögern und verhindern die Umsetzung von Vorhaben.

Wir brauchen außerdem eine Gesetzgebung, die zu den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen passt. Das Arbeitszeitgesetz passt nicht mehr. Beim Bildungszeitgesetz sind wir gespannt, was Sie im nächsten Jahr an Vorschlägen bringen werden. Wir brauchen einen rechtlichen Rahmen für digitale Geschäftsmodelle. Klar, für vieles liegt die Zuständigkeit auf der Bundesebene. Aber wir erwarten von dieser

Landesregierung, dass sie Bundesratsinitiativen anstößt. Die Dinge müssen vorangebracht werden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP:  
Bravo! Richtig!)

Liebe Frau Ministerin, Sie kommen aus der Wirtschaft. Machen Sie eine Wirtschaftspolitik, die uns schneller macht. Bauen Sie Hürden ab. Schenken Sie den Unternehmern mehr Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben. Dann finden die Unternehmen vielleicht auch die Zeit, um an den vielen Initiativen des Wirtschaftsministeriums teilzunehmen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Gabriele Reich-Gutjahr** FDP/DVP: Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut das Wort.

(Abg. Anton Baron AfD: Das Rot hat es heute in sich!  
– Gegenruf der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/  
DVP: Ja, wir haben uns halt abgestimmt!)

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist die wirtschaftsstärkste Region in ganz Europa. Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg hat deshalb einen ganz hohen Stellenwert auch für die Zukunft unseres Landes. Auch wenn unser Budget überschaubar ist, ist es wichtig, dass die Wirtschaft in Baden-Württemberg durch ein eigenes Ministerium in der Landesregierung eine gewichtige Stimme hat und wir die Rahmenbedingungen in Baden-Württemberg wirtschaftsfreundlich gestalten. Das ist jetzt wieder gewährleistet

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Zurufe: Sehr gut! – Bravo!)

und fließt in vielen Bereichen mit ein.

Die aktuelle Lage der baden-württembergischen Wirtschaft ist nach wie vor sehr gut. Auch die Prognosen für das nächste Jahr sind positiv. Man kann mit guten Gründen behaupten: Baden-Württemberg spielt in der Weltklasse ganz vorn mit.

Aber wir sind aufgrund des Wandels, aufgrund der vierten industriellen Revolution – viele sprechen davon – gefordert, dass wir uns jetzt für das Qualifying der Zukunft richtig positionieren. Wir müssen jetzt die Weichen für die Zukunft richtig stellen. Das wird entscheidend dafür sein, ob wir in einer digitalisierten Wirtschaft mit neuen Produkten, mit weiterführenden Dienstleistungen und veränderten Geschäftsprozessen auch weiterhin die Spitzengruppe anführen können.

Jetzt wird es sich entscheiden, ob wir vor dem Hintergrund des Paradigmenwechsels in der Automobilwirtschaft weg vom Produkt Automobil hin zur Dienstleistung Mobilität die Weltmarktführerschaft und die Systemkompetenz auch in Baden-Württemberg halten können. Das müssen wir im Auge haben.

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

Deshalb müssen wir auch jetzt alle zur Verfügung stehenden Innovationspotenziale nutzen und auch das Gründungsgeschehen im Land beleben, das – so möchte ich es einmal sagen – im vorherigen Ministerium in eine Art Dornröschenschlaf verfallen war. Zur Bewältigung der Strukturwandelprozesse müssen wir ebendieses Potenzial der Start-up-Szene jetzt offensiv und nachhaltig für uns nutzen. Es gilt auch, die Fachkräftebasis zu sichern – ein ganz wichtiges Element –, die die Grundlage für erfolgreiches Wirtschaften unter den veränderten Bedingungen und Strukturen überhaupt erst ermöglicht.

(Beifall der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

– Danke, Frau Lindlohr. Sie haben zugehört.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Gleichzeitig setzen wir wichtige Akzente für den Arbeitsmarkt, indem wir das erfolgreiche Landesarbeitsmarktprogramm fortsetzen.

Herr Weirauch, Sie haben sich hier als Verfechter und Sprecher der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer präsentiert und hatten nicht mal ein einziges Wort für den Bereich Arbeit übrig – einen wichtigen Bereich im Wirtschaftsministerium. Da muss man sich schon wundern, in welche Richtung die SPD derzeit denkt und handelt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Daniel Born SPD: Sie sind doch auch nicht nur Wirtschaftsministerin! – Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Sie haben doch am Anfang groß angekündigt: Arbeitsministerin! Dann müssen Sie auch was dazu sagen!)

– Ich bin Ministerin für Wirtschaft, Arbeit

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dann sagen Sie doch mal was dazu! Zu dem Bereich haben Sie noch nie was gesagt! – Weitere Zurufe)

und Wohnungsbau. In jedem Bereich setze ich hier auch Akzente und investieren wir Gelder in Maßnahmen. Aber, Herr Weirauch, Sie haben mit keinem Wort den Bereich Arbeit erwähnt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie doch auch nicht!)

– Ich bin ja jetzt gerade erst am Anfang,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dann legen Sie doch mal los!)

und gerade spreche ich von der Landesarbeitsmarktpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Getroffene Hunde bellen. Wenn es Ihnen so wichtig wäre, hätten Sie es erwähnt.

Darüber hinausgehend treten wir für einen freien Welthandel, für die Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ein und legen hier auch einen weiteren Schwerpunkt in der Wirtschaftspolitik unseres Landes. Wir haben in Baden-Württemberg eine Exportquote von 42 %, in manchen Branchen

von über 80 %. Deshalb ist das auch ein Schwerpunktbereich, den wir in diesem Doppelhaushalt weiterentwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Ebenfalls einen langen Atem brauchen wir in der Wohnraumförderung – dies zum einen aus sozialen Gründen, aber eben auch, weil wir bezahlbaren Wohnraum in Baden-Württemberg zur Verfügung stellen müssen, um auch Fachkräfte nach Baden-Württemberg zu bekommen. Das ist ein ganz bedeutender Standortfaktor und hat deshalb ebenfalls große Bedeutung im Haushalt des Wirtschaftsministeriums.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Die wesentlichen Herausforderungen der Wirtschaftspolitik, die wir zukunftsorientiert aufstellen, sind die Digitalisierung, die Mobilität, die Förderung junger Unternehmen mit hohem Innovationspotenzial, die Fachkräftesicherung, eine wirkungsvolle Arbeitsmarktpolitik, Stärkung und Ausbau internationaler Wirtschaftsbeziehungen sowie eine effiziente Wohnraumförderung.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Baron zu?

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Ich bin ja noch nicht einmal in die Details eingestiegen, aber, Herr Baron, bitte.

(Abg. Sascha Binder SPD: Aber er hat schon Fragen!)

**Abg. Anton Baron AfD:** Vielen Dank, Frau Ministerin, für das Zulassen der Frage.

Ich wollte Sie einfach nur fragen, ob Sie tatsächlich schon einen Zeitplan haben, wann wir konkrete Vorschläge für die Novellierung der LBO bekommen.

(Zuruf von der CDU: Schweres Thema!)

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Der Zeitplan wurde schon öfter öffentlich angekündigt. Wir werden uns im ersten Viertel oder in der ersten Hälfte des nächsten Jahres hier mit der LBO-Novellierung beschäftigen.

(Abg. Anton Baron AfD: Okay! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zeitung lesen! – Heiterkeit)

Das ist ein klar definierter Zeitraum.

Wann haben Sie die LBO novelliert? Damals, 2015, kurz vor dem Regierungswechsel. Wir packen das früher an. Darauf möchte ich hier nur noch einmal hinweisen. Wir sind in vielem schneller, als die SPD es je war.

(Beifall bei der CDU – Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Hoffentlich sind Sie nicht nur schneller, sondern gehen auch in eine bessere Richtung! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Sie meinen, wir haben die bessere Richtung? Vielen Dank, Herr Glück.



(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

Also: Die Herausforderungen sind klar. Wir stellen uns diesen Herausforderungen in dem Doppelhaushalt 2018/2019. Wir gestalten. Wir setzen die richtigen Maßnahmen aufs Gleis.

Im Rahmen der Digitalisierungsstrategie der Landesregierung stehen dem Wirtschaftsministerium rund 71 Millionen € zur Verfügung. Damit werden wir den digitalen Transformationsprozess kraftvoll vorantreiben. Mit der Einrichtung von zehn regionalen Digital Hubs in der Fläche bringen wir die Digitalisierung hier schneller voran. Wir werden in der Fläche des Landes diese Zentren implementieren und eine Unterstützungsinfrastruktur zur Verfügung stellen, und zwar branchenübergreifend für die Industrie, für den Handel, für das Handwerk, für die Dienstleistungen. Das ist zwingend und dringend notwendig; denn wir müssen hier vor allem auch die kleinen und mittleren Unternehmen – es gibt ein starkes digitales Gefälle in Baden-Württemberg – auf diesem Weg noch stärker begleiten.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Kleine Unternehmen unterstützen wir weiterhin mit der Digitalisierungsprämie, die wir jetzt im Doppelhaushalt entsprechend fortsetzen werden. Sie war modellhaft sehr erfolgreich. Die Nachfrage war groß. Da haben wir schon viel bewirkt.

Zur digitalen Qualifizierung der Beschäftigten werden wir innovative Weiterbildungsangebote fördern. Wir werden die überbetrieblichen Bildungsstätten weiter stärken und das Erfolgsmodell der Lernfabriken ausbauen und weiterentwickeln.

Den Wissenstransfer zur Digitalisierung wollen wir über die Förderung der Umsetzung von ausgewählten innovativen Transferkonzepten maßgeblich beschleunigen.

Wir tätigen im Rahmen der Digitalisierungsstrategie konkrete Investitionen in innovative Technologien und neue Geschäftsmodelle. Im Rahmen der Allianz Industrie 4.0 erarbeiten wir Maßnahmen, beispielsweise mit neuen strategischen Förderansätzen in den Technologiebrennpunkten der selbst lernenden Systeme und der additiven Fertigung.

Wichtige Impulse setzen wir auch bei der Förderung eines „Leistungszentrums für Mass Personalization“ im Rahmen des projektierten Stuttgarter Technologie- und Innovationscampus der Fraunhofer-Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, kommen wir jetzt zu dem zweiten großen Strukturwandelprozess, der uns in Baden-Württemberg in ganz besonderer Weise beschäftigt, der Mobilität. Die Landesinitiative Elektromobilität III wird ressortübergreifend nachhaltig fortgeführt. Dem Wirtschaftsministerium stehen hier für die nächsten vier Jahre Projektfördermittel in Höhe von 12 Millionen € zur Verfügung.

Wir haben eine Mittelstandsoffensive Mobilität auf den Weg gebracht, um unsere starke Industrie, die kleinen und mittleren Unternehmen, zu unterstützen. Damit werden die KMUs dazu befähigt, den Schritt zu Großserienproduktion und Massenmarktfähigkeit der neuen Technologien zu bewältigen und sich letztlich in diesem neuen Markt zu etablieren.

Auch die Schlagkraft der Landesagentur e-mobil wird im Rahmen des Strategiedialogs Automobilwirtschaft maßgeblich erhöht.

Im Strategiedialog Automobilwirtschaft nimmt das Wirtschaftsministerium eine der Dreh- und Angelpunkten ein. Wir begleiten die wichtigen Themen Produktion und Technologie, Vertrieb, Handel und Werkstätten. Wichtig ist, dass wir möglichst schnell vorankommen, und da sind wir sehr schnell unterwegs. Frau Lindlohr hat es auch angesprochen: Die Arbeitsgruppen tagen schon. Wir werden hier eine Roadmap, ein Lastenheft erarbeiten, um zeitnah die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen und die erforderlichen Entscheidungen zu treffen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Baden-Württemberg, ein Innovationsland: Wir werden insgesamt für die Technologie- und Innovationsförderung für die Jahre 2018 und 2019 228 Millionen € zur Verfügung stellen, zusammen mit den Digitalisierungsprojekten weitere 71 Millionen € bereitstellen, und – da freue ich mich besonders auch über den Antrag der Regierungsfractionen – wir werden die Grundfinanzierung der Institute der Innovationsallianz um jährlich 1,4 Millionen € weiter erhöhen. Hierfür möchte ich mich noch einmal recht herzlich bedanken. Denn unsere Institute sind für den Technologietransfer ganz wichtig, der den Erfolg und den jetzigen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung ganz wesentlich mit begründet hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU  
– Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger zu?

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Ja, Herr Bullinger, bitte.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Frau Ministerin, Sie haben sehr, sehr viel gesagt, was Sie alles tun wollen. Zwei Punkte fehlen mir eigentlich. Ich frage Sie: Was tun Sie vor allem, dass die Selbstorganisationen IHK und Handwerkskammer noch effizienter mit Ihnen zusammenarbeiten, um genau die Dinge voranzubringen?

(Zuruf von der CDU: Noch effizienter?)

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Mit den Kammern arbeiten wir sehr eng zusammen. Die Kammern sind in fast allen Gremien vertreten. Wir haben da ein enges Miteinander. Ich habe auch wieder eingeführt, mich mit den Präsidenten und den Hauptgeschäftsführern der Kammern im direkten Dialog auszutauschen – nicht nur mit der IHK, auch mit dem Handwerk. Wir haben hier ein ganz enges Miteinander, denn die Kammern sind die Stimme der Wirtschaft.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP –  
Gegenruf des Abg. Martin Grath GRÜNE: Ich kann  
es bestätigen!)

– Genau. – Das hat bei uns einen hohen Stellenwert. Das gilt genauso – das möchte ich an dieser Stelle auch betonen – für den Dialog mit den Arbeitnehmervertretern. Mir liegt sehr viel daran, dass wir sie auch im Rahmen des Strategiedialogs – – Schon bevor der Strategiedialog aufs Gleis gesetzt wurde, habe ich im Februar den Transformationsbeirat tagen lassen.

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

Auch da waren die Gewerkschaften vertreten. Ich arbeite in ganz engem Schulterschluss mit ihnen zusammen.

Die Innovations- und Technologieführerschaft ist für die Unternehmen in unserem Land zwingend notwendig, damit sie auch zukünftig im Weltmarkt erfolgreich agieren können. Die Technologieführerschaft ist aufgrund unserer Rahmenbedingungen zwingend. Dafür müssen wir alles tun, und das Land kommt hier auch seiner Pflicht nach und gibt viel Geld für Innovation und Technologietransfer aus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein ebenfalls wichtiger Bereich, der im Strukturwandlungsprozess immer wichtiger wird, ist die Dynamik in der Start-up-Szene, in der Gründerszene, die eben auch in Baden-Württemberg ein hohes Innovationspotenzial bietet. Die Start-ups sind wichtige Treiber technologischer Entwicklungen und können zu potenziellen Marktführern von morgen werden. Hier muss noch viel mehr passieren. Wir haben jetzt in diesem ersten Jahr 2017 viele Akzente setzen können und auch zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen können. Wir können das nun noch weiter ausbauen und hier die Gründerszene noch stärker unterstützen. Das ist ganz zwingend notwendig, um den bestehenden Nachholbedarf endlich zu korrigieren.

Ein Kernelement der neuen Kampagne „Start-up BW Pre-Seed“ ist, dass wir eben bereits als Frühphasenförderinstrument Ideen, die in Produkte umgesetzt werden, finanziell unterstützen – in Anlehnung an das israelische „Incubators Incentive Program“. Denn genau in dieser Phase, die sehr risikoreich ist, gibt es häufig kein Venture-Capital vom Markt. Baden-Württemberg hat hier ein reiches Potenzial an Ideen, nicht nur aus der Wissenschaft, sondern auch aus der Wirtschaft. Das müssen wir heben, da müssen wir ansetzen, und das tun wir.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP)

Wir geben 14 Millionen € für das Inkubatoren-Programm, wir geben weitere 20 Millionen € für das Wagniskapital, und wir werden unsere Landeskampagne „Start-up BW“ mit 5 Millionen € weiter vertiefen. Die Ziele wurden beim Start-up-Gipfel gesetzt: stärkere Internationalisierung, Einbindung der Jugend, stärkere Fokussierung auch auf Frauen. Liebe Frau Wolle, das ist ganz wichtig; denn es gibt eben doch auch hier Akzente, die wir setzen, und Bedürfnisse, die wir unterstützen und die wir auch fördern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Fachkräftesicherung und Arbeitsmarkt – zwei der großen Themen, die uns hier in Baden-Württemberg ebenfalls beschäftigen. Wir werden die Aktivitäten zur Erschließung aller Potenziale der Fachkräftegewinnung mit unseren Partnern in der Fachkräfteallianz nachhaltig fortsetzen. Wir werden die Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land im Rahmen dieser dynamischen Veränderungen in der Wirtschaft – da geht es nicht nur um die Digitalisierung, sondern eben auch um den Wandel in der Mobilität, um alternative Antriebe – fördern; denn auch da müssen wir die Menschen weiter qualifizieren. Das ist ein ganz wichtiger Bestand-

teil unserer Aufgaben. Wir werden hier sehr viel Geld zur Verfügung stellen, um sinnvolle Maßnahmen umzusetzen und weiterzuführen.

Beispielhaft seien hier die Förderung von innovativen Weiterbildungsprojekten, der weitere Ausbau des erfolgreichen Modellprojekts „Übergang Schule-Beruf“ auf 22 Modellregionen, die Stärkung unserer Welcome Center, die Fortsetzung unserer ESF-Fachkursförderung, die Sicherstellung von Fördermitteln für Investitionen in überbetriebliche Bildungsstätten, die nachhaltige Förderung der überbetrieblichen Ausbildungslehrgänge sowie die Unterstützung der wertvollen Arbeit der Kontaktstellen „Frau und Beruf“ genannt. Insgesamt betragen die Mittel für die Fachkräftesicherung im Einzelplan 07 71 Millionen €.

Jetzt kommen wir zum Landesarbeitsmarktprogramm „Neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt“. Auch hier wollen wir Fachkräftepotenziale nutzen. Dort haben wir Erfolge zu verzeichnen. Den Passiv-Aktiv-Tausch, den wir jetzt zum PAT PLUS mit den Qualifizierungselementen sozusagen weiterentwickelt haben, werden wir weiter unterstützen. Insgesamt geben wir 7 Millionen € für diese Maßnahmen.

Wir haben auch neue Akzente im Bereich der Förderung von Kindern und Jugendlichen gesetzt, indem wir die Jugend- und Sozialförderung jetzt besser aufeinander abstimmen und auch hier die Menschen möglichst schon in jungen Jahren begleiten und eben nicht verlieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich noch auf eine ganz wichtige weitere Aufgabe eingehen, und zwar die Förderung unserer internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Räßple?

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Kollege Räßple? Ja.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Bitte, Herr Kollege.

(Zurufe von der CDU)

**Abg. Stefan Räßple AfD:** Überhaupt nicht. Jetzt muss ich auch noch etwas sagen. – Also, Frau Hoffmeister-Kraut – Sie haben übrigens eine schöne Jacke an.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Vielen Dank für das Kompliment.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Eine Frage, Kollege!

**Abg. Stefan Räßple AfD:** Frau Ministerin, ich habe eine Frage, und zwar folgende: Wie schätzen Sie es ein, wie es sich auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt hat, dass wir Hunderttausende Neubürger, sozusagen Asylbewerber, unter uns haben? Wie hat sich das auf den Fachkräftemangel ausgewirkt? Denn es

(Stefan Räßle)

wurde ja immer beschrieben, das würde sich positiv auf den Fachkräftemangel bei uns auswirken. Wie hat es sich in den vergangenen zwei Jahren ausgewirkt?

Zweite Frage: Wie schätzen Sie es ein, dass diese Hunderttausende Neubürger auch Wohnraum beanspruchen, der für andere, für deutsche Arbeiter, dann nicht mehr zur Verfügung steht? Wie schätzen Sie diese Problematik ein?

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Also, wir haben Fachkräftemangel. Wir unternehmen in Baden-Württemberg viel für Integration in den Arbeitsmarkt. Da ist viel passiert, viel auch im Bereich der Helferberufe. Ich als Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau habe den Fokus auf Integration durch Ausbildung und berufliche Bildung. Wir finanzieren Kümmerer, um hier zwischen dem bestehenden Potenzial und den Firmen zu vermitteln, zu erklären und ein Netzwerk aufzubauen. Da haben wir Erfolgsquoten vorzuweisen.

Wir werden in diesem Jahr – die Zahlen sind auch veröffentlicht worden – über 2 000 Ausbildungsverträge abschließen, bzw. diese sind schon abgeschlossen. Es gibt noch Potenzial nach oben. Da sind wir auf einem guten Weg, das vorhandene Potenzial für die Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt in unserem Land optimal zu nutzen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Und die zweite Frage? Stichwort Wohnraum?)

– Wir schaffen Wohnraum, und das entlastet den Wohnungsmarkt insgesamt.

(Beifall der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Ich komme noch darauf zu sprechen. Dafür stellen wir viele Mittel zur Verfügung. Das kommt allen Bevölkerungsgruppen zugute.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Internationale Wirtschaftsbeziehungen: Wir werden hier mehr Mittel zur Verfügung stellen: 60 % Aufstockung auf jetzt 5,1 Millionen € mit dem Fokus auf Auslandsmarkterschließung, Standortmarketing und europäische Aktivitäten. Ein klarer Fokus liegt auf den kleinen und mittleren Unternehmen, die das oft allein nicht stemmen können und hier Hilfestellung vonseiten des Landes benötigen. Da wir zunehmend internationaler werden, müssen wir mehr Mittel dafür zur Verfügung stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein letztes wichtiges Handlungsfeld des Wirtschaftsministeriums ist die Wohnraumförderung. Die Bewältigung des Problems, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, erfordert einen langen Atem. Das entwickelt sich nur in Zyklen. Es sind Planungsprozesse und Investitionen erforderlich. Das Land hat hier ein ganz wichtiges Bekenntnis zu dieser wichtigen Aufgabe abgegeben, und zwar: Wir werden trotz rückläufiger Bundesmittel das jährliche Programmvolumen des Landeswohnraumförderungsprogramms mit 250 Millionen € im Jahr 2018 und 250 Millionen € im Jahr 2019 auf dem Niveau des Jahres 2017 weiter

fortführen. So viele Mittel wurden seit Anfang der Neunzigerjahre pro Jahr nicht für die Wohnraumförderung zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hauk?

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Ja.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Kollege Hauk, bitte.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Meine Güte! – Unruhe)

**Abg. Peter Hauk** CDU: Entschuldigung, bin ich jetzt Abgeordneter oder nicht?

Also, vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, glauben Sie nicht auch, dass es für die SPD in Baden-Württemberg lohnenswert wäre, sich dafür einzusetzen, dass der vermutliche Koalitionspartner im Bund bei der Reduzierung der Wohnungsbaumittel ein gegenläufiges Gewicht erfüllen würde? Schließlich war beim Bund der Wohnungsbau beim Wirtschaftsministerium ressortiert. Das wäre doch eine lohnenswerte Aufgabe für die Sozialdemokraten im Land.

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Danke, Peter Hauk. – Wir brauchen hier auf allen Ebenen Unterstützung, um Wohnungen zu schaffen. Da kann ich nur zustimmen.

Zu dem Volumen dieses modifizierten Programms: Wir arbeiten derzeit schon an einer Neuausrichtung, um zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Wir haben stärker im Fokus, Flächen zu gewinnen, indem in den Kommunen entsprechende Flächen für den Wohnungsbau ausgewiesen werden.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Born?

(Abg. Nicole Razavi CDU: Jetzt ist es aber gut!)

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Jetzt komme ich zum Ende. – Herr Born, bitte.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Kollege Born für die SPD-Fraktion, bitte.

(Zuruf: Kurzfassen!)

**Abg. Daniel Born** SPD: Sehr geehrte Frau Ministerin, danke, dass ich die Zwischenfrage stellen darf. – Sie haben von einer Entwicklung im Bereich Wohnungsbau gesprochen. Würden Sie angesichts der Tatsache, dass im ersten Jahr Ihrer Amtszeit die Anzahl der Neubauten in Baden-Württemberg um 2,9 % zurückgegangen ist, von einer positiven oder einer negativen Entwicklung sprechen, seit Ministerin Hoffmeister-Kraut für das Ministerium für Wohnungsbau zuständig ist?



**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr.**

**Nicole Hoffmeister-Kraut:** Das erste Jahr meiner Amtszeit war 2016. Wenn da die Zahlen zurückgegangen sind, war ich nicht dafür verantwortlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Mein Wohnraumförderungsprogramm wirkt seit dem 1. April 2017

(Abg. Nicole Razavi CDU: Eigentor! – Gegenruf des Abg. Sascha Binder SPD: Kein Vergleich mit dem Fußball! Der VfB hat gerade verloren!)

– Eigentor! – und wird jetzt positive Effekte am Markt bewirken. Herr Born, Sie wissen so gut wie ich, dass damals massiv in Unterkünfte für die Anschlussunterbringung investiert wurde und sich die Zahlen daraus herleiten. Diese Fakten müssten Sie als Experte in diesem Bereich eigentlich kennen.

Zu einem weiteren wichtigen Programm, das es schon seit vielen Jahren in Baden-Württemberg gibt und das erfolgreich ist: Die FDP/DVP hat ja den Antrag gestellt, Problemimmobilien speziell über eine Kommission in den Fokus zu nehmen. Die Städtebausanierung vollzieht genau diese enge Abstimmung mit den Kommunen vor Ort. Wir geben 241 Millionen € für dieses erfolgreiche Programm, um städtebauliche Missstände in den Kommunen zu beseitigen. Jeder Euro des Landes bedingt in den Regionen ein Achtfaches an Investitionen. Das ist sehr erfolgreich, und hier setzen wir Akzente. Da gehen wir auch auf Problembereiche ein. Weiterhin wird es auch im Rahmen der Wohnraum-Allianz diskutiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen mit dem Wirtschaftshaushalt die richtigen Prioritäten zur Bewältigung der zukunftsrelevanten Herausforderungen. Wir bringen eine gute finanzielle Basis für eine erfolgreiche wirtschaftspolitische Arbeit für Baden-Württemberg, für die Menschen in unserem Land auf den Weg. Wir schaffen gute Voraussetzungen für das Qualifying im Wettbewerb um die Technologieführerschaft der Zukunft und dafür, auch in Zukunft einen Arbeitsplatz in Baden-Württemberg zu garantieren. Wir setzen hier national und international die richtigen Akzente.

Ich möchte mich an dieser Stelle auch noch einmal bei allen bedanken, die sich bei der Erstellung des Einzelplans 07 eingebracht und dazu beigetragen haben, dass wir exzellente Voraussetzungen haben, um die wirtschaftsstärkste Region in Europa weiterzuentwickeln.

Danke für Ihre Unterstützung.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die CDU-Fraktion erlaube ich dem Kollegen Gramling das Wort.

**Abg. Fabian Gramling** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Handwerk ist ein ehrbarer Beruf und steht seit Jahrhunderten für Zuverlässigkeit, Qualität und Ausbildungssicherung. Welch lange Tradition das Handwerk hat, hat man auch anhand der Ernennung des Orgelbaus zum immateriellen Weltkulturerbe nochmals vor Augen geführt bekommen. Heute sind insbesondere die kleinen, die mittelständischen Handwerksbetriebe ein wichtiges wirtschaftliches Standbein, auf dem unser Wohlstand fußt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Umso wichtiger ist es, dass wir das Handwerk bei der Bewältigung der Herausforderungen wie der Digitalisierung und der Globalisierung unterstützen. Mit 3,4 Millionen € für das Projekt „Dialog und Perspektive Handwerk 2025“ machen wir das Handwerk für die Zukunft fit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Ein bulgarisches Sprichwort besagt:

*Wenn man nur vom Zuschauen ein Handwerk erlernen könnte, wäre jeder Hund ein Metzgermeister.*

Dieses Sprichwort verdeutlicht, dass das Handwerk eben nicht nur durch Zuschauen erlernt werden kann. Um den Nachwuchs und damit auch die Zukunft des Handwerks zu sichern, ist es uns ein besonderes Anliegen, die duale Ausbildung sowie die berufliche Aufstiegsbildung zu fördern und den Meisterbrief zu stärken.

Aber wir halten jetzt nicht nur die Sonntagsreden, sondern wir liefern auch.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir stellen rund 10 Millionen € für das Aufstiegs-BAföG zur Verfügung. Um die Rahmenbedingungen für die Ausbildung zu sichern, stoppen wir auch die vom früheren Finanz- und Wirtschaftsminister geplante Senkung der Landesförderung und stärken damit den überbetrieblichen Bildungsstätten den Rücken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden dem Handwerk auch in den kommenden Jahren ein guter Partner sein. Darauf kann sich das Handwerk verlassen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 07 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau.

(Unruhe)

– Damit die Abstimmungen funktionieren, sind wir jetzt alle konzentriert.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/3207.

Zunächst rufe ich Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf. Die hierzu vorliegenden Änderungsanträge und den Entschließungsantrag werde ich bei den entsprechenden Kapiteln zur Abstimmung stellen.

Ich rufe die Nummer 1 auf:

Kapitel 0701

Ministerium

Zu diesem Kapitel liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD und ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich stelle zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3307-8, zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter – zur Abstimmung, der den Stellenaufwuchs reduzieren soll. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zudem liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3307-1, vor, der mit einem neuen Titel 429 01 N – Nicht aufteilbare Personalausgaben – die Einstellung von Haushaltsmitteln fordert, um ein höheres Einstiegsgehalt für Bauingenieure und Elektrotechniker ermöglichen zu können. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0701 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0701 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

#### Kapitel 0702

##### Allgemeine Bewilligungen

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3207.

Zu Titel 684 01 – Zuschuss an das UWC Robert Bosch College (RBC) in Freiburg – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3307-2, vor, der fordert, die Mittel so weit zu streichen, dass nur die in Deutschland schulpflichtigen Gymnasiasten Unterstützung erhalten.

(Zuruf von den Grünen: Was?)

Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Deuschtümelei!)

Wer Kapitel 0702 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0702 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

#### Kapitel 0703

##### Arbeit und Sozialversicherung

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3207.

Zu Titel 633 77 – Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3307-3, vor, der fordert, die Mittel für Arbeitslosenberatungszentren zu kürzen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0703 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0703 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

#### Kapitel 0705

##### Baurecht, Städtebau und Landesplanung

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3207.

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3307-13, vor, der mit dem neuen Titel 633 75F N – Zuschüsse für die IBA Heidelberg „Wissen schafft Stadt“ – die Einstellung von Haushaltsmitteln und die Aufnahme von Verpflichtungsermächtigungen fordert, um eine institutionelle Förderung sicherzustellen, und der auch Einzelplan 12 mit dem Kapitel 1212 – Sammelansätze – betrifft. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0705 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0705 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch abzustimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3307-9, der die Einrichtung einer Kommission zur Erarbeitung eines zukunftsfähigen und tragfähigen Konzepts zur Ertüchtigung von sogenannten Problemimmobilien in Städten und Gemeinden fordert. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe die Nummer 5 auf:

#### Kapitel 0707

##### Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3207.

Zu Titel 684 85 – Zuschuss an die International School Stuttgart (ISS) – liegt der Änderungsantrag der Fraktion AfD, Drucksache 16/3307-4, vor, der die Mittelstreichung fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3307-10, der mit dem neuen Titel 685 85 N – Zuschüsse für Gutscheinmodell zur gesellschaftsrechtlichen Brexit-Beratung – Zuschüsse zu Beratungsdienstleistungen begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Wer Kapitel 0707 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0707 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 6 auf:

#### Kapitel 0708

##### Innovation und Technologietransfer

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3207.

Zu Titel 686 75 – Zuschüsse für Förderungsprogramme zur Gleichstellung in der Wirtschaft – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3307-5, vor, der eine Mittelkürzung verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0708 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0708 ist damit einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 7 auf:

#### Kapitel 0710

##### Mittelstandsförderung

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3207. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD und ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD vor.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3307-14, der fordert, mit dem neuen Titel 684 72C N – Zuschüsse für die Einrichtung eines Weiterbildungsfonds – Haushaltsmittel einzustellen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3307-6, der begehrt, mit dem neuen Titel 685 72 N – Zuschüsse für kostenlose Ausbildung zum Meister – Haushaltsmittel einzustellen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 534 78 – Kosten für Dienstleistungen Dritter – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3307-7, vor, der eine Mittelserhöhung für weitere Programme im Rahmen von „Schule und Selbstständigkeit“ verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0710 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Kapitel 0710 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 8 auf:

#### Kapitel 0711

##### Wohnungswesen

Zu diesem Kapitel sind ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD und zwei Änderungsanträge der Fraktion der FDP/DVP gestellt.

Zum einen liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3307-15, vor, der bei Titel 892 76 – Zuschüsse für Mietwohnraum – eine Erhöhung der Haushaltsmittel fordert, der mit der neuen Titelgruppe 79 – Landesentwicklungsgesellschaft – die Einrichtung einer gemeinnützigen Landesentwicklungsgesellschaft begehrt, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, und der außerdem Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – Kapitel 1212 – Sammelansätze – und Kapitel 1223 – Zukunftsinvestitionen – betrifft.

Zum anderen liegt zu Titel 892 76 – Zuschüsse für Mietwohnraum – der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3307-11, vor, der eine Verringerung der Mittel verlangt, um die entnommenen Mittel einem neuen Programm zur sozialen Eigentumsförderung zur Verfügung zu stellen.

Ich stelle zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3307-15, der u. a. eine Mittelserhöhung verlangt und weiter gehend ist, insgesamt zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Nun lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3307-11. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu einem weiteren Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3307-12, der die Einstellung von Haushaltsmitteln in dem neuen Titel 893 76 N – Zinszuschüsse für soziale Eigentumsförderung – fordert, um Bürger mit kleineren und mittleren Einkommen bei der Schaffung von Wohneigentum zu fördern.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0711 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0711 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Unruhe)

Ich rufe die Nummer 9 auf:

#### Kapitel 0712

##### Städtebauliche Erneuerung und Denkmalpflege

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3207. Wer Kapitel 0712 zustimmt, den



(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0712 ist einstimmig zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 8. November 2017, Drucksache 16/3019, soweit diese den Einzelplan 07 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 07.

(Vereinzelt Beifall)

Ich rufe **Punkt 1 e** der Tagesordnung auf:

#### **Einzelplan 16: Verfassungsgerichtshof**

##### **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3216**

**Berichterstatter: Abg. Emil Sänze**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat festgelegt, dass zu diesem Einzelplan keine Aussprache geführt wird.

Wir kommen daher gleich zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/3216. Der Finanzausschuss schlägt Ihnen vor,

#### Kapitel 1601

##### Verfassungsgerichtshof

zuzustimmen. Wer Kapitel 1601 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Kapitel 1601 ist bei wenigen Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

Damit sind wir bereits am Ende der Beratung des Einzelplans 16.

Ich rufe **Punkt 1 f** der Tagesordnung auf:

#### **Einzelplan 11: Rechnungshof**

##### **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3211**

**Berichterstatter: Abg. Emil Sänze**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat festgelegt, dass zu diesem Einzelplan keine Aussprache geführt wird.

Wir kommen daher gleich zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 11 – Rechnungshof. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/3211.

Ich rufe zunächst Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Sind Sie damit einverstanden, über die Nummern 1 bis 3, Kapitel 1101 – Rechnungshof –, Kapitel 1102 – Allgemeine Bewilligungen – und Kapitel 1103 – Staatliche Rechnungsprüfungsämter –, gemeinsam abzustimmen? – Das ist der Fall.

#### Kapitel 1101 bis Kapitel 1103

Wer den Kapiteln 1101 bis 1103 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Kapiteln 1101 bis 1103 einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Der Ausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 8. November 2017, Drucksache 16/3019, soweit diese den Einzelplan 11 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 11 angelangt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

##### **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 25. Oktober 2017 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Harmonisierung und Vereinfachung bestimmter Regelungen des Mehrwertsteuersystems und Einführung des endgültigen Systems der Besteuerung des Handels zwischen Mitgliedsstaaten – Drucksachen 16/2922, 16/3125**

**Berichterstatter: Abg. Fabian Gramling**

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss für Europa und Internationales fest. – Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

##### **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 10. November 2017 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Vorschriften über die vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen – Drucksachen 16/2999, 16/3126**

**Berichterstatter: Abg. Manfred Kern**

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss für Europa und Internationales fest. – Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die nächste Plenarsitzung findet morgen, am 14. Dezember 2017, 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 20:57 Uhr**

**Vorschlag**

der Fraktion der AfD

**Umbesetzungen bei den Schriftführerinnen/Schriftführern  
und in verschiedenen Ausschüssen**

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
	Schriftführer	Dr. Fiechtner	Palka
Präsidium	Mitglied	Dr. Meuthen	Gögel
Ständiger Ausschuss	stellvertretendes Mitglied	Dr. Fiechtner	N. N.
Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport	stellvertretendes Mitglied	Dr. Fiechtner	N. N.
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	stellvertretendes Mitglied	Dr. Fiechtner	N. N.
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirt- schaft	stellvertretendes Mitglied	Dr. Fiechtner	N. N.
Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau	stellvertretendes Mitglied	Dr. Fiechtner	N. N.
Ausschuss für Soziales und Integration	stellvertretendes Mitglied	Dr. Fiechtner	N. N.
Petitionsausschuss	stellvertretendes Mitglied	Dr. Fiechtner	N. N.

11.12.2017

Gögel und Fraktion

## **Wahlvorschlag**

der Fraktion der AfD

### **Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums**

Es scheidet aus:

Herr Dr. Heinrich Fiechtner

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

Herr Klaus Dürr

11.12.2017

Gögel und Fraktion



## **Wahlvorschlag**

der Fraktion der CDU

### **Nachwahl eines Mitglieds der Kommission nach Artikel 10 GG**

Es scheidet aus:

Herr Alexander Throm

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

Herr Ulrich Lusche

### **Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds der Kommission nach Artikel 10 GG**

Es scheidet aus:

Herr Ulrich Lusche

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

Herr Helmut Walter Rüeck

07.12.2017

Dr. Reinhart und Fraktion

## Wahlvorschlag

der Fraktion GRÜNE,  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion der FDP/DVP

### **Wahl eines ehrenamtlichen Mitglieds und eines stellvertretenden ehrenamtlichen Mitglieds des Vorstands der Landesanstalt für Kommunikation**

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

**als ehrenamtliches Vorstandsmitglied:**

Frau Sabrina Hartmann, Salach

**als Stellvertreterin:**

Frau Rosa Grünstein, Altlußheim

06.12.2017

Andreas Schwarz und Fraktion  
Dr. Reinhart und Fraktion  
Stoch und Fraktion  
Dr. Rülke und Fraktion